

gut
beraten...



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

22. Jahrgang / Heft 1/2

Januar-Februar 1967

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

	Seite
Erklärung des ZK der KPD zur Regierung Kiesinger, Strauß, Wehner	2
Unsere demokratische Alternative zur Wirtschaftspolitik der Monopole	5
Kongreß „Notstand der Demokratie“ Beobachtungen und Bemerkungen eines Teilnehmers	9
„DGB vor einer Zerreißprobe“ — Gefahr oder Drohung?	14
Rüstung, Bundeshaushalt und Finanzen	18
Stabilisierungsgesetze und Landwirtschaft	22
Dem VII. Parteitag der SED entgegen!	26
Leuna heute und in der Vergangenheit	30
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet:	34
Aus dem Leben der Partei:	39
50 Jahre Oktoberrevolution:	43
Für die Mappe des Propagandisten:	46
Tatsachen aus der DDR	51
Das neue Buch: Weißbuch: 10 Jahre KPD-Verbot	53

Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Regierung Kiesinger, Strauß, Wehner

Der von langer Hand vorbereitete Plan Adenauers, Strauß' und Wehners, die bankrotte CDU/CSU-Politik wieder flottzumachen, soll jetzt mit der Großen Koalition realisiert werden. Die CDU/CSU, deren Politik in einer tiefen Krise steckt, innerlich zerrissen, in der Bevölkerung immer mehr isoliert, will nun mit Hilfe von Wehner durch einen Ruck nach rechts ihre bankrotte Politik der Aufrüstung, des Alleinvertretungsanspruchs, der volksfeindlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Beseitigung der demokratischen Rechte fortsetzen.

Die Führer der CDU/CSU betrachten die Große Koalition als das Mittel, die Partei vor dem Bankrott zu retten. In der Großen Koalition wollen Kiesinger und Strauß mit Hilfe von Wehner die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Regierungsherrschaft der CDU/CSU im Interesse der großen Monopole, der Militärs und der Revanchisten auf lange Zeit gesichert wird.

Nach 17 Jahren gab es für die SPD die große Chance, die Regierungsherrschaft der CDU/CSU zu beenden und selbst die Führung der Regierung zu übernehmen. 13 Millionen Wähler, Millionen Gewerkschafter, viele demokratische Bürger, bedeutende Kräfte der Intelligenz, der Bauern und der Jugend haben von der SPD erwartet, daß sie diese Chance nutzt und die Weichen für die Politik in der Bundesrepublik neu stellt. Die SPD hätte sich bei der Überwindung der CDU/CSU-Politik und der Einleitung eines neuen Kurses auf die Mehrheit der Bevölkerung stützen und dabei die Einheit ihrer eigenen Reihen stärken können.

Statt die CDU/CSU-Regierung zum Offenbarungseid zu zwingen, beging Wehner mit der Parteispitze einen groben Vertrauensbruch an der Mitgliedschaft und an den Wählern durch die Preisgabe aller Versprechungen für eine neue Politik. Statt mit den demokratischen Kräften im Volk zusammenzugehen, gingen die rechten Führer der SPD ebenso wie 1914 und 1932 ein Bündnis mit den reaktionärsten Politikern, mit dem Monopolkapital ein.

Kiesinger und Strauß haben schon klar ausgesprochen, was das Volk von der Großen Koalition zu erwarten hat. Diese Große Koalition auf Zeit soll die Ausplünderung des werktätigen Volkes durch die Wirtschaftspolitik der großen Monopole noch mehr steigern. Darum beginnt die Tätigkeit der Regierung mit der Erhöhung der Steuern, mit Preissteigerungen und Sozialabbau, mit massiven Drohungen gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen. Das sogenannte Stabilisierungsgesetz, das den Ländern und Gemeinden die Finanzhoheit entzieht, zerstört weitgehend die demokratische Verfassungsstruktur der Bundesrepublik. Die im Atombunker durchgespielten Notstandsgesetze sollen jetzt durch Strauß, Lücke, Wehner und Leber gegen die Gewerkschaften und die demokratischen Bürger durchgepeitscht werden. Im Widerspruch zum Grundgesetz wollen die großen Monopole zur Sicherung ihrer Macht und der Regierungsherrschaft der CDU/CSU das Wahlrecht manipulieren.

Unverkennbar ist die Absicht der Kiesinger, Strauß, Guttenberg und Schröder, ihre aggressive Außenpolitik fortzusetzen. Der Alleinvertretungsanspruch soll erhalten und die Feindschaft gegen die DDR noch stärker geschürt werden. Aufrüstung und Beteiligung an der Atomkriegsstrategie, Aufrechterhaltung der revanchistischen Grenzforderungen, weitere Unterstützung des USA-Krieges gegen Vietnam sind Programmpunkte dieser Koalitionsregierung.

Möge sich niemand täuschen: Alles Gerede über eine neue Ostpolitik, eine angebliche Friedenspolitik, Schritte zur Verständigung soll der Bevölkerung Sand in die Augen streuen und die aggressiven Ziele dieser Regierung verschleiern. Mit Nazi-Kiesinger, mit dem korrupten Machtpolitiker Strauß, mit dem Erzreaktionär Guttenberg — dem neuen Globke dieser Regierung — gibt es keine neue Politik. Der alte Kurs wird verstärkt fortgesetzt und damit gerät die Bundesrepublik in immer größere Gefahr.

Diese Pläne machen deutlich, daß der Kurs der Regierung eindeutig nach rechts geht. Die Diskreditierung der

Demokratie und der Parlamente, die Preisgabe nationaler Interessen, die Förderung von Chauvinismus und Revanchismus durch die unselige Allianz Strauß/Wehner ruft die große Gefahr hervor, daß die neonazistische NPD noch mehr Spielraum und weiteren Auftrieb erhält.

Die KPD betrachtet die Regierung der Großen Koalition als eine Übergangsregierung. Sie soll die Brücke zur offenen Notstandsdictatur sein, in der Strauß das Kommando haben würde. In der Kiesinger-Regierung bestimmen die reaktionärsten Kräfte der CDU/CSU, die auch die engsten Vertrauten der Großindustrie, der Banken und der Generale sind.

Für diese Leute ist Wehner ein Kumpan, der die Politik von Kiesinger und Strauß gegen den Willen der eigenen Partei und der Arbeiterklasse durchsetzen soll. Der Professor Schiller soll die Wirtschafts- und Finanzkonzeption der Großindustrie gegenüber den Gewerkschaften und dem ganzen werktätigen Volk durchsetzen, die nach den Worten von Strauß nur Schweiß und Tränen bedeutet. Brandt als Außenminister und Heinemann als Justizminister werden in dieser Regierung als Erfüllungsgehilfen mißbraucht.

Die KPD erklärt: Diese Regierung ist weder bereit noch fähig, die Ursachen zu beseitigen, die zu der krisenhaften Entwicklung in der Bundesrepublik geführt haben. Mit der Weiterführung der seit 17 Jahren verfolgten Grundkonzeption dieser Politik gerät die Bundesrepublik außenpolitisch in noch weitere Isolierung und das Volk in noch größere Bedrängnis.

Die KPD hat am Beginn der offenen Regierungskrise an das Volk appelliert, nicht mehr zuzulassen, daß die Ursachen der Krise vertuscht werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß entsprechend dem Grundgesetz die demokratischen Kräfte maßgeblichen Einfluß nehmen müssen auf die Politik der Bundesrepublik. Die Zeit erfordert, die Aufrüstung zu stoppen, den revanchistischen Alleinvertretungsanspruch und die Grenzforderungen aufzugeben, normale Beziehungen zur DDR herzustellen, wirtschaftliche

Stabilität zu sichern durch die Hebung der Kaufkraft des Volkes und durch die Einschränkung der Macht der Monopole, entsprechend dem Grundgesetz zu handeln und die Demokratie zu entwickeln.

Diese unsere Vorschläge stimmen weitgehend überein mit den Forderungen der IG Metall und anderer Gewerkschaften, den Forderungen des Kongresses „Notstand der Demokratie“, den Vorschlägen, die namhafte Persönlichkeiten des geistigen und gesellschaftlichen Lebens machen.

Erhebliche Teile der Mitglieder und Funktionäre der SPD wenden sich in Protesten auf Parteiberatungen, mit Kundgebungen und Demonstrationen gegen den von Wehner erzwungenen Eintritt in die Große Koalition mit Kiesinger und Strauß. Sie wollen sich nicht damit abfinden, daß ihre Partei für die reaktionären Zwecke der CDU/CSU mißbraucht wird. Auch viele Abgeordnete der SPD im Bundestag konnten es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, für den Eintritt in eine Koalition mit Nazi-Kiesinger, Strauß und Hassel zu stimmen. Wehner konnte zwar den Beifall von Axel Springer und den Vertretern der Großindustrie erreichen, aber immer mehr Mitglieder, Funktionäre und Parteiorganisationen verurteilen seine Politik, die SPD an die reaktionärsten Kräfte der CDU/CSU zu binden. Mit der Forderung „Die CDU/CSU darf nicht weiter die Regierungspolitik bestimmen, sie muß von der Regierungsherrschaft verdrängt werden“, entwickeln immer mehr Sozialdemokraten Vorschläge für eine eigene sozialdemokratische Politik, die die SPD an die Seite der Gewerkschaften und aller demokratischen Kräfte bringt.

Immer größer wird die Zahl der Mitglieder und Wähler der SPD, die erkennen, daß die Politik Wehners verhängnisvoll ist und treten darum innerhalb und außerhalb der SPD für eine selbständige Politik ihrer Partei und für ein Zusammengehen mit allen demokratischen Kräften ein. Die Forderung einer wachsenden Zahl von Parteiorganisationen nach einem außerordentlichen Parteitag zeigt, daß sich die Sozialdemokraten mit der

Großen Koalition nicht abfinden wollen. Sie wollen in der Partei einen neuen Kurs durchsetzen. Sie wollen verhindern, für die Sicherung der CDU/CSU-Regierungsherrschaft mißbraucht zu werden, um dann den Fußtritt zu erhalten.

Die KPD appelliert an die ganze Bevölkerung, insbesondere an die Kommunisten und Sozialdemokraten: Findet euch nicht mit den in Bonn geschaffenen Tatsachen ab! Die gegen das Volk gerichtete Koalition muß wieder verschwinden. Auch die reaktionärste Regierung kann ihre Pläne nicht durchführen, wenn die Arbeiterklasse, wenn das Volk einen einheitlichen und entschlossenen Widerstand leistet.

Statt Steuererhöhungen und Sozialabbau. Einschränkung der Rüstung und Erhöhung der Löhne.

Statt Notstandsgesetze und Verschlechterung des Wahlrechts — Sicherung des Grundgesetzes und Mitbestimmungsrecht für die Gewerkschaften.

Statt Beseitigung der Tarifautonomie — Verteidigung der Rechte der Gewerkschaften.

Statt Feindschaft gegen die DDR — Verständigung und Verhandlungen zwischen beiden Regierungen.

Statt Eskalation des schmutzigen Krieges in Vietnam — Einstellung jeglicher Unterstützung der USA-Aggressoren.

Statt NATO- und Atomstrategie — friedliche Koexistenz, für ein System kollektiver Sicherung in Europa.

Die Große Koalition darf mit ihrer verhängnisvollen Politik nicht durchkommen. Es gilt jetzt, das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte herbeizuführen. Nur so kann eine gesicherte Existenz der Bundesrepublik garantiert und ein besseres, friedliches Leben für die Bevölkerung errungen werden.

Unsere demokratische Alternative zur Wirtschaftspolitik der Monopole

von JOSEF LEDWOHN

Mit den Vorschlägen „Für eine stabile Friedenswirtschaft“ hat unsere Partei der Bevölkerung ein demokratisches Wirtschaftsprogramm unterbreitet, das im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole und deren Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielen kann. Ein antimonopolistisches Wirtschaftsprogramm, das von der ganzen Arbeiterbewegung vertreten werden und auch die Unterstützung der Bauern, der Mittelständler und der Intelligenz finden kann, ist heute deshalb so notwendig, weil sich besonders in der jüngsten Zeit eindeutig beweist, daß die Monopole im Interesse ihrer Profite mit politischen und sozialen Zwangsmaßnahmen offen gegen das Volk vorgehen und die Wirtschaftspolitik ihrer Regierung sich als Mißwirtschaft mit schlimmen Folgen für die Werktätigen erwiesen hat.

Seit Jahren haben Abs, Flick und ihr Ideologe Erhard mit einem „Wirtschaftswunder“ geprahlt und auch bei vielen Werktätigen falsche Vorstellungen geweckt, als ob unter der Herrschaft des Großkapitals ein stetiges Wirtschaftswachstum und steigender Lebensstandard zu erreichen seien. Leber von der IG Bau—Steine—Erden verstieg sich sogar auf dem Verbandstag in Bremen zu der Behauptung, für die Arbeiter seien jene Kapitalisten

am besten, die die höchsten Gewinne machten. Jetzt sind die Träume von der Sozialpartnerschaft zu Ende. Entlassungen, Kurzarbeit, Kürzung von Prämien, Senkung der Löhne durch Umsetzungen, Lohnstopp und Kürzung der Reallöhne durch Preissteigerung und teilweise direkter Lohnabbau — das sind die Tatsachen, die für die „Beziehungen“ zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden maßgebend geworden sind.

Die Krise im Bergbau, die Schwierigkeiten in der Stahlindustrie, Entlassungen im Textil- und Maschinenbausektor, soziale Verschlechterungen im Zuge der Automatisierung sind nicht unvermeidlich, sondern Folgen einer Wirtschaftspolitik, die sich an den aggressiven Plänen der CDU/CSU, an der Rüstung und den Höchstprofiten der Monopole orientiert. In dieser Lage, da Unternehmerverbände und Regierung bewußt den Lebensstandard der Werktätigen senken, ist die Organisierung des Widerstandes gegen jeden einzelnen Angriff notwendig und gleichzeitig ein Plan für die Werktätigen erforderlich, um eine Stabilisierung ihres Lebensstandards zu erreichen. Gerade diesem Zweck dient das demokratische Wirtschaftsprogramm, das unsere Partei veröffentlicht hat.

Für stabiles Wirtschaftswachstum, für steigenden Lebensstandard

Wir Kommunisten wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Bevölkerung und die Wirtschaft noch tiefer in Schwierigkeiten und krisenhafte Entwicklungen gestoßen werden. Mit den Vorschlägen für eine stabile Friedenswirtschaft zeigen wir einen Weg, wie den Schwierigkeiten begegnet und ein stabiles Wirtschaftswachstum, ein stetig steigender Lebensstandard erreicht werden können.

Diese Aufgabe ist auch deshalb zu einer dringenden Notwendigkeit geworden, weil die Konzerne und ihre Regierungen es nicht vermocht haben, ein solches stetiges Wirtschaftswachs-

tum zu sichern. Die Zuwachsraten in der gesamten Industrie sind geringer geworden, und in weiten Bereichen ist die Produktion unter das Niveau des Vorjahres gesunken. So gibt es viele Gründe, warum gerade jetzt für die Arbeiterbewegung ein Plan für eine vernünftige und soziale Wirtschaftspolitik notwendig ist.

Millionen Arbeiter machen jetzt erstmals krasse eigene Erfahrungen mit dem ausbeuterischen, erpresserischen Charakter der Großkapitalisten. Wenn z. B. die Arbeiter in einem Betrieb im Ruhrgebiet vor die Wahl gestellt werden, sich mit einer Kürzung

ihres Lohnes einverstanden zu erklären oder entlassen zu werden, was sollen sie dann tun? Dieses Entweder-Oder ist für die Arbeiter unannehmbar. Die IG Metall hat z. B. in diesem Fall zu Recht den Arbeitern geraten, eine solche Erpressung strikt abzulehnen. In jedem Fall sollten die Arbeiter mit ihren Vertrauensleuten, dem Betriebsrat, ihren Gewerkschaften solchen Forderungen der Unternehmer entschlossen entgegentreten und auf ihrem Lohn bestehen und gleichzeitig jede Entlassung ablehnen. Das ist der Ausgangspunkt. Jedes Nachgeben er-

muntert nur den Unternehmer zu weiteren Maßnahmen gegen die Arbeiter, wie das bei der Firma Wolff (Bochum) bewiesen wurde, wo trotz einer mit dem Betriebsrat vereinbarten zehnprozentigen Lohnsenkung Arbeiter entlassen wurden. Die Protestdemonstrationen der Arbeiter vom Bochumer Verein gegen Entlassungsabsichten und das Zurückweichen der Direktion beweisen ebenso wie der Streik in einer Druckerei in Offenbach, daß bei entschlossenem Auftreten eine Chance besteht, den Arbeitsplatz und den Lohn zu verteidigen.

Voraussetzungen für eine stabile Friedenswirtschaft

Eine Voraussetzung für die Sicherheit der Arbeitsplätze und für steigenden Reallohn ist, daß die Produktion stetig wächst und die Wirtschaft floriert. In unseren Vorschlägen für eine stabile Friedenswirtschaft werden dazu zwei entscheidende Voraussetzungen genannt. An erster Stelle steht die Forderung, die Wirtschaft muß von der Last der Rüstungs- und Kriegspolitik befreit werden. Über 20 Milliarden Mark pro Jahr für unproduktive Rüstungsausgaben — das sind die tiefste Ursache für den Währungsverfall, das Defizit im Haushalt, den Preisauftrieb, die Devisenschwierigkeiten. Darum beginnt der Kampf für eine demokratische Wirtschaftspolitik auch mit der Forderung nach einer echten Friedenspolitik der Bundesrepublik. Dazu gibt es heute im Volk viele Ideen. Sie reichen z. B. von der Forderung auf Einfrieren der Rüstungen bis zur sofortigen Halbierung des Rüstungsetats als Beginn einer Wende zu einer Friedenspolitik.

Unsere Partei hat vorgeschlagen, das Haushaltsdefizit für 1967 von etwa 4 Milliarden Mark durch die Kürzung der Rüstungsausgaben um 5 Milliarden Mark zu decken. Eine solche Kürzung des Rüstungsetats wäre ein echter Abrüstungsschritt und könnte weitere Maßnahmen zur Abrüstung einleiten und so der Entspannung dienen. Wer glaubt, mit steigenden Rüstungskosten, wie von Hassel das vorschlägt, die Wirtschaft stabilisieren zu können, irrt sich. Hassel und die USA-Regierung sind sich einig, daß weitere riesige Waffenkäufe durch

die Bundesrepublik bei USA-Rüstungsfirmen getätigt werden. Dafür sollen auch in Zukunft viele Milliarden in Devisen zur Verfügung gestellt werden. Die USA wollen der Bundesregierung ein neues Düsenkampfflugzeugsystem aufzwingen, nachdem das Starfighter-Programm bankrott ist. Diese Umrüstung kostet wieder Milliarden und bringt den USA-Firmen riesige Rüstungsprofite. Minister Lücke will die Notstandsgesetze durchpeitschen und praktizieren. Selbst nach Angaben der Regierung kostet dieses Notstandsprogramm allein weitere Milliardenbeträge. Hier ansetzen, in diesen Punkten die Politik ändern — das ist die entscheidende Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaftspolitik.

Eine zweite Voraussetzung für eine stabile Friedenswirtschaft ist, daß die Wirtschaft ihre entscheidende Basis hat in der Massenkaufkraft und deren stetiger Erweiterung. Gerade heute, da der Konkurrenzkampf der großen Monopole auf dem kapitalistischen Weltmarkt härter geworden ist, ist die Erweiterung des inneren Marktes um so dringender. Im Jahre 1966 ist aber die innere Nachfrage durch die Maßnahmen der Bundesregierung und der Bundesbank zurückgegangen, haben Konzerne und Regierung auf die Kaufkraft der Bevölkerung einen Druck ausgeübt, ist die Kaufkraft durch Mieterhöhungen, Tariftsteigerungen und Senkung des Reallohns zurückgegangen.

Wir Kommunisten vertreten mit den Gewerkschaften den Standpunkt, daß

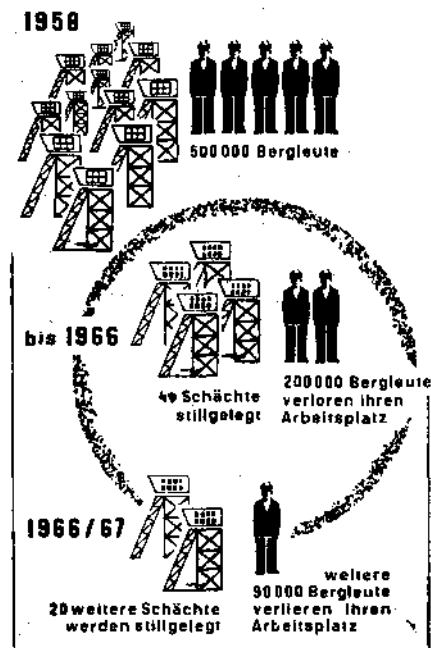
zur Stabilisierung der Wirtschaft in erster Linie die Erhaltung der Kaufkraft der Bevölkerung die Grundvoraussetzung ist. Denn in hohem Maße ist jedes Wirtschaftswachstum davon abhängig, daß die produzierten Waren auch konsumiert werden können. In der jetzigen Lage, da die Inlandnachfrage zurückgegangen ist, ist ein neuer starker Impuls für die Belebung der Konjunktur nicht zuletzt zu erreichen, wenn Löhne und Gehälter erhöht werden. Die Erhöhung des Lebensstandards ist ein wichtiges Mittel gegen die krisenhafte Entwicklung.

Die nationalen Interessen in der Wirtschaft

Im Ruhrgebiet kündigte die abgelöste CDU-Regierung die Schließung von weiteren 60 Zechenanlagen an, so daß nur noch 35 Zechen übrig bleiben sollen. In den Vorschlägen der KPD für eine stabile Friedenswirtschaft ist ein Weg gewiesen, wie eine gesunde Entwicklung im Bergbau erreicht werden

kan. In diesem Geiste, mit solchen Zielen kämpfen die Kommunisten mit allen Werktätigen gegen Krisenerscheinungen. So kann die von der Mehrheit der Bevölkerung befürchtete Krise verhindert werden. Aber die Regierung und ihre Auftraggeber aus den Konzernen wollen die Teilkrisen bewußt weitertreiben, um z. B. eine industrielle Reservearmee zu schaffen (ein Arbeitslosenheer), das dann benutzt werden kann, um gegen Lohnerhöhungen, Gehaltsforderungen und Forderungen nach sozialen Verbesserungen aufzutreten.

Steinkohlenkrise im Ruhrgebiet



kann. Das ist im Kern eine nationale Frage und berührt den grundlegenden gesellschaftlichen Charakter des Wirtschaftssystems. Der Bergbau wird bewußt von den großen internationalen Ölkonzernen mit Hilfe ihrer Vertrauensmänner in den Regierungen niederkonkurriert. Dazu kommt, daß von den Regierungen in Bonn und Düsseldorf der USA-Kohle der westdeutsche Markt weit geöffnet wurde. Gleichzeitig wird immer mehr USA-Kapital in den entscheidenden Industrien angelegt. Diese Preisgabe nationaler Interessen der Bundesrepublik gründet sich auf die Spekulation, daß die USA, wenn sie ökonomisch in der Bundesrepublik festgelegt ist, auch politisch und militärisch die aggressiven Ziele der deutschen Monopolherren und Generale unterstützen wird.

Hier wird schon deutlich, wie eng die Forderung nach einer echten Friedenspolitik verknüpft ist mit den richtigen nationalen Interessen der Bevölkerung. Eine stabile, wachsende Wirtschaft erfordert den Frieden und muß aufbauen auf der nationalen Selbständigkeit der Bundesrepublik.

Da die Konzernherren im Bergbau weder von den nationalen Interessen noch von den Bedürfnissen des Volkes ausgehen, sondern den Profit als oberstes Leitbild ansehen, beteiligen sie sich in wachsendem Maße am internationalen Ölgeschäft und opfern skrupellos die Arbeitsplätze Hunderttausender Bergarbeiter und wesentliche Einnahmequellen von Dutzenden Städten und Gemeinden.

Wir Kommunisten gehören nicht zu denen, die mit Appellen an die Konzerne und Regierungen glauben, die Mißwirtschaft der Monopole korrigieren zu können. Erforderlich ist ein eigenes Wirtschaftsprogramm der Arbeiterschaft. Um die Lage zu ändern, ist entschlossener Kampf außerhalb und innerhalb der Parlamente nötig. Im Betrieb geht es um die Verhinderung jeder Verschlechterung. Der aktive Lohnkampf und der politische Kampf für die Durchsetzung der Mitbestimmung der Gewerkschaften sind die Instrumente, um auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens, im Betrieb, in den Konzernen und überbetrieblich auf Landes- und Bundesebene die Wirtschaftspolitik mitbestimmen zu können.

Es gilt, die Alleinherrschaft der Monopole zurückzudrängen. Die Gewerkschaften als die Repräsentanten der ganzen Arbeiterklasse müssen im Betrieb und der ganzen Wirtschaft den Gesamtkurs und die Einzelentscheidungen beeinflussen können. Dann bestehen Möglichkeiten für die ganze Bevölkerung, wirtschaftliche Sicherheit zu erreichen.

In den Vorschlägen unserer Partei wird dargelegt, daß die Mitbestimmung sich gründen muß auf das öffentliche Eigentum, d. h. auf das Gemeinde-, Land- und Bundeseigentum in den entscheidenden Industriezweigen und marktbeherrschenden Unternehmen. Ziel einer demokratischen Wirtschaftspolitik muß sein, das öffentliche Eigentum auszuweiten, z. B. die Betriebe des Bergbaus und der gesamten Energiewirtschaft in die öffentliche Hand zu überführen, wie das im Beschluß des letzten Verbandskongresses der IG Bergbau und Energie gefordert wird. Gestützt auf die nationalisierten Produktionsmittel könnten auch der gesamten Wirtschaft Richtpunkte gesetzt werden, und eine demokratische Planung der Planlosigkeit der Monopolwirtschaft entgegenwirken.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist heute auf vielfältige Weise mit dem Weltmarkt verknüpft. Mit den EWG-Bindungen ist sie über die NATO, aber auch durch den engstirnigen

Antikommunismus der herrschenden Kreise einseitig an den kapitalistischen Weltmarkt gebunden. Eine demokratisch geleitete Wirtschaft würde umfassende internationale Beziehungen pflegen. Denn Autarkie würde unschädigen und ist unreal. Eine demokratische Wirtschaftspolitik hätte vielmehr alle Möglichkeiten, den ganzen Weltmarkt nutzen zu können für den Handel und damit für die Auslastung eines wachsenden Produktionsapparates. Befreit von der unsinnigen Embargopolitik könnten durch Normalisierung der Beziehungen und gleichberechtigten Handel mit den sozialistischen Staaten starke Positionen auf einem wachsenden Markt erschlossen werden. Dann ließen sich langfristige Verträge mit den sozialistischen Staaten abschließen und damit ein weiterer Stabilisierungsfaktor für den Wirtschaftsablauf bilden. Das gleiche gilt auch für den Handel zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik, der aus den gegenwärtigen engen Grenzen herausgebracht werden kann, wenn die diskriminierenden antikommunistischen Anmaßungen der Bundesregierung überwunden werden. So erweist sich: Die jetzige wirtschaftliche Abschließung in der EWG muß ersetzt werden durch gleichberechtigte Handelsbeziehungen zu allen Ländern ohne Unterschied ihrer gesellschaftlichen Ordnungen.

Solche Gedanken und Vorschläge hat unsere Partei in ihren Vorstellungen für eine demokratische Wirtschaftspolitik vorgeschlagen. Sie gilt es in der gesamten Arbeiterbewegung zu diskutieren, denn eine neue Wirtschaftspolitik kann nur im gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten durchgesetzt werden.

Jeder Kommunist sollte seinen Arbeitskameraden die Vorschläge unserer Partei für eine stabile Friedenswirtschaft unterbreiten und erläutern. Die Arbeiter wollen Vorschläge für einen gangbaren Ausweg diskutieren. Wenn sie den Ausweg erkennen, dann werden sie jeden Angriff auf ihren Lebensstandard entschlossen beantworten.

Unsere wirtschaftspolitischen Vorschläge betrachten wir als einen Ausgangspunkt für kameradschaftliche Diskussionen, vor allem mit den sozialdemokratischen Genossen in Betrieb und Gewerkschaft. Wenn sich die Arbeiter auf gemeinsame wirtschaftspolitische Forderungen einigen, dann wird auch das reaktionäre Stabilisierungsgesetz abgewehrt, dann kann auch der Einfluß der Arbeiter und der Gewerkschaften in Betrieb und Wirtschaft entscheidend verstärkt werden.

Kongreß „Notstand der Demokratie“

Beobachtungen und Bemerkungen eines Teilnehmers

Nicht nur die Stadt Frankfurt, sondern die Bundesrepublik erlebte am 30. Oktober 1968 die größte politische Demonstration seit vielen Jahren. Aus allen Teilen der Bundesrepublik hatten sich Notstandsgegner zur bisher größten Widerstandsaktion gegen die Bonner Diktaturpläne zusammengefunden.

Immer wieder begegnete man Gruppen von Teilnehmern, die bis in die späten Nachmittagsstunden das Bild der Frankfurter Innenstadt bestimmten. Mit Umleitungen mußte die Polizei den Verkehr, den starken Zustrom von Autobussen und Kraftwagen regeln. In langer Reihe standen die über 400 Autobusse aus vielen Städten der Bundesrepublik, mit Losungen und Transparenten geschmückt. 8500 Personen beteiligten sich an den sechs Arbeitsgemeinschaften, die in den größten Sälen des Frankfurter Stadtgebietes stattfanden, wobei sich die Säle als zu klein erwiesen.

Zu einem unvergeßlichen Erlebnis gestaltete sich die Abschlußkundgebung auf dem Römerberg. Sicher kann man ohne Übertreibung sagen, daß die 24 000 Teilnehmer stellvertretend für viele Bürger unseres Landes, für Gewerkschafter, für einen großen Teil des wissenschaftlichen, geistigen und kirchlichen Lebens demonstrierten. In einem Wald von Plakaten und Transparenten tauchten immer wieder die Losungen auf: „Notstandsrecht ist Kriegerrecht“, „Wehret den Anfängen“, „Regierungskrise erfordert Neuwahlen — keine Notstandsgesetze“,

Wir betrachten die Vorschläge unserer Partei auch als geeignete Grundlage für die Aussprache und das Zusammengehen der Arbeiter mit den Bauern, den Mittelständlern und den Angehörigen der Intelligenz. Sie alle haben ein gemeinsames Interesse daran, daß die großen Möglichkeiten, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt bietet, nicht einseitig für den Profit einer kleinen wirtschaftlichen Machelite, sondern zum Wohl des ganzen Volkes genutzt werden.

„Schubladengesetze sind Verfassungsbruch“, „Keine neuen Ermächtigungsgesetze“, „Statt Notstandsgesetze Entspannungspolitik“, „Hände weg vom Grundgesetz“.

Es war kennzeichnend für die Atmosphäre des Treffens der Notstandsgegner, daß den meisten Teilnehmern bewußt war, an einem Ereignis teilgenommen zu haben, das für den weiteren Kampf um Frieden und Demokratie in der Bundesrepublik von großer Bedeutung ist. Nach der Abschlußkundgebung kam ich mit einem Teilnehmer ins Gespräch, der, wie sich herausstellte, Gewerkschaftsfunktionär in einem Hamburger Verkehrsbetrieb ist. „Ich habe hier erlebt, daß unsere Arbeit nicht umsonst ist und daß wir doch etwas erreichen können, wenn wir uns anstrengen.“ Er versicherte, daß er nun mit neuer Kraft nach Hause fahren würde.

Versucht man die Bedeutung des Frankfurter Kongresses in einen Satz zu fassen, dann könnte man sagen: Hier formierte sich das Bündnis von Arbeitern und Geistesschaffenden, die ein konstruktives Programm zur Rettung der Demokratie erarbeiteten.

Mit vollem Recht wird deshalb auch in der Schlußerklärung hervorgehoben: „Der Kongreß „Notstand der Demokratie“ hat die wachsenden Widerstandskräfte aus der Wissenschaft, der Intelligenz, den Gewerkschaften und besonders der jungen Generation ungeachtet sonstiger politischer Meinungsverschiedenheiten zu gemeinsamem Handeln zusammengeführt.“

Man kann Prof. Ridder, einem Mitglied des Kuratoriums, nur zustimmen, wenn er feststellte, daß der Frankfurter Kongreß ein „ermutigender Auftakt für ein neues Losschlagen in anderer Qualität“ sei. Diese neue Charakteristik besteht wohl darin, daß im Kampf für die Erhaltung der demokratischen Grundrechte die höchste bisher erreichte Form eines demokratischen Bündnisses seit 1945 geschaffen wurde. Die entscheidende Kraft dieses Bündnisses ist die Arbeiterschaft. Sie wird repräsentiert durch Funktionäre und große Teile der Mitglieder von sechs Industriegewerkschaften, sowie auch durch Gewerkschafter, deren Vorstände das Kurato-

rium noch nicht unterstützten. Die besondere Rolle der Gewerkschaften in diesem Bündnis hervorhebend betonte Prof. E. Kogon bereits vor dem Frankfurter Kongreß, daß die Gewerkschaften heute nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. „Sie vertreten vielmehr den größten Teil des Volkes, und zwar in seinen Existenzinteressen...“ („Atomzeitalter“ Nr. 4/5 1966).

Zu diesem Bündnis gehören ein großer Kreis anerkannter Wissenschaftler und Professoren der Bundesrepublik, beachtliche Kreise der Kirchen, namhafte Schriftsteller und Publizisten, Kräfte der Friedensbewegung, Jugend- und Studentenverbände sowie Angehörige des Mittelstandes.

Die Tatsachen

Das Kuratorium hatte sich die Aufgabe gestellt, nachzuweisen, daß die Notstandsgesetze den Notstand der Demokratie schaffen. Über 30 führende Funktionäre der Gewerkschaften, Professoren und Publizisten führten diesen Nachweis mit Tatsachematerial in eindrucksvoller Sachkenntnis.

Hier einige Beispiele, mit denen sie den Ernst der Situation charakterisieren:

Journalist Gösta von Uexküll: Mit den Notstandsgesetzen erfolgt eine Einübung des Hasses, wird ein Klima der Aggressivität nach innen und außen geschaffen.

Lehrer Herbert Stubenrauch: Die Notstandsgesetze sind ein Instrument zur totalen Militarisierung des Volkes. Sie sollen den zivilen Sektor kriegsbereit machen.

Werner Vitt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Chemie: Wer die Notstandsgesetze will, beweist, daß er keinen Respekt vor dem Volke hat. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften zu erreichen, daß dem Bürger Respekt gezollt wird.

Prof. Dr. Werner Hofmann: Die Bundesregierung will eine Zentralisierung der öffentlichen Gewalt und eine Durchmilitarisierung des gesamten öffentlichen Lebens schon in Friedens-

zeiten. Ein zweites 1933 darf es nie mehr geben.

Georg Benz, Vorstandsmitglied der IG Metall: Die geplante Notstandsgesetzgebung beeinträchtigt den Lebensstandard von 80 Prozent der Bevölkerung. Sie bedeutet das Ende des sozialen Fortschritts, weil sie die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften entscheidend einengen würde.

Erwin Essl, Landtagsabgeordneter der SPD und erster Vorsitzender der IG Metall in Bayern: Man kann die Souveränität nicht durch Abbau der Grundrechte, sondern nur durch Ablösung der Folgen des Krieges und durch einen Friedensvertrag erreichen.

Prof. Dr. Fetscher: Die Notstandsgesetze gefährden eine Verbesserung der Beziehungen zu den Staaten des Ostens und nicht zuletzt zur Deutschen Demokratischen Republik.

Philipp Pless, SPD-Landtagsabgeordneter, 2. Vorsitzender des DGB in Hessen: Die Notstandsgesetze würden den wirtschaftlich Mächtigen auch eine politische Machtfülle einräumen, die skrupellos mißbraucht werden würde.

Olaf Radke, Landtagsabgeordneter der SPD: Mit dem Abbau der Grundrechte handelt die Bundesregierung verfassungswidrig.

Dr. Heinrich Hannover: Notstandsgesetze sind die Prinzipien eines tota-

len Staates, der den einzelnen total erfaßt.

Nora Platiel, Landtagsabgeordnete der SPD: Die Durchführung der Fallex-Übung ist ein Experiment der Verhöhnung des Volkes.

Prof. Dr. Karl Othmar Freiherr von Aretin: Jeder Abbau unserer Demokratie verschlechtert auch unsere außenpolitische Situation.

„Vergessen wir nicht die historischen Erfahrungen“. Immer wieder war in Frankfurt diese Mahnung zu hören, die Kollege Benz vom Vorstand der IG Metall den Teilnehmern der Abschlußkundgebung zurief.

Besonders die Parallelität zwischen den Bonner Notstandsgesetzen und der faschistischen Diktatur mit ihren Zwangsgesetzen wurde immer wieder lebendig. So ist es verständlich, wenn CDU-Zeitungen beispielsweise Dr. Einsele wütend beschimpften, die er-

klärte, daß das Gesetzeswerk tiefe faschistische Züge durchzieht.

Ein angesehener sozialdemokratischer Journalist traf, nachdem er unmittelbar vor dem Frankfurter Kongreß in der Bundesrepublik veröffentlichte Entwürfe der Schubladengesetze gelesen hatte, die bemerkenswerte Feststellung: „Da sind mit einer juristischen Akribie und einer Perfektion ohnegleichen neue und alte, u. a. aus der Hitlerzeit stammende Gesetze und Verordnungen ergänzt worden.“

Mögen diese Äußerungen hier genügen, die für viele andere sprechen und zeigen, daß der Frankfurter Kongreß die Krise der Demokratie in der Bundesrepublik deutlich machte, gleichzeitig aber auch wachsendes Unbehagen breiter Kreise und zunehmende Kampfbereitschaft gegen diese Entwicklung unübersehbar demonstrierte.

Für eine neue Politik

Der freundliche Pfortner des Frankfurter Rathauses, bei dem ich Auskunft über eine der Veranstaltungen einholte, bemerkte: „Im Casinoaal findet eine Veranstaltung statt, die gegen Notstandsgesetze ist und alles was von Bonn kommt, ablehnt...“

Der sicher sonst gut informierte Pfortner war hier doch nicht ganz im Recht. Der Kongreß beschränkte sich keineswegs nur auf die Ablehnung der Notstandsgesetze und ihre Auswirkungen. Er war nicht nur „gegen etwas“ gerichtet. Seine Bedeutung besteht gerade darin, daß in sachlichen Erörterungen von legitimen Vertretern aus allen Schichten der Bevölkerung konstruktive Vorstellungen für eine demokratische Entwicklung der Bundesrepublik, für eine neue Innen- und Außenpolitik erarbeitet wurden.

Im Mittelpunkt des Frankfurter Kongresses stand immer wieder die Forderung nach einer glaubwürdigen Friedenspolitik der Bundesregierung. In Reden, Fragen und Bemerkungen von Teilnehmern wurde unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß hierzu vor allem die Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik gehört, daß die Bundesregierung nicht länger die USA-Aggression

in Vietnam unterstützen darf und daß sie endlich einen Beitrag zur Entspannung und für eine Politik der europäischen Sicherheit leistet.

So war das Treffen der Notstandsgegner in jeder Hinsicht auch ein Ausdruck des Verlangens großer Teile unserer Bevölkerung nach einer neuen Politik in der Bundesrepublik. Um diese endlich einzuleiten, wurde auch wiederholt die Forderung nach Neuwahlen zum Ausdruck gebracht.

Die Forderungen des Frankfurter Kongresses sind eindeutig und unmißverständlich:

- 1 Keine Verfassungsänderungen! Festhalten am Grundgesetz.
- 2 Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen.
- 3 Aufhebung der schon erlassenen Notstandsgesetze, Rücknahme der weiteren Gesetzesvorlagen und der Schubladenverordnungen, Schluß mit der Erprobung der Diktatur in Kriegsspielen.
- 4 Die Demokratie als die Existenzgrundlage unseres Volkes darf nicht zerstört und der Frieden der Welt nicht aufs Spiel gesetzt werden.
- 5 Beseitigung der wirklichen Notstände in der Außen-, Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik.

Für den Beobachter war es immer wieder erfreulich festzustellen, daß eine große Zahl sozialdemokratischer Genossen aus den Gewerkschaften, Mitglieder und Funktionäre sowie auch mehrere Landtagsabgeordnete der SPD an den Veranstaltungen in Frankfurt teilnahmen.

Unter Berufung auf die Beschlüsse der Gewerkschaften und ihrer eigenen Partei bezeichneten sie den Kongreß als einen wertvollen Beitrag zum Schutze unserer demokratischen Grundrechte. Bekanntlich war ja auch auf dem Dortmunder Parteitag der SPD eine breite und offene Diskussion über die Notstandsgesetze gefordert worden. Diese fand in Frankfurt statt. Von Wehner wurde sie abgelehnt. Er erteilte dem Kongreß eine Absage und rechtfertigte in ihr die Teilnahme von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten an der Kriegssübung im Eifel-Bunker.

Die spärlichen Pressemeldungen, die darüber veröffentlicht wurden, reichen aus, um das Programm des aggressiven westdeutschen Militarismus nur zu deutlich zu erkennen: Endlose Flüchtlingsströcke werden von den Straßen geschossen, Städte lösen sich in Rauch und Asche auf, der Einsatz von Atomwaffen wird gefordert...

Häufig waren es sozialdemokratische Genossen, die diese Erprobung von Diktatur und Krieg als unvereinbar mit unserem Grundgesetz bezeichneten. Die hessische Landtagsabgeordnete Nora Plateli richtete auch an ihre eigene Parteiführung den bitteren Vorwurf, daß sie sich an einem Experiment der Verhöhnung des Volkes beteiligt hat.

Während Wehner die Bunkergemeinschaft mit den westdeutschen Militaristen rechtfertigte, lehnte er den Frankfurter Kongreß auch deshalb ab, weil er eine „falsche Frontstellung“ habe. Dazu bemerkte treffend ein junger Mann in der Arbeitsgemeinschaft im Palmengarten: „Nun spricht auch der Wehner schon wie ein General der Bundeswehr. Wenn es um die Aufrüstung, Unterstützung von Revanchistenrummel und gegen den Osten geht, dann ist für ihn die Frontstellung richtig.“

Noch dem Frankfurter Kongreß traf die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ die richtige Feststellung, daß Wehner kaum verhindern kann, daß der Bewegung zum Schutze unserer Verfassung auf die Dauer immer mehr Sozialdemokraten zuströmen werden.

In Frankfurt gewann man den Eindruck, daß jetzt in wachsendem Maße von vielen Kräften der demokratischen Bewegung unsere Auffassung geteilt wird, daß die herrschenden Kreise, unterstützt von einigen Führern der SPD, mit antikommunistischer Hetze das gemeinsame Handeln der demokratischen Kräfte behindern.

Häufig wandten sich Sprecher wie beispielsweise der Publizist Gösta von Uexküll gegen den antikommunistischen Kreuzzugsgelbst und gegen das Märchen von der angeblichen Bedrohung durch die sozialistischen Länder.

Die antikommunistischen Scharfmacher, die Feinde der Demokratie und Verfassung, hatten sich folgende Taktik zurecht gelegt: Wochenlang verschwiegen sie die Vorbereitung des Kongresses, ignorierten mit Totschweigen die gewaltige Welle von Sympathie und Unterstützung. Als das erhoffte Ergebnis ausblieb, ergoß sich plötzlich eine Flut antikommunistischer Verleumdungen über die demokratischen Kräfte.

Wissenschaftler, deren Ansehen von Bonn sonst gerne als Aushängeschild benutzt wird, um eine Förderung von Geist und Wissenschaft vorzutäuschen, wurden ebenso diffamiert wie gläubige Christen oder Arbeiterfunktionäre, die ihr Eintreten für die Demokratie in der Vergangenheit schon mit Verfolgung und Zuchthaus bezahlen mußten.

Es ist auch eine richtige Antwort an die Adresse der antikommunistischen Scharfmacher, wenn der Sprecher der Arbeiterschaft auf der Abschlußkundgebung erklärte: „Vergessen wir nicht, daß die Demokratie in Deutschland aus einem hundertjährigen Kampf der Arbeiterbewegung erwachsen ist! Die Gewerkschaften haben ein historisch begründetes Recht, als Hüter und Sachverwalter

der Demokratie in diesem 'Land' ernstgenommen zu werden."

Der Frankfurter Kongreß erteilte antikommunistischer Hetze und Diffamierung eine Abfuhr. Wütend wurde deshalb auch der Schriftsteller Enzensberger von einer CDU-Zeitung beschimpft. Offenbar hatte man dort

Schule der Erfahrung

In mancherlei Hinsicht erwies sich die Vorbereitung und Durchführung des Frankfurter Kongresses als eine nützliche Schule der Erfahrung: „Was nützen schon unsere guten Beschlüsse, wenn sie doch nicht verwirklicht werden“, diese Auffassung wird bekanntlich nicht selten von Gewerkschaftern vertreten. Frankfurt zeigt, daß es möglich ist, gewerkschaftliche Beschlüsse in die Tat umzusetzen, wenn entschieden um ihre Verwirklichung gekämpft wird.

Gemeinsam haben Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten den Kongreß in den Gewerkschaften und Betrieben vorbereitet. Sie geben der Antinotstandsbewegung Rückgrat und Kraft. Gerade die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses zeigte, daß vorhandene Meinungsverschiedenheiten und ideologische Differenzen kein Hindernis für die Zusammenarbeit sind. Dabei könnte diese Zusammenarbeit noch stärker, der Kampf zum Schutze des Grundgesetzes noch intensiver sein, würden nicht im Bundesvorstand des DGB einige Vertreter der Weisungen Wehners mehr

erwartet, daß er die sozialistischen Länder und ihre Friedenspolitik verleumden würde. Er verurteilte es vielmehr, daß die Sowjetunion nach wie vor behandelt wird, als wäre sie der Erzfeind und erklärte: Der potentielle Gegner für die demokratischen Kräfte ist die gegenwärtige oder jede künftige Bundesregierung, die ihr gleicht.

Beachtung schenken als den Beschlüssen des DGB.

An ihre Adresse war die deutliche Kritik des Kollegen Benz gerichtet, der unter großer Zustimmung erklärte: „Der Bundesvorstand hat sich an die mit Mehrheit gefaßten Beschlüsse des Bundeskongresses zu halten. Er muß gegen die Notstandsgesetze aktiv werden.“ Auch viele Kommunisten haben manche nützliche Erfahrung von Frankfurt mit nach Hause genommen. Vor allem die, daß es möglich ist, mit sozialdemokratischen Genossen eine gemeinsame Sprache zu finden und einen gemeinsamen Weg zu gehen.

Was die Erfahrungen anbetrifft, die die verschiedenen Kräfte in diesem demokratischen Bündnis mit uns Kommunisten gemacht haben, so ist es kein Geheimnis, daß es sich hier um gute Erfahrungen handelt. Erneut hat sich bestätigt, daß die Kommunisten zuverlässige und loyale Partner sind, die ihre ganze Kraft gegen Notstandsgesetze und Kriegsvorbereitung, für die Erhaltung des Grundgesetzes einsetzen.

Ausblick

Der Kongreß endete mit dem eindringlichen Appell an die Bürger der Bundesrepublik, die Opposition gegen die Notstandsgesetze aktiv zu unterstützen. „Es gilt“, so heißt es in der Schlußerklärung „in den kommenden Wochen und Monaten die Aufklärungsarbeit zu verstärken und den allgemeinen Widerstand gegen die Notstandsvorhaben weithin sichtbar zu machen.“

Die meisten Teilnehmer verstanden den Kongreß als einen Auftakt für weitere Aktionen und für die Verstärkung des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. Häufig wurde zum Aus-

druck gebracht, daß analog dem Beispiel des Frankfurter Kongresses ähnliche Initiativen auch auf örtlicher Ebene fortgesetzt werden sollten.

Mit Zustimmung wurde der Vorschlag Prof. Hofmanns und anderer Mitglieder des Kuratoriums aufgenommen, am 29. Januar 1967, dem Vorabend des Jahrestages der Machtergreifung des Faschismus, eindrucksvolle Kundgebungen zum Schutze der Demokratie durchzuführen.

Kollegen aus den Gewerkschaften betonten immer wieder, daß nun auch die Gewerkschaften zur Mitarbeit gewonnen werden sollen, die dem Kura-

torium bisher noch keine Unterstützung geben. In diesem Sinne bemerkte auch Prof. Dr. Walter Fabian, Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte: Es handelt sich bei diesem Kongreß nicht um ein Ende, son-

dern um den Anfang des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. Es ist nötig, daß wir den Kampf künftig in koordinierter Form fortsetzen. Das Bündnis muß man neu erwerben und bestätigen, um es zu erhalten.

„DGB vor einer Zerreißprobe“ — Gefahr oder Drohung?

von HORST BERGMANN

Im Spätsommer gab es in der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik eine Reihe bedeutsamer Gewerkschaftstage und Konferenzen, die in den entscheidenden Grundfragen die Beschlüsse des 7. DGB-Kongresses bestätigten und auf einzelnen Gebieten Beiträge zur Konkretisierung leisteten.

Auf diesen Tagungen wurde die wachsende politische Verantwortung der Gewerkschaften unterstrichen und stärker als bisher betont, daß die Überwindung der zunehmenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, der steigenden Massenbelastungen, der Gefährdung der Arbeitsplätze, des sozialen Besitzstandes und des Friedens nur durch eine Änderung der Politik in der Bundesrepublik erreicht werden kann. Deshalb bekommen auch die gewerkschaftlichen Beschlüsse und Forderungen für eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesrepublik, für Entspannung und Verständigung, für endgültigen Verzicht auf Besitz und Verfügungsgewalt über Atomwaffen, gegen die Teilnahme der Bundesrepublik am schmutzigen Krieg der USA in Vietnam, gegen eine Notstandsdictatur, für bessere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern einschließlich der DDR größere Bedeutung im gewerkschaftlichen Denken. Hier werden Elemente einer politischen Umorientierung sichtbar, die einen entscheidenden Einfluß ausüben können für die Verwirklichung der im Grundsatz- und Aktionsprogramm niedergelegten wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Forderungen.

Die Gewerkschaften können sich mit diesen Grundforderungen nicht auf die im Bundestag vertretenen Parteien, die Große Koalition, stützen und verlassen. Es sei z. B. darauf verwiesen, daß gerade die gewerkschaftliche Forderung nach erweiterter

Mitbestimmung statt Notstandsrecht von keiner Parteifraktion im Bundestag unterstützt wird. Wohl aber wird in Fragen der Notstandsgesetzgebung, wie das beim Bunkermanöver „Fallex 66“ sichtbar wurde, eine gefährliche Gemeinsamkeit aller Bundestagsfraktionen gegen die gewerkschaftlichen Forderungen praktiziert. Darum sind eigene Aktivitäten der Gewerkschaften auf der politischen Ebene im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum so dringend notwendig.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse und Erkenntnisse wurde auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien mit allem Ernst diskutiert und auf eine Stärkung der Gewerkschaften, insbesondere in den Betrieben, auf einen aktiveren Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft bei der Realisierung der gewerkschaftlichen Beschlüsse hingelenkt. Wie aus Pressemeldungen bekannt wurde, war der DGB-Bundesvorstand von der Teilnahme von sechs Gewerkschaftsorganisationen des DGB am Kongreß „Notstand der Demokratie“ unterrichtet und hat keinerlei Einwände erhoben. Die Teilnahme Tausender Gewerkschafter auch aller anderen Gewerkschaften am Kongreß „Notstand der Demokratie“ ist ein Ausdruck der Einheit von richtigen Erkenntnissen und entsprechender gewerkschaftlicher Aktivität.

Gleichzeitig wurde aber in Vorbereitung und Auswertung dieses Kongresses eine seit längerer Zeit zu beobachtende verstärkte Einflußnahme von außen gegen DGB-Beschlüsse offensichtlich, die höchste Wachsamkeit erfordert. Das umso mehr, da einzelne Spitzenfunktionäre innerhalb des DGB und auch einzelner Gewerkschaften diese Einflußnahme tolerieren bzw. sogar aktiv unterstützen.

Da lesen wir in der „Welt“ von „Zerreißprobe des DGB“, von „Gefahr der Spaltung“. Da heißt es in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 11. 11. 1966 „DGB droht schwerer Rückschlag“. Der DGB wird aufgeteilt in „christlich-demokratische Mitglieder“ und in das „sozialdemokratische Lager“. Da tauchen Begriffe auf wie „6 notstandsfeindliche Gewerkschaften“ oder „notstandsfeindliche Kundgebungen“.

Da wird im DGB-Organ „Die Quelle“ Nr. 11 vom November 1966 der Versuch gemacht, Organisationsreformen zu begründen mit der Gegenüberstel-

lung kleiner und großer Gewerkschaften sowie großer Gewerkschaften und des DGB. Von Alfred Schattanak wird in diesem Zusammenhang geschrieben:

„Es wäre verhängnisvoll, wenn einzelne Gewerkschaften sich auf Grund ihrer Größe oder auf Grund der Bedeutung ihrer Wirtschaftsbereiche berechtigt fühlen würden, ihre eigene Politik ‚am DGB vorbei‘ zu machen.“

Das alles wird geschrieben, ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf die für den DGB und seine Gewerkschaften allgemein verbindlichen Beschlüsse und das allgemeinverbindliche Statut einzugehen.

Über die Bedeutung von Mehrheitsbeschlüssen

Wurde diesen verbindlichen Beschlüssen zuwidergehandelt? Wenn ja, von wem? Wurden DGB-Organen evtl. durch „große Gewerkschaften“ daran gehindert, gemäß dieser Plattform aktiv zu sein? Sträubten sie sich gar, einem Aufruf des DGB-Bundesvorstandes für ein gemeinsames Handeln aller DGB-Gewerkschaften nachzukommen? Oder wird hier der Teufel an die Wand gemalt, statt Sorge, Drohung ausgesprochen?

Der überzeugende Mehrheitsbeschuß des 7. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetzgebung, und die Argumente dieser Mehrheit waren so eindeutig und klar, daß Deutungen über eine Mitarbeit an den Notstandsgesetzen jeglicher Grundlage entbehren. Die KPD unterstützt aus gleichen Erfahrungen heraus uneingeschränkt diesen Mehrheitsbeschuß des DGB zur Verhinderung jeglicher Notstandsgesetze und setzt sich in Übereinstimmung auch mit anderen Gewerkschaftsbeschlüssen dafür ein, daß niemals wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, sondern in der Bundesrepublik eine Politik durchgesetzt wird, die einen solchen Notstand erst gar nicht aufkommen läßt.

Daß von der Monopolpresse versucht wird, Verwirrung in die Gewerkschaften hineinzutragen, wird keinen Gewerkschafter verwundern. Daß die SPD-Führung und die Bundestagsfraktion der SPD im Gegensatz zum DGB-Beschluß an einer Notstandsgesetzgebung mitarbeiten, ist ein bedauerlicher Tatbestand, mit dem sich

insbesondere unsere sozialdemokratischen Genossen innerhalb ihrer Partei auseinanderzusetzen haben. Aber es gibt auch Interpretationen des DGB-Beschlusses von Gewerkschaftsfunktionären innerhalb des DGB, die in gleiche Richtung weisen, und leider bleibt es nicht nur bei Interpretationen. So wurde z. B. in der „Welt der Arbeit“ neben dem Mehrheitsbeschuß des DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze, ein nicht einmal zur Abstimmung gelangter Initiativantrag für Mitarbeit an den Notstandsgesetzen abgedruckt. Unmittelbar nach dem 7. DGB-Kongreß wurde auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden, obwohl aus der Organisation nur Anträge im Sinne des 7. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze vorlagen, mit beschämenden Methoden und Halbwahrheiten ein Initiativantrag des Hauptvorstandes zur Annahme gebracht, der in völligem Gegensatz zu dem eindeutigen Beschuß des 7. DGB-Kongresses sich für eine Mitarbeit an den Notstandsgesetzen ausspricht. Dieser Beschuß wurde in DGB-Organen publiziert. Für Georg Leber gab es nur höchstes Lob, und wenn sich überhaupt Aktivitäten in bezug auf Notstandsgesetze bemerkbar machten, trafen Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes Feststellungen wie „unklarer Beschuß“ oder er ließe „mehrere Deutungen zu“, bis zur altbekannten Meinung, man könne durch Mitarbeit das „Schlimmste verhüten“.

Diese nicht erst seit heute zu beobachtende Praxis einzelner Gewerk-

schaftsfunktionäre des DGB, selbst im Geschäftsführenden Bundesvorstand, wurde bereits auf dem 7. DGB-Kongreß scharf kritisiert, weil z. B. ausschließlich Befürworter der Notstandsgesetze zu Gutachtern bestellt worden waren. Es wurden auch Beweise vorgelegt, wo Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB durch ultimative Anordnungen Aktionen gegen die Notstandsgesetze verhinderten.

Offensichtlich hat sich hier nach dem 7. DGB-Kongreß wenig geändert. Und hier ist auch der Grund zu suchen,

warum auf dem Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“ die DGB-Führung erneut kritisiert wurde.

Wenn dann nach solchen kritischen Feststellungen die Dinge auf den Kopf gestellt werden, ausgerechnet im Springer-Blatt „Die Welt“ ein Artikel des DGB-Pressereferenten veröffentlicht wurde, über eine „Gefahr der Spaltung“ des DGB durch Gewerkschaften, die am Antinotstandskongreß teilnahmen, dann gehören diese Fragen in den entsprechenden Gremien des DGB offen diskutiert.

Die klaren Sachverhalte

Kollege Bruno Krammer schreibt in der „Welt“ vom 12. 11. 1966, daß „die belastenden Spannungen ihre Ursache in der unterschiedlichen Interpretation gewerkschaftlicher Beschlüsse haben“. Schaut man sich aber die „unterschiedliche Interpretation“ z. B. des Antinotstandsbeschlusses genau an, so entspricht die „Interpretation“ einzelner Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes und einiger Vorstandsmitglieder von Einzelgewerkschaften haargenau dem auf dem 7. DGB-Kongreß abgelehnten Initiativantrag einer Gruppe von Gewerkschaftsfunktionären um Leber und auch auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden vom Vorstand eingebrachten Initiativantrag. Vom Standpunkt der innergewerkschaftlichen Demokratie haben beide gemeinsam, daß sich ihre Vertreter der Form des Initiativantrages bedienen mußten, weil in ihren eigenen Gewerkschaftsorganisationen nicht ein einziger ordentlicher Antrag für die Mitarbeit an Notstandsgesetzen vorlag und sie selbst auch nicht wagten, die Einbringung solcher Anträge ihren Mitgliedern zu empfehlen.

Es geht also hier nicht um unterschiedliche Interpretationen. Genau so wenig wie z. B. innerhalb der SPD der Wille der Mehrheit der sozialdemokratischen Genossen und die dem widersprechende Haltung der Mehrheit der Bundestagsfraktion der SPD in dieser Frage ein Interpretationsproblem ist.

Unsere sozialdemokratischen Genossen wissen genau, daß es sich hier um zwei grundverschiedene Haltungen zu den Notstandsgesetzen handelt. Sie

wissen auch, daß es in dieser Frage und nicht nur in dieser, unterschiedliche Beschlüsse bei der SPD und den Gewerkschaften gibt, so bedauerlich das ist.

Die Bewegung für die Mitbestimmung hat bisher von seiten des DGB keine Impulse zu praktischen Schritten erhalten. Die Gesetzesinitiativen zur qualifizierten Mitbestimmung, zur Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes werden von Monat zu Monat hinausgeschoben. Sicherlich ist das kein Zufall, wenn man bedenkt, daß Erweiterung der Mitbestimmung bei den Fraktionen im Bundestag nicht auf Gegenliebe stößt und auch die SPD auf dem Dortmunder Parteitag kein klares Ja gesagt, sondern im Gegenteil einen Antrag angenommen hat, der praktisch darauf hinausläuft, die gewerkschaftliche Forderung auf die lange Bank zu schieben. Auch die Beschlüsse gegen die atomare Aufrüstung, gegen Verfügungsgewalt über Atomwaffen, gegen den Krieg in Vietnam, für eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesrepublik bleiben für den DGB-Bundesvorstand bloße Deklamation. Von einer Öffentlichkeitsarbeit des DGB in dieser Frage ist nur wenig zu spüren. Anregungen für entsprechende gemeinsame Aktionen aller Gewerkschaften gibt es nicht. Und wenn Gewerkschaftsorganisationen aktiv werden, auf praktisches Handeln drängen, dann wurde in der Vergangenheit vielerorts der Versuch gemacht, solche Aktionen auf die lange Bank zu schieben oder in Säle zu verlegen. Auch die Kundgebungen zum Antikriegstag am 1. September bedurften starken Drucks insbesondere von seiten der Gewerkschafts-

jugend, um die ablehnende Haltung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB zu überwinden.

Zu überprüfen, wie weit eine gegen die Beschlüsse gerichtete Einflußnahme außergewerkschaftlicher Stellen im geschäftsführenden Bundesvorstand wirksam ist, liegt selbstverständlich im Verantwortungsbereich der dafür zuständigen DGB-Organen. Tatsache aber ist, daß die Auswirkungen dieses Einflusses deutlich werden bei einer Vielzahl von Beschlüssen und nicht nur beim Notstandsbeschluß, und daß solche Erscheinungen zumindest den Versuch einer Mißachtung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des DGB zum Ausdruck bringen.

Auf diesem Boden stehen Artikel-schreiber, die von „Zerreißprobe“ und „Spaltungsgefahr“ sprechen. Ihre Arme waren in der demokratischen Diskussion und Beschlussfassung vor und auf den DGB-Kongressen zu kurz, um den DGB auf die Position der Sozialpartnerschaft, der Bejahung des in Bonn herrschenden Regimes, der Mitarbeit an den Notstandsgesetzen zu drängen und politisch den Führungen der Bundestagsfraktion unterzuordnen. Nach einer Periode des passiven Widerstandes möchten sie jetzt übergehen zur Drohung mit Spaltung, zum Abbau der Rechte der Einzelgewerkschaften besonders in politischen und wirtschaftspolitischen Fragen, um damit nachträglich zu erreichen, was ihnen im Rahmen der demokratischen Entscheidung im DGB versagt blieb.

Im genannten Artikel des Kollegen Bruno Krammer in der „Welt“ gibt es dafür aufschlußreiche Hinweise: „Mitarbeit im Bereich der Betriebsverfassung“, Gewerkschaften als „Stabilisierungsfaktor für die junge aufstrebende Bundesrepublik“, Weg der Gewerkschaftsbewegung seit 1949, „der sie in die Mitverantwortung dieses Staates führte“. Oder die Feststellung, daß

außerparlamentarische Aktionen nicht als Mittel angesehen werden sollten, „etwa die demokratischen politischen Parteien aus ihrer Verantwortung für das demokratische Staatswesen zu entlassen“.

Zugegeben, bei derart allgemeinen Formulierungen gibt es die verschiedensten Interpretationsmöglichkeiten. Unmißverständlich aber ist der Vorwurf gegen die Gewerkschaften und Gewerkschafter, die den Antinotstandsbeschluß des DGB so nehmen, wie er ist, und demgemäß handeln. Ausgerechnet sie werden beschuldigt, „Alleingänge“ zu machen und „mangelnde Rücksichtnahme auf gemeinsame Interessen“ sowie „Zurückhaltung in einer früher bewußter gezeigten Kollegialität und Solidarität“ zu üben.

Mit dieser Kritik wird auch der Standort des Autors, seine Interpretation der Rolle der Gewerkschaften klar. Mitarbeit, Stabilisierungsfaktor, Mitverantwortung, Verantwortung der demokratischen politischen Parteien — das sind dieselben schönklingenden Phrasen, mit denen z. B. Georg Leber seine wirklichen Alleingänge in der Sozialpartnerschaft mit dem Konzernkapital, des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den herrschenden Kreisen in Bonn, in Fragen der Vermögensbildung und aktiven Lohnpolitik, seine Ablehnung der erweiterten Mitbestimmung und der Ausweitung des Gemeineigentums garniert, und mit denen er auch seinen gewerkschaftlichen Alleingang in Sachen Notstandsgesetzgebung begründet.

Es widerspräche der innergewerkschaftlichen Demokratie, der Bedeutung des 7. DGB-Kongresses als dem höchsten beschlußfassenden Organ, wenn die Beschlüsse auf Druck von außen oder von einzelnen Verfechtern anderer Auffassungen im DGB in Frage gestellt und zerredet werden.

Beschlüsse aktiv durchführen

Ist die demokratische Erarbeitung und Verabschiedung der gewerkschaftlichen Beschlüsse und des Statuts gegeben, dann sollte es nur noch ein Kriterium und zwar für alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften des DGB, einschließlich aller

DGB-Organen geben: Wie stehst Du zu den Beschlüssen und dem Statut, wie nimmst Du aktiven Anteil an ihrer Realisierung.

Die gewerkschaftlichen Interessen erfordern, das Grundsatz- und das Ak-

tionsprogramm des DGB stärker als bisher zur Grundlage des gewerkschaftlichen Kampfes zu machen. Hier sind Forderungen zur Überwindung der politischen Krise, der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten enthalten, und von dieser Position aus können auch alle Versuche der Großunternehmer entschieden zurückgewiesen werden, die darauf hinauslaufen, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre zur Mitwirkung und Mitverantwortung bei Rationalisierungsmaßnahmen, bei Entlassungen, beim Abbau von Lohn- und Sozialleistungen zu veranlassen. So sind sicherlich auch die kritischen Stellungnahmen und Hinweise der gewerkschaftlichen Tagungen im Spätsommer und auf dem Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie“ zu verstehen.

Bei einer solchen Orientierung können alle DGB-Organen mit der vollen Unterstützung und der wachsenden Aktivität der Gewerkschafter und mit dem Zustrom vieler heute noch unorganisierter Kolleginnen und Kollegen rechnen.

In dem Grußschreiben des ZK der SED an den Gewerkschaftstag der IG Chemie, Papier, Keramik ist klar

und eindeutig festgestellt worden, daß die KPD die Unabhängigkeit der Gewerkschaften achtet und alle ihre Mitglieder verpflichtet, aktiv an der Verwirklichung und Durchsetzung der gewerkschaftlichen Beschlüsse mitzuarbeiten. In den Schlußsätzen des von der KPD veröffentlichten Wirtschaftsprogramms „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“, appelliert die KPD an alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, an die Bundestagsfraktion und die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, sich den arbeiterfeindlichen Plänen der Regierung entgegenzustellen. Die KPD wendet sich an alle mit dem Vorschlag:

„Laßt uns vereint die Kraft der Arbeiterorganisation einsetzen für eine demokratische und soziale Wirtschaftspolitik, für das volle Mitbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes, für die gerechten sozialen und wirtschaftlichen Forderungen im Aktions- und Grundsatzzprogramm der Gewerkschaften.“

In dieser Gemeinschaft kann der Weg freigemacht werden für eine Politik des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit.

Rüstung, Bundeshaushalt und Finanzen

von HERBERT BÜTTNER

Es war kein Zufall, daß sich Ende Oktober 1966 die Krise der Erhard-Regierung gerade an der Finanzpolitik und der Aufstellung des Bundeshaushaltes für 1967 entzündete. Die wachsenden Widersprüche und Schwierigkeiten, vor denen die CDU/CSU infolge ihrer imperialistischen Außen- und Innenpolitik steht, mußten spätestens bei der Etatgestaltung in dieser Schärfe auch finanzpolitisch sichtbar werden. Denn ein Haushaltsplan ist auch immer die in Zahlen gefaßte Bilanz der Politik.

In den zutage getretenen finanz- und haushaltspolitischen Gegensätzen äußern sich die tiefer wirkenden sozialen und politischen Widersprüche, für die die gegenwärtige anwachsende Unzufriedenheit und Unruhe in großen Teilen der Bevölkerung ein Ausdruck sind. Jahrelang wurden diese

Widersprüche durch Wirtschaftswachstum und soziale Zugeständnisse verdeckt. Mit dem deutlichen Abflachen der Konjunktur, mit der fortschreitenden sozialen Demontage und vor allem infolge der steigenden Rüstungsausgaben treten die Gegensätze immer offener hervor.

Das war auch der Grund, warum einige Führer der SPD mit der gescheiterten CDU/CSU eine Große Koalition eingingen. In dieser Koalition sollen die Lasten einer verfehlten Politik durch Steuererhöhungen und sozialen Abbau den Werktätigen verstärkt aufgebürdet werden. Das Programm der Haushalts- und Finanzpolitik dieser Koalition umriß Scharfmacher Strauß, als er durch sein Sprachrohr, den „Bayern-Kurier“, eine Politik harter Opfer und vieler Tränen ankündigte.

Chronische Defizitwirtschaft

Schon seit einigen Jahren machten sich in der Finanzpolitik der Bonner Regierungen große Schwierigkeiten bemerkbar. Das zeigte sich z. B. in den wachsenden Defiziten der Haushalte. Betrug die Finanzierungslücke der öffentlichen Haushalte im Jahre 1961 „nur“ etwa 1,8 Milliarden DM, so schnellte 1965 die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand auf 12,5 Milliarden DM hinauf. Die Gesamtverschuldung aller Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) stieg auf 85 Milliarden DM an. Dieses ständig zunehmende Defizit mußte sich eines Tages in einer ernsthaften finanz- und haushaltspolitischen Krise auswirken.

Ende 1965 trat dies besonders deutlich hervor, als die CDU/CSU-Regierung ein sogenanntes Haushaltssicherungsgesetz verabschiedete. Mit diesem Gesetz wurden erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik gesetzliche Ausgabenbeschlüsse des Bundestages, die teilweise erst wenige Wochen vorher als Wahlköder für CDU/CSU-Stimmen beschlossen worden waren, wieder rückgängig gemacht. Um den Haushalt 1966 wenigstens pro forma ausgleichen zu können, wurden mit diesem Gesetz

für 2,9 Milliarden DM Kürzungen an den Sozialetat vorgenommen. Trotzdem bleibt im diesjährigen Bundeshaushalt noch eine Finanzierungslücke von fast 1,5 Milliarden DM, die auf dem Kreditwege beschafft werden sollen. In den Vereinbarungen zwischen SPD und CDU über die Große Koalition wurden zwei Gesetze zur Erhöhung der Tabak- und Mineralölsteuer vereinbart. Die Erhöhung beider Steuern soll die finanziellen Schwierigkeiten auf Kosten der Verbraucher beheben. Gleichzeitig soll die Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte gesenkt werden. Weitere Steuererhöhungen sind vorgesehen, und gleichzeitig soll auch der Beitragssatz von jetzt 14 Prozent für die Sozialversicherung auf 15 Prozent und evtl. noch im Laufe des Jahres auf 16 Prozent angehoben werden. Der DGB sagte ganz richtig zu diesen noch von der CDU vorgelegten Vorschlägen: Mit den von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen sollen die Arbeiter und ihre Familien für Folgen des haushaltspolitischen Versagens der alten und neuen Bundesregierung büßen. Diese Feststellung ist auch voll auf gültig für die vorgesehenen Maßnahmen der Großen Koalition.

10 Milliarden aus den Taschen der Werktätigen

Noch am 2. November 1966 legte die CDU/CSU-Regierung ein zweites Abbaugesetz mit dem schönklingenden Namen „Finanzplanungsgesetz“ dem Bundestag vor (Bundestagsdrucksache V/1067). Mit diesem Gesetz, das wie sein Vorläufer an die finanzpolitischen Notverordnungen des Weimarer Kanzlers Brüning am Vorabend der faschistischen Diktatur erinnert, sollen allein im Jahre 1967 für fast 3 Milliarden DM gesetzlich geregelte Bundesausgaben gestrichen oder gekürzt werden. Geplant ist u. a., die Zuschüsse für die knappschaftliche Rentenversicherung, für Kindergeld, für das Wohnungsgeld für den sozialen Wohnungsbau, für landwirtschaftliche Siedlungen radikal zu kürzen. Statt den Barzuschüssen für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, zu denen die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet ist, sollen für 1,2 Milliarden DM papierne

Schuldscheine ausgegeben werden. (Viele wissen, wohin das bereits zweimal führte: auch 1918 und 1945 standen die Sozialversicherungsträger mit einem Bündel staatlicher Schuldverschreibungen vor ihren leeren Kassen.) Und schließlich soll die — im wesentlichen aus Beiträgen der Arbeiter und Angestellten finanzierte — Arbeitslosenversicherung jährlich 330 Millionen DM für das staatliche Mutterchaftsgeld abzwergen. Es wird sich herausstellen, ob die SPD-Minister im Kabinett des Altnazi Kiesinger bereit sind, diesen Abbau zu verantworten.

Die vorgesehenen Verschlechterungen und sozialen Demontagen stellen alles bisher dagewesene in den Schatten. Sie haben einen Gesamtumfang von 10 Milliarden DM allein für die Jahre 1966 und 1967. Dabei bleibt in dieser Summe noch unberücksichtigt, daß sich allein 1967 das Lohnsteueraufkommen infolge der unsozialen

Steuerprogression um weitere 2,4 Milliarden DM erhöhen wird, wie das Bundesfinanzministerium ausrechnete. Für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie wird der persönliche Haushalt in dieser Zeit um mehrere hundert Mark geschmälert.

Die herrschenden Kreise in Bonn hoffen, mit diesen und weiteren geplanten radikalen Eingriffen in den Besitzstand aus den ständigen roten Zahlen ihres Haushaltes herauszukommen, in die sie durch die hemmungslose Kriegsvorbereitung und Notstandspolitik geraten sind. Selbst das Bundesfinanzministerium teilte in seinem „Finanzbericht 1966“ (Bonn 1966, Seite 97) mit,

Zusätzliche Profite für die Konzerne

Während enorme Verschlechterungen für die Bevölkerung eingeleitet wurden, ist dem Bundeshaushalt die Funktion zugeachtet, große Teile des von den Werktätigen erarbeiteten Volksvermögens in die Kassen der Konzerne und Monopolgesellschaften umzuleiten. 1966 betrugen die direkten Finanzhilfen (Subventionen) der Bonner Regierung für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche 6,4 Milliarden DM; das sind fast 50 Prozent mehr als 1965. Hinzu kommen noch indirekte Vergünstigungen durch Verzicht auf Steuereinnahmen und durch Zinshilfen in Höhe von rund 12 Milliarden DM für 1966. Wenn auch in diesen Summen einige notwendige Subventionen, z. B. für die Bauern, enthalten sind, so geht der Löwenanteil doch in die Taschen der Großkonzerne. Von der letzten Summe erhalten allein die Konzerne 6 Milliarden DM. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen z. B. für die Landwirtschaft, für das Wohnungswesen oder den Verkehr bei diesen Berufsgruppen meist nur durchlaufende Posten sind. Sie fließen in der Regel über die von den Monopolen diktierten Preise an die Handels- und Industriekonzerne weiter.

Diesen enormen Vergünstigungen für

Finanzkrisen in Ländern und Gemeinden

Die rüstungsorientierte und konzernfreundliche Haushalts- und Finanzpolitik aller bisherigen CDU/CSU-Regierungen hat schwerwiegende Aus-

wirkungen auf die finanzielle Leistungskraft der Länder und Gemeinden. Die Kommunen und Länder tragen auf Grund ihrer Zuständigkeit nach

daß sich bis 1970 ein jährliches Manko zwischen 5 bis 8 Milliarden DM ergeben wird. Bei den Koalitionsverhandlungen in Bonn wurden sogar jährliche Finanzierungslücken von 10 Milliarden DM genannt. Diese riesigen Mittel für Atomrüstung und Notstandsmaßnahmen frei zu machen, dazu sollen die finanzpolitischen Notverordnungen schon heute die Weichen stellen. So ist die haushalts- und finanzpolitische Linie, wie sie die CDU/CSU auch in der Großen Koalition verfechten will, klar zu erkennen: Die Etats der kommenden Jahre sollen auf dem Rücken des werktätigen Volkes saniert werden.

Die arbeitfeindliche und konzernfreundliche Finanz- und Steuerpolitik soll mit den geplanten sozialen Demontagen und Steuerveränderungen nunmehr verstärkt fortgesetzt werden. So bleiben die Kapital- und Einkommensteuer der Millionäre und Konzernherren unangetastet. Damit erweisen sich der Bundeshaushalt und die Finanzpolitik der CDU/CSU sehr deutlich als Klasseninstrumente des staatsmonopolistischen Kapitalismus gegen die werktätige Bevölkerung. Das Neue besteht nun darin, daß einige SPD-Führer als Minister des Kiesinger-Kabinetts dafür die Verantwortung übernehmen.

wirkungen auf die finanzielle Leistungskraft der Länder und Gemeinden. Die Kommunen und Länder tragen auf Grund ihrer Zuständigkeit nach

dem Grundgesetz etwa 75 Prozent aller in der Bundesrepublik getätigten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Investitionen der öffentlichen Hand. Gemeinsam erhalten sie jedoch von den 115 Milliarden DM Steuereinnahmen des Jahres 1966 nur etwa 43 v. H. Das führte zu einer zunehmenden Verschuldung der Länder und Gemeinden. Ihr Anteil an der gesamten Staatsschuld beträgt heute 72 Prozent. Die Folge davon ist, daß sie in akute finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, die sie zwingen, starke Abstriche an ihren Investitionsplänen zu machen und zum Teil schon begonnene Bauten stillzulegen.

Die Bundesregierung antwortete auf die Notstände in vielen Gemeinden und die Warnrufe der Bürgermeister und Landräte mit einem sogenannten Stabilisierungsgesetz. Dieses Gesetz soll der Regierung die Vollmachten geben, die Haushaltsgestaltung, die Kreditaufnahme und die gesamte Bautätigkeit der Länder, Kreise, Städte und Gemeinden den Weisungen und Eingriffen der Bundesregierung zu unterwerfen. Außerdem sollen Länder

und Kommunen gezwungen werden können, Teile ihrer Steuereinnahmen einer sogenannten Konjunkturausgleichs-Rücklage zu überweisen, über deren Verwendung die Bundesregierung im eigenen Ermessen entscheiden kann.

An diesen Zielen des „Stabilisierungsgesetzes“ wird deutlich, daß es sich bei ihm um ein weiteres staatsmonopolistisches Instrument handelt, die Finanzkraft und die Haushalts- und Investitionspolitik der Länder und Gemeinden den Wünschen der Bonner Regierung und den Monopolen unterzuordnen. Es geht bei diesem Gesetz nicht darum, Wirtschaft und Währung zu stabilisieren, sondern die auf sozialen Abbau, Notstandsvorbereitung und atomare Aufrüstung orientierte aggressive imperialistische Politik des Monopolkapitals zu festigen. Die totale Bindung der Haushaltsführung und Finanzpolitik von Ländern und Kommunen an die Rüstungsinteressen der Bundesregierung bedeutet auch ihre politische Entmündigung und Gleichschaltung.

Politik ändern

Die Suche nach Auswegen erfordert das Erkennen der Ursache für die Finanz- und Haushaltskrise der Bonner Regierung, für deren Raubzug und die Angriffe auf die Rechte und Finanzhoheit der Kommunen und Länder. Die Ursachen sind vor allem politischer Natur. Die notwendigen Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft und die neuen und stärker gewachsenen sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung stellen erhöhte Anforderungen an die Investitionstätigkeit des Staates. Zur Bewältigung der komplizierten Probleme sind erhöhte Mittel für umfangreiche wirtschaftspolitische Vorsorgemaßnahmen, für Bildungseinrichtungen, wissenschaftliche Institute, für Anlagen des Verkehrs und Einrichtungen des Gesundheitswesens, für die Kinderbetreuung und Altenfürsorge, für Jugendförderung, Wohnungsbau, Wasser- und Lufthygiene erforderlich.

Statt jedoch diesen gesellschaftlichen Notwendigkeiten im erforderlichen Maße nachzukommen und die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Bun-

deshaushaltes sowie die gesamte Finanz- und Steuerpolitik auf diese Ziele auszurichten, werden seit Bestehen der Bundesrepublik steigende Summen für die Kriegsvorbereitung vergeudet. Diese Ausgaben stiegen bedeutend schneller als die Mittel für jene staatlichen Bereiche, die für das wirtschaftliche Wachstum, den sozialen Fortschritt und die Erreichung eines hohen Bildungsniveaus für die Bevölkerung entscheidend sind.

Nach dem offiziellen „Finanzbericht 1966“ der Bonner Regierung (Seite 107), wurden allein für die militärischen Kriegsvorbereitungen und Notstandsplanungen seit 1949 fast 185 Milliarden DM ausgegeben. Hinzu kommen 20 Milliarden DM für die Westberlin-Hilfe, die auch von der NATO als „Verteidigungsbeitrag“ anerkannt ist, sowie weitere viele Milliarden Mark verschleierte Kriegskosten in anderen Etats (z. B. für strategischen Straßen- und Brückenbau, kriegsmäßige Herichtung und Bevorratung der Fernmelde- und Bundesbahneinrichtungen). Nicht zu vergessen die großen Summen

für die Führung des kalten Krieges gegen die DDR und die sozialistischen Länder. Man muß die Gesamtbelastung der Bundesrepublik für die Kriegsvorbereitung seit 1949 auf etwa 300 Milliarden DM schätzen.

Der Haushaltsplan 1967 ist ebenfalls von dieser Ausgabenflut für die Aufrüstung gekennzeichnet. So soll die Bundeswehr für das kommende Jahr 1,2 Milliarden DM mehr erhalten. Die gesamten offiziell ausgewiesenen Kosten für die militärische und zivile Kriegsvorbereitung würden damit 1967 einen Anteil von 30,7 Prozent erreichen. Hinzu kommen Aufwendungen für Rüstungskäufe in den USA in Höhe von 1,8 Milliarden DM.

Diese enorme Belastung der Volkswirtschaft führte zu Preissteigerungen, ruinierte die Währung, störte ein harmonisches Wirtschaftswachstum, beeinträchtigte die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben und führte schließlich zu der heute sichtbaren allgemeinen Haushalts- und Finanzkrise. Eine Überwindung dieser Krise ist nur möglich, wenn die Außen- und Innenpolitik der Bundesrepublik grundlegend verändert wird. Eine Politik der Abrüstung und der friedlichen Verständigung mit der DDR, Verzicht auf Atomwaffen und Notstandsgesetze — das ist die Grundlage auch für eine neue Finanz- und Haushaltspolitik.

In ihrem Wirtschaftsprogramm hat unsere Partei in einem 4-Punkte-Sofortprogramm die Herabsetzung der Rüstungsausgaben und die Verkürzung der Wehrdienstzeit, die Beendigung der

devisenverschlingenden Waffenkäufe in den USA und der Mittfinanzierung des amerikanischen Krieges in Vietnam gefordert.

Für diese Politik sollten sich die Abgeordneten aller Parlamente einsetzen. Die soziale Demontage, die jetzt durch die Große Koalition weiter geführt werden soll, droht mit dem „Stabilisierungsgesetz“ auch zu einer Demontage der Selbstverwaltungsrechte und der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden zu werden.

Das sogenannte Stabilisierungsgesetz darf nicht durchkommen, und dafür müssen sich auch die Abgeordneten in den Länder- und Gemeindeparlamenten einsetzen. Es sollte keine Etatberatung geben, ohne den vorgesehenen Verfassungsbruch beschlußmäßig abzulehnen.

Was Länder und Gemeinden wirklich brauchen, ist eine demokratische Finanzreform. Unsere Partei hat sie in ihren Vorschlägen für eine stabile Friedenswirtschaft als ein dringendes Erfordernis bezeichnet: „Lösung der dringlichen Aufgaben in der Volksbildung und im Gesundheitswesen, in der Verkehrs- und Raumplanung durch eine Finanzreform, die den Ländern und Gemeinden einen höheren Anteil am Steueraufkommen garantiert; keinerlei Beschneidung der Finanzhoheit und der verfassungsmäßigen Rechte der Länder und Gemeinden.“ Diesen Vorschlag gilt es mit sozialdemokratischen Abgeordneten, Kommunalpolitikern und Funktionären zu diskutieren. Weist er doch den Weg für eine Alternative zur unsozialen Bonner Haushaltspolitik.

Stabilisierungsgesetze und Landwirtschaft

von ANTON MÜLLER

Unter dem Vorwand, die Entwertung des Geldes aufhalten und eine Stabilisierung der Wirtschaft herbeiführen zu wollen, bereiten die herrschenden Kreise unter Bruch der Verfassung das „Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität“ vor. Mit diesem wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz hoffen die CDU/CSU und ihre Auftraggeber aus den Monopolen ihre verfehlte Politik des Revanchismus, der Aufrüstung und

des Notstandes durch Umverteilung des Steueraufkommens und der öffentlichen Haushaltsmittel noch besser fortsetzen zu können. Das Großkapital will sich mit der Großen Koalition das notwendige staatsmonopolistische Instrumentarium schaffen, um seine Profite und Machtpositionen noch mehr auszubauen. Leidtragende sind die Arbeiter und das werktätige Volk. Davon sind die Bauern nicht ausgenommen.

Die Regierung soll ermächtigt werden, den Ländern, Städten und Gemeinden Umfang und Struktur ihrer Haushalte vorzuschreiben, ihnen die Kreditaufnahme zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Aus „nicht notwendigen Maßnahmen“ soll außerdem eine zentrale Konjunkturausgleichsrücklage gebildet werden, über die die Regierung oder sogar der Kanzler alleine verfügen will. Neben der Erhöhung des Diskontsatzes der Bundesbank von 4 auf 5 Prozent, die automatisch nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die mittel- und langfristigen Agrarkredite verteuert und die Bauern unmittelbar trifft, würde die ganze Landbevölkerung durch die Haushaltsbevermündungen auch mittelbar durch Inhalt und Instrumentarium des Ermächtigungsgesetzes schwer zu leiden haben. Nach Darlegung der Vertreter der Länder im Bundesrat würden bei Durchführung des Gesetzes die Haushalte der Bundesländer „zusammenbrechen“.

Viele Aufgaben auf kulturellem und sozialem Gebiet, wie der Bau von Turn- und Schwimmhallen, Krankenhäusern und Landambulanzen, Dorfgemeinschaftshäusern u. a. müßten liegen bleiben. Zwergschulen würden auch weiterhin dem Dorf das Gepräge geben, der Straßen- und Wegebau vernachlässigt und dringend notwendige wasserwirtschaftliche Maßnahmen könnten nicht durchgeführt werden. Wie notwendig solche Arbeiten sind, beweisen die jährlichen Hochwasserkatastrophen im Gebiet Aller-Oker-Leine. Wertvolles Acker- und Weideland wird hier seit nunmehr 12 Jahren in fast regelmäßigen Überschwemmungen gefährdet und droht zu versteppen und zu verschilfen. In den Jahren 1954 bis 1960 betrug der Schaden für die Landwirtschaft allein in diesen Gebieten 1,4 Milliarden DM. Das sind bereits fast 1 Milliarde DM mehr, als im Sanierungsprogramm der Landesregierung ursprünglich vorgesehen war. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Hasselmann erklärt, daß mit den augenblicklichen Finanzierungsschwierigkeiten die ursprüngliche Absicht, den Plan in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren auszuführen, nicht zu verwirklichen

sei. So werden mit den „Stabilisierungsmaßnahmen“ auch gute Absichten sozialdemokratisch geführter Landesregierungen durch die Folgen des Bonner Rüstungskurses zunichte gemacht.

Obwohl das sogenannte Stabilisierungsgesetz noch gar nicht beschlossen ist, sind die Auswirkungen mit solchen Maßnahmen, wie dem Finanzplanungs- und Haushaltssicherungsgesetz, dem Haushalts- und Agrarretat schon sichtbar. Folgende Belastungen kommen auf die Bauern zu:

— Kürzung der Milchprämie um 375 Millionen DM.

— Ursprünglich als reine Verbraucherpreissubvention gewährt, würde das zu einer teilweisen Erhöhung der Verbraucherpreise für Milch und Milchprodukte führen.

— Die Mineralölsteuer-Rückerstattung soll um 122 Millionen DM gekürzt werden. Damit würde der Preis je Liter Dieselmotorkraftstoff um 11 Pfennig heraufgesetzt. Er würde damit zum höchsten Preis innerhalb der EWG-Länder.

— 120 Millionen DM Zuschüsse zur Unfallversicherung sollen wegfallen.

— Wegfall der Zinsverbilligungsvorschriften im EWG-Anpassungsgesetz. Damit wird die schon jetzt jährlich rund 1 Milliarde DM betragende Zinsbelastung noch drückender.

— Der erst 1965 im Einkommenssteuergesetz eingeführte Freibetrag für Land- und Forstwirte in Höhe von 1200,— bzw. 2400,— DM soll innerhalb der nächsten 2 Jahre abgebaut werden, obwohl er bis 1972 gesetzlich abgesichert ist. Dadurch gehen der Landwirtschaft 120 Millionen DM verloren, die zur Rationalisierung der Hof- und Innenwirtschaft und damit zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit innerhalb der EWG vorgesehen waren.

— Die Bauern sollen höhere Beiträge für die Altersversicherung bezahlen.

— 50 Millionen DM will die Bundesregierung durch eine Änderung des Siedlungsförderungsgesetzes einsparen und damit die bäuerlichen Siedler belasten. Hinzu kommt die Aufhebung der Umsatzsteuerrückvergütung bei Um- und Ansiedlungen.

— Die geplante Einführung der Mehrwertsteuer würde die Landwirtschaft für die Lieferung aller eigenerzeugten landwirtschaftlichen Produkte umsatzsteuerpflichtig machen. Dadurch würden rund 1,4 Millionen Betriebe mit großer Verwaltungsarbeit belastet.

1,1 Milliarden DM waren den Bauern vor den Bundestagswahlen als sogenannte Vorfeldbereinigung im Rahmen der EWG gesetzlich zugesichert worden. Diese Mittel wurden auf ein Minimum zusammengestrichen. Aber an dem Termin für die Getreidepreissenkung wird festgehalten, obwohl die Kosten der Landwirtschaft für Betriebsmittel infolge der allgemeinen Preisssteigerungen weiter gestiegen sind.

Welche Auswirkungen die gegenwärtige Finanzpolitik auf die Landwirtschaft der einzelnen Bundesländer hat, läßt der **Agrarstat von Baden-Württemberg** für das Jahr 1967 erkennen. In der „Deutschen Bauernzeitung“ vom 8. Oktober 1966 heißt es dazu:

„Von den 600 Millionen DM Steuereinnahmen, mit denen der Finanzminister für 1967 rechnet, erhält die Landwirtschaft keinen Pfennig“... „Wesentlicher sind die zahlreichen Minderansätze gegenüber dem Vorjahr bei fast allen übrigen Positionen. Die so wichtigen Aufwendungen für Meliorationen und Wirtschaftswegebauten sind um 4 Millionen DM gekürzt worden. Weniger ist ausgewiesen für die Landjugend (— 0,1 Mill.), den Generalobstbauplan (— 0,5 Mill.), die Tierzucht (— 0,2 Mill.), die Reblausbekämpfung (— 0,5 Mill.), die Dorfsanierung (— 0,5 Mill.), die Zinsverbilligung für Betriebs- und Investitionskredite (— 0,3 Mill.)...“

Außerdem sind die Förderungsmittel für die Notstandsgebiete des

Die Demagogie der CDU/CSU-Agrarpolitik

Mit dem Landwirtschaftsgesetz von 1955 hatte die CDU/CSU den Auftrag übernommen, die Lage der Landwirtschaft allseitig zu verbessern. Erklärtes Leitmotiv der CDU/CSU-Agrarpolitik sei die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes und die

Landes Baden-Württemberg um 4 Millionen (40 Prozent) gekürzt worden.

Zur Stabilisierung der verfehlten CDU/CSU-Politik, die den Bauern bisher nichts anderes als Sorgen, Existenzunsicherheit und wachsende Verschuldung gebracht hat, soll die Landwirtschaft also auf Milliarden DM verzichten. Das aber würde bedeuten, daß zum Zeitpunkt des vollen Inkrafttretens der EWG die Wirtschafts- und Konkurrenzfähigkeit der Bauern gegenüber den ausländischen Marktpartnern geschwächt anstatt gestärkt wird.

Der größte Teil der Belastungen trifft die Bauern bereits im Jahr 1967. Da nach Angaben der Bundesregierung auch in den nächsten Jahren mit einem jährlichen Fehlbetrag im Haushalt zu rechnen ist, sollen auch der Landwirtschaft weitere Belastungen auferlegt werden.

Die Bauern sind wie die Arbeiter auch als Verbraucher betroffen. Mit jährlich rund 18 Mrd. DM für den Kauf von Betriebsmitteln, wie Maschinen und Geräte, Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Baustoffe u. a. treten die Bauern als Käufer auf. Steigende Preise schmälern ihr Einkommen und schränken die Kaufkraft ein. Notwendige Neuanschaffungen müssen unterbleiben, weil durch die Kreditrestriktionen notwendige Mittel fehlen und auch die Kreditbelastung in Höhe einer Jahresbruttoproduktion das nicht mehr zuläßt. Bei dieser Lage kann es nicht verwundern, daß die Technisierung der Landwirtschaft stagniert und die Industrie auf ihren Erzeugnissen sitzen bleibt. So kam es z. B. in der Landmaschinenindustrie zu Stilllegungen, Kurzarbeit und Entlassungen. Mangelnde Kaufkraft bei den Arbeitern führt aber auch zur Einschränkung der Lebensmittelkäufe. Arbeiter wie Bauern sind also von einer solchen Entwicklung gleichermaßen betroffen.

Sicherung des Eigentums, so hieß es. Wie sieht es in Wirklichkeit damit aus?

Durch die arbeiter- und bauernfeindliche EWG-Agrarpolitik mußten 500 000 Betriebe aufgegeben werden, selbständige Bauern wanderten in die Industrie ab. Die Verschuldung der

Landwirtschaft steigt ständig. Der CSU-Vorsitzende Strauß sprach auf dem CSU-Tag 1960 in München von der Notwendigkeit des Konsumverzichts, und der CDU-Agrarexperte Struve sagte, daß man mit einer Erhöhung der Disproportionen im Einkommen der Bauern im Vergleich mit anderen gleichgelagerten Berufsgruppen rechnen müsse.

Zur Haltung Rehwindels

Der Bauernverband, insbesondere auch Rehwinkel, hat mehr als einmal die Agrarpolitik der CDU/CSU einer heftigen Kritik unterzogen und Forderungen der Bauern unterstützt. Die Summe der Versprechungen der Regierung vor der Bundestagswahl faßte Rehwinkel in einem Interview mit dem Pressedienst Agrar-Europa zusammen und zeigte auf, daß zehn Zusagen auf entscheidenden Gebieten zehnmal gebrochen worden sind: „Die Nichtinnehaltung... vieler Versprechen, Zusagen und Gesetze durch die Bundesregierung“ ist aber nicht „die Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der westdeutschen Landwirtschaft“, wie Rehwinkel meint, Ursache aller Probleme und Krisen ist die auf Ausrüstung und Notstand gestützte Politik

Wie in der Wirtschaft kann von einer gesicherten Stabilität in der Landwirtschaft keine Rede sein. Die „Stabilisierungs“maßnahmen der Monopole vertiefen auch die Krise in der Landwirtschaft. Nutznießer dieser Politik ist die von der CDU/CSU gewollte und hofferte rechtsextremistische NPD, wie es die Wahlen in Hessen und Bayern beweisen.

des Revanchismus. Sie frißt die Milliarden, die für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg fehlen.

Obwohl Rehwinkel mit seiner Kritik an der verfehlten Politik der Bundesregierung in vielen Fragen recht hat, befürwortete er andererseits in einem Rundfunkinterview am 6. November 1966 höhere Verbrauchersteuern und setzte sich für einen Lohnstopp ein. Das ist genau das, was die Monopole jetzt wollen. Wir Kommunisten sagen dazu: Wenn die Arbeiter weniger konsumieren können, werden Bauern und Mittelstand die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch stärker spüren, denn der innere Verbrauch ist gerade jetzt eine notwendige Stütze der Konjunktur. Appelle an die Regierung bringen Arbeiter und Bauern nicht weiter.

Was jetzt not tut

Eine neue Wirtschaftspolitik ist erforderlich, „die die Macht der wenigen Konzerngewaltigen einschränkt, eine Demokratisierung der Wirtschaft herbeiführt und damit dem Frieden und dem Fortschritt dient“, wie es unsere Partei in den Grundsätzen für eine demokratische Wirtschaftspolitik dargelegt hat. Mit den darin enthaltenen Forderungen für eine demokratische Agrarpolitik wissen wir uns in Übereinstimmung mit vielen Bauern, wie das Forderungsprogramme fortschrittlicher Bauern in Hessen und Bayern anlässlich der letzten Landtagswahlen zeigt.

In den Vorschlägen unserer Partei heißt es:

„Eine hochproduktive Landwirtschaft ist im Interesse einer leistungsfähigen Volkswirtschaft, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung

erforderlich. Sie muß den Bauern eine gesicherte Existenz bieten und ihnen ermöglichen, preisgünstige und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen. Die Landwirtschaft ist staatlich zu fördern durch garantierte Erzeugerpreise, billige Kredite, Steuerermäßigungen und – soweit notwendig – durch gezielte Subventionen. Eine höhere Produktivität der Landwirtschaft ist vor allem dadurch anzustreben, daß Gemeinschaften und Gemeinschaftseinrichtungen, zu denen sich die Bauern zusammenschließen, staatlich unterstützt werden. Der Preistreiber der Großindustrie für Betriebsmittel, der Ausbeutung der Bauern durch Nahrungsmittel- und Handelskonzerne ist Einhalt zu gebieten. Die bäuerlichen Wirtschaften sind vor den diskriminierenden, existenzgefährdenden Auswirkungen der EWG-Politik zu schützen.“

Die Entwicklung der letzten Monate trug bei vielen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und ihren Funktionären zur Klärung bei und führte zu einer Annäherung der Standpunkte. So sprach sich z. B. der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende der SPD, Joachim Steffen gegen eine Einkommensminderung der Landwirtschaft und gegen die geplante Kürzung der Zuschüsse für die Landwirtschaft aus. Der Vorsitzende der Gewerkschaft

ÖTV, Kluncker, lehnte eine Stabilisierung der Wirtschaft auf Kosten der Werktätigen ab, weil, wie das auch die hessischen Bauern feststellten, die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen die Krise der Wirtschaftspolitik vertiefen würde.

Die Gleichheit der Interessen von Arbeitern, Bauern und werktätigen Verbrauchern muß Basis für gemeinsames Handeln sein.

Dem VII. Parteitag der SED entgegen!

Die SED — die führende Kraft der erfolgreichen kontinuierlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik

In der Zeit vom 17. bis 22. April 1967 findet in Berlin der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik bereiten den Parteitag durch Produktionstaten und Verpflichtungen und durch eine allgemeine Initiative des gesellschaftlichen und politischen Lebens vor. „Wissen und Tat“ unterrichtet durch den Abdruck des nachfolgenden Beitrags aus der „Einheit“ über einige der wichtigsten Probleme, die bei der Vorbereitung des Parteitages stehen.

Mit der erfolgreichen Entwicklung unserer Republik im Ergebnis der Beschlüsse des VI. Parteitages — das 13. Plenum zog eine Bilanz dieser Zeit — wurden solide Voraussetzungen zur kontinuierlichen Fortführung des umfassenden Aufbaus des Sozialismus geschaffen. „Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik wissen aus eigener Erfahrung, daß der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gewiesene und beschrittene Weg, mag er mitunter auch dornenreich gewesen sein, stets im Interesse der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung lag und ihr schließlich immer spürbaren Nutzen brachte.“¹

Was befähigte unsere Partei zu diesen Erfolgen, wodurch entstand diese Erfahrung der Menschen und damit zugleich auch die massenmobilisierende Kraft unserer Parteitage? In erster Linie ist es die Tatsache, daß die SED den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkreten Bedingungen der DDR angewandt, für alle

wichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens die Perspektive ausgearbeitet hat und den Werktätigen eine klare Orientierung gab. Sie führte diese zielstrebig auf dem Weg des bewußten Kampfes für Frieden und Sozialismus voran.

So ist die Tätigkeit unserer Partei und ihres Zentralkomitees gerade auch in der Zeit nach dem VI. Parteitag durch schöpferische marxistisch-leninistische Führungstätigkeit gekennzeichnet. Vor allem die Ausarbeitung und schrittweise Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der Aufbau des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems sind hierfür charakteristisch und zeigen unser Parteiprogramm in Aktion. Untrennbar hiermit verbunden ist die von unserer Partei in diesen Jahren entfaltete politisch-ideologische und organisatorische Arbeit und damit die weitere Festigung der Einheit ihrer Reihen und die Erhöhung ihrer Kampfkraft. Auf diese Weise löste die SED ihre im Statut festgelegte Hauptaufgabe, deren praktische Verwirk-

¹ Erich Honecker: „Die Vorbereitung der Parteiwahlen 1966/67“, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 6

lichung zugleich der wichtigste Prozeß der Aneignung der gesellschaftlichen Erfahrung und der Bewußtseinsbildung der Massen ist: die Entfaltung

der Initiative der Werktätigen für die weitere Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die politisch-ideologische Vorbereitung des Parteitages

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands besitzt ein wissenschaftliches, realistisches und konstruktives Programm zur friedlichen und demokratischen Lösung der nationalen Lebensfragen, zur Sicherung einer glücklichen Zukunft Deutschlands auf dem Weg des gesellschaftlichen Fortschritts. Das Referat des Genossen Walter Ulbricht auf der 13. Tagung des Zentralkomitees über „Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“ gibt der gesamten Vorbereitung des VII. Parteitages die politisch-ideologische Orientierung, stellt die konkreten Aufgaben zur allseitigen Stärkung der DDR in die entscheidenden Zusammenhänge des nationalen Kampfes und der Rolle der DDR.

Die europäische Sicherheit ist von größter Bedeutung, um in Deutschland zu einer Minderung der Spannungen zu kommen. Realistisch sollten die nächsten möglichen Schritte der Entspannung, der möglichen Beziehungen zwischen einer sozialistischen DDR und einem kapitalistischen Westdeutschland abgesteckt werden. Es geht dabei um die Annäherung, Verständigung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten, um gegenseitige Anerkennung ihrer Gleichberechtigung. Diese Normalisierung kann nur durch offizielle Regierungsverhandlungen erreicht werden. Da Westdeutschland gegenwärtig nicht wiedervereinigungsfähig ist — ja noch nicht einmal konföderationsfähig — und dazu dort erst die Bedingungen geschaffen werden müssen, muß deshalb auch realistisch festgestellt werden, daß mit einem längeren Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten zu rechnen ist, denn die

Lage hat sich — nicht durch unsere Schuld, sondern im Ergebnis der starren imperialistischen Politik — so und nicht anders entwickelt.

Das gilt voll und ganz auch für die Einschätzung der Entwicklung in Westdeutschland. Indem Genosse Walter Ulbricht die in vielfältiger Art in Erscheinung tretende Krise der Bonner Revanchepolitik analysierte — wobei sich seine Voraussage bestätigte, daß die unüberwindlichen Widersprüche des deutschen Imperialismus immer stärker in Erscheinung treten müssen —, gelangte er zu der Feststellung, „daß es vom Standpunkt der Interessen des Volkes nur einen Ausweg gibt, nämlich eine andere und bessere Politik, eine demokratische Politik, die auf Mitverfügung über Atomwaffen, auf Kriegsrüstung und Revanche verzichtet, den Weg der Verständigung geht und das demokratische Mitbestimmungsrecht der Werktätigen gewährleistet“.² Daß eine solche realistische Politik in Westdeutschland, die Forderungen bürgerlich-demokratischen Charakters verwirklicht, den Interessen der westdeutschen Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte entspräche, ist heute offensichtlich. Es wäre also natürlich, wenn sich alle Anhänger des Friedens und der Verständigung auf einer solchen demokratischen Plattform zusammenfinden würden. Jedoch müssen wir leider erleben, daß die SPD-Führung noch immer an der Gemeinschaft mit der Politik der CDU/CSU festhält, daß sie deren aussichtslosen Kampf gegen die DDR unterstützt — sozialdemokratische Führer haben sogar maßgebend an den detaillierten Plänen des westdeutschen Forschungsrates zur Vorbereitung der Eroberung der DDR mitgearbeitet —, daß Wehner und Erler die USA-Aggression in Vietnam rechtfertigen.

Trotzdem sind wir nach wie vor der Meinung, „daß der Dialog notwendig ist und fortgesetzt wird... Wir werden nicht davon ablassen, auf dem

² Walter Ulbricht: „Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 25.

Wege von Verhandlungen Annäherung und Klärung wenigstens solcher Teilfragen zu suchen, die einer Normali-

sierung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien und den beiden deutschen Staaten förderlich sind.“³

Die Deutsche Demokratische Republik allseitig stärken

Den VII. Parteitag richtig vorzubereiten bedeutet in der Hauptsache, die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu festigen und zu stärken. Dabei ist die weitere ökonomische Entwicklung durch die immer bessere und vollständigere Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und die planmäßige Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution von entscheidender Bedeutung. Die bei der Vorbereitung und Durchführung der Parteiwahlen erreichte politische Aktivität, das große Interesse und die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung ist deshalb wahrzunehmen, um eine breite Massenbewegung zu entfalten, so daß jeder Bürger gute Taten zur weiteren Stärkung seines sozialistischen Staates vollbringt.

Die auf dem 11. Plenum für die zweite Etappe des neuen ökonomischen Systems gegebene Orientierung, einen maximalen Zuwachs an Nationaleinkommen zu erreichen und dessen effektivste Verwendung zu sichern, ist richtungweisend für die Tätigkeit der Parteiorganisationen. Der Hauptweg zur erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe, so wurde auf dem 13. Plenum betont, ist die komplexe sozialistische Rationalisierung. Das ist gegenwärtig und für die nächste Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution das wichtigste Anliegen der Führungstätigkeit, das nur unter Einbeziehung aller Werktätigen und unter Anwendung der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft realisiert werden kann und zu einer hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie zu einer Senkung der Selbst-

kosten und einer Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse führen muß.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus ist ein langer und komplizierter Prozeß, in dem die Menschen ständig neue Erfahrungen sammeln. Dabei treten neue Probleme auf, die beantwortet und gelöst werden müssen. Es geht insbesondere darum, den Werktätigen konkret, anschaulich und wirksam den Zusammenhang zwischen der erfolgreichen Verwirklichung dieser Aufgaben und der Sicherung der gesellschaftlichen und ihren ureigensten Lebensinteressen vor Augen zu führen und sie noch tiefer als bisher in den Prozeß der Lösung dieser Aufgaben einzubeziehen. Das erfordert die stärkere Beachtung des Grundsatzes der Einheit von politischen, ökonomischen und ideologischen Aufgaben. Auf dem 13. Plenum wurden verschiedene Beispiele genannt, daß staatliche bzw. wirtschaftsleitende Organe bei der Ausarbeitung ökonomischer Aufgaben nicht genügend durchdacht haben, wie diese der Bevölkerung prinzipiell und überzeugend erläutert werden müssen und welche Auswirkungen diese Aufgaben vor allem auf den Produktionsprozeß, d. h. auf die Arbeit der Menschen im Betrieb haben. Es muß überall zur unumstößlichen Praxis werden, daß Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse überzeugend begründet und erläutert werden, daß die Leiter erklären, warum und wie diese Maßnahmen durchzuführen sind. Das fördert das Verständnis der Werktätigen für die ökonomischen Zusammenhänge und befähigt sie zur bewußten Durchführung neuer Aufgaben.

Die wissenschaftliche Führungstätigkeit der Partei

Die weitere kontinuierliche Verwirklichung des Programms des umfassenden Aufbaus des Sozialismus stellt höhere Anforderungen an die Führungstätigkeit der Partei, an die Arbeit der leitenden Parteioorgane so-

wie der Grundorganisationen. Da alle Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus durch und für die Menschen vollbracht werden, ist die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und die Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktätigen ein objektiver Prozeß, der

³ Ebenda, S. 29

noch mehr in den Mittelpunkt der Parteiarbeit zu rücken ist.

Noch konsequenter als bisher sind dabei die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf die Planung und Leitung der komplexen gesellschaftlichen Prozesse und damit insbesondere auf die Entwicklung der sozialistischen Beziehungen der Menschen anzuwenden. Offensichtlich besteht darin gegenwärtig das Hauptkettenglied zur effektiven Durchsetzung der sich notwendig erhöhenden Führungsrolle unserer Partei bei der weiteren Verwirklichung ihres Programms.

In der Arbeit mit den Menschen, bei ihrer sozialistischen Leitung und Erziehung gingen und gehen wir stets davon aus, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung das Ergebnis der bewußten Tätigkeit der Volksmassen ist. Die Politik unserer Partei, die auf den objektiven Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung beruht, entspricht den Interessen der Massen — wobei der Grad, in welchem der einzelne sich dessen bereits bewußt ist und entsprechend handelt, unterschiedlich ist. Die Arbeit der Partei mit den Menschen ist im Wesen darauf gerichtet, ihnen eine immer bessere Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu vermitteln und sie zu befähigen, bewußt und sachkundig am sozialistischen Aufbau und damit an der Durchsetzung ihrer ureigensten Interessen teilzunehmen. Es geht dabei in erster Linie um geduldige politisch-ideologische Arbeit, um Perspektive und Aufgaben unseres weiteren Weges verständlich zu machen, sowie — was sich hiervon nicht trennen läßt — um die Herstellung und Pflege richtiger Beziehungen der Partei zu den Menschen, um die Schaffung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses, ohne das keine andauernde fruchtbare und gemeinsame Arbeit möglich ist.

Aus dieser Aufgabenstellung ergibt sich, daß die politisch-ideologische Arbeit nicht von der praktischen Tätigkeit der Menschen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, insbesondere von den ökonomischen Aufgaben losgelöst und sozusagen verselbständigt werden darf, sondern daß dies alles einen einheitlichen Komplex bildet, dessen einzelne Komponenten in

lebendiger Wechselwirkung miteinander stehen. Je enger die politisch-ideologische Arbeit zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Menschen mit ihrem praktischen Handeln in Arbeitskollektiven, gesellschaftlichen Organisationen und anderen größeren oder kleineren Gemeinschaften, mit den eigenen Erfahrungen bei der Lösung der politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben verbunden ist, um so mehr wird sie dazu beitragen, die Fähigkeiten, die Initiative und das Verantwortungsbewußtsein der einzelnen zu wecken und zu entwickeln und damit die schöpferischen Kräfte des betreffenden Kollektivs zu stärken.

Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, die Gestaltung neuer, sozialistischer Beziehungen zwischen den Menschen erfolgt in erster Linie im Prozeß der schöpferischen Arbeit. Indem die Werktätigen durch ihr praktisches Handeln bewußt auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit einwirken, formen sich ihr Bewußtsein und ihre Beziehungen untereinander, wodurch wiederum ihre praktische Tätigkeit in der einen oder anderen Weise beeinflusst wird.

Es gehört jedoch ebenso zu den grundlegenden Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus, daß sich das sozialistische Bewußtsein der Menschen nicht von selbst herausbildet, sondern durch systematische Erziehungsarbeit entwickelt werden muß. Dabei dürfen die Menschen nicht als passive Objekte behandelt werden, das heißt, Erziehung darf nicht mit Gängelung oder Kommandieren verwechselt werden. Die Entwicklung erwachsener Menschen im Kollektiv ist ein wechselseitiger Prozeß, das heißt, er schließt sowohl die Gegenseitigkeit als auch den Aspekt der Selbsterziehung ein. Das letztere Moment gelangt um so stärker zur Ausprägung und zur Wirksamkeit, je höher der Bewußtseinsstand der betreffenden Persönlichkeit und deren menschliche Reife entwickelt sind.

Damit wird bereits deutlich, daß die weitere qualitative Entwicklung unserer sozialistischen Erziehungsarbeit eine weit gründlichere Beschäftigung mit den Gesetzen und Erfordernissen

der Wirksamkeit unserer ideologischen Arbeit unter der gesamten Bevölkerung notwendig macht. Genosse Erich Honecker wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß zunächst genaue Kenntnis notwendig ist, was die Men-

schen denken und welche Fragen sie bewegen, um, hieran anknüpfend, unsere Ideen in das Bewußtsein der Menschen hineinzutragen.

(Von Richard Herber, aus „Einheit“, Heft 11/1966, gekürzt)

Leuna heute — und in der Vergangenheit

Der nachfolgende Beitrag wurde auf Ersuchen der Redaktion „Wissen und Tat“ von den Genossen der Kreisleitung des sozialistischen Großbetriebes „Leuna“ für unsere Leser geschrieben.

30 000 Arbeiter und Angestellte, Ingenieure und Chemiker, Werkkräfte aller Berufe und gesellschaftlichen Schichten prägen heute durch ihre Arbeit das Ansehen des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“. Auf einem Territorium von rund sieben Quadratkilometern produzieren sie Werte von knapp 1,5 Milliarden Mark im Jahr. Damit ist der VEB Leuna-Werke der größte sozialistische Industriebetrieb der Deutschen Demokratischen Republik. Etwa 10 Prozent der gesamten Chemieproduktion der Volkswirtschaft der DDR entstammen den Anlagen der Leuna-Werke. Vielfältige Exportverbindungen zu Verbrauchern und Händlern in mehr als 60 Ländern des sozialistischen und kapitalistischen Weltmarktes unterstreichen die Bedeutung des Werkes.

Zwischen dem Werk und anderen Industriezweigen der Deutschen Demokratischen Republik, besonders des mitteldeutschen Raumes, bestehen intensive Verflechtungs- und Kooperationsbeziehungen. Allein 45 Erzeugnisse liefert Leuna an den VEB Chemische Werke Buna, während der VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld 25 Erzeugnisse erhält. Chemische Großbetriebe, wie der VEB Farbenfabrik Wolfen, der VEB Filmfabrik Wolfen, der VEB Stickstoffwerk Piesteritz, das volkseigene Kunstseidenwerk „Wilhelm Pieck“ in Schwarza, Dederonerzeuger in Premnitz und Guben und viele andere Betriebe sind Partner im Netz der Verflechtungen.

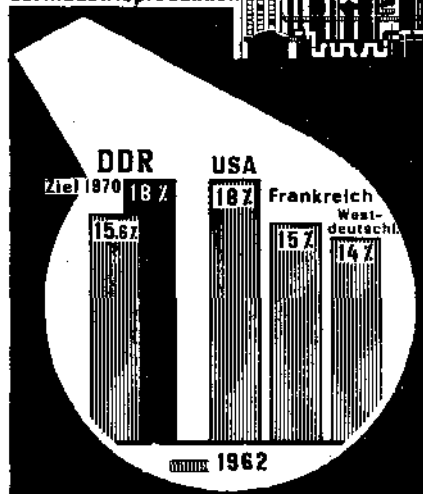
Unmittelbar neben dem alten Leuna wird in den letzten Jahren die erste petrochemische Basis der DDR errichtet. Die ersten Anlagen produzieren seit einiger Zeit Hochdruckpolyäthylen als Hauptprodukt, einen Plast, der sehr

vielseitig einsetzbar ist und zum Beispiel im neuentstandenen plastverarbeitenden Werk in Gölzau zu vielen hochwertigen Produkten weiter verarbeitet wird.

Die Deutsche Demokratische Republik verfügt über eine quantitativ und qualitativ hochentwickelte Chemiewirtschaft. Es gibt heute kaum ein Land in der Welt, das einen so hohen Anteil Chemieproduktion an der industriellen Gesamtproduktion aufzu-

Chemieland DDR

Anteil der Chemieproduktion an der Industrieproduktion



weisen hat. Im Jahre 1959 betrug dieser Anteil in der DDR bereits 14,5 Prozent, gegenwärtig macht er 15,6 Prozent aus. Hinsichtlich des Chemie-

Produktionsvolumens lag die DDR pro Kopf der Bevölkerung 1959 hinter den USA an zweiter Stelle und teilt sich

gegenwärtig im Bereich der Chemiefaserproduktion mit den USA den ersten Platz in der Welt.

Schule der Arbeiterklasse

Der sozialistische Großbetrieb Leuna ist eine Schule der Arbeiterklasse, die die Werktätigen lehrt, Staat und Wirtschaft selbst zu beherrschen und zu leiten.

Der Beginn dieser Entwicklung liegt nunmehr 50 Jahre zurück. Im Jahre 1916 begannen die ersten Arbeiten zum Bau des damaligen „Ammoniakwerkes Merseburg“.

Warum die Aktionäre der BASF den Beginn des Baus befehlen, möge ein Zitat erklären: „Der wider Erwarten starke und schnelle Munitionsverbrauch der ersten Kriegswochen (des I. Weltkrieges d. Verf.) hatte die Friedensberechnungen weit übertraffen. Nach den Grenzschlachten und der Marneschlacht waren die vorhandenen Vorräte so gut wie aufgebraucht. Die heimische Industrie war zu dieser Zeit noch nicht in der Lage, den Munitionsverbrauch mit der erforderlichen Schnelligkeit und in ausreichendem Maße zu ersetzen.“ Jede Steigerung der Munitionsproduktion hing aber ab von der Erhöhung der Pulverfertigung und diese wiederum hauptsächlich von der Stickstoffherzeugung.

Die Kriegerohstoffabteilung (KRA) des preußischen Kriegsministeriums entwickelte sich während des Krieges zur wichtigsten Instanz, durch die sich die führenden deutschen Monopole in erbittertem Konkurrenzkampf allmählich die Wirtschaft des ganzen Landes unterordneten. Die Monopolisten der BASF hatten sich in der KRA eine Schlüsselstellung zu verschaffen gewußt.

So ist der Bau des „Ammoniakwerkes Merseburg“ nahe dem kleinen Dorf Leuna damals einer der entscheidenden

den Versuche des deutschen Imperialismus, den tödlichen Fängen wirtschaftlicher und chauvinistischer Fehlspekulationen zu entkommen. Die Fäden der Drahtzieher und Nutznießer an diesem zeitweiligen Hauptprojekt der deutschen imperialistischen Rüstung liefen bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) in Ludwigshafen zusammen, einem der wichtigsten Konzernglieder der späteren IG Farben AG. Leuna wurde zu einer der wichtigsten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Großanlage dieses einflußreichsten und gefährlichsten Kriegsverbrecherkonzerns.

Presseangaben zufolge beliefen sich die Gesamtkosten für den Bau der Leunawerke einschließlich der Fabrik-siedlung bis zum Jahre 1920 auf 700 Millionen Mark. Mehr als die Hälfte davon hat der Staat gezahlt, erpreßt in der prekären Lage der Kriegssituation, und zum Inflationskurs nur fiktiv zurückerhalten.

So gesehen muß man die fünfzig-jährige Geschichte des größten Chemiebetriebes der DDR in zwei grundlegend verschiedene Teile trennen. 30 Jahre Leuna-Werke unter der Herrschaft der Konzernherren der IG Farben, Leuna der Ausbeutung, der Knechtung und der Kriegsproduktion unterscheiden sich wesentlich von den jüngeren 20 Jahren der Leuna-Werke des Volkes. Die von der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus befreite Arbeiterklasse, die sich zur herrschenden Klasse erhob, hat im engen Bündnis mit allen werktätigen Schichten der Bevölkerung dem Werk einen neuen Inhalt und der Produktion ein neues Ziel gegeben.

Tradition, Gegenwart und Zukunft der Leuna-Arbeiter

Das Band zwischen Tradition, Gegenwart und Perspektive ist ein ununterbrochener fünfzigjähriger Kampf der Leuna-Arbeiter, der Wissenschaftler, der Techniker und Chemiker für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Dieser Kampf begann im Jahre 1916 und wird in unseren Tagen unter Führung der SED vollendet.

Es war ein schwieriger Anfang in den Jahren 1945/46. Über 10 000 anglo-amerikanische Bomben hatten in 23 schweren Luftangriffen das Werk zu etwa 80 Prozent zerstört. Schutt und

¹ Der Weltkrieg 1914—1918 Bd. V, Seite 7, Berlin 1925

Trümmer hinterließ der geschlagene deutsche Imperialismus den Leuna-Arbeitern. Ohne die Herren der IG Farben begann der Aufbau. Diese Herren hatten sich nach Westen abgesetzt: der Meer, heute Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates und Vorstandes der Farbenfabriken Beyer AG, Leverkusen, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank AG, Düsseldorf, und der Waggonfabrik Uerdingen AG, Krefeld; Bütetisch, ehemals Geschäftsführer der Ammoniakwerke Merseburg GmbH, Leuna-Werke, und heute Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kohle-Öl-Chemie GmbH, Gelsenkirchen, Aufsichtsratsmitglied der Rohrchemie AG, Oberhausen-Holten und Leiter des Technischen Expertenkomitees der Internationalen Konvention der Stickstoffindustrie; Schneider, früher Hauptabwehrbeauftragter der IG und Geschäfts- und Betriebsführer des Ammoniakwerkes Merseburg und heute Aufsichtsratsmitglied der Süddeutschen Kalkstickstoff-Werke AG, Trostberg.

Sozialistische Demokratie in Aktion

Die sozialistische Demokratie in Aktion umfaßt ein ganzes System staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen, durch die die Werktätigen die Macht ausüben und die sozialistische Gesellschaft errichten.

Im sozialistischen Großbetrieb ist in diesem System die Arbeit der staatlichen Leitung des Betriebes und die Mitbestimmung der Gewerkschaftsorganisation von besonderer Bedeutung.

Die Erfahrung lehrt, daß die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte im Sozialismus maßgeblich auf den Inhalt und die Methoden der Führungstätigkeit einwirkt. Die Leitung des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ ist deshalb gegenwärtig dabei, das neue ökonomische System der Planung und Leitung mit all seinen Details durchzusetzen. Das Grundanliegen des neuen ökonomischen Systems besteht darin, die im Plan optimal fixierten volkswirtschaftlichen Gesamterfordernisse mit den individuellen und betrieblichen Interessen über ein System ökonomischer Hebel in Übereinstimmung zu bringen. Die

Unter tatkräftiger Mitarbeit sowjetischer Fachleute wurde erreicht, daß bereits 1953 die Produktion den Vorkriegsstand erreichte, 1958 höher lag als die im Jahre 1942 erzielte Maximalproduktion unter der Herrschaft der IG Farben. Im Jahre 1961 überschritt das Produktionsvolumen erstmalig die Milliarden Grenze.

Unter Führung der befreiten Arbeiterklasse und ihrer revolutionär-marxistischen Partei gaben die Werktätigen damit vor allem den Beweis, wie in den Betrieben des ehemaligen IG-Konzerns die nationale Konzeption „Chemie für den Frieden“ durchgesetzt werden konnte. Damit begann in der Tat ein neuer Abschnitt in der Geschichte.

Mit der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und der Umgestaltung der gesamten Gesellschaft entstand und entwickelte sich die sozialistische Demokratie. Die Herrschaft des Volkes wurde zur Realität.

Handlungen einzelner Werktätiger, der Betriebskollektive und ganzer Abteilungen werden so gestaltet, daß sie den volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen entsprechen und diese verwirklichen. Der vom Staat eingesetzte Leiter einer Gruppe ist verpflichtet, diese Erfordernisse zu erläutern und über die Lösung der Probleme Rechenschaft vor seinem Kollektiv abzulegen. Er wird dabei von den gesellschaftlichen Organisationen tatkräftig unterstützt. Die Arbeit des Produktionskomitees, der Produktionsberatungen, Aktionen der Plandiskussion, der sozialistische Wettbewerb, Ergebnisse der Arbeits- und Forschungsgemeinschaften, eine große Zahl von Vorschlägen der Neuerer der Rationalisatorengruppen und Neuereraktive sind Ausdruck der aktiven Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung der Produktion.

Gegenwärtig erarbeiten über 300 sozialistische Arbeits- und Forschungsgemeinschaften mit rund 4000 Mitgliedern dem Werkskollektiv jährlich einen beträchtlichen Nutzen. 654 Meisterbereiche, Schichtkollektive und Jugendbrigaden bewerben sich um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“. Jeder zweite Werksangehörige ist an

der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung beteiligt. Im Jahre 1965 wurden durch die Vorschläge der Neuerer und Rationalisatoren ein Nutzen von rund 30 Millionen Mark erzielt. Den ideellen Nutzen, die Freude und Befriedigung jedes einzelnen, die er durch die Anerkennung seiner Leistung fand, nicht mitgerechnet. Die guten Vorschläge und Ideen der Werktätigen Leunas führten 1966 u. a. zu einer Übererfüllung des Stickstoffplanes um über 3000 t Reinstickstoff.

Rund ein Viertel der Beschäftigten jener Abteilung, die den Stickstoff aus der Luft gewinnt, sind Frauen. Jahrzehntlang waren sie im Leuna-Werk der IG nicht beschäftigt worden. Bis 1952 hatte sich der Frauenanteil an der Gesamtbelegschaft auf 20 Prozent erhöht. Er stieg in den Jahren darauf weiter an und erreichte 1965 zirka 31 Prozent. 179 Frauen mit abgeschlossener Hoch- und Fachschulbildung, ausgebildete Meister der volkseigenen Industrie und Frauen mit langjährigen Berufserfahrungen arbeiteten 1963 in leitenden Funktionen des Werkes. 1964 stieg diese Zahl um weitere 57 Prozent und sie verdoppelte sich annähernd im Jahre 1966. Fast 12 Prozent der im Werk beschäftigten Chemiker, Ingenieure und Ökonomen mit Hoch- und Fachschulbildung sind Frauen. Im Studienjahr 1965/66 wurden 24 Frauen zum Studium an Universitäten und Hochschulen und 37 zu Fachschulen delegiert. Die Betriebsschule bietet den berufstätigen Frauen und Müttern durch Externatslehrgänge besondere Möglichkeiten der Qualifizierung. Für die Dauer der Lehrgänge werden die Frauen von ihrer Arbeit im Betrieb beurlaubt und erhalten ihren bisherigen Durchschnittslohn. Die Zahl der Hörer in diesen Lehrgängen stieg bis zum Jahre 1965 auf durchschnittlich 4000 pro Jahr.

Die Gewerkschaftsorganisation im Werk unterstützt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln diese Entwicklung, weil sie mit ihrem Beitrag zur Steigerung der Arbeitsproduktivität die Interessen aller ihrer Mitglieder am besten vertritt. Sie stellte beispielsweise auf einer Vertrauensleuteversammlung im September 1966 in einer Stellungnahme zum Planvorschlag 1967 fest, nachdem der Werk-

direktor seinen Bericht zur Planerfüllung und zum Planvorschlag 1967 unterbreitet hatte: „Die Ergebnisse im sozialistischen Massenwettbewerb zur Planerfüllung zeigen, daß das gesamte Belegschaftskollektiv erfolgreich um die Erreichung der Staatsplanaufgaben gekämpft hat. Diese Initiative bei den Belegschaftsmitgliedern in allen Abteilungen zu wecken, um die Aufgaben der Planerfüllung für 1966/67 zu lösen, ist ein wichtiger Auftrag für die Gewerkschaftsorganisation unseres Werkes.“

An anderer Stelle der gleichen Stellungnahme ist zu lesen: „Nicht einverstanden sind wir mit dem Vorschlag, die Mittel für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu senken. Der allgemeine technische Zustand des Werkes widerspricht dieser Maßnahme“. Der Werkdirektor ist gesetzlich verpflichtet, dieses Veto der Gewerkschaft zu respektieren und jene Überlegung zu korrigieren, die nicht die Zustimmung der Interessenvertretung der Belegschaft fand.

Gegenwärtig haben die Partei-, die Gewerkschafts- und die Abteilungsleitung einer Abteilung des Werkes die Produktionsbetriebe zum sozialistischen Massenwettbewerb zu Ehren des VII. Parteitagess der SED und des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution aufgerufen und sich selbst verpflichtet, ausgehend vom 13. Plenum des ZK der SED, einen intensiven Kampf zur Einsparung von Roh- und Hilfsstoffen, Energien, Arbeitskräften und Reparaturkosten, zur Verminderung von Stillstandszeiten, zur Verbesserung der Fondsquote durch den Abbau von erhöhten Beständen und ungenutzten Grundmitteln und zur Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse zu führen. 2100 Einzel- und Kollektivverpflichtungen aus allen Teilen des Werkes wurden zur Lösung dieser Aufgabe eingegangen. Sie tragen dazu bei, daß der Gewinn der Leuna-Werke im nächsten Jahr um 60 Millionen Mark ansteigen wird.

Wie zu jeder Zeit seit dem Bestehen des Werkes steht die Partei der Arbeiterklasse an der Spitze des Kampfes, gibt ihm Ziel und Richtung. Mehr als jeder fünfte Belegschaftsangehörige ist Mitglied der SED. Zwei Mitglieder der Kreisparteiorganisation tragen den

Vaterländischen Verdienstorden, fünf wurden mit dem Nationalpreis geehrt, vier sind Helden der Arbeit und sechs erhielten den Orden „Banner der Arbeit“, 27 Genossen und Genossinnen erhielten die Verdienstmedaille der DDR und 2388 sind Aktivisten oder erhielten die „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“. Damit wird deutlich, die Parteimitglieder sind die aktivsten, politisch klarsten und klassenbewußten Werktätigen des Betriebes.

Ausgehend von den Beschlüssen des VI. Parteitag der SED legte die Kreisparteiorganisation der SED im VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ den Werktätigen ihr Perspektivprogramm vor, das die Entwicklung des Werkes bis zum Jahre 1970 und darüber hinaus entwirft. Es legt die Aufgaben dar, die sich aus der zielstrebigen

Weiterentwicklung der Petrolchemie in Leuna und der Rekonstruktion des alten Werkes ergeben und unterstreicht als Voraussetzung dazu ein hohes Niveau wissenschaftlicher Planungs- und Leitungstätigkeit. Aufgabe der Kreisparteiorganisation des Leuna-Werkes und all ihrer Mitglieder ist es, eine Atmosphäre des Meinungsstreits um den optimalen Perspektivplan und um seine Realisierung ins Leben zu rufen.

„Für eine solche Entwicklung, für eine solche Zukunft, für eine solche Demokratie, in der sich freie Menschen entwickeln, ihr Schicksal selbst bestimmen, in der unsere Menschen den Weg des Volkes zu Frieden, Glück und Wohlstand lenken, lohnt es sich, alle Kräfte, Talente und Fähigkeiten jeden Tag aufs neue einzusetzen.“

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Wer steht hinter dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“

I

Am 14. Juni 1954 trafen sich auf Einladung des damaligen Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Jacob Kaiser, 128 Damen und Herren im Kurort Bad Neuenahr. Zur Diskussion stand — wie verlautet wurde — die Wiedervereinigung Deutschlands. Auf Veranlassung des Bonner „gesamtdeutschen“ Ministeriums wurde noch am gleichen Tage mit diesen Damen und Herren das Kuratorium „Unteilbares Deutschland — Volksbewegung für die Wiedervereinigung“ gegründet.

Im Gründungsmanifest des Kuratoriums hieß es, daß alle Bemühungen um die Herstellung eine „freien und geeinten Deutschlands“ seit 1945 gescheitert seien. Die Grenze mitten durch Deutschland bedrohe die „Sicherheit und Wohlfahrt“. Die Sicherheit und Wohlfahrt sei nur dann herzustellen, wenn die „freiheitliche Ordnung“ der Bundesrepublik auch

auf die DDR ausgedehnt werde. Für dieses Ziel hätten sich „Männer und Frauen aus allen Teilen unseres Landes, aus allen Parteien, aus den großen wirtschaftlichen und sozialen Verbänden, aus dem Kultur- und Geistesleben, aus allen Schichten und wesentlichen Gruppen“ des deutschen Volkes zusammengeschlossen.¹ Ziel und Absicht der Initiatoren des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ konnten kaum durch demagogische Formulierungen verhüllt werden.

Am 17. Juni 1953 hatte die annexionistische Bonner Wiedervereinigungspolitik eine Niederlage erfahren. Mit der Gründung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ sollte für die Annexionspolitik eine Massenbewegung ins Leben gerufen werden. Jacob Kaiser proklamierte eine Art Burgfriedenspolitik in bezug auf den geplanten Anschluß der DDR. Bei der Wiedervereinigung — so erklärte er in Anlehnung an die Worte Kaiser Wilhelms II. bei Ausbruch des ersten Weltkrieges — dürfe „es keine Par-

¹ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 16. 6. 1954, Nr. 110, S. 905.

teilen —, keine Klassen-, keine Standesunterschiede geben.“²

Das Kuratorium erwies sich aber gleich als ein Organ des Monopolkapitals und der reaktionären Parteien. Die Mitarbeit einiger rechter SPD- und einiger rechter DGB-Führer vermögen daran wenig zu ändern.

In der Mitgliederliste des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ findet man unter anderem folgende Konzernkapitäne:

Fritz Berg

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie;

Dr. Paul Beyer

Geschäftsführender Vorsitzender

des Deutschen Industrie- und Handelstages;

Otto Friedrich

Damals Vorsitzender des Verbandes der Phoenix-Gummiwerke, Hamburg.

Alfred Krupp von Bohlen und Halbach
Chef des Krupp-Konzerns, Essen.

Diese Herren und das Bonner Ministerium für „gesamtdutsche“ Fragen finanzieren das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“. Aber auch durch öffentliche Sammlungen und durch Einziehung eines monatlichen „Wiedervereinigungspfennigs“ in Schulen werden die Mittel für die Tätigkeit dieses Gremiums aufgebracht.

II

Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ ist die Organisation des Konzernkapitals, das die propagandistische Vorbereitung der geplanten Annexion der DDR betreibt. Die Probe auf die wahren Absichten des Kuratoriums wurde noch im Jahre 1954 gemacht. Dr. Hans Loch wandte sich im Auftrage des „Ausschusses für Deutsche Einheit“ der DDR in einem Schreiben an das Kuratorium. In dem Schreiben wurde die Erweiterung der gegenseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Wiederherstellung einer einheitlichen Währung, die Herabsetzung der Streitkräfte und die Erweiterung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten vorgeschlagen.³ Diese Vorschläge der DDR, die geeignet waren, wichtige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung zu schaffen, lehnte das Kuratorium ab. Der Präsident des Kuratoriums Löbe begründete die Ablehnung damit, daß das Kuratorium „in aller Stille“ wirken wolle. Das Kuratorium lehne es ab, sich durch solche Vorschläge „über-rumpeln“ zu lassen.⁴

Stattdessen entwickelte es eine rege propagandistische Tätigkeit. Sonderbriefmarken, Plakate, Gedenkminuten,

Kerzen im Fenster am 17. Juni jeden Jahres sind ein Teil jener vom Kuratorium propagierten Mittel und Methoden zur Unterstützung der Bonner Annexionspolitik. Eine der bisher mit größtem Aufwand an Demagogie durchgeführte Kampagne war die Aktion „Macht das Tor auf“. Den Vorschlag dafür machte der Herausgeber der „Bild-Zeitung“, Cäsar Axel Springer. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs für diese Aktion zählten u. a. CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß und Kriegsverbrecher Theodor Oberländer. Die Aktion „Macht das Tor auf“ war in den Jahren 1959/1960 ein wichtiger Bestandteil der psychologischen Kriegführung gegen die DDR und der Vorbereitung der im Herbst 1961 geplanten „Befreiung“.

Nachdem durch die Befestigung der Staatsgrenzen der DDR am 13. August 1961 der Bonner Regierung die Grenzen ihrer Macht gezeigt worden waren, bemühten sich die Funktionäre des Kuratoriums um die Propagierung neuer Methoden für die Durchsetzung der alten Annexionsziele. Besondere Aktivität zeigte der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Wilhelm Wolfgang Schütz. In seinem Buch „Reform der Deutschlandpolitik“ begründete er die Schaffung einer „formierten Gesellschaft“ in der Bundesrepublik mit dem Ziel der „Wiedervereinigung“ Deutschlands:

² Vgl. Deutsche Kommentare, Stuttgart, 26. 6. 1954.

³ Freies Volk, Düsseldorf, 1. Juli 1954.

⁴ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn. 31. Juli 1954, Nr. 141, S. 1266.

„Die deutsche Frage ist auch und vor allem eine Frage der Macht... Politik, Wirtschaft, Geist, Kultur, moralische Kräfte, Charakter, das alles ist Macht. Das alles läßt sich in die Waagschale legen. Hier läßt sich zusätzliche Macht schaffen.“ Eben auf die Durchsetzung der Macht der Mo-

nopole kommt es den Bonner Machthabern an.

Obwohl das Kuratorium nun schon 12 Jahre tätig ist, konnte es weder das propagierte Aggressionsziel realisieren, noch wurde es eine „Volksbewegung“.

III

Die politische Rolle des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ läßt sich nur dann richtig verstehen, wenn der funktionale Zusammenhang mit dem „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gesehen wird. Der „Forschungsbeirat“ ist seit März 1952 tätig an der Ausarbeitung eines detaillierten „Grauen Plans“, in dem alle die Maßnahmen festgelegt sind, wie nach einem erfolgreichen „Tag X“ die sozialistische Industrie und Landwirtschaft der DDR rekaptalisiert werden könnte.⁵ Im „Forschungsbeirat“ sind sämtliche Unternehmerverbände vertreten, aber auch Vertreter aller Bonner Ministerien, der CDU/CSU, der SPD und des DGB. Die Verbindung zwischen dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ und dem „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ wird vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen hergestellt. Eine Reihe der Mitglieder der Füh-

rungsgremien gehören sowohl dem „Forschungsbeirat“ als auch dem Kuratorium an — so zum Beispiel Fritz Berg, Ferdinand Friedensburg und Wilhelm Wolfgang Schütz.

Die vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt oft verkündete „realistische Politik“ läßt sich wohl kaum in Übereinstimmung bringen mit der Mitarbeit der SPD im Kuratorium. Der Vorschlag Herbert Wehners, eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der DDR und der Bundesrepublik herzustellen, ist solange unglaubwürdig wie SPD-Führer im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ und am „Grauen Plan“ mitarbeiten.

Es ist erforderlich, daß sich die Arbeiterorganisationen von der Zielsetzung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ distanzieren. Dies könnte augenscheinlich dadurch geschehen, daß sowohl der DGB als auch die SPD ihre Vertreter zurückziehen.

Wer ist die FNL?

Frage: Die Befreiungsbewegung in Südvietnam wird bei uns meist als „Vietcong“ bezeichnet. Aber sie nennt sich selbst FNL, Nationale Front für die Befreiung Südvietnams. Warum benutzen z. B. unsere großen Presseorgane nicht die richtige Bezeichnung?

Antwort: Wilfred Burchett, ein australischer Journalist, der sich in den befreiten Gebieten Südvietnams, unter

den Kämpfern der Befreiungsarmee, in Dörfern, in den Bergen, in ihren Stellungen vor den Toren Saigons aufgehalten hat, Reportagen über die FNL schreibt und das Buch „Partisanen contra Generale“ veröffentlichte (in der Bundesrepublik herausgegeben vom Brückenverlag 11,20 DM, Vorabdrucke erschienen in „Quick“, „Stern“, „Epoca“, „Paris Match“), hat sich mit einer ähnlichen Frage in einem Leitartikel beschäftigt, den die Wiener „Volkstimme“ am 8. 8. 1964 brachte. Er schrieb:

„Das Wort ‚Vietcong‘ ist eine Falschmeldung, erfunden von Ngo Dien Diem, die Zusammenziehung der Worte ‚vietnamesische Kommunisten‘. (Diem war

⁵ Schütz, Wilhelm Wolfgang, Reform der Deutschlandpolitik. Köln und Westberlin (1965), S. 17 und 47.

⁶ Vgl. Tätigkeitsberichte des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, Bonn und Westberlin 1954, 1957, 1961, 1965.

von 1954 bis 1963 Diktator Südvietnams, eingesetzt von den USA. Nach einem Bericht der FNL sind unter seiner Herrschaft täglich 42 Südvietnamesen ermordet, 5 Millionen Menschen in Konzentrationslagern inhaftiert worden. Die Red.)

Es gibt keine Organisation, die sich Vietnam nennt. Die Organisation, die bereits zwei Drittel des Landes mit mehr als der Hälfte der Bevölkerung kontrolliert, ist die Nationale Befreiungsfront. Das Zentralkomitee der Befreiungsfront ist faktisch eine provisorische Regierung, allerdings mit Komitees statt Ministerien: Komitee für Militärangelegenheiten, für Auslandsbeziehungen, für öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Erziehung usw. sogar ein Komitee für Verkehr und Fernverbindungen...

Die leitenden Männer sind zu einem sehr großen Teil Intellektuelle aus Saigon, Patrioten, die ohne weiteres mit irgendeiner gemäßigten nationalistischen Regierung zusammenarbeiten würden. Der Vorsitzende der Befreiungsfront ist ein wohlbekannter Rechtsanwalt aus Saigon, Nguyen Huu Tho, der nie als „Linker“ betrachtet wurde. Der Generalsekretär Huynh Tan Phat, ein Architekt, ist ebenso wie Tho sehr gebildet, europäisiert, in Frankreich erzogen. Unter den Leuten an der Spitze finden sich noch ein Radioingenieur, ein Chemiker, der Spezialist für Heilmittel ist, ein Arzt, ein Bühnenschriftsteller und ein Zeitungs-herausgeber: Buddhisten, Katholiken und religiöse Führer der Cao-Dai-Religion – lauter Leute, die von Diem und Dulles in die Opposition gedrängt und zur Flucht aus Saigon gezwungen wurden.“

Mit der Bezeichnung „Vietcong“ wollen die großen Meinungsmonopole der Länder, die den schmutzigen Krieg in Vietnam führen oder unterstützen, davon ablenken, daß sich in der FNL alle patriotischen Kräfte zur Befreiung Südvietnams von den amerikanischen Truppen und ihrer Marionettenregierung in Saigon zusammengeschlossen haben. Der Begriff „Vietcong“ soll diffamieren, soll helfen, den schmutzigen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk als „kommunistische Aggression“ darzustellen. „Vietcong“

ist eine Vokabel der Kräfte, die in Vietnam Völkermord begehen, ihr Gesicht vor den Völkern verlieren und deshalb mit dem Festhalten an diesem Begriff den Charakter des nationalen Befreiungskampfes der Südvietnamesen vor der Welt zu vertuschen versuchen.

Alle Zeitungen, Parteien, Organisationen, Bewegungen, Staatsmänner und jeder einzelne Mensch, die sich gegen die Aggression der USA in Vietnam wenden und für die Unabhängigkeit Vietnams eintreten, lehnen es ab, den Begriff „Vietcong“ zu gebrauchen, weil man nicht mit dem Vokabular des Aggressors gegen ihn kämpfen kann. So ist bereits die Wahl der Bezeichnung FNL ein Ausdruck für die Klarheit der Erkenntnis über den Befreiungskampf, den das vietnamesische Volk führt, und ein Bekenntnis zum unabdingbaren Recht Vietnams, ohne die Anwesenheit und den Krieg der amerikanischen Truppen über sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Frage: Ist die FNL die Befreiungsarmee oder eine Organisation?

Antwort: Die FNL wurde am 20. Dezember 1960 gegründet. Sie ist eine Vereinigung, der sich u. a. folgende Parteien und Organisationen Südvietnams angeschlossen haben: Radikal-Sozialistische Partei Südvietnams, Demokratische Partei Südvietnams, Revolutionäre Volkspartei Vietnams, Autonome Bewegung der Nationalitäten in Tay-Nguyen, Vereinigung der Buddhisten Südvietnams, der Cao-Dai-Sekte, der Hoa-Hao-Sekte, der Katholiken und der Protestanten, Gruppe der Industrie- und Kaufleute, Befreiungsarmee Südvietnams. Ebenso angeschlossen haben sich zahlreiche Organisationen der Bauern, der Frauen, der Jugend und Studenten, der Schriftsteller und Künstler, der Gewerkschafter, der Lehrer und Journalisten Südvietnams.

Daraus geht hervor, daß die Befreiungsarmee nur einen Teil der FNL darstellt.

Frage: Wie arbeitet die FNL?

Antwort: Die FNL kontrolliert heute vier Fünftel des südvietnamesischen Territoriums mit zehn von insgesamt vierzehn Millionen Einwohnern. Das

Wort „kontrolliert“ anstelle von beherrscht“ wird deshalb gewählt, weil die Lage in Südvietnam sehr unterschiedlich ist. Es gibt Gebiete, z. B. im Süden, im äußerst fruchtbaren Mekong-Delta, in die seit 1954 kein Amerikaner und kein Soldat der Saigoner Truppen seinen Fuß gesetzt hat. In den Dörfern, Orten und Ansiedlungen solcher Gebiete besteht seit Jahren eine demokratisch gewählte Selbstverwaltung der Einwohner, ist der Boden an die Bauern vergeben worden (in den vergangenen zwei Jahren waren das 31 000 ha Ackerland), betreuen Ärzte der FNL die Bevölkerung, wird mit Hilfe der Lehrer und Soldaten der FNL das Analphabetentum bekämpft. In andere Landstriche und Ortschaften Südvietnams, in denen die USA-Truppen keine festen Militärstützpunkte haben, dringen amerikanische Einheiten und Saigoner Truppen zeitweise ein. Sie morden, plündern, brennen die Hütten nieder, werfen Giftstoffe – aber die Bauern, ihre Frauen und selbst die Kinder unterstützen die FNL.

Die französischen Journalisten Gordon Troeller und Claude Deffarge, die ein von den Amerikanern kontrolliertes Dorf in Südvietnam besuchten, berichteten in der Pariser Tageszeitung „LeNouvel Observateur“ über ein Gespräch mit dem katholischen Priester dieses Dorfes. Er sagte über die amerikanischen Angriffe auf schutzlose Dörfer: „Dank dieser Methoden können die Amerikaner einige Quadratmeter verbrannter Erde dazugewinnen, aber sie verlieren die Menschen. Die Sympathien der Bauern und der Bergbewohner gehören der FNL. Das ist logisch... Sie vergessen ein Gefühl, das allen Vietnamesen gemeinsam ist, welcher politischen Richtung sie auch angehören: das patriotische Gefühl.“

Doch nicht nur auf dem flachen Land genießt die FNL und ihre Armee die Unterstützung der Bevölkerung. Wilfred Burchett berichtet in seiner Reportage „... bis vor die Tore Saigons“: „Hoang, ein Angehöriger der FNL in Saigon, erläuterte, daß sich ganze Bezirke in Saigon-Cholon nicht mehr unter der Kontrolle der örtlichen Behörden befinden. Ich fragte, ob das bedeute, daß die FNL befreite Teile selbst innerhalb der Stadt habe. Hoang antwortete: „Nein, so ist es nicht. Aber

es gibt große Teile der Stadt, in die sich die Ky-Truppen und die Polizeieinheiten nicht wagen, es sei denn, sie rücken in Bataillonsstärke an. Andererseits können wir uns absolut frei bewegen, weil wir von der Bevölkerung geschützt werden. Es handelt sich um die ärmeren Teile der Stadt, in denen die Arbeiter wohnen. In diese Gebiete ziehen sich z. B. die jungen Vietnamesen zurück, die nicht in die Saigoner Armee gepreßt werden wollen... Die FNL hat schon längst Stützpunkte innerhalb der Stadt, in der „Höhle des Löwen“ errichtet.“

Im Dschungel hat die FNL eigene Druckereien, die neben Zeitungen und Flugblättern auch Schulbücher herstellen, nach denen Erwachsene und Kinder selbst in solchen Ortschaften lernen, die nicht ständig von der FNL kontrolliert werden. Ärzte der FNL stellen sich der Bevölkerung ohne Bezahlung zur Verfügung. Die FNL besitzt nicht nur eigene gut ausgerüstete Lazarette und Krankenstationen, sie unterhält im Dschungel ein medizinisches Forschungslabor, in dem vietnamesische Ärzte Medikamente gegen die traditionellen Seuchen des Landes entwickelt haben.

Nach dem Wahlbetrug, den der Saigoner Diktator Ky mit Hilfe der USA im September 1966 inszenierte, schrieb die sozialdemokratische schwedische Zeitung „Aftonbladet“ „In einer freien Wahl würde die nationale Befreiungsfront die Majorität gewinnen. Davon sind selbst viele amerikanische Experten überzeugt.“

Auch über die Grenzen Vietnams hinaus wächst die Anerkennung der FNL als die echte Vertretung der Bevölkerung von Südvietnam. Als General de Gaulle im vergangenen August zu einem Staatsbesuch in Kambodscha weilte, nahm seine Begleitung Kontakte zu einer Vertretung der FNL auf. De Gaulle selbst nannte die FNL eine Kraft, mit der man rechnen muß. Bereits heute hat die FNL ständige Vertretungen in der Sowjetunion, in Kuba, in Algerien, in der CSSR und in China. Ständige Delegationen der FNL befinden sich beim Solidaritätsrat der afro-asiatischen Völker in Kairo und beim Exekutivkomitee des Internationalen Studentenbundes in Budapest.

Aus dem Leben der Partei

Begegnungen einer Reise

Mit der Delegation der KPD in Dänemark

von JUPP ANGENFORT

Wir treffen bei gutem Wetter in Dänemark ein. Genossen der Führung der Kommunistischen Partei Dänemarks empfangen uns herzlich. Die Zoll- und Paßbeamten arbeiten schnell und freundlich. Sie sind sich im klaren, daß sie es mit führenden Funktionären der KPD zu tun haben. Max Reimann ist ihnen kein Unbekannter. Offensichtlich halten sie nicht viel vom Verbot der KPD.

Es wird dann ganz deutlich, daß zahlreiche Dänen gegen das Verbot der KPD, für die Wiederherstellung ihrer legalen Rechte sind. Wir spüren das bei vielen Gelegenheiten: Bei einem Stadtbummel in der Nähe des Hafens, als wir mit heimkehrenden Arbeitern ins Gespräch kommen, beim Besuch im größten Betrieb Dänemarks — der Werft Burmeister und Wain, im Museum der dänischen Widerstandsbewegung, auf der Gedenkstätte in Kopenhagen-Mindelungen, wo viele Helden der dänischen Widerstandsbewegung gegen den Faschismus beigesetzt sind.

Im größten Betrieb Dänemarks

Wir besuchen die große Werft Burmeister und Wain. Alle Arbeiter und Angestellten des Betriebes sind gewerkschaftlich organisiert. Das ist übrigens bei den allermeisten dänischen Betrieben so. Der Ausschuß des gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers — eine Körperschaft, die in den Betrieben Dänemarks zugleich die Aufgaben eines Betriebsrats wahrnimmt — hat uns eingeladen. Bei Burmeister und Wain besteht dieser Ausschuß aus drei Mitgliedern der Kommunistischen Partei Dänemarks, einem Mitglied der Sozialistischen Volkspartei und einem Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Die Zusammensetzung dieses Vertrauensleuteausschusses spiegelt die großen Erfolge wider, die die Kommunisten Dänemarks in vielen Betrieben bei der

Max Reimann legt in Mindelungen seinen Kranz mit der roten Schleife am Ehrenmal nieder. Er liegt nun zwischen einem Kranz des Stadtjugendrings und der Jungsozialisten aus Westberlin und einem Kranz des norwegischen Königshofes. Einige dänische Besucher der Gedenkstätte werden aufmerksam. Wir kommen ins Gespräch. Als ich erwähne, daß wir eine Delegation der KPD sind, sagt mir ein Däne: „Es bewegt mich sehr, daß Sie als Deutsche die Helden unseres Widerstandes ehren. Ich bin oft in Mindelungen, weil einer meiner Angehörigen hier ruht. Ich erinnere mich nicht, hier jemals einen Kranz der Regierung der Bundesrepublik gesehen zu haben. Ich glaube, irgendwie ist das sehr bezeichnend. Was ist das nur für ein Staat, in dem die Partei verboten ist, die im Kampf gegen den Faschismus die größten Opfer gebracht hat, während namhafte Vertreter des Naziregimes im Staatsapparat sitzen und neofaschistische Kräfte sich ungestört organisieren dürfen!“

Wahl der Vertrauensleute errungen haben. Bei der Aussprache mit den Genossen des Politbüros der KPD Dänemarks erzählt uns am Tag darauf Genosse Knud Jespersen, der Erste Sekretär der KP Dänemarks u. a., von ihren Bemühungen, dazu beizutragen, daß die Gewerkschaftsbewegung als selbständige Kraft auftritt, von ihren Anstrengungen, die ärgsten Auswirkungen der Spaltung der dänischen Arbeiterbewegung in drei Parteien zu überwinden und die Aktionseinheit zwischen den Kommunisten und den Genossen der beiden anderen Arbeiterparteien für gemeinsame Ziele herzustellen. Hier, im Betrieb Burmeister und Wain, erkennen wir einiges aus den Erfolgen dieser Arbeit.

Von den Mitgliedern des Vertrauensleuteausschusses werden wir

herzlich begrüßt und dann geht es, in der Mittagspause, in den großen Speisesaal des Betriebes. Über die Rundfunkanlage des Betriebes ist inzwischen bekanntgegeben worden, daß eine Delegation der KPD da ist, auch den Speisesaal besuchen wird, und die Möglichkeit besteht, sich mit ihr zu unterhalten. Zahlreiche Arbeiter kommen zu uns. Wir setzen uns an einen langen Tisch und diskutieren. Sozialdemokraten, Kommunisten, Mit-

herrschenden Kreise der Bundesrepublik nach Revision der Grenzen und nach Mitverfügung über Atomwaffen heraufbeschworen werden. Wir sprechen über die Notwendigkeit, daß Dänen und Bürger der Bundesrepublik gemeinsam für Frieden und Sicherheit in Europa eintreten, über unsere gemeinsamen Erfahrungen im Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen. Ein Sozialdemokrat erzählt von der Ostsee-Woche, von der



Max Reimann und Jupp Angenfort bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal der dänischen Patrioten und Widerstandskämpfer

glieder der Sozialistischen Volkspartei und parteilose Arbeiter sind gekommen. Die ersten Fragen gelten wiederum dem Verbot der KPD, dem Kampf um die Legalität. Und dann sprechen wir über den schmutzigen Krieg in Vietnam, über unsere gemeinsamen Bemühungen, Solidarität für das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk zu entwickeln, über die Gefahren, die durch das Drängen der

DDR: „Das ist das andere Deutschland, das dem Krieg und dem Faschismus für immer eine Absage erteilt hat“, sagt er. Und immer wieder klingt das Vertrauen durch, das die Arbeiter der KPD, ihren Bemühungen um Frieden und Demokratie, um Freundschaft zwischen dem deutschen und dem dänischen Volk entgegenbringen.

Übereinstimmung in allen politischen Grundfragen unserer Zeit

Die Aussprache mit den Genossen des Politbüros der Kommunistischen Partei Dänemarks findet in der Tvaergade 3 statt. Früher war es ein Hotel des Landadels. Während der Besetzung Dänemarks durch die deut-

schen Truppen im letzten Weltkrieg hatte sich die deutsche Marineleitung dort eingerichtet. Heute ist es der Sitz der Kommunistischen Partei Dänemarks. Max Reimann und wir anderen Mitglieder der Delegation der KPD

informieren die dänischen Genossen, den Hauptgedanken der 8. ZK-Tagung folgend, über die Probleme, die Tätigkeit und die Aufgaben der KPD. Knud Jespersen und seine Genossen informieren uns über die Arbeit der KP Dänemarks.

Knud Jespersen teilt u. a. mit, daß die dänischen Kommunisten für ein neutrales, friedliebendes und selbständiges Dänemark eintreten. Sie verlangen, daß das Jahr 1969 die äußerste Frist für die Mitgliedschaft Dänemarks in der NATO ist, daß schon jetzt mit der Loslösung von der NATO begonnen werden sollte, vor allem dadurch, daß die enge militärische Bindung an die Bundesrepublik aufgegeben wird. Unsere dänischen Genossen setzen sich dafür ein, daß in Europa atomwaffenfreie Zonen geschaffen werden, daß ein System der kollektiven Sicherheit in Europa errichtet wird. Sie verlangen, daß die heute bestehenden Grenzen allgemein anerkannt werden, daß die dänische Regierung die Deutsche Demokratische Republik anerkennt. Sie fordern, daß die dänische Regierung den schmutzigen Krieg in Vietnam verurteilt und den Opfern der amerikanischen Aggression humanitäre Hilfe leistet.

Es ist angenehm, interessant und lehrreich, mit den dänischen Genossen zu diskutieren. Es ergibt sich, daß wir in allen politischen Fragen — ob es sich um Probleme des Friedens in Europa und in der Welt, um die Auffassungen über die Lösung der deutschen Frage oder um Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung handelt — übereinstimmen.

An drei aufeinander folgenden Tagen erscheint in „Land og Folk“, der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Dänemarks, eine große Anzeige. Auf ihr sind die Fotos von Knud Jespersen und Max Reimann zu sehen. Es wird angekündigt, daß eine öffent-

liche Versammlung stattfindet, auf der Max Reimann und Knud Jespersen sprechen werden.

Der Abend ist da, der Saal ist voll. Ich sehe auch Bjarne Jensen, das Mitglied der Sozialistischen Volkspartei im Ausschuß der Vertrauensleute der Werft Burmeister und Wain, Abgeordneter im Stadtparlament von Kopenhagen. Er ist mit seiner Frau da. Als wir im Betrieb die Aussprache mit dem Vertrauensleuteausschuß durchführten, hatte er hervorgehoben, daß unter Arbeitern, trotz zeitweiliger unterschiedlicher politischer Auffassungen, gemeinsames Handeln möglich ist. Durch seine Anwesenheit unterstreicht er die Richtigkeit seiner Gedanken.

Max Reimann spricht von der Verantwortung der Kommunisten in der Bundesrepublik, von den Aufgaben, die wir uns stellen, von unseren Bemühungen um das gemeinsame Handeln mit allen Arbeitern, vor allem mit den sozialdemokratischen Genossen. Er sagt, was uns und unserem Kampf die Deutsche Demokratische Republik bedeutet. Er spricht über die Freundschaft zwischen den Kommunisten Dänemarks und der Bundesrepublik und dankt für die Solidarität der dänischen Kommunistischen Partei für unseren Kampf um die Legalität der KPD. Es gibt für ihn und für Knud Jespersen, der über die Aufgaben der dänischen Kommunisten und über unsere Freundschaft spricht, starken Beifall.

Neben mir sitzt ein alter dänischer Genosse, Mitglied der Kommunistischen Partei Dänemarks seit ihrer Gründung. „Es war ein guter Abend“, sagt er. „Man merkt, daß wir einer großen Familie angehören. Ich wünsche Euch viel Erfolg. Bei uns verachtet man diejenigen, die Eure Partei verboten haben. Ihr werdet es während Eures Aufenthaltes bei uns in Dänemark wohl gespürt haben.“

KPD und KPÖ warnen vor reaktionärem Kurs in der Bundesrepublik

Am 21. und 22. November 1966 fand in Wien eine Begegnung von Delegationen der Kommunistischen Partei Österreichs und der Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Die Delegation der KPÖ stand unter der Leitung des Parteivorsitzenden, Genossen Franz Muhri. Die Delegation der KPD wurde

vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Max Reimann, geleitet. Die beiden Delegationen führten in einer herzlichen und brüderlichen Atmosphäre einen Meinungsaustausch über gemeinsam interessierende Fragen durch.

Beide Parteien stimmen völlig überein in der Beurteilung der internationalen Lage. Sie fordern die sofortige Einstellung der barbarischen Bombenangriffe auf Nordvietnam, den Abzug der amerikanischen Truppen aus Südvietnam, die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes des vietnamesischen Volkes und die Verwirklichung der Genfer Abkommen. In der gemeinsamen Aktion aller sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte zur Beendigung der amerikanischen Aggression sehen die beiden Parteien die vordringlichste Aufgabe. Sie geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß es keine Gründe geben kann, die die Weigerung der chinesischen Führer rechtfertigen, die Aktionsgemeinschaft aller antiimperialistischen Kräfte zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes zu verwirklichen.

Beide Parteien warnen die demokratische Öffentlichkeit ihrer Länder vor der Gefahr eines reaktionären und autoritären Regierungskurses in der Bundesrepublik und vor den von den regierenden Kreisen geförderten nationalistischen und neofaschistischen Einflüssen, wie sie im Wahlerfolg der NPD alarmierenden Ausdruck gefunden haben. Sie appellieren an alle Demokraten und Antifaschisten, diesen Gefahren rechtzeitig entgegenzutreten.

Die KPÖ und die KPD unterstützen die Bestrebungen für einen Vertrag zur Nichtweitergabe von Atomwaffen und für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Sie befürworten den Vorschlag, eine Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas zum Problem der europäischen Sicherheit abzuhalten, und sind der Meinung, daß sowohl auf diesem Wege wie auf andere Weise konstruktive Lösungen in dieser lebenswichtigen Frage entwickelt werden sollten.

Für die Entspannung und Sicherheit in Europa ist die Anerkennung des Status quo, der Existenz zweier deutscher Staaten und der bestehenden Grenzen sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Regierungen eine notwendige Voraussetzung.

Die KPÖ setzt sich für die Anerkennung der DDR durch das neutrale Österreich ein.

Die KPD versichert die KPÖ und das österreichische Volk ihrer Solidarität im Kampfe gegen die chauvinistischen Kräfte der Bundesrepublik, die offen oder versteckt, mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln versuchen, die nationale Souveränität und die Neutralität Österreichs zu untergraben. Die KPÖ bekundet ihre Solidarität mit allen Demokraten der Bundesrepublik, die sich für die Aufhebung des verfassungswidrigen Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands einsetzen.

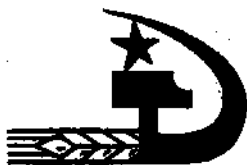
Erfolgreiche Besprechung zwischen KPD und KPC

Die Notwendigkeit des Kampfes der friedliebenden Völker gegen jede Art der atomaren Bewaffnung Westdeutschlands wird in einem Kommuniqué unterstrichen, das zum Abschluß eines zehntägigen Besuches einer Delegation des ZK der KPD in der CSSR veröffentlicht wurde. Die KPD-Delegation wurde vom Mitglied des Politbüros des ZK Erich Glückauf geleitet. Sie führte im Verlauf ihres Aufenthaltes in der CSSR Gespräche mit einer Delegation des ZK der KPC, der das Mitglied des Präsidiums des ZK Jiří Hendrych, der Sekretär des ZK Vladimír Koucký sowie weitere ZK-Mitglieder angehörten.

Die Delegationen verweisen auf die außerordentlich gefährliche Entwicklung in Westdeutschland, „wo die militaristischen und revanchistischen Kreise ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes und auf das friedliche Streben der europäischen Völker aggressive Ziele verfolgen“. Weiter wird

betont, daß beide Seiten in diesem Zusammenhang erneut die Rolle der DDR hoch einschätzen, die durch ihre Friedensinitiativen aktiv zur Lösung der deutschen Frage und zur Entwicklung der Zusammenarbeit der europäischen Völker beiträgt. Beide Parteien unterstützen die Einberufung einer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in naher Zukunft, heißt es in dem Communiqué. Die Delegationen äußerten ihr Bedauern über die gegenwärtige Haltung der führenden Repräsentanten der KP Chinas.

50 Jahre Oktoberrevolution



Guter Start in das 50. Jahr des Großen Oktober

Das 50. Jahr der Sowjetmacht hat begonnen. Millionen Werktätige der Sowjetunion bereiten sich darauf vor, dieses bedeutsame Datum würdig zu begehen. Die Politik der Partei Lenins ist darauf gerichtet, die reichen Möglichkeiten der sozialistischen Produktion für die Mehrung des Volkswohlstandes, für die weitere Stärkung der Macht des Sowjetstaates zu nutzen. Diese Politik ist wissenschaftlich begründet und real. Sie gewährleistet eine kontinuierliche und durch nichts aufzuhaltende Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft zum Kommunismus. „Wissen und Tat“ wird in jedem Heft unter der gleichen Leiste Berichte und interessante Tatsachen aus den wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereichen des Lebens der Sowjetbürger berichten.

Die letzte Rede Lenins

Für den 20. November war im Großen Theater eine Plenarsitzung des Moskauer Sowjets gemeinsam mit den Mitgliedern der Rayonsowjets angesetzt worden. Ich begab mich ins Theater.

Der Vorsitzende schwang die Glocke. Die Sitzung begann. Das Präsidium des Moskauer Sowjets legte Rechenschaft ab vor den Wählern. Die Neuwahlen zum Stadtsowjet und zu den Rayonsowjets standen bevor. Es ging um die Moskauer Industrie, um Straßenbahn, Wasserleitung und Wohnraumkrise. Und plötzlich, wie ein Blitz ging es durch den Saal: Lenin kommt!

Vielleicht hatte ihn schon irgend jemand gesehen und den Ruf ausgestoßen. Vielleicht war es aber auch nur eine Vermutung, nur ein Aufflammen der Hoffnung und der Begeisterung.

Aber Lenin erschien tatsächlich. Er näherte sich dem Präsidiumstisch und wollte offensichtlich Platz nehmen und zuhören. Da setzte aber ein so stürmi-

ches Händeklatschen ein, wurden Hurra-Rufe laut, und immer wieder erscholl es „Lenin!“, „Lenin!“, „Lenin!“, daß die Fortsetzung der Tagung in der vorgesehenen Weise einfach nicht mehr möglich war.

Der Vorsitzende schwang seine Glocke und verkündete:

„Das Wort hat Genosse Lenin!“

Er steht vor ihnen, lächelnd, und immer wieder versucht er mit Sprechen zu beginnen, kann es aber nicht, da die Ovationen wie ein Sturm toben und alles übertönen.

Das Orchester beginnt die Internationale zu spielen. Kaum ist aber die Hymne verklungen, brechen die Ovationen von neuem los. „Es lebe Genosse Lenin!“, „Es lebe . . . Das Orchester beginnt von neuem. Dreimal wurde die Internationale gespielt, und dreimal brach die Menge in begeisterte Ovationen aus.

Lenin steht direkt vor mir, nur wenige Schritte entfernt. Ich sehe, wie

das Lächeln auf seinem Gesicht leichter Verlegenheit weicht. Er senkt ein wenig den Kopf und hebt die Hand, als wolle er sich vor dem Sturm der Begeisterung schützen. Er beginnt tadelnd den Kopf zu schütteln. Und wir alle begreifen, daß es ihm peinlich ist, daß er bittet, damit aufzuhören und die Arbeit fortzusetzen, wie es sich gehört.

„Genossen! Ich bedaure sehr und entschuldige mich sehr, daß ich nicht früher zu Ihrer Sitzung kommen konnte . . . Das konnte ich nicht, weil ich durch meine Krankheit, seit Dezember, die Arbeitsfähigkeit, um einen Fachausschuss zu gebrauchen, für ziemlich lange Zeit einbüßte . . .“ (W. I. Lenin. Werke. Dietz Verlag Berlin. Band 33, Seite 421.)

Lenin spricht über die ersten Erfahrungen mit der Neuen Ökonomischen Politik, über die Außenpolitik. Er sagt: „Wir haben uns, sichtbar für die Staaten der ganzen Welt, den Erfolg gesichert, obwohl manche von ihnen vorziehen, bis auf den heutigen Tag zu erklären, daß sie sich mit uns nicht an einen Tisch setzen wollen. Nichtsdestoweniger kommen die ökonomischen

Beziehungen und in ihrem Gefolge die diplomatischen Beziehungen in Gang, sie müssen in Gang kommen und werden ganz bestimmt in Gang kommen.“ (Ebenda, S. 422.)

Lenin spricht eine bildhafte Sprache, spricht mit Humor, flicht Sprichwörter ein, und als er mit verschmitztem Lächeln erklärt, „Wladiwostok liegt zwar weit von hier, aber es ist doch unsere Stadt“ (S. 423), bricht der Saal erneut in freudigen Beifall aus.

Ich weiß nicht, wieviel Zeit vergangen war, als ich plötzlich gewahr wurde, daß ich zwar meinen Schreibblock aufgeschlagen, aber nicht eine einzige Zeile mitgeschrieben hatte. Vor Schreck blieb mir fast das Herz stehen. Ich hatte Lenin so begierig und berauscht zugehört und zugehört, daß ich darüber meine Arbeit, nämlich Notizen zu machen, völlig vergessen hatte.

Als ich Lenin am 20. November 1922 hörte, ahnte ich nicht, daß das seine letzte Rede sein würde.

(Von M. Tscharny, Abteilungsleiter in der „Rabotschaja Gaseta“ im Jahre 1922.)

Interessantes aus der Sowjetunion

Mehr als dreimal Erde—Mond

Mindestens 124 Millionen Tonnen Stahl wird die Sowjetunion 1970 produzieren. Stellt man sich diese Menge zu Eisenbahnschienen verarbeitet vor und legt man den in der DDR verwendeten 30 Meter langen Schienentyp S 49 zugrunde, dann würde sich ein Gleis ergeben, das über 3 $\frac{1}{4}$ mal von der Erde bis zum Mond reicht.

Dabei wird das Wachstumstempo der Stahlproduktion in der UdSSR weiter ansteigen. Im vergangenen Siebenjahresplan war allein der Produktionszuwachs so hoch, wie die Bundesrepublik insgesamt jährlich produziert.

1928 besaß die UdSSR eine Stahlproduktion von 4 Millionen Tonnen, während die USA damals schon 70 Millionen Tonnen Stahl produzierten. 35 Jahre später (1963) war das Verhältnis USA—Sowjetunion bereits 100 : 80 Millionen Tonnen. In dieser Zeit hatten

die USA einen durchschnittlichen Jahreszuwachs von 0,85 Millionen Tonnen, die UdSSR jedoch von 2,17 Millionen Tonnen.

Maßstab: Billionen Tonnen

Unvorstellbar sind die Kohlevorräte der UdSSR. Die Geologen haben bisher die phantastische Summe von 8,7 Billionen Tonnen festgestellt. Das ist mehr als das Vierhundertfache der Vorräte des an Kohle reichen Frankreichs, wobei die französischen Spitzenschätzungen zugrunde gelegt sind. Die für 1970 vorgesehene Förderungsziffer der UdSSR von 665 bis 675 Millionen Tonnen nimmt sich dagegen gering aus. Aber 1970 wird die UdSSR mindestens soviel abbauen wie Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, die Volkrepublik Polen und Spanien zusammen genommen im Jahre 1963 produzierten.

Tankerflotte von Berlin bis Moskau

Etwa 350 Millionen Tonnen Erdöl wird die UdSSR 1970 zutage bringen. Würde man versuchen, diese Menge in den rund 5000 Tankschiffen aller Länder der Erde unterzubringen, so würde man dazu etwa $7\frac{1}{2}$ mal die gesamte Tanker-Welt-Tonnage benötigen. Um die für 1970 geplante Gesamtmenge Erdöl auf Tankschiffe vom Typ des sowjetischen Groß-Tankers „Havanna“ (Ladefähigkeit 45 000 Tonnen) zu verladen, brauchte man 7777 solcher Riesenschiffe. Das würde eine Tankerflotte von über 1900 km Länge ergeben – mehr als die Bahnstrecke Berlin–Moskau.

Wollte man das Erdöl, das die UdSSR 1970 gewinnen wird, aufspeichern, so würde diese Menge etwa die größte und die drittgrößte Talsperre der DDR, die Bleiloch-Talsperre mit einem Stausee von 9,2 km² Fläche sowie einer Stauhöhe von 59 m, und die Rapp-Bode-Talsperre mit einem Stausee von 3,9 km² Fläche sowie einer Stauhöhe von 80 m füllen.

Selbst wenn die Fördertätigkeit wie bisher wächst, reichen die bereits erkundeten Erdölvorräte der UdSSR für etwa 150 Jahre. Allein auf 2 Millionen km² erstreckt sich die erdölhaltige Fläche in Westsibirien. Die gesamte erdgas- und erdölhaltige Fläche der UdSSR beträgt 11 Millionen km²; die Bundesrepublik hätte rund 45mal darin Platz.

16mal Bratsk

Man nehme die Jahresproduktion an Elektroenergie der europäischen Länder Großbritannien, Österreich, Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Rumänien und Polen zusammen und zähle dazu die Produktion der Überseeländer Kanada und Japan – dann erst hat man die Menge Elektroenergie, die in der UdSSR 1970 erzeugt wird: 840 bis 850 Milliarden kWh. Das ist über das Doppelte der sowjetischen Stromerzeugung von 1963.

Allein die neuen Kraftwerke, die in der UdSSR bis 1970 in Betrieb genommen werden, erzeugen 64 bis 68 Millionen kW Strom. Das ist 16mal die Leistung des gegenwärtig größten Wasserkraftwerkes der Welt in Bratsk. Es hat eine Endkapazität von 4,5 Millio-

nen kW. Aber schon sind neue größere Wasserkraftwerke wie Krasnojarsk (5 Millionen kW) und Schuschenskoje (6 Millionen kW) im Entstehen.

Jährlich die Strecke Berlin–New York

Könnte man das Erdgas, das die Sowjetunion 1970 fördern wird, (225 bis 240 Milliarden m³), in einem Behälter sammeln, so würde er die Hälfte der Fläche der DDR-Hauptstadt Berlin einnehmen und so hoch sein, wie der Fichtelberg (1214 m).

★

Im 8. Fünfjahrplan wird die Sowjetunion jährlich eine Strecke von Ferngasleitungen verlegen, die der Gesamtlänge der Erdölleitung „Freundschaft“ (UdSSR–Polen–DDR) (4500 km) entspricht. Insgesamt werden im 8. Fünfjahrplan mindestens 37 000 km Öl- und Gasleitungen gebaut – in jedem Jahr eine Strecke, die etwa von Berlin bis New York reicht.

Insgesamt wird die UdSSR 1970 etwa 110 000 km Öl- und Gasleitungen haben.

★

Da sich der Transport durch Rohrleitungen als außerordentlich billig, schnell und verlustarm erweist, machen sich Experten in aller Welt Gedanken, wie man in Rohrleitungen verschiedene Waren verschicken kann. Sowjetische Fachleute widerlegen bereits die Meinung, daß man durch lange Rohre nur Öl, Gas und Wasser, günstigenfalls noch Milch transportieren könne.

Beispielsweise wird Holz demnächst nicht mehr in Stämmen zur Papierfabrik gebracht, sondern die Stämme werden im Wald geraspelt und wandern als Späne im Wasser durch die Rohre direkt in die Maschinen der Papierkombinate. Eine 120 km lange Rohrleitung für Holzspäne wird jetzt in Grusinien gebaut.

★

Kein Land der Erde gibt so viele periodische Zeitschriften heraus wie die Sowjetunion. Es erscheinen dort 3883 Zeitschriften mit einer Jahresauflage von 1,217 Milliarden Exemplaren. Außerdem gibt es in der UdSSR

6595 Zeitungen (65 Sprachen), die insgesamt eine Auflage von 98 Millionen Exemplaren haben.

Führende kapitalistische Länder messen den sowjetischen Fachzeit-

schriften große Bedeutung bei. 144 Zeitschriften der UdSSR werden vollständig ins Englische übersetzt, darunter 78 Prozent in den USA und 22 Prozent in Großbritannien.

Für die Mappe des Propagandisten

Tabelle 1 Anteil einzelner kapitalistischer Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt

	Prozent			Veränderung d. Länderanteile (Zuwachs od. Rückgang; Proz.)	
	1948	1960	1964	1948 : 1960	1960 : 1964
USA	53,9	45,4	44,6	— 8,5	— 0,8
England	11,3	9,4	8,7	— 1,9	— 0,7
Frankreich	4,0	4,7	4,7	+ 0,7	+ 0,0
Westdeutschland	3,6	9,0	9,0	+ 5,4	+ 0,0
Japan	1,0	4,1	5,4	+ 3,1	+ 1,3

Differenz zwischen dem Land mit dem stärksten Anteilzuwachs und dem mit dem stärksten Anteilrückgang

13,9

2,1

Quelle: „Die ökonomische Lage der kapitalistischen und der Entwicklungsländer von 1964 bis Anfang 1965“. „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje otnoschenija“, Heft 9/1965, Beilage, S. 6.

Tabelle 2 Anteil einzelner kapitalistischer Länder am Export der kapitalistischen Welt

	Prozent			Veränderung d. Länderanteile (Zuwachs od. Rückgang; Proz.)	
	1950	1960	1964	1950 : 1960	1960 : 1964
USA	18,3	18,3	17,5	± 0,0	— 0,8
England	11,0	8,9	7,9	— 2,1	— 1,0
Frankreich	4,0	6,2	6,0	+ 2,2	— 0,2
Westdeutschland	3,6	10,2	10,8	+ 6,6	+ 0,6
Japan	1,5	3,7	4,5	+ 2,2	+ 0,8

Differenz zwischen dem Land mit dem stärksten Anteilzuwachs und dem mit dem stärksten Anteilrückgang

8,7

1,8

Quelle für 1950: „Die Wirtschaft der kapitalistischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg. Statistische Sammlung“, Moskau 1959, S. 494 (russ.).

Quelle für 1960 und 1964: „Die ökonomische Lage der kapitalistischen und der Entwicklungsländer von 1964 bis Anfang 1965“, „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje otnoschenija“, Heft 9/1965, Beilage, S. 9.

Tabelle 3 Anteil einzelner kapitalistischer Länder an den Währungsreserven der kapitalistischen Welt

	Prozent			Veränderung d. Länderanteile (Zuwachs od. Rückgang; Proz.)	
	1950	1960	1964	1950 : 1960	1960 : 1964
USA	49,8	31,9	24,2	— 17,9	— 7,7
England	7,1	6,1	3,4	— 1,0	— 2,7
Frankreich	1,6	3,7	8,3	+ 2,1	+ 4,6
Westdeutschland	0,4	11,6	11,4	+ 11,2	— 0,2

Differenz zwischen dem Land mit dem stärksten Anteilzuwachs und dem mit dem stärksten Anteilrückgang

29,1

12,3

Quelle: „International Financial Statistics“, 11d.

Tabelle 4 Die 100 größten Industriegesellschaften in den kapitalistischen Ländern

	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
USA	74	75	74	70	68	67	67	66
Westdeutschland	8	8	8	11	13	13	13	12
Großbritannien	11	10	10	9	8	8	7	9
Großbritannien/Niederlande ^{a)}	2	2	2	2	2	2	2	2
Frankreich	1	2	2	2	2	3	4	4
Japan	—	—	1	2	3	2	3	4
Italien	1	1	1	1	1	2	2	1
Schweiz	1	1	1	1	1	1	1	1
Niederlande	1	1	1	1	1	1	1	1
Luxemburg	—	—	—	1	1	1	—	—
Kanada	1	—	—	—	—	—	—	—

a) Royal Dutch Shell-Konzern, Unilever-Konzern.

Quelle: „Fortune“, Chicago, jeweils Juli/August-Hefte.

Tabelle 5 Wirtschaftsleistung je Einwohner (D-Mark)

	1955	Platz	1965	Platz
Italien	2610	6	4149	6
Niederlande	4512	5	6072	5
Belgien	5254	3	6971	4
England	5728	1	7260	3
Frankreich	5321	2	7531	2
Westdeutschland	5008	4	7598	1

Quelle: „Industriekurier“ vom 10. 2. 1966.

Der private Kapitalexport der USA

In den Jahren 1950 bis 1964 haben sich nach den Angaben des USA-Handelsministeriums¹⁾ die direkten privaten amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland fast vervierfacht, nämlich von 11 788 auf 44 343 Millionen Dollar.

Diese astronomischen Zahlen sind in Wirklichkeit jedoch eine „Untertreibung“, weil sie die Buchwerte darstellen, die nur einen Bruchteil des wirklichen Wertes ausmachen; denn die Aktienkurse sind in fast allen kapitalistischen Ländern auf das Mehrfache ihres Standes von 1950 gestiegen.

Der amerikanische Kapitalexport ging nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, besonders aber in den letzten Jahren, äußerst ungleichmäßig vor sich,

so daß sich in seiner Verteilung auf die einzelnen Industriezweige und die verschiedenen Gebiete beträchtliche Veränderungen ergeben haben.

Die Anteile der wichtigsten Wirtschaftszweige an den privaten amerikanischen Direktanlagen im Ausland (in Prozent)

	1957	1964
Erdölindustrie	35,6	32,3
Bergbau u. Hüttenindustrie	10,4	7,0
Öffentl. Versorgungsbetriebe	7,1	4,5
Handel	6,3	8,4
Chemieindustrie	5,4	6,9
Automobilindustrie	4,4	8,0
Metallerzeugung und -verarbeitung	3,7	4,1
Maschinenbau (ohne Elektromaschinen)	3,6	4,8
Elektroindustrie	2,9	2,9
Lebensmittelindustrie	2,8	3,1

¹⁾ Alle Zahlenangaben entnommen aus oder errechnet nach „US Department of Commerce“, Washington D. C., Survey of Current Business, laufend.

**Die regionale Verteilung der privaten
amerikanischen Direktanlagen
im Ausland
(in Prozent)**

	1950	1957	1964
Kanada	30,3	34,5	31,2
Lateinamerika	37,7	29,3	20,1
Europa	14,7	16,3	27,2
EWG-Länder	5,4	6,6	12,2
Frankreich	1,9	1,8	3,2
Westdeutschland	1,7	2,3	4,7
Übriges Europa	9,3	9,7	15,0
Großbritannien	7,2	7,8	10,3
Afrika	2,4	2,9	3,7
Asien	8,4	7,9	6,9
Mittlerer Osten	6,8	4,5	3,0
Ferner Osten	4,8	3,5	3,9

Noch tiefere strukturelle Wandlungen als in der Verteilung der Kapitalanlagen auf die einzelnen Wirtschaftszweige sind in ihrer regionalen Verteilung eingetreten. Sie zeigen deutlich die veränderte Stoßrichtung des amerikanischen Imperialismus. Im Jahre 1950 befanden sich noch 68 Prozent aller privaten amerikanischen Auslandsanlagen auf dem amerikanischen Kontinent, 1964 dagegen nur noch 51,3 Prozent. Die amerikanische Aktivität konzentrierte sich offensichtlich in höchstem Maße auf Europa. Die Anlagen in Europa verdoppelten sich fast von 14,6 Prozent 1950 auf 27,2 Prozent 1964. Sie sind jetzt beträchtlich höher als in Lateinamerika.

In Afrika erhöhte sich der Anteil der amerikanischen Anlagen zwar von 2,4 auf 3,7 Prozent, ist aber zwerghaft und bleibt noch weit hinter dem der alten traditionellen Kolonialmächte England, Frankreich und selbst Belgien zurück. Der Anteil der amerikanischen Anlagen in Asien wiederum vermindert sich von 8,4 auf 6,9 Prozent.

Doch auch in den einzelnen Regionen zeichnen sich grundlegende Veränderungen ab. Im Jahre 1950 stand Lateinamerika mit einem Anteil von 37,7 Prozent der Auslandsanlagen bei weitem an der Spitze, während es in Kanada 30,3 Prozent waren. Bis 1964 hatte sich das Verhältnis umgekehrt. Der Anteil Lateinamerikas war auf nur noch 20,1 Prozent gesunken, der Kanadas aber hatte sich weiter auf 31,2 Prozent erhöht.

Im Jahre 1950 lag fast die Hälfte der in Europa befindlichen Direktanlagen

in Großbritannien, dessen Anteil mit 7,2 Prozent höher war als der aller heutigen EWG-Länder zusammengekommen mit 5,4 Prozent. Bis zum Jahre 1964 hat sich der Anteil Englands zwar auf 10,3 Prozent, der der EWG-Mitgliedsländer aber auf 12,2 Prozent erhöht.

In Asien war 1950 der Anteil des Mittleren Ostens mit 6,8 Prozent bedeutend höher als der des Fernen Ostens mit 4,8 Prozent. Bis 1964 waren beide Anteile zurückgegangen, aber der des Mittleren Ostens auf 3,0, der des Fernen Ostens auf 3,9 Prozent.

Die besondere Rolle Europas in den amerikanischen Plänen gegen das sozialistische Lager und die Profitaussichten, die sich hier bieten, haben zu einer besonders schnellen Zunahme des amerikanischen Kapitals, und zwar um 600 Prozent, geführt. Die Beteiligung an europäischen Betrieben, die Errichtung von Tochtergesellschaften und neuen Unternehmen geschah überdies zu dem Zweck, die Zolldiskriminierungen durch die EWG und die EFTA zu überspringen. Die Zunahme des Wertes der amerikanischen Anlagen belief sich in den EWG-Ländern auf 747 Prozent, in den übrigen europäischen Ländern dagegen nur auf 508 Prozent. Hier zeigt sich die Bevorzugung der EWG als des unter der Führung des aggressiven westdeutschen Imperialismus stehenden Blocks mit einer entsprechenden politischen Zielrichtung.

Doch selbst innerhalb der beiden Blöcke war die Entwicklung der amerikanischen Anlagen äußerst unterschiedlich. Am stärksten war die Zunahme in Italien mit 1241 Prozent, wo die schnelle industrielle Entwicklung, die billigen und reichen Arbeitskraftreserven das USA-Kapital anlockten.

Gleich nach Italien folgt in der relativen Zunahme der amerikanischen Anlagen Westdeutschland, der Hauptpartner des amerikanischen Imperialismus in Europa, mit einer Zunahme auf das Zehnfache, von 204 auf 2077 Millionen Dollar.

Auch in Frankreich, das dem Eindringen des amerikanischen Kapitals schon seit längerer Zeit eine gewisse Reserve entgegenbrachte und seit 1963 sogar administrative Maßnahmen gegen die Überfremdung ergreift, haben

sich die amerikanischen Kapitalanlagen um 562 Prozent erhöht. Sie waren 1950 noch etwas größer als in Westdeutschland, betrugen 1964 jedoch nur noch rund 70 Prozent der westdeutschen.

In Großbritannien nahmen die amerikanischen Kapitalanlagen nur um 437 Prozent zu, sind allerdings mit

Die im Ausland erzielten Gewinne

Die Auslandsanlagen der amerikanischen Monopole bringen außerordentlich hohe Gewinne. In den Jahren 1957 bis 1964 erreichten die amtlich ausgewiesenen Gewinne, die Summen also, die unter gar keinen Umständen vor den Steuerbehörden zu verbergen sind, mehr als 31 Milliarden Dollar. Allein im Jahre 1964 betrugen die ausgewiesenen Auslandsgewinne über 5,1 Milliarden Dollar. Die absolut höchsten Gewinne kamen in den Jahren 1957 bis 1964 mit mehr als 7,5 Milliarden Dollar aus Lateinamerika, obgleich sich nicht dort, sondern in Kanada die absolut höchsten Anlagen befanden.

Die relativ höchsten Gewinne, gemessen an den Anlagen geradezu märchenhaft, wurden jedoch im Mittleren Osten erzielt. Dort sind mehr als 91 Prozent der privaten amerikanischen Direktanlagen in der Erdölindustrie investiert. Auch im Fernen Osten steckt ein besonders hoher Anteil der Investitionen in der Erdölindustrie. Entsprechend sind dort die Gewinne — mit Ausnahme des Mittelostens — relativ höher als in jedem anderen Gebiet.

Setzt man die Gewinne zu den Anlagewerten ins Verhältnis, so ergibt sich, daß sie in den Jahren 1957 bis 1964 durchschnittlich 11,4 Prozent betragen haben. Am weitaus höchsten waren sie im Mittleren Osten mit fast 62 Prozent.

Re-Investitionen, Gewinnrückfluß und Netto-Neuanlagen

In der Regel ziehen die USA-Monopole keineswegs ihre gesamten Gewinne aus den Ländern heraus, in denen sie erzielt werden, sondern belassen sie als „unverteilten Gewinn“ in ihren Betrieben, das heißt, sie re-investieren sie. In den Jahren 1957 bis 1964 wurden auf diese Weise fast 10 Milliarden Dollar reinvestiert.

4550 Millionen Dollar immer noch die größten in Europa.

In Afrika und Asien, wo die nationalen Befreiungsbewegungen und die antimperialistischen Nationalstaaten eine immer größere Bedeutung gewonnen haben, erhöhten sich die amerikanischen Kapitalanlagen nur um 468 (Afrika) und 206 (Asien) Prozent.

Das heißt, in nur zwei Jahren hatten die Investoren über 20 Prozent mehr an Gewinn erzielt, als sie überhaupt angelegt hatten. Im Fernen Osten waren die Gewinne mit 14,4 Prozent bedeutend geringer. In Lateinamerika erhielten die amerikanischen Trusts aus ihren investierten Kapitalien immer noch einen Gewinn von durchschnittlich 11,4 Prozent im Jahr.

Mit 10,7 Prozent der Investitionen waren die in Europa erzielten Gewinne ebenfalls noch recht hoch. Dabei fällt jedoch auf, daß sie in den EWG-Ländern mit 9,8 Prozent niedriger lagen als im übrigen Europa mit 11,3 Prozent. Das lag daran, daß auf der einen Seite in Frankreich mit 7,4 und in Italien mit nur 5,6 besonders niedrige, auf der anderen Seite in Großbritannien mit 11,3 Prozent besonders hohe Gewinne erzielt wurden.

Wenn man von Asien absieht, so realisierten die amerikanischen Monopole im Durchschnitt der Jahre 1957 bis 1964 die relativ höchsten Gewinne mit 13,0 Prozent ihrer Anlagen in Westdeutschland. An dieser Erscheinung erkennen wir — neben der relativen „Sicherheit“ und der politischen Zweckbedingtheit — gewiß einen der wichtigsten Gründe dafür, daß die amerikanischen Monopole in den letzten Jahren Westdeutschland als Anlageplatz für ihr Kapital immer mehr bevorzugt haben.

Im Gesamtdurchschnitt war der Gewinnrückfluß aus den Auslandsanlagen in den Jahren 1957 bis 1964 um fast genau 50 Prozent höher als die Netto-Neuanlagen (Neuanlagen vermindert um Reinvestitionen). Es ist sehr aufschlußreich, einmal das Netto-Einkommen (Gewinne vermindert um Reinvestitionen) den Netto-Neuanlagen gegenüberzustellen.

**Netto-Einkommen
und Netto-Neuanlagen 1957-1964**
(in Mill. Dollar)

	Netto- Eink.	Netto- Anlag.
Insgesamt	21 643	14 334
Kanada	3 385	3 258
Lateinamerika	5 954	2 141
Europa	3 583	5 789
EWG	1 389	2 801
Frankreich	184	652
Westdeutschland	749	1 148
Italien	168	530
Übriges Europa	2 192	2 987
Großbritannien	1 778	1 711
Afrika	460	694
Asien	6 948	862
Mittlerer Osten	6 031	307
Ferner Osten	817	535

Destruktivkraft Wissenschaft

Wir sprechen heute viel von der „Produktivkraft Wissenschaft“ und meinen damit den gewaltigen Einfluß, den die Wissenschaft vor allem auf die Entwicklung der Technik und damit auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ausübt.

Faktisch ist jedoch in der Welt heute infolge der Aggressivität des amerikanischen und des eng mit ihm verbundenen westdeutschen Monopolkapitals ein Großteil der Wissenschaft auf Zerstörung und Vernichtung ausgerichtet.

1962 veröffentlichte ein Experten-Komitee der Vereinten Nationen, in dem Vertreter zahlreicher Länder verschiedener Gesellschaftsordnungen saßen, eine Berechnung der Rüstungsausgaben, die auf rund 90 Milliarden Dollar in der kapitalistischen Welt kam. Heute liegen diese Ausgaben bei 100 Milliarden Dollar. Das sind rund fünf Prozent des Bruttonationaleinkommens — in den USA betragen die Rüstungs- und Kriegsausgaben rund zehn Prozent des Bruttonationaleinkommens.

Von den 100 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben entfallen etwa 10 Milliarden Dollar oder rund 10 Prozent auf Ausgaben für Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Zerstörungskraft der Rüstung — in den USA sind es rund 16 Prozent.

Es gibt heute rund 1,3 Millionen Wissenschaftler in der kapitalistischen

Die Gegenüberstellung zeigt deutlich, welche Riesengewinne die USA-Monopole aus ihren Auslandsanlagen erzielen. Sie enthüllt den Betrug, der mit dem Kapitalexport als Teil der „Entwicklungshilfe“ getrieben wird. Würden die gewaltigen Beträge, die von den amerikanischen Monopolen alljährlich allein auf diese Weise aus den Entwicklungsländern herausgezogen werden, in diesen Ländern verbleiben, so würden sie ausreichen, um ihnen eine bedeutend schnellere ökonomische Entwicklung zu sichern und sie von dem größten Teil der „Entwicklungshilfe“ freizumachen.

Von Siegbert Kahn, gekürzt aus: Deutsche Außenpolitik, Berlin, Heft 8/1966.

Welt. Von diesen arbeiten etwa 0,7 Millionen, also über 50 Prozent, für die Rüstung — in den USA sind es rund 80 Prozent.

Also: 5 Prozent des Einkommens in der kapitalistischen Welt gehen auf Rüstungen.

10 Prozent der Rüstungsausgaben fließen der Rüstungswissenschaft zu.

50 Prozent aller Wissenschaftler der kapitalistischen Welt arbeiten für die Rüstung.

Also: 10 Prozent des amerikanischen Nationaleinkommens gehen auf Rüstungen.

16 Prozent der amerikanischen Rüstungsausgaben fließen der Rüstungswirtschaft zu.

80 Prozent der amerikanischen Wissenschaftler arbeiten für die Rüstung.

Je mehr wir uns dem Bereich der Wissenschaft nähern, desto bedeutender ist die Rolle der Rüstungen.

Das amerikanische Monopolkapital hat die stärkste Konzentration von Kapital und Wissenschaft auf Rüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg durchgeführt.

Das Monopolkapital, der aggressive Imperialismus, hat einen Großteil der „Produktivkraft Wissenschaft“ in eine „Destruktivkraft Wissenschaft“ verwandelt.

Tatsachen aus der DDR

Warnowwerft im Jahr des VII. Parteitags

Die Belegschaft der Warnowwerft betrachtet die gute Planerfüllung 1966 und den exakten Plananlauf im neuen Jahr als ihren wichtigsten Beitrag zur Vorbereitung des VII. Parteitages. In diesem Jahr sollen zwei neue weltmarktfähige Schiffstypen in die Serienproduktion gehen: ein 10 130 tdw großer Stückgutfrachter für die Deutsche Seereederei und ein 12 500 tdw großer Frachter, der für ausländische Kunden gebaut wird.

Beide Schiffe entsprechen in ihrer Klasse dem Welthöchststand und zeichnen sich durch einen hohen Automatisierungsgrad aus. Der Stückgutfrachter fährt z. B. im Gegensatz zum alten Typ mit sieben Mann Besatzung weniger, seine Geschwindigkeit erhöht sich um drei Knoten. Die wichtigsten Aggregate werden ferngesteuert.

Im Jahr 1966 übergab die Werft fünf 10 000-Tonner an die Deutsche Seereederei und fünf 12 000-Tonner an Exportkunden, ferner einen 100-Tonnen-Schwimmkran. Der letzte Exportfrachter wurde noch vor Weihnachten und der letzte Frachter an die Deutsche Seereederei Ende Dezember übergeben, so daß im Jahr 1966 zwölf Hochseefrachter die Werft verließen.

Oderbezirk heute

„Die Entwicklung des Bezirks Frankfurt (Oder) seit dem VI. Parteitag wird vor allem durch seine führenden Zweige der Volkswirtschaft, wie Chemie, Elektronik und Metallurgie, aber auch durch den schrittweisen Übergang zu industriemäßigen Methoden in der Landwirtschaft auf dem Wege der Kooperation gekennzeichnet. Dadurch ist der Oder-Bezirk immer mehr zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Faktor der DDR geworden. Ein moderner Industrie-Aggarbezirk entstand an der Oder.“ Das betonte in einem Interview Erich Mückenberger, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees und 1. Sekretär der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED.

1966 „wird sich die industrielle Bruttoproduktion des Bezirkes auf etwa 3,3 Milliarden Mark erhöhen und damit um fast 75 Prozent über der des Jahres 1962 liegen. Im Oderbezirk liegen heute wichtige chemische und metallurgische Basen der DDR sowie ein Zentrum der Produktion von Bauelementen der Halbleitertechnik“, hob Erich Mückenberger weiter hervor.

„Etwa 62,5 Prozent des in der Republik erzeugten Roheisens werden in Eisenhüttenstadt geschmolzen. Etwa 75 Prozent aller Halbleiterbauelemente der DDR werden in Frankfurt hergestellt, und zwei Drittel des über die Oder kommenden Erdöls aus der Sowjetunion werden in Schwedt verarbeitet.“

120 Jahre Weltruf

Die Arbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler und Angestellten des VEB Carl Zeiss Jena feierten im November 1966 das 120-jährige Bestehen ihres Betriebes.

Das erste Kapitel der Zeissgeschichte begann am 19. November 1846. Damals erhielt der junge Mechanikus Carl Zeiß die Genehmigung „zur Erzeugung und zum Verkauf mechanischer und optischer Instrumente sowie zur Errichtung eines Ateliers für Mechanik in Jena“. Die Saalestadt hatte zu jener Zeit nicht einmal 10 000 Einwohner.

Die von Ernst Abbe, dem ersten wissenschaftlichen Mitarbeiter des Werkes, erhobene Forderung, daß das deutsche Volk „seine Fähigkeiten in friedlichem Wettstreit der Nationen mit Ehren zur Geltung bringen“ solle, erfüllten sich im zweiten Kapitel der Zeissgeschichte nicht. Und als 1945 der zweite Weltkrieg auf seine Urheber zurückfiel, und amerikanische Truppen Jena besetzten, war fast ein Drittel aller Gebäude und Anlagen des Zeisswerkes zerstört.

Die amerikanischen Besatzungstruppen hatten bei ihrem Abzug aus Thüringen 180 000 Patentschriften, Konstruktionsunterlagen und andere wertvolle Dokumente geraubt. Über 80 führende Wissenschaftler verließen, verblendet vom Antikommunismus, das Werk. Die ehemaligen Konzernherren glaubten, damit sei Name und Ruf des

weltbekannten Betriebes zu Grabe getragen.

Die Mehrzahl der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler vertrauten jedoch der Partei der Arbeiterklasse. Buchstäblich ohne Vorlagen, mit kümmerlichen Hilfsmitteln rekonstruierten sie das gesamte Geräte- und Maschinenprogramm. Neue Forschungslaboratorien und Werkstätten entstanden.

Oft sagt man hier im Bezirk, die Arbeiter und Wissenschaftler des Zeisswerkes seien regelrecht besessen von dem Streben nach hoher Qualität ihrer Erzeugnisse. Das ist in der Tat so. Schon 1950 erhielt der VEB Carl Zeiss Jena als erster Betrieb der DDR das Gütezeichen 1 für das Universal-Meß-Mikroskop zugesprochen. Zur Zeit tragen 88,7 Prozent aller Haupterzeugnisse das Gütezeichen „Q“, das höchste Qualitätsprädikat.

In 112 Ländern der Erde, mit denen der Betrieb Handel treibt, kündigt jetzt die Zeiss-Linse von der Wertarbeit im sozialistischen Deutschland. Die Produktion des Betriebes stieg seit 1949 um mehr als das Fünffache. Über 300 neue Erzeugnisse wurden in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt. Mit ständiger Unterstützung der SED wurde das Werk zu einem modernen feinmechanisch-optisch-elektronischen Betrieb ausgebaut. Das im Juni 1965 eingeweihte Forschungshochhaus ist zum „Gehirn“ des wissenschaftlichen Gerätebaues der DDR geworden.

Carl Zeiß war erfolgreich, weil er Wissenschaft und Praxis verband. Die über 20 000 Werktätigen des volkseigenen Jenaer Betriebes setzen die fortschrittlichen Traditionen auf höherer Ebene fort.

Messe der Meister von morgen

Die Messe 1966 stand weitgehend im Zeichen der Vorbereitung des VII. Parteitages der SED. Sie stellte die bisher größte Leistungsschau des wissenschaftlich-technischen Schaffens der Jugend dar. 1975 Exponate, von denen 1724 in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit entwickelt wurden, waren ausgestellt. Dies waren die besten Arbeiten, die im Jahre 1966 von 300 000 jungen Neuerern als Ergebnis ihres Knobels in Leipzig ausgestellt wur-

den. 85 Prozent der Arbeiten waren Aufgaben aus den Plänen Neue Technik, und viele dienten der sozialistischen Rationalisierung. An der Messe nahmen 150 000 Besucher teil. Auf über 200 Veranstaltungen wurde lebhaft über einen wirkungsvollen Wettbewerb im Zeichen der Vorbereitung des VII. Parteitages der SED diskutiert. Durch Vorträge, Rechenschaftslegungen und durch aktive Teilnahme am Erfahrungsaustausch unterstützten leitende Funktionäre der SED, des FDGB, der Kammer der Technik, der FDJ sowie Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und zahlreiche Wissenschaftler die jungen Neuerer, Techniker und Wissenschaftler.

Von der Konferenz zum Abschluß der Messe sandten 800 junge Facharbeiter und Ingenieure Grüße an Walter Ulbricht. In ihrem Brief teilten sie mit, daß seit dem 1. November 1966 in 25 000 Zirkeln junger Sozialisten eine halbe Million Mitglieder der FDJ mit dem Studium des Kommunistischen Manifestes und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung begonnen haben.

Was sind Konfliktkommissionen?

Konfliktkommissionen wurden bereits 1953 in den Betrieben der DDR sowie in öffentlichen Institutionen gebildet. Ihre Hauptaufgabe ist es, vorbeugend zu wirken, die Werktätigen bei der Lösung von Konflikten mit ihrer Umwelt zu unterstützen, Ursachen von Rechtsverletzungen aufzudecken und sie beseitigen zu helfen. Da das Recht in der DDR immer mehr zur echten Sache des Volkes, zu einer Sache der Erziehung für die Gesellschaft durch die Gesellschaft unmittelbar wird – deshalb überträgt der sozialistische Staat auf dem Gebiet der Rechtsprechung wichtige staatliche Funktionen den Bürgern selbst und verwirklicht auch hier ihr Mitbestimmungsrecht in der sozialistischen Demokratie.

Die Konfliktkommissionen beraten über Arbeitsstreitigkeiten, Verletzungen der Arbeitsmoral und -disziplin, über erstmalig begangene, geringfügige Straftaten und ähnliche Rechtsverstöße einfacher Art. Die Kommissionen werden in Betrieben in geheimer Wahl von

allen Belegschaftsmitgliedern gewählt und sind diesen rechenschaftspflichtig. Sie werden von den Betriebsgewerkschaftsleitungen angeleitet. Als gesellschaftliche Organe der Rechtspflege können sie Sühne- und Erziehungsmaßnahmen beschließen, wie z. B. öffentliche Rüge; öffentliche Zurücknahme von Beleidigungen; Bestätigung

von Verpflichtungen zur Wiedergutmachung angerichteten Schadens u. d.

Zur Zeit arbeiten in den Betrieben der DDR über 21 000 Konfliktkommissionen mit rund 200 000 ehrenamtlichen Mitgliedern. Gegen einen Beschluß der Konfliktkommission steht jedem Betroffenen jederzeit der ordentliche Rechtsweg offen.

FREIHEIT FÜR DIE KPD

WEISSBUCH

Über 10 Jahre KPD-Verbot

Anläßlich des 10. Jahrestages des KPD-Verbots am 17. August 1966 hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ein Weißbuch über 10 Jahre KPD-Verbot herausgegeben.*)

Im I. Teil des Weißbuchs wird durch einen Rückblick auf die politische Entwicklung nach der Bildung der Bundesrepublik nachgewiesen, daß die KPD verboten wurde, weil sie am entschiedensten für die Beendigung des kalten Krieges zwischen den Deutschen, gegen die Remilitarisierung, für Verständigung und Einigung kämpft. Der direkte Zusammenhang zwischen der Wiederaufrüstung und dem KPD-Verbot wird anhand unwiderlegbarer Tatsachen bewiesen.

Am 22. November 1951 unterzeichnete der damalige Bundeskanzler Adenauer in Paris den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der der Bundesregierung auch formell die Wiederaufrüstung ermög-

lichen und eine wiederbewaffnete Bundesrepublik zur Speerspitze bei der „Zurückdrängung des Kommunismus in Europa“ machen sollte. Am gleichen Tage stellte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Antrag, die KPD als verfassungswidrig zu verbieten, weil sie die Volksbefragung über die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages unterstützt habe.

Im Weißbuch wird weiter festgestellt, daß auch der Termin für den Beginn der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht (24. November 1954) nicht zufällig gewählt wurde. Kurz zuvor hatte die Bundesregierung die Pariser Verträge unterzeichnet, deren Ratifizierung stand im Bundestag unmittelbar bevor. Es ging damals der Bundesregierung darum, mit dem Verbot der KPD als der konsequentesten Gegnerin der Politik der Stärke und der militärischen Aufrüstung eine Handhabe zu erlangen, um jede ernsthafte Opposition gegen die Bonner Politik zu diskriminieren, in die Nachbarschaft der KPD und damit in den Bereich des „Verfassungsfeindlichen“ zu verweisen. Schließlich erfolgte dann das KPD-Verbot unmittelbar nachdem die CDU/CSU- und FDP-Mehrheit am 6. Juli 1956 im Bundestag das Wehrpflichtgesetz beschlossen hatte. Damit wird die Behauptung der Bundesregierung, sie habe mit dem Verbot der KPD den Schutz der vom Grundgesetz geforderten demokratischen Grundordnung erstrebt, als reiner Vorwand entlarvt.

Die Auswirkungen des Verbots

Der II. Teil des Weißbuchs beschäftigt sich mit den Auswirkungen des KPD-Verbots. Durch eine Fülle von Fakten, insbesondere aus dem Gebiet der strafrechtlichen Gesin-

nungsjustiz, wird nachgewiesen, daß das KPD-Verbot sich verheerend auf die Demokratie und die Rechtssicherheit in der Bundesrepublik auswirkte. In diesem Zusammenhang zitiert das

Weißbuch verschiedentlich westdeutsche Staatsrechtler, so z. B. den Gießener Professor Dr. H. Ridder, der erklärte, „die Illegalisierung der KPD“ habe zu „tiefgreifenden Strukturveränderungen im politischen Gesamtkörper geführt“ und „das Lebens- element der parlamentarischen Demokratie selbst in Frage gestellt“.

Anhand der verschiedensten Tatsachen und Äußerungen im III. Teil des Weißbuchs wird dargelegt, daß nicht die KPD, sondern die Bundesregierung die vom Bundesverfassungsgericht in dem KPD-Urteil vom 17. August 1956 aufgestellten Leitsätze für die verfassungsmäßige Ordnung mißachtet und verletzt:

— daß die demokratischen Rechte und Freiheiten durch die Rufmord-Diffamierungspraxis der Bundesregierung, durch „Spiegel“-Affäre und Telefonskandal ausgehöhlt und beseitigt werden;

Die KPD steht zum Grundgesetz

Im IV. Teil des Weißbuchs wird durch Dokumente der KPD und die politische Tätigkeit ihrer Mitglieder bewiesen, daß der Vorwurf der Bundesregierung, die Zielsetzung der KPD sei mit dem Grundgesetz unvereinbar, nur eine Zweckbehauptung darstellt. Zum Nachweis der tatsächlichen Haltung der KPD und der Kommunisten zum Grundgesetz wird in dem Weißbuch u. a. eine Erklärung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der KPD, Max Reimann, auf einer internationalen Pressekonferenz am 23. Mai 1964 in Berlin zitiert, in der es u. a. heißt:

„Wir stehen so positiv zum Grundgesetz, daß jeder, der dieses Grundgesetz als Demokrat ernst nimmt, daß jeder, der seinem Gebot zu einer Politik des Friedens und der nationalen Verantwortung folgt, allen Grund hat, sich für die Legalität der KPD einzusetzen.“

Von eben dieser Bejahung des Grundgesetzes her, entwickeln wir auch heute unsere grundsätzlichen Forderungen. Sie lauten:

① Kein weiterer Schritt zur Aus- höhlung von Buchstabe und Geist des Grundgesetzes! Keine Notstands- gesetzte, in welcher Form auch immer! Schluß mit jedem Versuch, durch die

— daß das Sozialstaatsprinzip durch die Unterstützung des „Herrn-im- Hause-Standpunkts“ der Groß- unternehmer und die Verketterung der um soziale Demokratie und Mitbestimmung kämpfenden Ge- werkschaften durch die Bundes- regierung verletzt wird;

— daß der Parlamentarismus durch die verfassungswidrige Institutio- nalisierung der Wirtschaftsverbände seitens der Bundesregierung miß- achtet wird;

— daß die Volkssouveränität und das föderalistische Prinzip durch 12 Grundgesetzänderungen und durch die geplante Notstandsverfassung tödlich bedroht sind;

— daß die Notstandsgesetze den Zweck verfolgen, im Rahmen der Formier- ten Gesellschaft die Errichtung der offenen Diktatur zu ermöglichen.

Beseitigung des Grundgesetzes die westdeutsche Bevölkerung schon in Friedenszeiten unter Kriegsrecht zu stellen.

② Die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht und das Verfas- sungsgebot der Wiedervereinigung müssen endlich die Politik der Bundes- regierung bestimmen. Unvereinbar damit sind atomare Aufrüstung und revanchistische Ansprüche auf das Territorium anderer Staaten. Unver- einbar damit ist der kalte Krieg und die Absicht der Annexion der DDR. Was not tut und was das Grundgesetz gebietet, ist eine Politik des Verhan- delns und der Verständigung, ist die Verschönerung der Beziehungen zwi- schen den beiden deutschen Staaten.“

Die positive Haltung der KPD zum Grundgesetz — so wird in dem Weiß- buch weiter dargelegt — entspricht der grundsätzlichen Stellung der KPD zur Demokratie. Kommunisten und Sozial- demokraten waren 1933 und in den folgenden Jahren wegen ihres Ein- tretens für Frieden, Demokratie und gegen die Hitlersche Kriegspolitik blu- tigen Verfolgungen ausgesetzt. Von rund 300 000 Mitgliedern, die die KPD 1933 zählte, wurden etwa 150 000 ver- folgt, eingekerkert und ins KZ ver-

schleppt und zehntausende Funktionäre und Mitglieder der Partei wurden ermordet. Durch die Tätigkeit der Kommunisten in den Verfassungsausschüssen der Länder, im Parlamentarischen Rat, in den Landtagen und im Bundestag hat die KPD nach 1945 den Beweis erbracht, daß sie stets die Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte, der Rechte der Parteien und Gewerkschaften und der

Wege zur Legalität

Im Weißbuch wird festgestellt, daß nicht nur die politische und verfassungsrechtliche Notwendigkeit für die Aufhebung des KPD-Verbots gegeben ist, sondern daß dafür auch die verschiedensten rechtlichen Möglichkeiten bestehen. Dabei wird u. a. auf eine verfassungsrechtliche Untersuchung von Prof. Dr. H. Ridder hingewiesen, derzufolge das KPD-Verbot aufgehoben werden muß, weil es sich gegen das Grundgesetz kehrt. „Denn vor dem Grundgesetz — so Ridder — kann unmöglich ein Justizakt Bestand haben, der die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik fortlaufend sich steigernden Gefahren aussetzt.“

Hinsichtlich der Verpflichtung, das KPD-Verbot aufgrund des im Grundgesetz enthaltenen Wiedervereinigungsgebots aufzuheben, bezieht sich das Weißbuch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956, wonach das Verbot der KPD dem Wiedervereinigungsgebot nicht entgegenstehen dürfe und aufgehoben werden könne. Die politische Entwicklung der letzten Jahre hat es mit sich gebracht, daß neue Wege zur Vorbereitung der Wiedervereinigung in den Kreis der Überlegungen treten. Die Entwicklung der internationalen Lage, die Erhaltung des Friedens und der Demokratie, das Interesse einer Klimabesserung und die Belange des deutschen Volkes machen eine Aufhebung des Verbots notwendig. Das Weißbuch bezieht sich in diesem Zusammenhang auf entsprechende Äußerungen namhafter Persönlich-

Parlamente in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen gestellt hat. Zum Nachweis dafür bezieht sich das Weißbuch u. a. auf das politische Wirken bekannter Kommunisten wie des verstorbenen Bundestagsabgeordneten der KPD im ersten Bundestag, Heinz Renner, Essen, sowie der ehemaligen KPD-Landtagsabgeordneten Karl Schabrod, Düsseldorf und Ludwig Landwehr, Osnabrück.

keiten, des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Prof. Dr. Zweigert, des Gießener Staatsrechtsprofessors Dr. Ridder, des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers, des Bonner Publizisten Dr. Sigurd Paulsen u. a.

Ferner wird in dem Weißbuch nachgewiesen, daß die Aufhebung des KPD-Verbots auch durch andere Maßnahmen erfolgen kann wie z. B. durch die von dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Dr. Meyers und anderen vorgeschlagene Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht.

Am Schluß des Weißbuchs werden die in dem Memorandum von Max Reimann „Die Deutschlandfrage und das KPD-Verbot“ vorgeschlagenen notwendigen und möglichen Maßnahmen für die Aufhebung des KPD-Verbots zitiert:

1. „Erlaß einer Amnestie und Einstellung aller Verfahren, die auf Grund oder im Zusammenhang mit dem Verbot der KPD sowie anderer Staatsschutzbestimmungen anhängig sind.“
2. Aufhebung des sogenannten vorverlegten Staatsschutzes, das heißt insbesondere aller Bestimmungen des Abschnittes Staatsgefährdung des Strafgesetzbuches, die über die konventionellen Bestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat hinausgehen.
3. Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands.“

Das Weißbuch der KPD ist somit eine überzeugende Dokumentation des gerechten Kampfes und eine weitere Waffe für die Erringung der Legalität.

*) Herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dietz Verlag Berlin 1966, 111 Seiten, 2,50 MDN.



Die Zeit geht immer weiter...
Wo stehst Du?

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

22. Jahrgang / Heft 3/4

März-April 1967

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

	Seite
Die Regierung Kiesinger/Strauß und wie weiter? . . .	2
Zum neuen ökonomischen System der DDR	7
Feind des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie	15
Die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und die marxistische Krisentheorie	18
Für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik	23
Zur Tätigkeit der Bonner „Staatschutzorgane“	27
Aus der Diskussion der 9. ZK-Tagung	31
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet:	
Wo liegen die Ursachen für die Entwicklung und die Erfolge der NPD?	43
Was bedeutet die Mitgliedschaft Bonns in den neuen Nuklear-Komitees der NATO?	45
50 Jahre Oktoberrevolution	48
Tatsachen aus der DDR	52
Das neue Buch:	
KPD 1945 bis 1965 — Abriß — Dokumente — Zeittafel	54

Die Regierung Kiesinger/Strauß und wie weiter?

VON ERICH GLÜCKAUF

MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK DER KPD

I.

Die 9. ZK-Tagung der KPD befaßte sich mit der Lage, die zur Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß führte und analysierte die Politik dieser Regierung und die sich daraus ergebenden neuen Aufgaben. Das Referat des Genossen Max Reimann und die ausgiebige Aussprache fanden ihren einmütigen Niederschlag in der Entschliebung der 9. ZK-Tagung des ZK „Die Große Koalition und das werktätige Volk“. Diese Entschliebung geht von folgender Feststellung aus:

„Mit der Bildung der Großen Koalition ist eine neue Lage entstanden. Das Neue besteht darin, daß die rechte SPD-Führung in die CDU/CSU-Regierung aufgenommen wurde, um durch einen verschärften Angriff auf den Lebensstandard und die demokratischen Rechte des Volkes neuen Spielraum für die alte imperialistische Machtpolitik zu gewinnen.“

Die Richtigkeit dieser Einschätzung ist schnell bestätigt worden. Das Programm der Regierung Kiesinger/Strauß unter Beteiligung einiger sozialdemokratischer Minister ist angelaufen. Alle Maßnahmen der Regierung zum „Ausgleich“ des Staatshaushaltes und zur „Neubelebung“ der Wirtschaftskonjunktur offenbaren eine Grundtendenz: Einschränkung des Lebensstandards der Arbeiter, der Bauern, der städtischen Mittelschichten zur Sicherung der Höchstprofite der Konzerne und einer gesteigerten Aufrüstung. Der Besitzstand der breiten Volksmassen wird geschmälert, um den Besitzstand der Mammutkonzerne zu erhöhen und damit deren Expansionskraft im Innern wie nach außen zu erweitern.

Damit treten die Ursachen für das Zustandekommen der Regierung Kiesinger/Strauß deutlich in Erscheinung. Es waren die Vertreter der Hochfinanz, der Mammutkonzerne, allen voran die Herren Abs und Krupp, die seit geraumer Zeit ihren besonderen Vertrauensmann Franz Josef Strauß vorbereitet hatten, um ihn zu einer Zentralfigur in einer Regierung der Großen Koalition zu machen. Kiesinger als Bun-

deskanzler brachte schon aus seiner Nazi-Vergangenheit genügend Erfahrungen mit, um auf raffinierte Weise den Neonazismus zu fördern. Strauß wurde an den entscheidenden Schalt-hebel der Regierung gesetzt, um vom Finanzministerium aus in allen übrigen Ressorts die Garantien für die Durchsetzung eines Rechtskurses zu sichern. Die sozialdemokratischen Minister wurden in die Regierung genommen, um sie an diesen Rechtskurs zu binden und den Druck auf die Gewerkschaften auszuüben. Dabei wurde auch der NPD ihre besondere Rolle zugewiesen. Die herrschenden Kreise brauchen diese Partei wie auch die Entwicklung des Neonazismus in anderen Parteien für die Forcierung ihrer Expansions- und Revanchepolitik. So spielt die Monopolbourgeoisie mit verschiedenen Bällen. Was soll bei diesem Spiel herauskommen?

Die deutlichste Antwort hierauf gab Franz Josef Strauß Anfang des Jahres in einem „Spiegel“-Gespräch. Was sind seine Hauptgesichtspunkte?

① Strauß macht keinen Hehl aus seinen Sympathien für die NPD, popularisiert deren nationalistische Phraseologie und kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Gesamtpolitik mehr „nationale Akzente“ setzen müsse. Damit wird klar: die Sumpflüte Neonazismus wurzelt in der offiziellen Regierungspolitik und deren Ziele.

② Strauß will die Kürzung des Lebensstandards bei den werktätigen Volksmassen und die Umleitung der dadurch eingesparten Gelder in einige Mammutkonzerne, damit diese ihre Expansion auch stärker gegen die eigenen „Verbündeten“ und auf die „unterentwickelten Länder“ ausdehnen können. Das Rezept zum verschärften Kampf des deutschen Monopolkapitals um ökonomische und politische Hegemonie verrät Strauß mit den Worten: „Dazu bedarf es des Kapitals“. Während sich die Kiesinger-Hausse an der Kurs-Steigerung der Börsenwerte zeigte, wachsen die Arbeitslosenschlangen vor den Arbeitsämtern.

③ Ökonomische und politische Expansion gehören zusammen und dienen der Revision der Ergebnisse der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg.

④ Um dieses Programm durchzuführen, formulierte Strauß, daß „Wachstum vor Stabilität“ geht. Er kalkuliert die Entwicklung inflationistischer Tendenzen ein und damit einen weiteren Schwund der Massenkaufkraft.

Damit ist die Frage gestellt: Welche Perspektive kann die Monopolbourgeoisie und deren Kiesinger/Strauß-Regierung der westdeutschen Bevölkerung bieten? Das 9. Plenum des ZK hat nach einer gründlichen Einschätzung der Lage diese Frage eindeutig beantwortet: Mit dem Kurs auf verschärfte Expansion und auf Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges hat die Bevölkerung keine Perspektive. Dieser Kurs bringt keine Stabilisierung, sondern verschärft alle Widersprüche, die inneren wie die äußeren. Mit diesem Kurs der Regierung Kiesinger/Strauß, mit Maßhalten und Opfer für das werktätige Volk, Beseitigung des Grundgesetzes durch Notstandsgesetze sollen die demokratischen Volksrechte vernichtet, und durch die Entwicklung des Neonazismus sollen die inneren Bedingungen geschaffen werden für den Expansions- und Aggressionskurs nach außen. Damit verschärft sich der Klassenkampf im Innern; die antagonistischen Widersprüche zwischen den Klassen treten stärker hervor. Die jahrelang gepflegten Illusionen vom ewigen Wirtschaftswunder, vom „geläuterten“ Kapitalismus, von der „Sozialpartnerschaft“ stimmen nicht überein mit den harten Realitäten, den wachsenden Schlangen an den Arbeitsämtern, der zunehmenden Kurzarbeit, dem Druck auf die Löhne, dem Sozialabbau und der gesteigerten Ausbeutung. Der Kurs auf Expansion und Revanche ruiniert die öffentlichen Haushalte, erhöht die Krisenanfälligkeit und führt auch zu wachsenden Gegensätzen mit den „Bündnispartnern“ in der NATO und in der EWG.

Jetzt wird immer deutlicher, daß durch die Politik der imperialistischen Monopole die gleichen Ursachen wirken, die zum ersten und zweiten Weltkrieg führten. Gemessen am Kräfteverhältnis in Deutschland, in Europa und der Welt stellt sich heraus, daß der Appetit der westdeutschen Monopolgewaltigen größer ist als ihre wirtschaftlichen und politischen Kräfte sind. Aus diesem Widerspruch kommt

auch die Regierung Kiesinger/Strauß nicht heraus. Der Raubzug auf die Taschen der Massen kann keine Stabilisierung bringen, sondern immer nur neue und wachsende Schwierig-

keiten. Ein entscheidender Kurswechsel ist erforderlich, den die westdeutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen Volkskräften durchsetzen muß.

II.

In seiner Regierungserklärung hat Kiesinger offen dargelegt, daß durch eine Veränderung der inneren Struktur der Bundesrepublik der Spielraum für eine aggressive Außenpolitik erweitert werden soll. Nur in dem Maße, wie die Arbeiterklasse, die werktätige Bevölkerung bereit ist, den Gürtel enger zu schnallen und still hält bei der Erdrosselung der demokratischen Volksrechte ist es möglich, den Rüstungskurs zu sichern und die Politik der Revanche zu forcieren. Es ist gut, daß die Regierung Kiesinger/Strauß diesen Zusammenhang selbst dargelegt hat. Das erleichtert die Aufklärung darüber, wie der Krieg vorbereitet wird, welche Kräfte und welche Politik zum Krieg führen. Diese Aufklärung ist jetzt besonders wichtig, da Kiesinger, stärkstens assistiert von Willy Brandt, so tut, als ob er eine neue friedliche Politik praktiziert. Aber hat sich wirklich etwas geändert?

Die wachsende Isolierung zwang zu dem Versuch, die alte Politik etwas trickreicher und wortgefälliger darzubieten. Auf diesem Gebiet bringt Kiesinger aus seiner Tätigkeit im dritten Reich viele Erfahrungen mit. Aber was soll man zu Willy Brandt sagen, der eigentlich aus der Zeit des Widerstandes wissen mußte, daß man den Wolf als Wolf erkennen kann, auch wenn er seine raue Stimme durch das Schlucken von Kreide lieblicher macht? Der Wolf bleibt ein Wolf, auch wenn Willy Brandt bemüht ist, ihn als gutmütiges Lamm vorzustellen.

In diesem Zusammenhang sei an Worte von Rosa Luxemburg erinnert, die in ihrer Junius-Broschüre über die Vorbereitung des 1. Weltkrieges schrieb:

„Die Vorgänge und Triebkräfte, die zum 4. August 1914 führten, waren keine Geheimnisse. Der Weltkrieg wurde seit Jahrzehnten vorbereitet in breiter Öffentlichkeit, im helllichten Tag. Schritt für Schritt und Stunde um Stunde.“

Damals und später unter Hitler wurden die Vorbereitungen des Krieges wie auch heute wieder mit viel Friedensphraseologie getarnt. Aber die Triebkräfte des Krieges wurden stets gespeist aus den gleichen Quellen: den Macht- und Hegemonieansprüchen des deutschen Monopolkapitals und seiner Regierungen. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Alleinvertragsanspruch, Grenzforderungen, Chauvinismus, Antikommunismus, wahnwitzige Aufrüstung, Militarisierung des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens — das alles vollzieht sich im helllichten Tag. Schritt für Schritt und Stunde um Stunde. Diese Tatsachen sprechen das Wesen der imperialistischen Politik von heute aus. Die zweimal von deutschem Boden ausgegangenen Weltkriege waren kein Spiel des Zufalls. Sie ergaben sich aus den Machtansprüchen der herrschenden Kreise des Monopolkapitals. Diese Ursachen muß man auch heute kennen. An den harten Tatsachen zerplatzen die Tricks und entlarvt sich die Friedensheuchelei.

Prüft man die Regierung Kiesinger/Strauß an den Tatsachen ihrer Politik, so gibt es die Feststellung, daß sie sich von den Regierungen Adenauer und Erhard nur darin unterscheidet, daß sie deren antinationale, lebensgefährliche Politik noch steigert. Sie hält an der aggressiven Grundkonzeption Adenauers fest und erweitert noch das Ausmaß der Rüstung und die Gefährlichkeit der Waffensysteme. Sie stärkt die Macht der Großmonopole, verteidigt und unterstützt die Verbrechen des USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk mit der Begründung, daß man ja zur Realisierung der eigenen Macht- und Revanchepolitik auf die USA-Imperialisten angewiesen ist.

Und was ist mit der angeblich „neuen Ostpolitik“? Sie heucheln Entspannung und Aussöhnung mit einigen sozialistischen Ländern in der Hoffnung, so die Hände freizubekommen für Aktionen zur „Einverleibung“ der DDR. Die „Entspannungsoffensive“ der

Regierung Kiesinger/Strauß ist Bestandteil der Strategie in der neuen Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus. Der Lauf der Geschichte richtet sich weder nach den Wünschen der westdeutschen Monopolherren und Revanchepolitikern, sondern nach objektiven Gesetzmäßigkeiten. Es gibt feststehende Tatbestände, an denen nichts zu ändern ist: Die Ein-

heit und die Macht der sozialistischen Staaten wachsen unaufhörlich, und nicht die Bevölkerung eines einzigen sozialistischen Landes ist bereit, an seinem territorialen Bestand noch an seinen historischen Errungenschaften rütteln zu lassen. Expansionspolitik und „Ausöhnung“ passen nicht zueinander. Expansionspolitik ist der Kurs auf Krieg.

III.

Und was ergibt eine Zwischenbilanz der sogenannten Deutschlandpolitik der Kiesinger/Strauß-Regierung?

Herbert Wehner, von Strauß als der „größte Staatsmann der SPD“ tituliert, hat seine politische Visitenkarte als Minister abgegeben. Wehner, der ebenso wenig Kommunist war wie er heute Sozialdemokrat ist, hat damit ein Ziel seiner abenteuerlichen Karriere erreicht. Gemeinsam mit Adenauer hat Wehner den Tag vorbereitet, daß sozialdemokratische Minister unter CDU/CSU-Herrschaft dann mitregieren dürfen, wenn der CDU das Wasser bis zum Halse steht und die Monopolbourgeoisie die Gewerkschaften zum Stillhalten zwingen muß. Wehner bekam das Ministerium in die Hände, das bislang den größten Verschleiß an Ministern hatte. Keiner seiner Vorgänger konnte die DDR „knacken“. Man kann jetzt schon sagen: Wehner wird noch mehr Pech haben als alle jene, die es vor ihm versuchten. Adenauer, Kiesinger und Strauß, die Herren der Generalität und vor allem die Spitzen der Monopole und Industriellenverbände erwarten von Wehner, daß er täglich „neue Ideen“ entwickelt. Als Wehner auf der letzten Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ seine „neuen Ideen“ vorgetragen hatte, bemerkte eine Teilnehmerin dieser Tagung: „Ideen hat der Mann genug, ihm fehlt nur eine neue Politik.“

Über seine Grundidee schreibt Wehner im „Vorwärts“: „Bisher sind alle Pläne der Wiedervereinigung an unerfüllbaren Maximalforderungen gescheitert.“ Seine Schlußfolgerung: Wenn man die DDR nicht mit einem Mal schlucken kann, soll man sie allmählich verspeisen. Und weiter schreibt Wehner: „Allmählich hat sich unter den Deutschen die Einsicht durchgesetzt, daß beide Seiten einen Schritt

zurücktreten sollten.“ — Welch „fundamentale“ Idee. Was die Bundesrepublik anbetrifft, so hilft Wehner in der Tat tüchtig mit, daß man nicht nur einen, sondern soviel Schritte zurückgeht, daß die Mehrheit der Bevölkerung voller Sorge ist um den Arbeitsplatz, um den morgigen Tag, daß die Zukunft immer schwarzer und brauner erscheint. Die Bevölkerung der sozialistischen DDR verspürt aber nicht die geringste Neigung, auch nur einen Schritt zurückzugehen. Sie befindet sich auf ihrem richtigen Weg, der ständig aufwärts führt, der allen wirtschaftliche und soziale Sicherheit bietet. Die Bevölkerung der DDR wird nie dulden, daß ihre historischen Errungenschaften angetastet werden.

Welche „neuen“ Ideen auch immer in dem Ministerium, das sich hochstaplerisch „gesamtdeutsch“ nennt, geboren werden, niemand und nichts kann die Realität der DDR beseitigen. Die sozialistische DDR hat sich schon jetzt als der stabilste Staat in der deutschen Geschichte erwiesen. Warum wollen die westdeutschen Monopolherren, deren Regierung Kiesinger/Strauß wie ihr „Ideen-Lieferant“ Wehner nicht den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung aufgeben und endlich die DDR anerkennen und mit der Regierung der DDR gleichberechtigt verhandeln? Prof. Lades, der zum Mitarbeiterstab des Wehner-Ministeriums gehört, hat in der Springerzeitung „Die Welt“ diese Frage beantwortet, indem er die Frage stellt: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ „Das ist die harte Auseinandersetzung zwischen zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auf deutschem Boden.“

Der Alleinvertretungsanspruch, von dem auch Wehner sagt, daß er niemals aufgegeben würde, ist der Ausdruck des Klasseninteresses der Monopolher-

ren, die Angst haben vor der sozialistischen DDR und vor deren nationaler und demokratischer Politik. Sie fürchten, daß besonders bei der krisenhaften Entwicklung in der Bundesrepublik die DDR wachsenden Einfluß auf die westdeutsche Arbeiterklasse und die demokratischen Volkskräfte gewinnt.

Der Alleinvertretungsanspruch besagt, daß die Monopolkapitalisten kein Vertrauen haben zu einem friedlichen Wettbewerb der beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden. Sie wissen, daß sie dabei die Unterlegenen sind und daß auch die Volksmassen in der Bundesrepublik sich immer mehr davon überzeugen werden, daß allein der Sozialismus

dauerhafte Sicherheit, wachsenden Wohlstand und endgültig gesicherten Frieden bringt.

Wer die DDR nicht anerkennen will, hat das Ziel, sie zu liquidieren. Ein solches Ziel aber beinhaltet das Risiko des Krieges. Darum ist die Frage der Anerkennung der DDR zur Kernfrage einer deutschen Friedens- und Wiedervereinigungspolitik geworden und auch das Kettenglied zur Sicherung des Friedens in Europa. Ohne entschiedenen Kampf für die Anerkennung der DDR und Verhandlungen mit der Regierung der DDR gibt es keine friedliche Perspektive und keinen Weg zur Entspannung und Wiedervereinigung.

IV.

Ob wir also die Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, den tiefen Einschnitt in die innere Verfassungsstruktur der Bundesrepublik, die Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik nehmen, in allem wird bewiesen, wie richtig die Feststellung der 9. ZK-Tagung ist, daß die Regierung Kiesinger/Strauß den verschärften Rechtskurs steuert und dem Volk mit ihrer Politik nur die Perspektive weiterer Unsicherheit, Diktatur und Krieg bietet.

Damit steht die gesamte Arbeiterklasse gleichfalls vor einer neuen Lage, die neue Antworten erforderlich macht. Soll die Arbeiterklasse den Rechtskurs hinnehmen, soll sie Opfer bringen für einen Kurs, der ihren sozialen, demokratischen und friedlichen Interessen widerspricht? Soll sie ihre eigene Perspektive verbinden mit der Perspektive des verfaulenden, zum Untergang verurteilten staatsmonopolistischen Systems? Wir stellen insbesondere allen sozialdemokratischen Genossen die Frage: Was wird werden, wenn man der Regierung Kiesinger/Strauß freie Hand läßt, wenn man ihr eine Chance zubilligt? Mit Sicherheit kann man sagen, daß die Entwicklung weiter nach rechts gehen wird. Die CDU wird Zeit gewinnen, ihre Reihen wieder zu festigen und ihre extremsten Leute an die Spitze zu bringen. Die NPD und der Neonazismus werden noch schneller emporwuchern. Ähnlich wie im Ergebnis der Hermann-Müller-Regierung im Jahre

1930 wird schließlich die Reaktion gestärkt und das auch auf Kosten der Sozialdemokratischen Partei.

Die Frage nach der selbständigen Politik und Perspektive für die gesamte Arbeiterklasse, für alle demokratischen Kräfte ist damit gestellt. Im Referat des Genossen Max Reimann auf der 9. ZK-Tagung ist dargelegt, daß die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zur Verteidigung dessen, was sie noch an sozialen und demokratischen Rechten besitzt, erforderlich ist. Das ist auch der Ausgangspunkt für die Verständigung mit den Mitgliedern und Anhängern der SPD, für die Tätigkeit der Gewerkschaften. Diese eigene Perspektive für die Arbeiterklasse zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise, zur Sicherung und zum Ausbau der Demokratie, zum gesicherten Frieden und zur friedlichen Lösung der deutschen Frage erfordert die Formierung der Front der Arbeiter und ihrer Verbündeten gegen die Front des Monopolkapitals und des Neonazismus. Das Zentralkomitee der KPD hat für die Formierung der Volkseinheit Minimalforderungen zur Aussprache und zur Verständigung unterbreitet. Zugleich hat die 9. ZK-Tagung eine große Arbeit geleistet für das Zustandekommen und die Erweiterung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und den übrigen vom Monopolkapital und der Revanchepolitik bedrohten Volksschichten.

Unsere Partei entwickelte ihre konstruktive Politik des Auswegs aus der

gefährlichen Lage für die Arbeiterklasse, für die gesamte Bevölkerung. Ohne eine eigene, demokratische und friedliche Perspektive kann die Arbeiterklasse, können die Gewerkschaften, können die Verbündeten der Arbeiter nicht im erforderlichen Tempo die Kraft sammeln, die sie brauchen, um ihrer Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung gerecht zu werden. Nur wenn man der Perspektive des Monopolkapitals auf Massenbelastung und Krieg eine eigene Perspektive entgegenstellt, ist es möglich, breite Massen stärker in den Kampf um die Tagesforderungen einzubeziehen.

In dieser Situation ist die Rolle unserer Partei als marxistisch-leninistische Partei der Bundesrepublik bedeutend gestiegen. Im Wirtschaftsprogramm, in den Forderungen für die Bauern und den Mittelstand und im Kulturprogramm entwickelte unsere Partei Vorschläge, die den sozialen, demokratischen und nationalen Interessen der Arbeiterklasse und unserer Bevölkerung entsprechen.

Die Politik der 9. ZK-Tagung ist die Grundlage für unser breites Wirken

unter den Massen, für die Auseinandersetzung mit den Feinden des Volkes, für die Aussprache mit den Sozialdemokraten zur Herbeiführung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und eines breiten Bündnisses der demokratischen Volkskräfte. Dadurch geben wir der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten Richtung und Ziel zu einer demokratischen Gesellschaft, die den Weg zum Sozialismus bahnt.

Alle aus den Parteieinheiten und -leitungen vorliegenden Berichte über die Auswertung der 9. ZK-Tagung des Zentralkomitees unterstreichen die volle Übereinstimmung der Parteimitgliedschaft mit dem Zentralkomitee der Partei. Jetzt kommt es darauf an, die im Referat des Genossen Max Reimann gestellten fünf Aufgaben in die Arbeitspläne aufzunehmen und sie entsprechend der Lage initiativ durchzuführen. Es gilt, ideologisch-politische Klarheit bei allen Parteimitgliedern zu erreichen, damit sie die Politik der Partei noch besser unter die Massen verbreiten können. Das wird das Ansehen aller Kommunisten weiter erhöhen und dem Kampf um die Legalität unserer Partei eine breite Massenunterstützung verleihen.

Zum neuen ökonomischen System der DDR

VON HERMANN MATERN,

MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZENTRALKOMITEES DER SED

Das Bedürfnis nach sachlicher und wahrheitsgemäßer Information über die Deutsche Demokratische Republik wächst in der Bundesrepublik. Die drei wesentlichsten Gründe hierfür liegen auf der Hand:

— Erstens die unbestreitbaren volkswirtschaftlichen und politischen Erfolge der DDR — man möchte wissen, wie sie zustandekommen;

— zweitens der Nachholebedarf an Kenntnissen über den ersten deutschen Staat der Arbeiter und Bauern — die Mehrzahl der Bundesbürger ist durch Springers Pressekonzern systematisch in Unwissenheit über die entscheidenden Tatsachen und Zusammenhänge gehalten sowie mit einem völlig verzerrten Bild über die DDR desinformiert worden;

— drittens die wachsenden gesellschaftlichen Widersprüche in West-

deutschland, die durch Krisenerscheinungen in zahlreichen Wirtschaftszweigen verschärft werden — man möchte wissen, wie „die dort drüben“, die Werktätigen in der DDR, mit ihrer Wirtschaft fertig werden.

Angesichts des Versagens der kapitalistischen „freien“ Marktwirtschaft fragen sich immer mehr Menschen in der Bundesrepublik, ob eine geplante sozialistische Volkswirtschaft besser geeignet ist, dem Anliegen der Bevölkerung Rechnung zu tragen:

Sicherheit der Existenz und steigender Lebensstandard auf der Grundlage einer kontinuierlich wachsenden Friedenswirtschaft. Dies ist in der DDR der Fall. Dort gibt es — im Gegensatz zur Bundesrepublik — einen gesellschaftlich wirksamen Gesamtplan. Die sozialistische Planwirtschaft beruht darauf, daß sich die übergroße Mehrheit aller

Produktionsmittel in gesellschaftlichem Eigentum befindet, sei es Volkseigentum, wie alle ausschlaggebenden Industriebetriebe, oder genossenschaftliches Eigentum, wie die Mehrzahl aller Landwirtschaftsbetriebe und ein großer Teil der Handwerksbetriebe. Die privaten oder mit staatlicher finan-

zieller Beteiligung arbeitenden, vom privaten Inhaber geleiteten Industriebetriebe — vor allem in der Leichtindustrie — sind in den Gesamtplan gleichberechtigt einbezogen und genießen ebenfalls weitgehende Förderung.

Ein neuer Weg in Wirtschaft und Gesellschaft

Die bei uns vollzogene Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein für Deutschland völlig neuer Weg, der nicht leicht zu gehen war. Er wirkt auch heute, da in der Deutschen Demokratischen Republik ein hoher Entwicklungsstand erreicht ist, viele neue Probleme auf, die gelöst werden müssen. Die geeinte Arbeiterklasse, alle Werktätigen und ihre Verbündeten schlugen diesen Weg gemeinsam ein, weil sie die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen haben: endlich Schluß zu machen mit Konzerndiktat, Krisengefahr, Expansionsdrang und Krieg. Sie verwirklichten, was 1945 auch in den Programmen der westdeutschen Parteien stand, was auch in Volksentscheiden und Verfassungen gefordert wurde.

Gestützt auf das politische Bündnis aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als der Partei der Arbeiterklasse gestaltet der Staat vorausschauend die gesamte wirtschaftliche Entwicklung.

Das war nur möglich, weil in der DDR — im Gegensatz zu Westdeutschland — die Arbeiterklasse, die Bauern, die Intelligenz und andere werktätige Schichten die Macht ausüben und lernen, den Staat und die Wirtschaft selbst zu leiten.

Die Planung erfolgt für ein Jahr — im jeweiligen Volkswirtschaftsplan — und für einen längeren Zeitraum — im Perspektivplan. Der Volkswirtschaftsplan sowie der die Einnahmen und Ausgaben des gesamten Staates regelnde Staatshaushaltsplan beziehen deshalb nicht nur Industrie, Landwirtschaft sowie die weiteren Bereiche der materiellen Produktion ein, sondern auch alle anderen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, vom Handel über die Volksbildung bis zu den Hauptaufgaben des Gesundheits- und Sozial-

wesens. Diese Planung „verzahnt“ also die Grundzüge der industriellen Entwicklung mit den Anforderungen an Verkehrsträger und Städtebau, die notwendigen Fortschritte der Landwirtschaft mit den Bedürfnissen des Binnenhandels, die Hauptrichtung von Export und Import mit der industriellen Leistung hierfür.

Ausgangspunkt und Zweck der sozialistischen Planwirtschaft ist die Entwicklung der Volkswirtschaft in den günstigsten, ergebnisreichsten Proportionen. Ihr Ziel ist es, die wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen zunehmend besser zu befriedigen. Die Werktätigen nehmen daran aktiven Anteil und verwirklichen die demokratische Mitbestimmung. In den Betrieben, durch die Gewerkschaften, im Staat und der gesamten Gesellschaft sind dafür alle Möglichkeiten geschaffen, denn die Arbeiterklasse übt ja selbst die Macht aus. Die Möglichkeiten dazu wurden und werden ständig erweitert. Und sie werden immer besser genutzt, weil in der DDR zunehmend mehr Menschen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen erkennen: Meine persönlichen Interessen stimmen mit den Gesamtinteressen der Gesellschaft überein. Danach handeln sie, weil sie in der DDR ihren sozialistischen Staat sehen und in seinen Zielen ihre eigenen Ziele erkennen. Sie stärken ihn durch gute Arbeitsergebnisse. Davon hat der Einzelne und die Allgemeinheit den Vorteil.

In dieser fruchtbaren Wechselwirkung von sozialistischer Planwirtschaft, Demokratie und Übereinstimmung der Interessen liegt das „Geheimnis“ des Aufstiegs der DDR unter die leistungsfähigsten Industriestaaten der Erde, wobei sie mit ihrer absoluten Produktion etwa an achter Stelle der Welt liegt.

Ein politisch und ökonomisch starker Staat

Die industrielle Leistung der DDR nähert sich einem Jahres-Wertumfang von 140 Milliarden Mark; er wird Mitte 1967 überschritten sein. Wenn man weiß, daß die DDR im ersten Jahr nach ihrer Gründung, also 1950, nur rund 34 Milliarden Mark industrielle Bruttoproduktion hatte, diese Produktion trotz der enormen Schäden aus der offenen Grenze bis 1961 auf 107 Milliarden Mark steigerte und 1965 mehr als 134 Milliarden Mark erreichte, so wird deutlich, welche großen Leistungen die Werktätigen (rund 7,9 Millionen Beschäftigte insgesamt mit Lehrlingen, davon etwa 6,5 Millionen in der materiellen Produktion) mit der sozialistischen Planwirtschaft bereits vollbracht haben. Das gesellschaftliche Nettoprodukt (in der DDR zumeist als Nationaleinkommen bezeichnet) wuchs von 29 Milliarden Mark (1950) auf rund 83 Milliarden Mark (1966), wobei allein von 1962 bis 1966 eine Zunahme um 14 Milliarden Mark (18 Prozent) erreicht wurde.

Zu dieser günstigen Entwicklung, die einen ständigen und deutlichen Anstieg des Lebensstandards ermöglichte, hat das neue ökonomische System der Planung und Leitung ganz entscheidend beigetragen. Es wurde im Sommer 1963 gesetzlich eingeführt und begann im wesentlichen ab 1964 zu wirken. In Zeitungen der Bundesrepublik war zu lesen, es handle sich um eine Korrektur von Fehlern. Die widersprüchlichsten Gerüchte wurden in Umlauf gesetzt. Manche Schreiber nannten es eine „Notmaßnahme“, andere behaupteten, das neue ökonomische System sei in gewisser Weise eine Rückkehr zum Kapitalismus. Nichts von alledem stimmt.

Tatsächlich handelt es sich beim neuen ökonomischen System um die Konsequenz einer geradlinigen und zunehmend erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Dieses neue System wurde an einem bestimmten Abschnitt zur objektiven Notwendigkeit für ein weiteres starkes Wirtschaftswachstum.

Die heutige Deutsche Demokratische Republik, ein politisch und ökonomisch stabiler Staat, ist aus sehr viel schwereren Anfängen als die Bundesrepublik entstanden, hatte sehr viel ungünsti-

gere Startbedingungen. 1945 gab es in der heutigen DDR nur einen wirtschaftlichen Torso, den mancher für kaum lebensfähig hielt. In mehr als 100 Jahren gewachsene nationale Wirtschaftsbeziehungen waren größtenteils zerrissen. Im Juni 1948 wurde durch die separate Währungsreform in Westdeutschland die ökonomische Spaltung Deutschlands perfekt gemacht. Im Sommer 1949 folgte die endgültige politische Spaltung durch die Bildung der Bundesrepublik; erst danach, am 7. Oktober 1949, wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

Von vornherein fehlten ganze Industriezweige in der heutigen DDR oder sie waren unterentwickelt. Durch den Krieg waren beispielsweise 70 Prozent der Maschinenbaubetriebe völlig vernichtet. Während die DDR bei ihrer Gründung über ganze vier Hochöfen verfügte, konnte sich die Bundesrepublik auf die traditionelle Schwerindustrie an Rhein und Ruhr mit 120 leistungsfähigen Hochöfen stützen. Unser Start war also bedeutend schwerer als der in Westdeutschland.

Wir haben Reparationen für ganz Deutschland geleistet, erhielten keine Dollarhilfe und was wir erarbeiteten, wurde uns zu einem bedeutenden Teil durch westdeutsche Monopole gestohlen. Erinnert sei nur an die hochqualifizierten Fachkräfte, Ingenieure, Techniker, Ärzte und Lehrer, die systematisch durch westdeutsche Konzerne abgeworben wurden. Hinzukommt, daß mit Hilfe des Schwindelkurses durch die offenen Staatsgrenzen bis 1961 die Deutsche Demokratische Republik um dutzende Milliarden Mark geschädigt wurde.

Im Vordergrund stand in den ersten Jahren die Lösung quantitativer Probleme. Die ersten Pläne sagten: Mehr von allem, was zu produzieren geht, und vom Wichtigsten soviel wie irgend möglich. Hinzu kam die Notwendigkeit, ganze Großbetriebe und Industriezweige neu aufzubauen — von der Stahlindustrie über die Kraftwerke bis zur Erdölverarbeitung. Die Werktätigen mußten — gegen eine Fülle feindlicher Einflüsse aus Westdeutschland — ihre Wirtschaft leiten lernen,

sie mußten die Ökonomie in hartem Kampf bei offener Grenze meistern, sichern, entwickeln. Daß dies gelungen ist, wagt heute kein ernstzunehmender Wirtschaftler mehr zu bezweifeln. Die DDR wurde zu einem riesigen Bau-

platz. Allein von 1950 bis 1960 umfaßten die Investitionen insgesamt 146 Milliarden Mark. Das wurde aus eigener Kraft mit vielen Anstrengungen und unter manchen Entbehrungen geleistet.

Erfahrungen in der Leitung der Wirtschaft

In diesem ersten, bis etwa 1963 reichenden Entwicklungsabschnitt war es zunächst nötig, die Wirtschaft mit vorwiegend administrativen Mitteln zu leiten. Es entwickelten sich Methoden der Planung und Leitung, die vor harte Bewährungsproben gestellt waren und sie bestanden. Durch die Wechselwirkung von ökonomischem Wachstum und verstärkter Parteinahme der Werktätigen für ihren Staat reiften aber schon Mitte der 50er Jahre die Möglichkeit und Notwendigkeit heran, die ökonomischen Faktoren stärker in den Vordergrund von Planung und Leitung der Produktion zu stellen, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus gezielter auszunutzen. Sie erfordern insbesondere:

- die Volkswirtschaft planmäßig und proportional richtig zu entwickeln;
- die Arbeitsproduktivität (Ergebnis pro Zeiteinheit) stetig zu steigern und

dadurch sowohl die Mittel für hohe Investitionen als auch für die Hebung des Lebensstandards zu gewinnen;

— die materiellen Bedürfnisse nach Leistung zu befriedigen;

— dem Wertgesetz zu entsprechen, indem höchste Qualität des Produkts bei volkswirtschaftlich niedrigsten Kosten der Produktion erreicht und damit hoher Gewinn der Betriebe erzielt wird.

Wer behauptet, die DDR habe erst 1963 den Gewinn als Triebkraft und Bewertungsmaßstab sozialistischer Wirtschaftsführung sowie betrieblicher Leistung „entdeckt“, ist sehr im Irrtum. Schon 1954 haben wir die Bedeutung des materiellen Interesses hervorgehoben. Wir erklärten damals: „Die wirtschaftliche Rechnungsführung verlangt, daß die Werktätigen an der Erfüllung des Gewinnplanes materiell interessiert werden.“

Stärkere Betonung der ökonomischen Faktoren

Das stärkere Betonen der ökonomischen Faktoren und der Lösung qualitativer Probleme stellt keine Korrektur von Fehlern dar. Unter den Bedingungen nach 1945 war es objektiv notwendig, erst einmal die entscheidenden volkswirtschaftlichen Quantitäten und Proportionen zu sichern. Auf dem damit erreichten Niveau der Wirtschaft aber durften die vorwiegend administrativen Methoden der Planung und Leitung nicht mehr beibehalten werden. Sie wären sonst zum Hemmnis der weiteren Entwicklung geworden.

Es erfolgte also die Umstellung der inzwischen stark konsolidierten volkseigenen Betriebe (VEB) auf wirtschaftliche Rechnungsführung, auf das Wirken der Rentabilitätsfaktoren. Planung und Leitung wurden zunehmend auf den internationalen Stand von Qualität und Kosten gerichtet, über den Rahmen der Betriebe und Wirtschaftszweige hinaus koordiniert und auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte konzentriert,

so z. B. auf ein vorrangiges Wachstum der chemischen Industrie. In speziellen Plänen wurden die Hauptrichtungen der wissenschaftlich-technischen Arbeit festgelegt. Es entstanden gemeinsam mit den Werktätigen am Arbeitsplatz und den Gewerkschaften differenzierte Lohnformen, mit denen Qualität und Kosten der Produktion stärker berücksichtigt, also die persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen enger verbunden wurden.

Hinzu kam der Zusammenschluß von großen volkseigenen Betrieben eines Industriezweiges zu Vereinigungen Volkseigener Betriebe, kurz VVB genannt. Sie wurden zu Führungsorganen des jeweiligen Industriezweiges. Das war ebenfalls ein Schritt zu neuen Leitungsmethoden, auch wenn diese 1958/59 gebildeten VVB zunächst Verwaltungsorgane waren und noch außerhalb der wirtschaftlichen Rechnungsführung ihrer Betriebe standen.

In diesen Jahren nahm die Wirtschaft der DDR einen weiteren starken Aufschwung. Der allmähliche Übergang zu neuen Methoden wirkte sich bereits aus. Der VI. Parteitag der SED im Januar 1963 konnte bedeutende Fortschritte der Volkswirtschaft feststellen. Sie hatten sich nach den Maßnahmen zur Grenzsicherung vom August 1961, die der wirtschaftlichen Ausplünderung der DDR durch die Konzerntpolitik der Bundesrepublik ein Ende machten, noch wesentlich vergrößert.

Die ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen für einen

neuen Entwicklungsabschnitt waren gegeben. Um Wirtschaftswachstum und Lebensstandard zu höheren Ergebnissen zu führen, wurde — ausgehend vom VI. Parteitag der SED — auf Wirtschaftsformen Kurs genommen, die den höheren Anforderungen entsprachen, wie sie der umfassende Aufbau des Sozialismus verlangt. Denn: Gemeineigentum an den Produktionsmitteln allein ist noch nicht Sozialismus. Dazu gehört eine hochentwickelte Wirtschaft, gehört das bewußte Schaffen aller, gehört ein hoher Lebensstandard.

Die Einführung des neuen ökonomischen Systems

Die Aufgabe, aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre und den höheren Zielen abgeleitet, bestand also darin: die im Laufe der Zeit entwickelten ökonomisch wirksamen Elemente der Wirtschaftsführung (Planung und Leitung) zu einem wirksamen System zu vereinen. Es mußte den Gesetzmäßigkeiten einer sozialistischen Wirtschaft entsprechen, den Notwendigkeiten eines hochindustrialisierten Staates im Zeichen der technischen Revolution Rechnung tragen, auf einen hohen Zuwachs an Nationaleinkommen (also des Netto sozialprodukts) gerichtet sein. Dieser Zuwachs an neu geschaffenen Werten ermöglicht sowohl die weitere Entwicklung der Wirtschaft als auch des Lebensstandards

Mit dieser Zielstellung wurde im Sommer 1963 mit der Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung begonnen. Es war zuvor in Betrieben und einigen VVB erprobt worden. Tausende Werktätige suchten und fanden die Lösungswege.

Das neue ökonomische System ist ein in sich geschlossenes, ständig ausbaufähiges System von Lenkungs- und Steuerungsmaßnahmen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des sozialistischen Aufbaus in der DDR. Es ist ein wissenschaftlich aufgebautes „Instrumentarium“, dessen Bestandteile organisch miteinander verbunden sind, sich gegenseitig bedingen und in der Wirkung ergänzen. Es ist dazu bestimmt, den Produktionsprozeß so zu planen und zu führen, daß alle Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung ausgenutzt und die Aufgaben der techni-

schen Revolution gemeistert werden können.

Das Wirkungsgebiet reicht vom einzelnen Betrieb mit seinen Abteilungen bis zur gesamten Volkswirtschaft. Die Einführung erfolgte schrittweise vor allem in den großen Industriebetrieben, danach allmählich auch in den anderen Industriebetrieben und in der Landwirtschaft.

Neu an diesem System ist einmal, daß die Bruttoproduktion der Betriebe als bisher hauptsächlichster Maßstab für deren wirtschaftliche Leistung „entthront“ wurde.

In den ersten Jahren nach 1945 war das der entscheidende Maßstab, denn es ging ja darum, aus den Trümmern herauszukommen und soviel als möglich zu produzieren. Eine solche zusammengefaßte Bewertung — beispielsweise 10 000 Tonnen Walzstahl einer bestimmten Kategorie — erwies sich auf dem erreichten Stand als Hemmnis für das Erreichen höherer Qualität und Rentabilität der Produktion. Deshalb wurden jetzt qualitative Kennziffern in den Vordergrund gerückt: Eigenleistung des Betriebes; vertraglich mit den Abnehmern festgelegtes Sortiment mit Termijnen; Rentabilität; Qualität der Erzeugnisse mit entsprechend unterschiedlichen Preisen; Steigerung der Arbeitsproduktivität; Senkung der Kosten sowie die planmäßig festgelegten Maßnahmen für technische Verbesserungen.

Alle diese Bewertungsmaßstäbe waren zwar bisher nicht außer acht gelassen worden, doch sie rangierten hinter der Bruttoproduktion.

Ferner, und das ist das wesentlichste Neue, wurde jetzt der Schritt getan, alle Erfahrungen und Erkenntnisse der Planung und Leitung zu einem unseren Bedingungen entsprechendem System zusammenzufassen und anzuwenden.

Die Bestandteile des neuen ökonomischen Systems

Zu den Bestandteilen dieses Systems gehört **erstens** die wissenschaftlich begründete zentrale staatliche Planung. Sie ist auf die Perspektive der Produktion sowie des Absatzes orientiert und richtet sich auf die Haupttendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diese Planungsmethode ist also auf die Meisterung der technischen Revolution zugeschnitten. Sie führt volkswirtschaftlich zu einer Konzentration der Kräfte und Mittel auf die ausschlaggebenden Wirtschaftszweige.

Zweiter Bestandteil des neuen ökonomischen Systems ist die wissenschaftlich fundierte Leitung der Betriebe. Insbesondere wurden dazu 1964 die VVB auf wirtschaftliche Rechnungsführung umgestellt und mit eigenen finanziellen Mitteln — aus Abführungen ihrer Betriebe — ausgestattet. Die Generaldirektoren der VVB und die Direktoren der VEB erhielten in diesem Zusammenhang weitaus mehr Rechte, zu denen aber auch höhere Pflichten für Gewinn, Absatz und Investitionen ihrer Betriebe kamen.

Die Leiter der VVB und die Leiter der Betriebe sind hochqualifizierte Menschen, die im Interesse der Werktätigen und ihres Staates arbeiten, die aus ihren Reihen hervorgingen und ihr ganzes Wissen und Können in den Dienst des Sozialismus, in den Dienst des Friedens und des Fortschritts stellen.

Die eigentliche politische Mission der Führungstätigkeit sozialistischer Werk-

Neu war also die Betonung der wirksamsten ökonomischen Kriterien und ihre Verbindung zu einem System. Daher der Begriff neues ökonomisches System der Planung und Leitung.

leiter, VVB-Direktoren sowie Minister und ihr ökonomisch entscheidendes Wirken besteht darin, die Werktätigen jedes Betriebes rechtzeitig mit den heranreifenden Problemen vertraut zu machen, sie in den Prozeß der Lösung dieser Probleme aktiv einzubeziehen.

Dieses bewußte Mitplanen, Mitarbeiten und Mitbestimmen ist tragender Pfeiler der sozialistischen Demokratie. Sozialistische Leiter haben nichts gemein mit „Managern“ und „Technokraten“ westlicher Prägung. In einer sozialistischen Wirtschaft können Leiter nur bestehen, wenn sie sich auf die schöpferische Mitarbeit der Werktätigen stützen und umso erfolgreicher wirken, je stärker sie die Vorschläge und Meinungen der Werktätigen achten.

Damit sind wir beim **dritten Bestandteil** des neuen ökonomischen Systems: Zu seinen unverzichtbaren Elementen gehört die schöpferische Teilnahme der Werktätigen an der unmittelbaren Planung und Leitung nicht nur ihres Betriebes, sondern der gesamten Volkswirtschaft und des Staates. Die hierfür allein schon im Betrieb geschaffenen und wirksamen Formen der Mitbestimmung sind vielfältig. Sie reichen von den Produktionsberatungen, in denen die Leiter Rechenschaft geben und durch die Werktätigen eine Fülle von Vorschlägen gemacht werden, bis zur Diskussion über die Planaufgaben des nächsten Jahres. Erst nach gründlicher Diskussion wird der Plan des Betriebes von der VVB für verbindlich erklärt.

Die sozialistische Demokratie als Grundlage

Von den Gewerkschaftsgruppen bis zur Vollversammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute des Betriebes werden die Mittel und Wege beraten, wie die vorgesehenen Produktionsziele erreicht und in jedermanns Interesse überboten werden können. Die gewerkschaftliche Aktivität richtet sich darauf, die Arbeitsbedingungen

ständig zu verbessern, Veränderungen der Technik und des Arbeitsplatzes rechtzeitig zu beraten und dabei auftretende Probleme gemeinsam mit der Leitung des Betriebes und den interessierten Werktätigen zu klären.

Nicht zuletzt gehören zu dieser schöpferischen Einflußnahme auf die Produktion und ihre Ergebnisse auch die

Neuerervorschläge. Sie sind auf technische Verbesserungen am Arbeitsplatz oder im Gesamtbetrieb sowie auf die Einsparung von Material und anderen

Kosten gerichtet. Entsprechend dem erzielten ökonomischen Nutzen werden dafür Prämien gezahlt, die gesetzlich festgelegt sind.

Die materiellen Interessen

In der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zeigt sich die Übereinstimmung der Interessen der Gesellschaft mit den Interessen jedes Einzelnen auch in den Lohnformen. Die normale Arbeitsleistung wird nach Quantität und Qualität des Produzierten bewertet. Dabei werden die entsprechenden Kosten berücksichtigt. Die höchste Qualität des Produkts bringt dem Arbeiter mehr Lohn als ein bloßes Überbieten der vorgesehenen Stückzahl. Das Einsparen von Kosten — Arbeitszeit und Material — wirkt ebenfalls lohn erhöhend, indem der Arbeiter bestimmte Zuschläge oder Prämien erhält.

Und schließlich: Überbietet der Betrieb insgesamt die im Plan festgelegten Kennziffern, wobei der Gewinn — bei Einhalten der anderen Vorgaben — der wichtigste Maßstab ist, so erfolgt

eine progressive finanzielle Zuführung zum Prämienfonds des Betriebes. Das können bis zu 75 Prozent des überplanmäßigen Gewinns sein. Aus dem Prämienfonds werden nicht nur überdurchschnittliche Leistungen finanziell anerkannt, sondern vor allem die Jahresendprämien gezahlt.

Das neue ökonomische System verlangt und fördert also den Grundsatz: Was dem Betrieb, der Volkswirtschaft und Gesellschaft nützt, muß auch für den einzelnen von Vorteil sein.

Unter diesem Gesichtspunkt wird das vierte Merkmal des neuen ökonomischen Systems wohl am besten deutlich. Es besteht darin, das materielle Interesse des Betriebes und der Werktätigen an hohen ökonomischen Ergebnissen der Produktion durch ein geschlossenes System ökonomischer Hebel zum Zuge zu bringen.

Die ökonomischen Hebel

Ökonomische Hebel sind: Kosten, Preise, Gewinn, Kredit und Zins, Lohn (für normale Leistung) und Prämien (für überdurchschnittlich hohe persönliche oder kollektive Leistung). Machen wir die Wirkungen am Beispiel einer „Kettenreaktion“ deutlich.

Der Gewinn des Betriebes hängt wesentlich von den Kosten der Produktion ab. Diese werden schon von der Planung beeinflusst, ja vorgezeichnet. Die schöpferische Mitarbeit der Werktätigen, organisiert durch wissenschaftliche Leitung, ist zusammen mit dem Einsatz moderner Technik der entscheidende Faktor für sinkende Kosten und hohen Gewinn, erzielt aus marktgerechtem Absatz von qualitativ hochwertigen Erzeugnissen. Hoher Gewinn wiederum ermöglicht den Betrieben neue Investitionen, die sie im allgemeinen selbst zu erwirtschaften haben. Aber er erhöht gleichzeitig den Prämienfonds und die Abführungen an den Staatshaushalt, schafft also neue Möglichkeiten, die gesamte Volkswirtschaft rascher zu entwickeln.

Exakt bemessene Industriepreise fördern diese Wechselwirkungen. Eine

am 1. April 1964 begonnene und in drei Etappen bis Anfang 1967 durchgeführte Industriepreisreform legte überall in der Industrie die Preise nach den volkswirtschaftlich gerechtfertigten Kosten fest. Sie schuf „Kostenwahrheit“ auf dem aktuellen Stand, beseitigte die Reste des alten Preissystems und unwirtschaftliche Subventionen (Zuschüsse des Staates).

Die Konsumgüterpreise für den Bevölkerungsbedarf wurden durch diese auf die Preise innerhalb der Industrie beschränkte Maßnahme nicht berührt.

Im Zuge des neuen ökonomischen Systems wurden auch die Abschreibungssätze für Maschinen, Anlagen und Produktionsgebäude so erhöht, daß die Maschinen und Anlagen stärker ausgenutzt und damit rascher die Mittel für ihren Ersatz durch neueste Technik erwirtschaftet werden müssen.

Alle Bestandteile des neuen ökonomischen Systems wirken wechselseitig. Sie bilden eine Einheit, die nur als Zusammenspiel von Planung und Leitung, ökonomischen Hebeln und Initiative der Werktätigen zur Wirkung kommt. Die Planung „verzahnt“ diese

Elemente und zeichnet die Richtung ihres Wirkens vor, berechnet sie; die Leitung konzentriert die Kräfte auf das Wichtigste, für Betrieb und Volkswirtschaft Nützlichste und gibt zugleich

der Initiative der Werktätigen den weiten Spielraum; die ökonomischen Hebel wirken für einen hohen Nutzeffekt der Produktion und fördern das persönliche Interesse daran.

Für hohen Zuwachs des Nationaleinkommens

Ziel dieses in komplizierten Vorarbeiten aufeinander abgestimmten neuen ökonomischen Systems ist ein hoher Zuwachs an neu geschaffenen Werten. Dieses Nationaleinkommen dient dazu, die Volkswirtschaft der DDR zunehmend leistungsfähiger zu machen, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zunehmend besser zu befriedigen, den Lebensstandard weiter zu heben.

Es geht der SED als der führenden politischen Kraft der DDR und der Regierung der DDR im Interesse der ganzen Bevölkerung darum, eine möglichst rasche und wirksame „Kettenreaktion“ Wirtschaftskraft—Wohlstand herbeizuführen.

Die dabei erreichten Ergebnisse auf dem Gebiet des Lebensstandards sprechen für das neue ökonomische System. Ein ständiges Ansteigen des Einzelhandelsumsatzes, vor allem bei hochwertigen Waren, eine Zunahme des Arbeitseinkommens seit 1962 bis 1966 um jährlich mehr als eine Milliarde Mark, eine Steigerung der Summe der gezahlten Renten in der gleichen Zeit um 19 Prozent, Anfang 1966 die Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche in jeder zweiten Woche für 7,4 Millionen Beschäftigte sowie die Verkürzung der Arbeitszeit für mehr als drei Millionen Beschäftigte auf 45 bzw. 40 Wochenstunden — das sind nur Stichworte zu diesen Ergebnissen, von denen sich jeder Besucher der DDR überzeugen kann.

Und mit dem neuen ökonomischen System wird konsequent weitergear-

beitet. Seine erste, 1965 im wesentlichen abgeschlossene Etappe bestand darin, die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der VEB und VVB zu erhöhen, sie im Sinne des neuen ökonomischen Systems aktionsfähig zu machen und schrittweise ein System ökonomischer Hebel in der Praxis einzuführen. Die Arbeit in der beginnenden zweiten Etappe wird darauf konzentriert, der Perspektiv- und Jahresplanung eine höhere Qualität zu geben — also ein Planungssystem zu schaffen, das einen höchstmöglichen und raschen Zuwachs an nationalem Reichtum sichert sowie seine zweckmäßigste Verwendung in der technischen Revolution berechnet, und zwar mit dem Ziel, den systematischen Anstieg des Lebensstandards auch für die Zukunft zu sichern.

Die Planvorgaben für VVB und Betriebe beschränken sich künftig auf ein Minimum volkswirtschaftlicher Eckzahlen. Die höhere Qualität der Planung besteht also darin, ökonomische Größenordnungen zu errechnen, die dazu veranlassen, in den Betrieben nach dem höchsten Zuwachs an Nationaleinkommen und seiner zweckmäßigsten Verwendung zu streben. Die Wege hierzu müssen in den Betrieben und VVB selbst ermittelt und besritten werden. Keine starren Vorschriften, sondern elastisches Wirtschaften für den höchsten Nutzen — das ist die Devise. Sozialistische Rationalisierung, mit dem Werktätigen und für ihn betrieben, ohne Existenzunsicherheit, das ist der Weg.

Oberster Grundsatz: Plane mit, arbeite mit, regiere mit!

Damit erhält auch unsere Forderung „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ einen noch tieferen, sehr aktuellen Inhalt. Deshalb sind beispielsweise Ende 1966 vor allem die Rechte der Gewerkschaften im Prozeß der Planung und Mitbestimmung noch wesentlich erweitert worden. Hinzu kommen gewählte Produktionskomitees in allen volkseigenen Betrieben

aus den erfahrensten Werktätigen. Sie arbeiten mit den Werkdirektoren zusammen, sorgen dafür, daß wissenschaftlich begründete Pläne aufgestellt, die besten Varianten für die sozialistische Rationalisierung gefunden, die Kosten gesenkt, hoher Gewinn durch kostengünstige Qualitätsproduktion erzielt wird.

Ökonomische Aktive in den Groß-

betrieben, jetzt gesetzlich zur ständigen Institution geworden, beraten die Direktion; Gesellschaftliche Räte bei den VVB mit beratender und kontrollierender Funktion prüfen die Geschäftsberichte und Planprojekte.

Alle solche Formen erweitern die sozialistische Demokratie, verstärken die aktive Mitbestimmung, geben dem neuen ökonomischen System das Profil eines Systems, mit dem alle Werktätigen in ihrem eigenen Interesse zunehmend schöpferischer und erfolgreicher arbeiten.

Die volkseigenen Betriebe sind unseren Werktätigen längst mehr als eine Stätte geworden, an der man schlecht-hin sein Geld verdient. Das neue ökonomische System, mit dem die DDR Pionierarbeit im sozialistischen Lager geleistet hat, führte und führt zu eindrucksvollen Ergebnissen, die für die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft sprechen. Eine krisenfreie Volkswirtschaft, entwickelt im Interesse des Friedens, der allseitigen Bildung und des materiellen Wohlstandes der Menschen — diese gerechte Ordnung herrscht in der DDR. Sie beweist ihre zunehmende Stärke in der

Gegenwart und ihre große Bedeutung für die Zukunft.

So, wie alle Erfolge und alle Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus nicht nur den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik von Nutzen sind, so hat auch das neue ökonomische System nicht nur große Bedeutung für die Entwicklung unserer Republik.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Erfolge aller sozialistischen Länder und des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates seine Wirkung auf die westdeutsche Arbeiterklasse nicht verfehlt.

Am Beispiel der DDR können sie sehen, welche großen Leistungen und guten Ergebnisse erzielt werden, wenn die geeinte Arbeiterklasse gemeinsam handelt, wenn sie befreit von Monopolkapital, Ausbeutung, Krise und Krieg ihren eigenen Weg geht. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik werden alles tun, damit die westdeutsche Arbeiterklasse aus unserer Geschichte eigene Lehren ziehen kann. Den weiteren Weg des Aufstiegs der DDR wird der VII. Parteitag der SED, der im April 1967 stattfindet, vorzeichnen.

Die Kiesinger/Strauß-Regierung — Feind des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie

VON MAX SCHÄFER

I

84 Grundgesetzänderungen hat Kiesinger als ein bis zum Jahre 1969 zu verwirklichendes Ziel der Großen Koalition CDU CSU und SPD angekündigt. Wenn man berücksichtigt, daß bisher — von 1949 bis heute — 13 Grundgesetzänderungen durchgeführt wurden, so kann man ermesen, daß nach diesen neuen Änderungen nichts mehr vom Grundgesetz des Jahres 1949 übrig wäre.

Der „Rheinische Merkur“, Sprachrohr der reaktionären CDU-Führung, hat in einem Artikel für die Änderung des Wahlrechts sehr deutlich ausgesprochen, warum gerade jetzt die CDU/CSU mit Hilfe der rechten SPD-Führung so einschneidende Veränderungen des Grundgesetzes vornehmen

will. Es wird dort gesagt, daß „wir an einer politischen Wendemarke stehen, an der neue oder erneuerte Orientierungen ... gefordert sind“.¹⁾ Von anderen Vertretern des Monopolkapitals, wie z. B. von Adenauer, wurde dieser Gedanke vor etwa einem Jahr ganz offen in die Worte gekleidet: Seit der Annahme des Grundgesetzes habe sich die Lage, die Verfassungswirklichkeit, grundlegend geändert. Heute stünden ganz andere Aufgaben vor der Bundesrepublik. Dieser geänderten Lage und den neuen Aufgaben müsse das Grundgesetz „angepaßt“ werden. Dazu bedürfe es der Großen Koalition.

Was ist das für eine neue Lage? Das Grundgesetz wurde 1949, vier Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerregimes, geschaffen. In Westdeutsch-

¹⁾ „Rheinischer Merkur“ vom 2. 12. 1966

land waren von den imperialistischen Besatzungsmächten und der deutschen Reaktion mit Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer grundlegende demokratische Reformen, die Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung verhindert worden. Durch die militärische Niederlage geschwächt, waren die deutschen Monopolherren wieder im Besitz der ausschlaggebenden Produktionsmittel. Mit dem Grundgesetz wurden die verfassungsrechtlichen Grundlagen des westdeutschen Staates und damit auch die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der politischen Macht des Monopolkapitals geschaffen. Aber vier Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerregimes mußten in dieses Grundgesetz, wegen der ganzen internationalen und innerdeutschen Lage, eine Reihe Bürgerrechte, Verpflichtungen zu einer Friedenspolitik und Bestimmungen bürgerlich-demokratischen Charakters aufgenommen werden.

Die Vertreter der KPD im „Parlamentarischen Rat“, Max Reimann und Heinz Renner, weigerten sich, ihre Unterschrift unter das Grundgesetz zu setzen, weil es die Urkunde der Spaltung Deutschlands war, wobei sie zugleich ankündigten, sie würden die in ihm enthaltenen Bürgerrechte gegen die Väter des Grundgesetzes verteidigen. Inzwischen ist längst die Lage eingetreten, die von den Vertretern der KPD 1949 vorausgesagt wurde. Die KPD verteidigt das Grundgesetz gegen die politischen Machthaber, die 1949 an seinem Zustandekommen zur Spaltung Deutschlands interessiert waren.

Die Restauration, die Wiederherstellung der Macht der an Aufrüstung und imperialistischer Machtpolitik interessierten Monopole, ist im wesentlichen abgeschlossen. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist höher entwickelt als je zuvor. Mit dem Aufbau der Bundeswehr wurde die stärkste Armee in

Westeuropa und damit auch das militärische Machtmittel für die Politik der nach Machterweiterung drängenden Monopole geschaffen.

Und was sind das für „erneuerte Orientierungen“, von denen der „Rheinische Merkur“ spricht? Es sind die alten imperialistischen Ziele des deutschen Monopolkapitals, die nun erneut angestrebt werden. So sagt z. B. Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“, „daß wir das Gesicht der Welt verändern müssen“ (S. 20). Er fordert „eine Politik, mit der die Demarkationslinie . . . von Jalta beseitigt werden kann“ (S. 12) und die Einbeziehung der „Völker Mittel- und Osteuropas“ in ein (von den westdeutschen Monopolen geführtes) „Vereinigtes Europa“, um „somit im weltpolitischen Kräftefeld das Übergewicht“ des Imperialismus zu sichern (siehe u. a. S. 26/27). Darum proklamiert er: „Das Zeitalter der Machtpolitik ist keineswegs zu Ende“ (S. 28). Dafür fordert Strauß den Mitbesitz an Atomwaffen.

Der Wendepunkt, von dem der „Rheinische Merkur“ spricht, ist also: Der Zeitabschnitt der Restauration ist beendet und es beginnt wieder die Politik der Expansion, des Versuchs, neue Macht- und Einflusssphären der Herrschaft des deutschen Imperialismus zu unterwerfen. (Was heute noch weit aussichtsloser ist, als vor dem 1. und 2. Weltkrieg, denn heute gibt es die Deutsche Demokratische Republik und hat sich das Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt entscheidend zu Gunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert.)

Für eine solche Politik ist das Grundgesetz nicht zu gebrauchen, ja ist es eine Fessel. Darum drängen die Monopolherren, die die Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung bestimmen, nach den Verfassungsänderungen.

II

Es ist charakteristisch, daß solche dringenden Vorschriften des Grundgesetzes, wie der Erlaß eines Gesetzes zum Schutze des Friedens (Art. 26) nie verwirklicht wurden. Ein solcher Gesetzentwurf war 1950 schon einmal ausgearbeitet, wurde dann aber nicht beschlossen und stattdessen das 1.

Strafrechtsänderungsgesetz angenommen, auf dem die politische Gesinnungsjustiz beruht, zu dem Zweck, den Widerstand gegen die Wiederaufrüstung zu brechen. Auch die bisherigen 13 Grundgesetzänderungen dienten vorwiegend dem Ziel, die Aufstellung der Bundeswehr und die Einführung

der allgemeinen Wehrpflicht zu ermöglichen.

Die nun von Kiesinger angekündigten 84 Grundgesetzänderungen umfassen vor allem:

● Das Stabilisierungsgesetz, das nichts mit wirtschaftlicher Stabilität zu tun hat, soll die Finanzierung der Rüstung auf Kosten der Länder und Gemeinden sichern. Es schränkt deren Rechte einschneidend zugunsten der Zentralgewalt ein, die für den expansiven Kurs nach außen gebraucht wird. Dadurch wird eine der tragenden Säulen des Grundgesetzes unterhöhlt.

● Nachdem bereits sieben Notstandsgesetze beschlossen sind, sollen noch in diesem Frühjahr die Notstandsverfassung und weitere Notstandsgesetze dem Bundestag „zur zügigen Beratung“ (Lücke) zugeleitet werden. Mit diesen Gesetzen würden die demokratischen Rechte, die noch vorhanden sind, aber auch solche Verfassungsgrundsätze, wie

die Gewaltenteilung, zugunsten der Regierung und ihres Machtapparates (Bundeswehr, Polizei und Verwaltung) beseitigt. Diese Gesetze würden die Grundlage für den perfekten Notstandsstaat schaffen.

● Die Manipulierung des Wahlrechts soll in Zukunft die absolute CDU/CSU-Herrschaft sichern helfen und dabei ein Trugbild „freier Wahlen“ und des Parlamentarismus aufrechterhalten. Schon 1953 wurde das Wahlrecht das zweite Mal verändert mit dem offen eingestandenen Ziel, die KPD, die damals noch nicht verboten war und 15 Bundestagsmandate hatte, aus dem Bundestag zu verdrängen. Auch 1955 und danach hat die Bundesregierung wiederholt Versuche gemacht, durch Wahlrechtsänderungen ihre Macht als der führenden Partei des Monopolkapitals zu sichern.

„Die CDU/CSU hat eine 17 Jahre alte Tradition im Herummanipulieren an Wahlgesetzen.“²⁾

III

Es gibt von seiten der CDU/CSU verschiedene Pläne für ein neues undemokratisches Wahlrecht. Sie gehen auf ein sogenanntes modifiziertes Mehrheitswahlrecht hinaus, d. h. zunächst sollen solche Abgeordnete gewählt sein, die in ihrem Wahlkreis die meisten Stimmen erhalten haben. Zusammen mit der Meinungsmaschinerie der Monopole und dem Antikommunismus soll damit Kandidaten, die für eine Politik des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts eintreten, von vornherein die Chance, gewählt zu werden, äußerst erschwert werden. Gleichzeitig will die CDU aber, daß die Parteien, die in den Wahlkreisen Kandidaten durchbekommen haben, von einer Bundesliste weitere Mandate bekommen. Dadurch will die CDU den direkten Monopolvertretern, die so zahlreich in der CDU/CSU-Fraktion sind, die sich aber sehr schlecht für den Stimmenfang im Wahlkreis eignen, das Mandat sichern.

Indem die SPD-Führer ihre Zustimmung zu einem Mehrheitswahlrecht gaben, brachen sie mit der großen Tradition der SPD im Kampf für ein freies Wahlrecht. Die SPD führte vor dem

1. Weltkrieg große Kampagnen und Massenkundgebungen für allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht. Das manipulierte Wahlrecht der CDU verletzt aufs schärfste den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Es hat gar nichts mehr mit demokratischen Wahlen gemein. Wirklich demokratisch ist das Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel. Nur hier zählt jede Stimme gleich.

Wenn die rechten Führer der SPD ihr Zusammengehen mit der CDU/CSU mit dem Argument rechtfertigen wollen, so würde der NPD der Weg in den Bundestag verwehrt, so ist das völlig abwegig. Der von der CDU/CSU und rechten SPD-Führern betriebene Antikommunismus, Revanchismus und Nationalismus schafft die Atmosphäre, in der die NPD gedeihen kann. Der sozialreaktionäre Kurs der Regierung der Großen Koalition treibt der NPD Massen der Bauern und des Mittelstandes in die Arme. Und gleichzeitig rechnen die CDU/CSU-Führer damit, sich zum geeigneten Zeitpunkt auch offen mit der NPD verbünden zu können, so wie die Deutschnationalen, der Stahlhelm usw. sich mit den Hitlerfaschisten ver-

²⁾ „Der Spiegel“, 12. 12. 1966

banden und die Harzburger Front bildeten. Schon schreibt der „Rheinische Merkur“ von der Möglichkeit, „vor der Wahl bestimmte Parteienverbindungen“ einzugehen und stellt die CSU Überlegungen über Möglichkeiten der Koalition mit der NPD an. Die CDU/CSU hat ja in der Vergangenheit auch die faschistische DP (Deutsche Partei) durch ein Hückepackverfahren in den Bundestag gebracht. Schon haben NPD-Führer erklärt, daß sie nicht gegen ein

manipuliertes Mehrheitswahlrecht sind. Das Monopolkapital spielt zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft mit mehreren Bällen. Einer davon ist auch die neonazistische NPD.

Die neofaschistische Gefahr kann nur wirkungsvoll bekämpft werden, wenn man erkennt, daß sie ihre Träger in der NPD wie in der CDU/CSU hat, und wenn man konsequent für die demokratischen Rechte kämpft.

IV

Die Kommunisten sind entschiedene Kämpfer für die demokratischen Freiheiten des Volkes, für die gewerkschaftlichen Rechte, für die Erhaltung des Grundgesetzes, für ein demokratisches Wahlrecht. Sie sind in diesem Kampf bereit, mit allen zusammenzugehen, die gleichartige oder ähnliche Ziele, und sei es auch nur in Teilfragen, vertreten. Im Kampf um Demokratie wachsen die Möglichkeiten zu einem breiten Volksbündnis. Sie reichen von den Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten, über die demokratische Intelligenz und Mittelschichten bis hin zu der von den Wahlrechtsmanipulationen bedrohten FDP. Setzen wir uns dafür ein, daß alle diese Kräfte sich verbinden, um Demokratie und Frieden zu retten. Sie werden unüber-

windlich sein. Darum heißt es in der Entschließung der 9. Tagung unseres Zentralkomitees:

„Die Lehre aus dem verhängnisvollen Ende der Weimarer Republik verpflichtet alle Demokraten, im gemeinsamen Handeln das Grundgesetz, das Wahlrecht und die Rechte der Länder und Gemeinden zu verteidigen. Die Notstandsverfassung, die Manipulation des Wahlrechts zugunsten der CDU/CSU und alle übrigen reaktionären Angriffe auf das Grundgesetz müssen verhindert werden. Nur so kann der Rechtskurs gestoppt, die Demokratie gesichert, das Grundgesetz verwirklicht und das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften durchgesetzt werden.“

Die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und die marxistische Krisentheorie

VON ALEXANDER MELING

1. Die wirtschaftliche Lage am Jahresbeginn 1967

Die Bürger unseres Landes, vor allem die arbeitende Bevölkerung, haben seit 1948 nicht mehr so besorgt über die Wirtschaftslage in die Zukunft geschaut, wie am Anfang des Jahres 1967.

Wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte, wuchs die Industrieproduktion 1966 gegenüber dem Vorjahr nur noch um 1,7 vH. Diese Gesamtzahl darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Industrieproduktion

lediglich bis zur Jahresmitte noch über dem Stand von 1965 lag. Im Dezember 1966 lag die Industrieproduktion um 1,8 vH unter der des Vorjahres. In allen wichtigen Investitionsgüterbereichen blieb die Erzeugung hinter dem vergleichbaren Vorjahrs-ergebnis zurück.¹⁾ Erstmals seit 1948 hat die Zahl der Erwerbstätigen im letzten Jahr nicht mehr zugenommen.²⁾ Die Beschäftigten der Industrie in Betrieben mit mehr als 10 Personen ging von Oktober 1965 bis Oktober 1966 von 8,505 Mill. auf 8,325 Mill. zurück (— 180 000). Die Zahl der Arbeiter verminderte sich in dem gleichen Zeitraum von 6,601 Mill. auf 6,378 Mill.

¹⁾ „Rheinischer Merkur“, 25. 11. 1966

²⁾ Handelsblatt, 30. 1. 1967

³⁾ Drittes Jahresgutachten des Sachverständigenrates. Bundestagsdrucksache V/1160, S. 61

(— 223 000³⁾). Mitte Januar gab es bereits 578 400 Arbeitslose. Diese Zahl wächst noch immer.

Die Investitionstätigkeit, ein wichtiger Gradmesser der konjunkturellen Entwicklung, die bereits im vorigen Jahr stagnierte, wird nach den Schätzungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung auch 1967 weiter rückläufig sein. Das Institut vertritt auf der Grundlage seiner Umfragen die Auffassung, daß die Industrie 1967 wahrscheinlich um 12 Prozent weniger investieren wird als im vorigen Jahr⁴⁾. Der Sachverständigenrat vertritt im Dritten Jahresgutachten die Meinung, daß alle Zeichen darauf hindeuten, daß sich die Investitionstätigkeit kaum vor Mitte 1967 wesentlich beleben wird.⁵⁾

Das wirtschaftliche Leben offenbart immer mehr, wie wir bereits im September 1966 in unseren Vorschlägen „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“ feststellten, daß es „keineswegs auf stabilen und gesunden Grundlagen beruht.“

2. Die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten

Verschiedentlich wird behauptet, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik gesund sei und lediglich die Wirtschaftspolitik versagt habe. Andererseits wird vor allem der konjunkturelle Rückgang betont und alsbaldige Besserung versprochen. Es wäre falsch, die Krisenerscheinungen in der Bundesrepublik lediglich auf eine Ursache zurückzuführen. Es gibt deren viele sowohl in der ökonomischen Basis als auch auf politischer Ebene. Für die Gegenwart ist es charakteristisch, daß eine Bündelung dieser Widersprüche zu den ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten führt. Ökonomische Widersprüche treten zunehmend als politische Schwierigkeiten wie auch umgekehrt politische Widersprüche als ökonomische Schwierigkeiten in Erscheinung. Die Wirtschaft der Bundesrepublik entwickelt sich nach wie vor zyklisch. Aber sie wird unter den Be-

Monopolkapital und Bundesregierung nutzen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, um zum bisher umfassendsten Angriff auf die Lebenslage und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung seit dem Bestehen der Bundesrepublik überzugehen. Arbeitslose und Kurzarbeiter werden von schweren Einkommenseinbußen getroffen und leiden zum Teil bereits heute bittere Not. Der von den Unternehmern ausgeübte Terror führte bereits dazu, daß immer mehr kranke Patienten sich entscheiden weigern, krankgeschrieben zu werden, weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten.⁶⁾ Allein im 1. Halbjahr 1966 mußten 3366 Arbeiter und Angestellte die verschärfte Arbeitsbetze mit dem Tod bezahlen, wobei vor allem bemerkenswert ist, daß die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im engeren Sinne um nicht weniger als 107 oder 4,9 Prozent auf 2313 stieg⁷⁾. Hierin zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß sich am Wesen des Kapitalismus nicht das geringste geändert hat.

dingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus immer mehr auch durch nichtzyklische Faktoren mit bestimmt. Am augenscheinlichsten ist, daß die Krisenerscheinungen eng verbunden sind mit der aggressiven Politik, die von der neuen Bundesregierung fortgesetzt wird und den sich daraus ergebenden starken Belastungen der Wirtschaft. Zweifellos hat sich das Wirtschaftspotential in den letzten Jahren nicht unbeträchtlich erhöht. Allerdings sind die sozialistischen Anforderungen an das Sozialprodukt noch schneller gewachsen.

Die auf Rüstung und militärisches Großmachtstreben gerichtete Politik erfordert so riesenhafte materielle Mittel, daß selbst bei einer Fortdauer der Hochkonjunktur die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik überfordert wäre. Bereits in den Wirtschaftsvorschlägen unserer Partei „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“ ist darauf hingewiesen, daß eine Stabilisierung der Wirtschaft nur möglich ist, „wenn der politische Kurs geändert wird, der die volkswirtschaftlichen Quellen und Möglichkeiten in verhängnisvoller Weise auf die Rüstung und Kriegsvorbereitung lenkt“.

³⁾ Wirtschaft und Statistik, Dezember 1966 (S. 827+)

⁴⁾ Die Welt, 15. 12. 1966

⁵⁾ Bundestagsdrucksache V/1160, S. 15

⁶⁾ Der Spiegel, 5. 12. 1966, S. 57

⁷⁾ Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen Nr. 11/1966, S. 283

Für die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik sind auch die Prozesse bedeutsam, die sich aus dem Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen politischen und ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus ergeben. In den 50er Jahren wirkte dieses Gesetz zugunsten des westdeutschen Monopolkapitals, dessen ökonomische Positionen sich gegenüber denen seiner Hauptkonkurrenten laufend verbesserte. In den 60er Jahren, nachdem die Nachkriegsfaktoren weitgehend ihre Wirkung verloren, tendiert es immer stärker in der entgegengesetzten Richtung. In der Regierungserklärung Kiesingers vom 13. Dezember 1966 liest sich das so: „Allerdings hat sich der Wachstumsspielraum der deutschen Wirtschaft gegenüber dem vergangenen Jahrzehnt erheblich verringert“⁹⁾.

Nach den Feststellungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird die Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1966 sowohl im Hinblick auf die Entwicklung des realen Brutto-Sozialprodukts als auch auf die Industrieproduktion unter den 7 führenden kapitalistischen Industrieländern die vorletzte Stelle vor Großbritannien einnehmen¹⁰⁾. In den ersten Jahren nach 1945 wurden die herrschenden Kreise der Bundesrepublik für ihre reaktionäre Politik vor allem von den USA

mit erheblichen Krediten und anderen Hilfen honoriert. Heute aber müssen sie für die Unterstützung ihres Rüstungskurses durch die USA und andere kapitalistische Länder, oder aber dafür, daß ihr Alleinvertretungsanspruch von Entwicklungsländern anerkannt wird, viele Milliarden zahlen. So hat die neue Bundesregierung trotz der großen finanziellen Schwierigkeiten in den letzten Dezembertagen des vorigen Jahres nicht weniger als 1,3 Mrd. DM in Devisen an die USA-Regierung überwiesen¹¹⁾.

Das Dringlichste wäre vor allem, die Wirtschaft von den Belastungen der Rüstung zu befreien. Unsere Partei hat in ihrem Wirtschaftsprogramm deshalb als ersten Punkt ihrer Sofortmaßnahmen vorgeschlagen: „Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Mrd. Mark; Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate; Beendigung der wertvolle Devisen verschlingenden Waffenkäufe in den USA, die obendrein eine Mitfinanzierung des schmutzigen Krieges in Vietnam darstellen.“

Die IG Metall hat Ende 1966 ebenfalls als Voraussetzung für die Beseitigung der Haushaltsschwierigkeiten und für den weiteren sozialen Fortschritt einen sofortigen Stopp und den allmählichen Abbau der Rüstungsausgaben gefordert.¹²⁾

3. Das Märchen vom krisenfreien Kapitalismus

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die sich aus der Politik der herrschenden Kreise unseres Landes ergeben, werden gegenwärtig noch durch das Zusammenfallen mit einem ersten zyklischen Rückgang verschärft, der zudem noch mit Strukturkrisen in einzelnen Bereichen verwoben ist. Die zyklische Entwicklung der Wirtschaft der Bundesrepublik widerlegt diejenigen, die aus der Tatsache, daß in der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung Krisen früherer Art nicht eintraten, schlußfolgerten, es sei dem Kapitalismus gelungen, die Krisen zu überwinden. Elend und Arbeits-

losigkeit zu vermeiden. Das trifft natürlich keinesfalls zu. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ist nicht nur weiterhin vorhanden, sondern er verschärft sich immer mehr.

Dem Kapitalismus in allen seinen Entwicklungsstadien, also auch in der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus, liegt der im Profitstreben begründete Drang zugrunde, die Produktion grenzenlos auszuweiten. Aber aus demselben Grunde versuchen die gleichen Kapitalisten in den Betrieben die Lohnkosten möglichst niedrig zu halten. Das Ergebnis ist, daß der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, d. h. der zahlungsfähigen Nachfrage, sich objektiv verschärft und die

⁹⁾ „Die Welt“, 14. 12. 1966

¹⁰⁾ Bundestagsdrucksache V/1160, S. 21

¹¹⁾ „Die Welt“, 31. 12. 1966

¹²⁾ „Metall“, 13. 12. 1966

Produktion nicht mehr abgesetzt werden kann.

Obwohl es in keinem Jahr seit dem Bestehen der Bundesrepublik eine rückläufige Produktionsentwicklung gab, war auch in dieser Periode unverkennbar ein Konjunkturzyklus festzustellen. Höhepunkte waren die Jahre 1951, 1955, 1960 und 1964; Tiefpunkte waren 1954, 1958, 1963 und werden die Jahre 1966/67 sein. Das Jahr 1966 scheint sich in gewisser Weise von den vorangegangenen drei Abschwungphasen dadurch zu unterscheiden, daß das Wachstum besonders niedrig war. Und es ist durchaus möglich, daß erstmals in der Nachkriegszeit im Jahre 1967 ein Rückgang der Gesamtproduktion eintreten kann. Aber selbst wenn ein geringfügiges Wachstum eintreten sollte, so werden infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts weitere Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Im Sachverständigengutachten wird festgestellt, daß von dem Konjunktur-„abschwung“ besonders die Investitionsgüterbereiche betroffen sind. Auch in den vorangegangenen Konjunkturzyklen erwiesen sich die Investitionsgüterindustrien als besonders konjunkturrempfindlich. Diese Tatsache bestätigt die Richtigkeit der marxistischen Krisentheorie, die für den Zyklus der Entwicklung im Kapitalismus als periodische massenweise Vernichtung fixen Kapitals¹²⁾ als materielle Grundlage nachweist. Es sei noch vermerkt, daß in den vorhergehenden Abschwungphasen ein stabilisierendes

Element darin bestand, daß es den Gewerkschaften gelang, massenweise Entlassungen und Lohnkürzungen zu verhindern.

Unternehmensverband und Regierung vertreten die Auffassung, daß es notwendig sei, um zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu kommen, den Konsum zu drosseln, um die Mittel freizubekommen für neue Investitionen. Dabei ist es aber keineswegs so, daß der Konsum in der Bundesrepublik zu hoch ist. Im Gegenteil. Der private Verbrauch hatte 1950 in jeweiligen Preisen einen Anteil von 64,8 Prozent am Brutto-Sozialprodukt. 1960 betrug der Anteil nur noch 56,8 Prozent und ist seit diesem Zeitpunkt im wesentlichen gleichgeblieben.¹³⁾ Wenn also der Anteil des privaten Verbrauchs am Brutto-Sozialprodukt 1966 um so viel tiefer liegt als 1950, so ist das ein Ausdruck dafür, daß er keineswegs überentwickelt ist. Von der Kaufkraft der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, hängt es aber letztlich ab, ob der Markt in der Lage ist, die Produktion aufzunehmen. Investitionen erfolgen nicht um der Investitionen willen, wenn es auch oft so scheint, sondern letztlich müssen sich Investitionen im Konsum bewähren. Wenn heute durch Lohndruck, Preissteigerungen, Steuererhöhungen und Massenentlassungen die zahlungsfähige Nachfrage der breiten Masse eingeschränkt wird, so muß das zwangsläufig zu einer weiteren Vertiefung der krisenhaften Erscheinungen führen.

4. Der sozialreaktionäre Rüstungskurs der Großen Koalition

Die Regierungserklärung und die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Haushalts-„ausgleich“ beweisen eindeutig, daß ihr Ziel nicht darin besteht, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Massenkaufkraft zu heben. Wenn sie das wollte,

müßte sie das Wirtschaftspotential von den unerträglichen Rüstungslasten befreien. Stattdessen werden aber die Massensteuern erhöht, die Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung gesenkt, die Bauern belastet, den Großkapitalisten aber durch zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten große Extraprofite ermöglicht. Während Strauß und Schiller dem Profitdrang des Großkapitals grünes Licht geben, verlangen sie von der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften, daß sie in der Lohnpolitik stillhalten. Sie sind die einzigen, für die die „konzertierte Aktion“ verbindlich ist.

¹²⁾ Das fixe Kapital ist der in Produktionsgebäuden und -Anlagen, Maschinen, Ausrüstungen und Werkzeugen angelegte Kapitalteil, der im Verlaufe mehrerer Produktionsperioden in Geldform zum Kapitalisten zurückfließt.

¹³⁾ Berechnet nach: Bundestagsdrucksache V/1160, S. 198/99.

Möglichkeiten für eine Initialzündung könnte von dem angekündigten **Eventualhaushalt** in Höhe von 2,5 Mrd. DM ausgehen, wenn diese Mittel dem Rüstungshaushalt entnommen und für den Straßenbau, für die Modernisierung von Bundesbahn und Bundespost sowie für andere vordringliche Investitionen bereitgestellt würden. Aber der Rüstungsetat ist für die Regierung Kiesinger/Strauß keine „Reservekasse“. Die Finanzierung eines Eventualhaushalts über eine weitere Verschuldung des Bundes, zumal noch durch kurzfristige Kredite, begünstigt die Inflation und belastet über weitere Preiserhöhungen die breite Masse.

Dadurch, daß die Massenkaukraft durch Lohnminderungen, Preis- und Steuererhöhungen um viele Milliarden gesenkt wird, werden selbst die positiven Wirkungen, die von einem Eventualhaushalt ausgehen könnten, durch diese gegenwirkenden Kräfte mehr als aufgehoben.

In der Regierungserklärung wird allgemein, davon geredet, daß eine Politik der Globalsteuerung eingeleitet werden müsse. Handelt es sich hier eventuell um eine demokratische Planung, die den aus der Entwicklung der Produktivitätskräfte sich ergebenden Notwendigkeiten entspricht und das Ziel verfolgt, ein optimales Wachstum der Volkswirtschaft und des Lebensstandards des Volkes zu gewährleisten? Davon kann keine Rede sein. Eine demokratische Planung kann nur dann durchgesetzt werden, wenn die Macht des Großkapitals zurückgedrängt wird, die für die gegenwärtige wirtschaftliche Misere verantwortlich ist.

Strauß und Schiller wollen aber gerade die Macht des Großkapitals stärken. Für die Unternehmer sind die Orientierungsziele der „Globalsteuerung“, wie Schiller ausdrücklich hervorhebt, „global und ohne Vollzugsverbindlichkeit für die einzelnen Branchen oder gar Betriebe.“¹⁾ Die neuen Instrumente des „Stabilisierungsgesetzes“ sollen vor allem die Arbeiterschaft belasten und die Kommunen an die Leine legen, dem Profitstreben der Unternehmer aber völlig freien Lauf lassen.

¹⁾ „Der Volkswirt“, 23. 12. 1966, S. 64

Wir Kommunisten vertreten die Auffassung, daß mit einer solchen Politik der Schillerschen Globalsteuerung die wirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik nicht im Interesse der Mehrheit des Volkes gelöst werden können. In unseren Vorschlägen „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“ schlagen wir deshalb vor: die Aufstellung einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und darauf aufbauend einen volkswirtschaftlichen Rahmenplan bei voller Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften.

Unsere Partei sagt:

„Mit Hilfe dieses Rahmenplanes sind die Investitionen im gesamten volkswirtschaftlichen Interesse zu steuern und ein stabiles Wachstum der Wirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung zu gewährleisten. Für alle staatlichen Institutionen, für die Betriebe der öffentlichen Hand sind **verbindliche Orientierungspunkte** zu schaffen. Die private Wirtschaft sollte durch **steuerliche und ökonomische Mittel** veranlaßt werden, ihre wirtschaftliche Tätigkeit dem volkswirtschaftlichen Rahmenplan einzuordnen.“

Keine Illusion sollte darüber bestehen, daß die schönsten Pläne auf dem Papier bleiben werden, wenn nicht die Kraft des Volkes, vor allem die Kraft der Arbeiterklasse real wirksam wird, um sie durchzusetzen. Ohne eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft, vor allem ohne eine umfassende Mitbestimmung ist das nicht möglich.

In der gegenwärtigen Situation ist es besonders wichtig, daß die Kaufkraft der Bevölkerung wächst. Aus diesem Grunde müssen sich die Gewerkschaften und die Betriebsräte entschieden jeglichen Entlassungen widersetzen, müssen sie sich täglich dafür einsetzen, daß das, was die Arbeiter und Angestellten in mehr als 20jähriger Arbeit schufen und erkämpften, nicht abgebaut wird.

Die heutige konjunkturelle Lage macht es erforderlich, daß die Gewerkschaften eine aktive Lohnpolitik verfolgen, die nicht nur die Preiserhöhungen ausgleicht, sondern auch einen höheren Anteil am Sozialprodukt bringt. Die Mittel hierzu sind nicht nur

im überreichen Maß im Rüstungshaushalt enthalten, sondern auch in den Milliarden offener und stiller Reserven, die die Konzerne in den langen Jahren der Hochkonjunktur ansammelten.

Die KPD hat mit den Vorschlägen „Für eine stabile Friedenswirtschaft

zum Wohle des Volkes“ rechtzeitig Antworten auf die herangereiften Probleme gegeben. Aufgabe eines jeden Kommunisten ist es, sich mit diesen Vorschlägen vertraut zu machen, sie zu studieren und auf die jeweilige Situation im Betrieb, der Gemeinde oder andere Bereiche anzuwenden.

Für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik

ZUR VERÖFFENTLICHUNG DES ENTWURFS DER KULTURPOLITISCHEN VORSCHLÄGE DER KPD

VON GÜNTER MEINHARDT

Ich wäre dafür, daß die KPD offen „auftreten kann, um zu sagen, was sie vorzuschlagen hat.“ Es ist kaum anzunehmen, daß Prof. Eugen Kogon – Anfang des Jahres vor 200 Metallarbeiterfunktionären in Dortmund – sich so geäußert und die Versammlung ihm mit Beifall zugestimmt haben würde, wenn sie nicht erwarteten: die KPD hat Vorstellungen, über die sich zu reden lohnt.

Wenn auch das Verbot der Partei die Verbreitung unserer Weltanschauung und Politik stark behindert, so haben sich die Kommunisten dennoch nicht aus dem politischen Leben der Bundesrepublik ausschalten lassen. Im Gegenteil. Mit zeitgemäßen konstruktiven Gedanken, mit realistischen Vorschlägen für den weiteren Weg der Bundesrepublik haben sie sich als eine unentbehrliche politische Kraft in diesem Land erwiesen und wachsende Anerkennung gefunden. Es sei hier nur an die Programmathe Erklärungen des

Parteitag 1963 erinnert oder an solche konkreten Programme zu wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wie die „Schulpolitischen Forderungen der KPD“ von 1964 und die im Herbst 1966 veröffentlichten Vorschläge „Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“.

Deshalb ist es kein Zufall, daß unsere Partei jetzt einen Entwurf mit Vorschlägen „Für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik“ der Öffentlichkeit unterbreitet. Denn die Frage, wohin die Bundesrepublik gehen wird, betrifft nicht zuletzt Probleme der Kulturpolitik. Sie gewinnen an Gewicht in den Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Kräften des Monopolkapitals und den demokratischen Kräften des Volkes.

Dafür einige Beispiele, die nicht die Vielfalt der Kulturpolitik vollständig in Betracht ziehen können, sondern nur auf die Problematik hinweisen sollen, vor der auch wir Kommunisten stehen.

Rüstung contra Kultur

Auf dem kulturpolitischen Kongreß der CDU/CSU 1960 in Gelsenkirchen offenbarte das CDU-Präsidiumsmitglied Krone das Wesen ihrer Kulturpolitik, als er sagte: „Auch die Gelder für Strauß sind im Grunde Gelder für Kulturzwecke.“ („Die Welt“, 1. 12. 1960).

Als seinerzeit dem Kriegsminister Strauß Milliarden für die Rüstung zugewilligt wurden, traf die Feststellung zu, daß die Rüstungsausgaben es verhindern, Kulturausgaben in der notwendigen Höhe zu machen. Heute wäre das eine Untertreibung. Heute

sorgt Strauß als Finanzminister dafür, daß im Interesse der Rüstung sogar an den bisherigen Kulturausgaben beträchtliche Abstriche vorgenommen werden.

Nur einige Beispiele: In Schleswig-Holstein wurden die Zuschüsse für einige Landesbühnen gestrichen. Das Theater in Stuttgart, Frankfurt und Köln sollen jährlich je eine runde Million einsparen. Das geplante Römisch-Germanische Museum in Köln kann nicht gebaut werden. Die Fertigstellung der Kölner Universitätsbibliothek wurde gestoppt. Ebenfalls in Köln

wurden 4 Millionen für Lehrmittel der Schulen gestrichen. In Dortmund fielen von den Ausgaben für die Volkshochschule 30 bis 40 Prozent, für Museen 30 Prozent, für das Büchereiwesen 60 Prozent und die für die Musikschulen ganz und gar dem Rotstift zum Opfer.

Für die CDU/CSU sind Rüstungsausgaben Kulturausgaben. Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm ihren Standpunkt formuliert:

„Die Bereitstellung von Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke darf nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden.“

Diese entgegengesetzten Standpunkte stoßen jetzt mit aller Schärfe aufeinander, und es ist die Konsequenz aus dem DGB-Grundsatzprogramm, wenn die IG Metall und die IG Chemie-Papier-Keramik im Interesse der Wirtschaftsstabilität und der Sicherung sozialer und kultureller Aufgaben vor

Wo der Mensch manipuliert wird

Die deutschen Monopolherren haben ihre Macht über das eigene Volk stets sowohl auf exekutive Gewalt als auch auf ein umfassendes System der Massenbeeinflussung gegründet. So wie sie sich wieder anschicken, das System der Unterdrückung durch Notstandsgesetze zu perfektionieren, so vervollkommen sich auch ständig das System der Massenverführung, der geistigen Manipulierung der Menschen. Professor von Weizsäcker hat es einmal treffend charakterisiert:

„Die leise Machtausübung, die unmerkliche, die den Beeinflußten gar nicht merken läßt, daß er nicht seinem freien Willen folgt, ist sehr viel effektiver, wenn man sie nur zu manipulieren versteht.“ („Die Welt“, 10. Mai 1965).

Wie gut das die Herrschenden verstehen, erweist jede Nummer der „BILD“-Zeitung, die nach einem Wort von Erich Kuby „ihre Leser dumm wie die Hühner und blutdürstig wie die Wölfe“ machen soll; jedes der zig-Millionen Exemplare von Literaturprodukten, die ein verlogenes Weltbild vorgaukeln; die große Mehrzahl der Wortsendungen der Rundfunkstationen und der drei Fernseh-Programme, un-

allein die Senkung des Rüstungsetats verlangen.

In den Vorschlägen, die unsere Partei veröffentlicht hat, wird gefordert:

„Die für die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Kunst erforderlichen größeren Mittel sind vor allem auf Kosten des Rüstungsetats bereitzustellen. Den Städten und Gemeinden muß ein Drittel der Steuereinnahmen verbleiben, damit sie ihre kulturellen und anderen Aufgaben erfüllen können.“

Was in der Finanzsituation sichtbar wird, ist nur ein Beweis dafür, wie durch und durch kulturfeindlich die Bonner Rüstungspolitik ist. Er bestätigt jedoch anschaulich den Standpunkt der KPD, daß die demokratischen Kräfte kulturpolitische Forderungen „nicht als isolierte Ziele, sondern nur in dem Maße verwirklichen (können), wie sie als Teil des Ringens um eine friedliche und demokratische Alternative zur gesamten Politik der herrschenden Kreise verstehen.“

ter denen kritische Sendungen vereinzelte und – wie die erneuten Angriffe auf „Panorama“ zeigen – gefährdete Ausnahmen sind.

Der in den letzten Jahren erreichte technische Stand der Massenkommunikationsmittel – Film-, Funk-, Fernseh-, Ton- und Drucktechnik – bietet Möglichkeiten der Verbreitung von Bildung und geistiger Kultur, die alles Bisherige in den Schatten stellen. Jedoch:

„Was heute als öffentliche Meinung gilt, ist weitgehend durch entsprechende Institutionen des Staates und der Unternehmerverbände, durch mächtige private Presse- und Kulturkonzerne gesteuert. Für die Macht des Konzernkapitals in unserer Gesellschaft stehen nicht nur Namen wie Flick, Krupp und Abs, sondern nicht minder Springer und Bertelsmann. Ihre Monopolstellung im Geschäft mit Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Filmen und Schallplatten bringt ihnen nicht nur riesige Profite ein, sondern auch Herrschaft über das Denken. Fühlen und Verhalten von Millionen.“

(Aus den Vorschlägen der KPD).

Kaum ein Monat vergeht, in dem Springer nicht eine weitere Zeitung oder Illustrierte schluckt, in dem das Bertelmann-Imperium nicht um einen neuen Lesering oder eine Filmgesellschaft größer wird, in dem nicht andere Vorgänge des ungeheuren Konzentrationsprozesses im Wirtschaftszweig Meinungsfabrikation bekannt werden. Das kennzeichnet die Vervollkommenung des Systems der geistigen Manipulierung ebenso wie die Tatsache, daß sie von einem Heer eingefuchster Fachleute wissenschaftlich betrieben wird. Sie sind die Experten für die von den Urhebern des Planes einer „formierten Gesellschaft“ geforderten „modernen Techniken des Regierens und der politischen Willensbildung“. Was sie hervorbringen sollen, ist das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein, mit dem die herrschenden Kräfte des Monopolkapitals eine Übereinstimmung ihrer Interessen mit denen des Volkes suggerieren wollen. Solange diese Zustände bestehen, kann von realer Demokratie, von der Verwirklichung der demokratischen Grundsätze unserer Verfassung keine Rede sein, solange wird auch die Abhängigkeit von den Mächtigen des Kulturmarktes die Arbeit der Geistes-

schaftenden belasten und journalistische, künstlerische, geistige Freiheit überhaupt in Frage stellen.

Hier stellt sich für die demokratischen Kräfte die Aufgabe, für echte Mitbestimmung in diesem Bereich ebenso einzutreten wie in Industrie, Wissenschaft und Forschung. Die KPD formuliert dafür konkrete Forderungen:

„Pressemonopole wie der Springerkonzern sind unter demokratische Kontrolle zu nehmen. Jede weitere Konzentration im Verlagswesen ist durch ein Gesetz zu unterbinden.

Jede Einflußnahme von Monopolgruppen auf Funk und Fernsehen muß ausgeschaltet werden. Statt Privatisierung und Gleichschaltung muß eine demokratische Mitbestimmung und Kontrolle . . . eine maßgebliche Vertretung der Gewerkschaften und Jugendorganisationen sowie der Kulturschaffenden gewährleistet sein.“

Das ist vor allem nötig, um die Quellen zu verstopfen, aus denen Revanchegeist und Nationalismus zur geistigen Kriegsvorbereitung fließen.

Bildungsnotstand — und wie weiter?

Für die Dringlichkeit kulturpolitischer Alternativvorschläge spricht nicht zuletzt die Situation unseres Bildungswesens. Nach wie vor ist „Bildungsnotstand“ die einzig zutreffende Bezeichnung. Aber es gibt Gründe, die maßgebende Kräfte des Monopolkapitals veranlassen, auf einige Veränderungen zu drängen. Sie sehen, daß unser Bildungswesen so weit hinter den auch im Kapitalismus auftretenden Erfordernissen der technischen Revolution zurückbleibt, daß sie um ihre Konkurrenzfähigkeit bangen müssen. Außerdem können sie nicht die Wirkung ignorieren, die von dem Beispiel des vorbildlichen Bildungswesens der sozialistischen Länder ausgeht, wobei sie vor allem mit der DDR konfrontiert sind.

So ist es zu erklären, daß die herrschenden Kräfte sich mit dem Bildungsrat ein Organ schufen, das die in ihrem Interesse notwendigen Veränderungen ausarbeiten soll. Dort haben Staat und Monopole den bestimmenden Einfluß.

Nichts wäre deshalb falscher, als es diesen Kräften zu überlassen, was aus unserem Bildungswesen wird. Sie sind ja die Schuldigen an dem Bildungsnotstand! Ihre Rüstungspolitik frißt die Mittel zur Behebung der materiellen Schulmisere; ihr Herrschaftsanspruch konserviert das Bildungsprivileg einer kleinen Schicht; im Interesse ihrer aggressiven Ziele wird Revanchismus und Geschichtsfälschung schon in den Schulstuben verbreitet. Daran wollen sie kein Jota ändern. Von diesen Herrschaften sind nicht die Verbesserungen unseres Bildungswesens zu erwarten, für die sich seit langem die demokratischen Kräfte einsetzen. Diese Verbesserungen können nur im Kampf gegen die Macht der Monopole durchgesetzt werden und der Druck, dem sie in der Bildungspolitik ausgesetzt sind, bietet günstige Möglichkeiten dafür.

Das Verlangen nach grundlegenden Reformen im Bildungswesen entspringt dem Ziel, in der Bundesrepublik eine friedliche, demokratische und sozial-

gerechte Ordnung zu schaffen. Größere Bildungsmöglichkeiten für das werktätige Volk sollen nicht den Monopolen höhere Profite einbringen, sondern den Arbeitern und Angestellten unter den

Bedingungen der technischen Revolution bessere Voraussetzungen für den Kampf um die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Erhöhung des Lebensstandards schaffen!

Das Wesen unserer Vorschläge

Bereits die kurze Betrachtung einiger Probleme zeigt, daß unsere Partei ihre kulturpolitischen Vorstellungen in einer Situation zusammengefaßt darlegt, die nach klaren Alternativen verlangt. Es sind Vorschläge, die davon ausgehen, daß in der Bundesrepublik nicht die sozialistische Umwälzung, sondern demokratische Veränderungen auf der Tagesordnung stehen. Die Forderungen, die die KPD als Basis für das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte vorschlägt, haben zum Ziel, dem Geist und dem Buchstaben des Grundgesetzes im Leben Geltung zu verschaffen. Bildung und Kunst sollen allen Schichten des Volkes zugänglich sein; gleiche Bildungschancen und ein humanistisches Bildungsziel sollen durchgesetzt werden; die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht soll durch Gesetz gegen jede Kriegshetze in Wort, Schrift und Bild wirksam werden; Freiheit von Lehre und Forschung, Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die Freiheit des künstlerischen Schaffens sollen gesichert werden, die ausschließlich friedliche Anwendung der Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung soll durch entsprechende Mit-

bestimmungsrechte der Gewerkschaften, der Wissenschaftler, der Studenten gesichert werden. Solche und auch die bereits an anderer Stelle zitierten Forderungen kennzeichnen den konstruktiven, demokratischen Charakter unserer Alternativvorschläge.

Der Entwurf verschweigt nicht unser sozialistisches Endziel. Er verweist auf die großartigen Ergebnisse der sozialistischen Kulturentwicklung in der DDR und die Unterstützung, die sie für die Durchsetzung einer demokratischen Kulturpolitik in der Bundesrepublik darstellen.

In unsere Vorschläge sind manche Gedanken und Forderungen von Gewerkschaftern, Pädagogen, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern aufgenommen worden, weil sie den Erfordernissen unserer Zeit entsprechen. Es geht uns darum, das für die Durchsetzung einer demokratischen Kulturpolitik unerläßliche Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz, die Zusammenarbeit aller progressiven Kräfte, zu fördern und mit unseren Argumenten für konsequent demokratische Positionen im gemeinsamen Kampf zu wirken.

Mit dem Entwurf arbeiten

Die KPD stellt ihre Vorschläge als Entwurf zur Diskussion, weil ihr als demokratischer Partei daran gelegen ist, alle Interessierten an der Ausarbeitung ihrer Politik zu beteiligen. Dazu kommt es natürlich nicht von selbst, das müssen die Leitungen und Grundorganisationen der Partei in die Hand nehmen. Vor allem sie selbst sollen den Entwurf beraten und prüfen, welche Schlußfolgerungen sie für ihre Arbeit daraus ziehen können. Sie besitzen jedoch auch Kenntnisse und Erfahrungen, die sie zu Vorschlägen für die Verbesserung des Entwurfs formulieren sollten. Kein guter Gedanke darf verloren gehen! Wollen wir doch, daß schon die Periode vor der Verabschiedung einer überarbeiteten Fassung

durch das Zentralkomitee zu einem regen Meinungsaustausch, zu einer Bestandsaufnahme unserer kulturpolitischen Erfahrungen, Möglichkeiten und Anschauungen wird.

Doch wollen wir nicht nur „unter uns“ bleiben. Der Entwurf ist eine Einladung an die gesamte Öffentlichkeit, vor allem an Gewerkschafter, Sozialdemokraten, an die Jugend, an Pädagogen und Eltern, an Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Wir sind gewiß, daß es viele von ihnen interessieren wird, die Meinung der Kommunisten zu Fragen der Kultur und der Kulturpolitik kennenzulernen. Wir sind unsererseits bereit,

jeden Gedanken und Ratschlag unvorgeeignet zur Kenntnis zu nehmen, zu prüfen und, falls er uns akzeptabel scheint, zu berücksichtigen. Doch will auch das alles mit Initiative angepackt sein. Unter unseren durch die Illegalität komplizierten Kampfbedingungen erfordert es nun einmal organisatorische und politische Anstrengungen,

den geistigen Austausch mit vielen Menschen sowohl der Verbreitung als auch der Bereicherung unserer Anschauungen nutzbar zu machen. Aber unsere Partei stellt nicht zum ersten Male einen Entwurf zur Diskussion und nach allen Erfahrungen haben sich entsprechende Anstrengungen immer gelohnt.

Zur Tätigkeit der Bonner „Staatsschutzorgane“ — Vorgänge beim Verfassungsschutz

VON HELMUT KRÜGER

Bei der Beurteilung der Regierung der Großen Koalition wird sichtbar, daß sich, wie Genosse Max Reimann auf der 9. Tagung des ZK ausführte, „die CDU/CSU mit dem Verteidigungs-, dem Innen- und Finanzministerium sowie dem Bundeskanzleramt alle wesentlichen Machtpositionen sicherte“. Mit dem Bundeskanzleramt, das für den Bundesnachrichtendienst (Gehlen) zuständig ist, dem Bundesinnenministerium, dem das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt einschließlich der berichtigten Sicherungsgruppe Godesberg untersteht und das mit dem Werkschutz und den Abwehr- und Sicherheitsbeauftragten (Betriebsspitzen) zusammenarbeitet, und dem Verteidigungsministerium mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) hat die CDU entscheidende Instrumente in Form der Geheimdienste und Schnüffelorganisationen fest in ihrer Hand behalten.

Nazi Kiesinger bemüht sich als Kanzler besonders eifrig um alle diese Geheimdienste, die mit antidemokratischen, ja sogar verbrecherischen Methoden gegen jede fortschrittliche Regelung vorgehen, unter seine alleinige direkte Leitung zu bekommen. Das unter Erhard gescheiterte Projekt, durch das Sonderministerium Krone zur Zentralisierung und Koordinierung der Tätigkeit der Geheimdienste zu

kommen, soll in neuer Verkleidung durchgesetzt werden. Um seine Hausmacht zu stärken will Kiesinger dabei das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mit ins Spiel bringen. Dieses Amt ist jene Bonner antidemokratische und antikommunistische Zentrale, die in enger Verbindung mit dem Amt für psychologische Kriegführung steht. Dazu soll der Sicherungsgruppe Godesberg, entgegen den Gesetzen und Verordnungen, das Recht gegeben werden, auch ohne Amtshilfe der Länder ihre Befugnisse auszuweiten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll in krassem Widerspruch zu den grundgesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die 155 Nebenstellen, die es schon hat, in allen weiteren Städten, besonders in solchen mit sozialdemokratischer Mehrheit, neue Nebenstellen einrichten.

Den rechten SPD-Führern wie Wehner, Schmidt und Schiller ist hierbei, genauso wie in der Bonner Regierung, die Rolle von Erfüllungsgehilfen zugeordnet. Ihre Apparate, wie das Ostbüro und der sogenannte Sicherheitsausschuß beim PV der SPD, ihre Agenten und Spitzel sollen noch stärker als in der Vergangenheit Zuträgerdienste für den Verfassungsschutz sowohl innerhalb der SPD als auch gegen andere demokratische Kräfte leisten.

Dies Flasko war zu erwarten

Zur Einschätzung der Tätigkeit dieser Organe ist ein Rückblick auf die Saarbrückener Innenminister-Konferenz im Januar 1966 angebracht. Zur Debatte stand der recht dürftig ausgefallene Bericht „Die kommunistische

Tätigkeit im Jahre 1965“. Da das vom Verfassungsschutz zusammengeschobene „Beweismaterial“ in erheblichem Widerspruch zu dem Bericht des Vorjahres stand, verzichtete man bei seiner Veröffentlichung weitgehend auf

konkrete Zahlenangaben. So war er nur ein schlechter Aufguß des alten Berichtes. Selbst ein Laie kann sich vorstellen, aus welch trüben Quellen manche anderen Meldungen des Verfassungsschutzes kommen.

Im Verlauf dieser Konferenz kam der damalige Minister Mende zu Wort. Er mußte gleich eingestehen, daß sich der Druck gegen das KPD-Verbot enorm verstärkt hatte. So wurden nach einer unvollständigen Übersicht allein im Jahre 1965 über 9000 Artikel, Erklärungen und Stellungnahmen im In- und Ausland gegen das KPD-Verbot erfaßt. Das veranlaßte Mende, entgegen den Ansichten der ausgesprochenen Scharfmacher in dieser Runde, zu der Empfehlung: Eben auf Grund von Vorgängen, besonders im verbündeten Ausland, müsse man behutsamer, vorsichtiger und überlegener gegen die illegale KPD vorgehen. Das um so mehr, weil sich die öffentliche Meinung zuungunsten der Exekutivmaßnahmen der Organe der Bundesrepublik gegen die Kommunisten verändert hätte. Mende hat damit eine der Schwierigkeiten, in denen die Bonner Machthaber stecken, aufgezeigt. Das unterstreicht nur die Notwendigkeit der Verstärkung des Kampfes um die Legalität unserer Partei.

Das Auftreten des Bonner Innenministers Lücke in Saarbrücken war von dem Versuch der Vereinheitlichung und Zentralisierung aller sogenannten Staatsschutzorgane gekennzeichnet. Schon lange möchte er die

noch vorhandenen Rechte der Länder und Kommunen auch auf diesem Gebiet liquidieren. Darum die ständige Betonung der Notwendigkeit „einheitlicher Maßstäbe“ in der Bekämpfung der Kommunisten. Nicht zur Veröffentlichung war sein folgender Anspruch bestimmt:

„Auch ohne förmliche Aufhebung des Verbotes kann die KPD seine Wirkung beeinträchtigen, wenn es ihr gelingt, es fortgesetzt durch scheinbar an die Partei nicht gebundene Einzelakte zu durchbrechen.... Äußerlich durch die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit legitimiert, läßt sich die Verbindung der offen (d. h. legal — H. K.) tätigen Kommunisten zur Parteiorganisation oft nur schwer beweisen.“

Hier brachte Lücke die ganze Misere zum Ausdruck, in der seine „Staatschützer“ stecken. Er glaubte jedoch einen Ausweg gefunden zu haben und prägte die Devise:

Mit legalen Mitteln die legale Tätigkeit der Kommunisten zu hindern und weitgehend zu unterbinden!

Lücke versteht unter „legalen“ Mitteln die Tätigkeit der politischen Sondergerichte, und die größte Hoffnung setzt er dabei auf die Notstandsverfassung. Mit ihr sollen dem ihm unterstehenden Verfassungsschutz Exekutivgewalt und zusammen mit dem Bundeskriminalamt weitgehende Sondervollmachten eingeräumt werden.

Haupttrichtung der verfassungswidrigen Tätigkeit der Geheimorgane

Worin besteht die Haupttrichtung der verfassungswidrigen, antidemokratischen Tätigkeit dieser Geheimorgane in der gegenwärtigen Situation?

Schwergewicht wird darauf gelegt, unsere Parteiorganisation, ihre Funktionäre und Mitglieder unter Kontrolle zu bekommen. Ämter für Verfassungsschutz, ihre Neben- und Außenstellen, Politische Polizei und andere gegnerische Organe sind angewiesen, alle Vorgänge auf das genaueste zu registrieren.

Weiterhin wollen sie, entsprechend erkannter und gegebener Möglichkeiten, versuchen, die Parteiorganisation von außen und innen zu zersetzen.

Diese Absicht brachte vor einiger Zeit ein leitender Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz in einer internen Beratung zum Ausdruck. Er erklärte:

„Bei den Maßnahmen gegen die Kommunisten kommt es in erster Linie darauf an, gezielt die Tätigkeit der KPD zu stören. Leitungen brachzulegen und Mißtrauen in die KPD zu tragen. Man muß die Organisation mit sich selbst beschäftigen. Dazu sind wohlabgewogene Maßnahmen erforderlich.“

Das wichtigste Mittel des Gegners zur Verwirklichung seiner Orientierung ist eine verstärkte Schnüffeltätig-

keit. Dabei sollten wir die zwei Arten der Beobachtung sehen.

Die sogenannte Schocktherapie wird in der Regel von Agenten und beamteten Mitarbeitern des Verfassungsschutzes durchgeführt. Nachdem „Tipper“ oder „Beschaffer“ — das sind Bezeichnungen für bestimmte Typen ihrer Agenten, entlehnt aus der Gaunersprache — die nötige Vorarbeit geleistet haben, setzt man eine „Gruppe“ oder eine „Traube“ auf den Betroffenen an. Ziel der Beobachtungen dieser Art ist es, sich ganz offen bei der ihnen genehmen Gelegenheit zu zeigen. Man will den so verfolgten schrecken, sein Verhalten studieren und ihn zwingen, seine Tätigkeit ganz oder teilweise einzustellen. Nach Auswertung der Ergebnisse werden weitere Maßnahmen festgelegt.

Anders ist es bei der intensiven Beobachtung. Sie soll zum Beweis von „Tatbeständen“ beitragen. Sie kann über einen kürzeren oder längeren Zeitraum erfolgen, und es droht Verhaftung auf frischer Tat. Hier werden bereits zusätzliche Beamte der politischen Kripo oder der Sicherungsgruppe Godesberg eingeschaltet.

Offensichtlich sollen durch die Beobachtungen auch wesentliche Voraussetzungen für den „Tag X“ geschaffen werden. Wie in der Öffentlichkeit bekannt wurde, bereitet Lücke im Rahmen der Notstandsmaßnahmen auch Regelungen für die Internierung von Personen ohne richterlichen Haftbefehl vor, die als „Gefährlich für die Sicherheit des Staates“ angesehen werden. Die westdeutschen Botschaften in fünf westlichen Hauptstädten wurden nach einem Bonner Erlaß vom 18. November 1966 angewiesen, festzustellen, ob in ihren Gastländern gesetzliche Grundlagen für Internierungslager bestünden oder in kurzer Zeit erlassen werden können.

Doch die Bespitzelung richtet sich nicht allein gegen Kommunisten. In breitem Maße werden auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und prominente demokratische Geistesschaffende beschattet. In einem offenen Brief an den damaligen Innenminister Höcherl wurde durch den Abgeordneten des Ersten Deutschen Bundestages, Otto Niebergall, die Praktiken der Sonderabteilung VI des Bundes-

amtes für Verfassungsschutz (BFV) zur Unterwanderung der SPD und des DGB enthüllt. Bezeichnenderweise gab es trotz Meldungen auf diesen Brief nicht den geringsten Versuch, die in diesem Brief angeführten Fakten zu dementieren. Inzwischen sind neue Tatsachen bekannt geworden. Gerade im letzten Jahr wurden erhebliche Kräfte der Verfassungsschutzämter und der politischen Kripo speziell zur Schnüffelei in den Gewerkschaften und SPD-Organisationen tätig. In einem Kreis in Rheinland-Pfalz zum Beispiel versuchte man alle Verbindungen von sozialdemokratischen Genossen zu Kommunisten und nach der DDR festzustellen. Ein Vertrauensmann Herbert Wehners — Mitarbeiter des Ostbüros — leistete den Schnüfflern dabei Handlangerdienste.

Die Abteilung VI beim BfV ist seit Jahren bemüht, ihre Spitzel in SPD- und Gewerkschaftsvorstände einzubauen. Die „Beschaffer“ und „Beschatter“ aus dieser Abteilung VI brüsten sich unverhüllt damit, daß ihre Tätigkeit den Sinn habe, Funktionäre der SPD und des DGB zu überwachen und zu versuchen, sie unter Druck zu setzen und gefügig zu machen. Man will die SPD und den DGB aufweichen und einen gegen den anderen ausspielen. Diese Subjekte prahlen mit Details, die sie aus ihrer Beschnüfflung auch der Briefpost und der Telefone in Erfahrung brachten.

Als die Notstandsgegner den bedeutsamen Kongreß „Notstand der Demokratie“ in Frankfurt durchgeführt hatten, versuchten die Schnüffler, sofort V-Männer in die sich in den Städten bildenden Kuratorien und Ausschüssen usw. einzuschleusen. Mit voller Berechtigung entlarvte das Vorstandsmitglied der IG Metall, Georg Benz, auf dem Kongreß „Notstand der Demokratie“ diese Machenschaften, indem er sagte:

„Ein System der politischen Überwachung und der politischen Justiz, immer lückenloser weiterentwickelt, droht alle eigenwilligen staatsbürgerlichen Regungen zu ersticken. Unbequeme werden verdächtigt, ihre Telefone abgehört, ihre Wohnungen durchsucht, ihre Post wird geöffnet, leichtfertig wird verhaftet und verhöört.“

Wenn unsere Partei erklärte, daß sich die Politik der Monopole und ihrer CDU/CSU in einer Krise befindet, so ist festzustellen, daß diese Krise auch die Machenschaften der sogenannten Staatsschutzorgane und der politischen Gesinnungsjustiz erfaßt. Wichtigster Ausdruck ist die schwere Vertrauenskrise der schmutzigen Praktiken der Schnüffler in der Öffentlichkeit. Schon seit Jahren steht ihre grundgesetzwidrige Tätigkeit im Kreuzfeuer der Kritik. In jüngster Zeit haben Zeitungen und Illustrierte, die nicht dem Springer-Konzern unterstehen, wie die „Süddeutsche Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“, der „Stern“, „Deutsches Panorama“ und zahlreiche andere Publikationen Kritik an diesem Treiben geübt und ernste Bedenken geltend gemacht. So schreibt Oberlandesgerichtsdirektor a. D. Richard Schmid in der „Zeit“ vom 4. November 1966:

„Der Apparat der Überwachung und Verfolgung hat inzwischen einen solchen Umfang und ein solches Eigengewicht gewonnen und hat solche — sagen wir vorsichtig — rechtsfernen Methoden seiner Tätigkeit entwickelt, daß seine Interessen leider auch innerhalb der übrigen Exekutive und sogar innerhalb der Rechtsprechung durchgeschlagen sind.“

Solche Schurkenstreiche wie der Erpressungsversuch bei dem Geschäftsführer Witulski einer Zeitung in Nordrhein-Westfalen (siehe „Frankfurter Rundschau“) durch den Verfassungsschützer „Hart“ und der vergebliche Versuch, den Kommunisten Curt Stemmler sogar in der Gefängniszelle als Spitzel zu werben, den der Kriminalkommissar Groß von der Sicherungsgruppe Godesberg mit einem Beamten des Verfassungsschutzes unternahm, werfen ein bezeichnendes Bild

auf die ungesetzlichen und anrüchigen Methoden dieser zwielichtigen Organe. Ist es da ein Wunder, wenn weite Kreise der Öffentlichkeit ihren Unmut und ihre Empörung äußern und verlangen, man solle die dafür sinnlos verpulverten Mittel lieber für soziale und kulturelle Zwecke verwenden?

Ausdruck dieser Krise sind auch die immer stärker werdenden Zweifel an der Zulässigkeit der „Zeugen vom Hörensagen“, an deren Stelle sogenannte Sachverständige des Verfassungsschutzes oft ihre eigenen Spekulationen und Erfindungen zum besten geben. Obgleich Generalbundesanwalt Martin zweimal dagegen anging, hat die Strafrechtliche Abteilung des 46. Deutschen Juristentages in Essen eine Entschließung angenommen, die den Gesetzgeber auffordert, endlich mit den „Zeugen vom Hörensagen“ in der Praxis der Gerichtsbarkeit, vor allem in politischen Prozessen, Schluß zu machen. Es ist an der Zeit, dem Auftreten der wiederholt meineidigen „Sachverständigen“ vom Schlage eines Dr. Kluth, Jasmer, Degenhardt und Co. ein Ende zu bereiten. Dem Dr. Hans Kluth hat sogar das politische Sondergericht Lüneburg in einem Urteil bescheinigt: „Dr. Kluth hat schuldhaft, nämlich fahrlässig, etwas Falsches als Zeuge ausgesagt und diese Aussage beschworen.“ Deshalb sah sich selbst dieses Sondergericht veranlaßt, negative Rückschlüsse auf seine (Dr. Kluths) oder die Arbeitsweise des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu ziehen und äußerte Zweifel, ob auch die übrigen von Dr. Kluth bekundeten Erkenntnisse des Amtes mit der erforderlichen Sorgfalt erzielt und korrekt wiedergegeben sind. Seine Aussagen wurden deshalb nicht gewertet. Wegen Meineid wurde dieser Dr. Kluth bisher nicht belangt.

Das ungesetzliche Treiben der Staatsschutzorgane beenden

Zweifelloso bereitet Lücke die Enthüllung des Treibens seiner Leute große Sorge. Er befürchtet, daß das Vertrauen zur Justiz der Bundesrepublik erschüttert und noch stärkere Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit der „Staatsschutzbestimmungen“ laut werden. Kürzlich zog er einmal Bilanz und

beklagte, daß seit dem Bestehen der Staatsschutzbestimmungen über 320 Justizbeamte, Richter und Staatsanwälte und über 2000 Beamte der Politischen Polizei und der Nachrichtenpolizei wegen Unbehagen, Gewissensnot und Furcht um Versetzung ersucht hätten. Die wirkliche Zahl läge noch

bedeutend höher. Die Innenminister einiger Länder wie Bennemann, Junker, Schlegelberger und Weyers waren gezwungen, dieses Unbehagen und seine Folgen in aller Öffentlichkeit zu bestätigen.

Seit seinem Amtsantritt ist Lücke um die Reorganisation seines Überwachungsapparates bemüht. Ihm willfährige Kreaturen, wie der leitende Regierungsdirektor Dr. Günther Nollau und Regierungsdirektor Heinrich Degenhardt, stiegen in der Hierarchie des BfV. Ein für ihn unbequemer Mann, wie der bisherige Vizepräsident des BfV und frühere Leiter der Sicherungsgruppe Godesberg, Dr. Ernst Brückner, wurde abgesetzt. Nicht etwa wegen seiner faschistischen Vergangenheit im SD Schellenbergs, die ja Qualitätsmerkmal für viele leitende Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ist, sondern wegen Differenzen mit Lücke und Schrübbers, dem alten Canaris-Spezialisten, der heute das CDU-Mitgliedsbuch hat.

Mit großem Aufwand hat Lücke durch die Bundesanwaltschaft und die Sicherungsgruppe Godesberg im Frühjahr 1966 die Aktion „Schneehase“ in Württemberg durchgesetzt. Das Veto und die Bedenken der Landesbehörden wurden nicht beachtet. Nach dem spärlichen Ergebnis wurde der Öffentlichkeit durch erlogene Sensationsberichte bewußt ein falsches Bild vermittelt. Nun soll das Landgericht Stuttgart die Suppe auslöffeln. Ihm wurde die Auflage erteilt, die dafür anhängigen poli-

tischen Prozesse durchzuführen. Zahlreiche Stuttgarter Bürger haben anlässlich des Prozesses gegen Robert Jung ihr offenes Mißfallen über die Gesinnungsjustiz in der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht.

Unsere Partei unterstreicht die Notwendigkeit, alle Kräfte für die Verteidigung des Grundgesetzes zu mobilisieren. Der Verfassungsbruch, der mit den Notstandsgesetzen und der Notstandsverfassung geplant ist, und mit dem das ungesetzliche Treiben der Bonner Staatsschutzorgane unbeschränkten Spielraum erhalten und voll sanktioniert werden soll, kann von den vereinten demokratischen Kräften verhindert werden. Das bedeutet auch, daß jeder Bürger und natürlich auch jeder Kommunist von seinen staatsbürgerlichen Rechten, besonders dem Recht auf Meinungsfreiheit, viel mehr Gebrauch machen sollte. Der Devise von Lücke stellen wir entgegen: Je vielfältiger und breiter die legale Tätigkeit von Kommunisten wird, um so weniger Raum wird für Angriffe des Gegners gegeben. Genosse Max Reimann unterstrich auf der 9. ZK-Tagung, daß wir Kommunisten verpflichtet sind, „stärker als bisher in der Öffentlichkeit aufzutreten und beharrlich unsere soziale, demokratische und friedliche Alternative darzulegen. Dabei dürfen wir keineswegs jene Regeln der Sicherheit vernachlässigen, zu deren Einhaltung wir durch das verfassungswidrige Verbot unserer Partei nach wie vor gezwungen sind.“

Aus der Diskussion der 9. ZK-Tagung:

Genosse Herbert:

Über die „neuen Töne“ in der Regierungserklärung

Die Monopolbourgeoisie geht dann eine Große Koalition ein, wenn sie ihre Politik nicht mehr mit anderen Mitteln fortführen kann. Das ist Schwäche und Gefahr zugleich. Aber über dieses Problem gibt es in der Bundesrepublik, in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften große Illusionen, weil man glaubt, mit ein paar Leuten im Kabinett, mit einem Personenwechsel sei schon etwas verändert. Ich erinnere dar-

an, was wir gesagt haben, als Adenauer gehen mußte: Nicht Personen, sondern die Politik muß geändert werden. Als Erhard gehen mußte, stand das Problem: Nicht Personen, sondern die Politik ist zu ändern. Prüft man jetzt anhand der Regierungserklärung die Absichten der Koalition, dann kommt man zu der Feststellung, daß sie zwar in Nuancen und Formulierungen eleganter ist – der Mann, der das formuliert hat, hat ja auch Erfah-

rung —, daß aber die Substanz der Aussage im Grunde genommen von den alten Maximen der CDU-Politiker, die diese Krise heraufbeschworen haben, nicht abgeht.

Ich möchte ein anderes Problem aufgreifen: die angekündigten unpopulären Maßnahmen Kiesinger hat erklärt: Wir müssen die unpopulären Maßnahmen zu populären machen. Wie das dann aussieht, hat Karl Gerold in der „Frankfurter Rundschau“ dargestellt, nachzulesen in dem berühmten Starfighter-Artikel. Der Starfighter ist durch die Verschleuderung von Geld zum unpopulärsten Symbol der Bundeswehr und der Rüstung geworden. Jetzt stellt man die Sache so dar, als wäre von Hassel ein Mann gewesen, der mit der Problematik nicht fertig geworden ist, aber der Steinhoff wäre ein tapferer Mann, weil er das Startverbot anordnete und sogar nach den USA reist, um den neuen Phantom-Jäger zu kaufen. Man glaubt, damit sei diese Geschichte aus der Welt geschafft. Wie die Regierungserklärung zeigt, versucht man auch andere Probleme so zu „lösen“, unpopuläre Maßnahmen „populär“ zu machen, z. B. auch mit der Forderung: Man muß, um die

Währung stabil zu erhalten, eben Opfer bringen. Die Illusionen, die es in dieser Hinsicht gibt, sollten wir sehr aufmerksam beachten.

Von den Notstandsgesetzen ist in der ganzen Regierungserklärung nicht ein Wort enthalten. Nicht einmal erwähnt sind sie. (Zuruf: „Das alles ist Notstand“). Natürlich ist alles Notstand! Die „Stabilisierungsgesetze“ z. B. sind Notstandsgesetze. Sie sind der finanzielle Teil der Notstandsgesetze.

Die „DVZ“ hat beim Innenminister Lücke angefragt, wie das zu verstehen sei, daß in der Regierungserklärung die Notstandsgesetze nicht erwähnt wurden, worauf Lücke erwiderte, der Ministerpräsident habe darauf hingewiesen, daß er nicht zu allen Fragen Stellung nehmen könne. Auf die Frage: Wird der Notstand weiterhin auf der Tagesordnung bleiben, sagte Lücke ganz klar: Ja. Sie werden versuchen, die Notstandsgesetze im gleichen Verfahren mit dem „Stabilisierungsgesetz“ durchzupeitschen. Was ich deutlich machen möchte, ist, daß von vielen Sozialdemokraten, aber auch von vielen Gewerkschaftern die Gefahr, die diese Entwicklung mit sich bringt, noch nicht erkannt wird.

Genosse Alfons:

Der Jugend zuwenden

Die Kräftebasis der Partei stärken, das heißt, die Aufmerksamkeit jenem Teil unseres Volkes zuzuwenden, der uns Kommunisten am nächsten steht: der Arbeiterjugend ...

In dem politisch engagierten Teil der Arbeiterjugend können wir in den letzten Jahren, besonders aber in jüngster Zeit, einige sehr wichtige Entwicklungstendenzen verzeichnen ... Man kann sagen, daß die Arbeiterjugendorganisationen im wesentlichen ihre Selbständigkeit behauptet haben gegenüber Bestrebungen, ihre Selbständigkeit zu untergraben. Man kann weiter vermerken, daß sie auch erfolgreich einer gewollten Entpolitisierung, Entmündigung und Bevormundung entgegengewirkt haben. In diesem Prozeß gaben sich eine Reihe von Arbeiterjugendorganisationen, so auch die Gewerkschaftsjugend, ein deutliches Profil. Davon zeugen die Verbandstage der vergangenen Jahre.

Was für diesen Teil der Arbeiterjugend in den vergangenen Jahren klar wurde, war dies: Das Übel ist die CDU mit ihrer Politik. Hoffnungen wurden auf die SPD gesetzt, darauf, daß sie den Wählerwillen respektieren, die Regierung unter ihrer Führung bilden und die Bundesrepublik mit einer neuen Politik aus der Sackgasse, in die uns die CDU/CSU-Politik hineinmanövriert hat, herausführen werde. Das war die Lage. Mit der Bildung der Großen Koalition aber wurde plötzlich aus einem früheren Feind der „Freund“ von heute. Aus dem früheren Gegner wurde der „Koalitionspartner“ von heute. Da mußte doch bei den jungen Menschen, die politisch engagiert sind, etwas zusammenbrechen! Und tatsächlich ist zunächst etwas zusammengebrochen.

Auf Vorstands- bzw. Gruppensitzungen verschiedener Jugendverbände, die in den Tagen nach der Bildung der

Großen Koalition stattfanden, herrschte folgendes Bild: Resignation und tiefe Enttäuschung. Emotional aber auch national wurde den SPD-Führungskräften um Wehner die Gefährlichkeit ihrer Entscheidung aufgerechnet.

Heute sind uns viele Gesprächsergebnisse mit Vertretern der sozialdemokratisch beeinflussten bzw. der Gewerkschafts- und Betriebsjugend bekannt. Wichtig ist es — und das scheint mir ein positives Ergebnis zu sein —, daß im Prozeß des Kampfes gegen die Große Koalition Vorstellungen entwickelt worden sind, die sich nunmehr als bedeutende Elemente für ein Alternativprogramm erweisen, als profilierte Vorstellungen, was nun in dieser Zeit Arbeiterpolitik, was eine neue Politik sein müßte. Das ist interessant.

Arbeiterjugendfunktionäre sagen, jetzt müßten Forderungen angemeldet und dadurch Maßstäbe gesetzt werden, nach denen die Große Koalition bewertet werden könnte. Die SPD müsse unter Beweis stellen, daß sie jetzt ihre Vorstellungen erfolgreich verwirklichen werde. Die Wahrhaftigkeit müsse sie dadurch unter Beweis stellen, daß sie das durchsetze, wofür sie bisher als oppositionelle Partei aufgetreten sei. Weiter sagten junge Kollegen in Betrieben: Man müsse die Worttreue der SPD-Führung daran prüfen, wie sie zu den fünf Forderungen der IG Metall stehe. Man müsse die SPD-Führer beim Wort nehmen und den Wert der Beteiligung der SPD-Führung an der Regierung an den Ergebnissen der Sozialpolitik abmessen.

Genossen, diese Meinungen sind interessant, wenn auch eine Reihe Illusionen herausblicken. In den Vorstellungen und Forderungen, die viele progressive Kräfte in der Jugend nunmehr gegenüber der Großen Koalition entwickeln, zeigen sich folgende Kristallisationspunkte:

Für eine Entspannungspolitik: Die Bundesrepublik soll an der Seite derjenigen stehen, die für Entspannung und Abrüstung sind. In einigen Vorstellungen wird präzisiert, was eine Politik der Entspannung beinhalten müßte: Einschränkung des Rüstungsetats, Verzicht auf Mitbesitz an Atomwaffen, auf Grenzrevision, auf Unter-

stützung des USA-Krieges in Vietnam, normale Beziehungen zum Osten.

Im innenpolitischen Raum: Schutz der Verfassung, Verhinderung der Notstandsgesetze, Kampf gegen die NPD Und schließlich auf sozialem Gebiet ein einheitliches, fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz unter Berücksichtigung der Vorschläge der Gewerkschaften.

Ich möchte zu diesen Forderungen einige Bemerkungen machen. Zur Entspannungspolitik: Mit der Forderung nach einer Entspannung ist bei einigen Jugendfunktionären die Forderung nach Kürzung des Rüstungsetats verbunden. Sollten wir nicht, liebe Genossen, in unserer Gesamtpolitik bei der Beantwortung der Frage, was Entspannungspolitik und ihr Kriterium ist, was der Beitrag der Bundesrepublik zur Entspannung und zur Sicherheit ist, zu allererst auf die notwendige Kürzung des Rüstungsetats verweisen? Kürzung des Rüstungsetats — das wäre Politik der Entspannung, das wäre aber auch ein wichtiger Schritt bei der Lösung sozialer Fragen. Das würde Stabilisierung der Wirtschaft bedeuten. Das wäre ein Beitrag zur europäischen Sicherheit. Das wäre ein Beitrag zur innerdeutschen Entspannung, der Sache, die Walter Ulbricht in seinen Vorschlägen vorgetragen hat.

Zur sogenannten Ostpolitik: Hier wird die Normalisierung der Beziehungen verlangt, mit der Begründung, Möglichkeiten zu erhalten für die Information, für Delegationen. Man darf also annehmen, daß eine Ostpolitik gefordert wird, die der Entspannung und Aussöhnung dient. Aber das hat meines Erachtens noch einen anderen Aspekt. Ein Teil der Jugend interessiert sich dafür, was dort in den sozialistischen Ländern vorgeht, wie es dort mit dem Aufbau des Sozialismus steht. Hier ergibt sich für mich die Frage: Es ist gut, in die sozialistischen Länder zu fahren, um zu sehen und zu hören, was Sozialismus ist. Doch meine ich, da könnten und müßten auch wir Kommunisten in der Bundesrepublik mehr tun, um der Gewerkschaftsjugend, der Arbeiterjugend zu sagen und zu erklären, was Sozialismus ist und wie man für ihn kämpfen kann.

Von vielen Jugendfunktionären wird die Verteidigung der Verfassung, der

Schutz der Demokratie gefordert. Hier drückt sich das Verlangen aus nach einem wirkungsvolleren Kampf gegen neonazistische Tendenzen. Funktionäre der Arbeiterjugend sehen die große Chance, die Arbeiterjugend im Kampf gegen Neonazismus und seine Ursachen zu mobilisieren und nach Möglichkeit zusammenzuführen. Aus verschiedenen Städten wissen wir, daß in dieser Frage örtliche Kartelle gebildet wurden bzw. angestrebt werden. Gewerkschaftsjugendfunktionäre sind der Meinung, daß der Kampf gegen den Neonazismus nicht allein Sache der Jugend ist. Sie spüren die ungenügende Unterstützung durch andere Bevölkerungsschichten; besonders erwartet die Jugend das stärkere Engagement der Arbeiterschaft aus den Betrieben. Ich sehe also hier große Möglichkeiten, weiterzukommen in der Unterstützung der Kräfte der Arbeiterjugend und ihrer gemeinsamen Aktionen.

In dieser Situation, so sagen uns vielfach junge Kollegen und Freunde aus verschiedenen Verbänden, wirkt sich das Verbot der KPD negativ aus. Gerade die Jugend, die nach einer Kraft sucht, von der sie unterstützt wird, die ihr vertraut, die ihr die Wahrheit sagt, diese Jugend braucht eine legale KPD.

Ich meine, wir haben allen Grund, uns in der Beantwortung der Frage, wie wir unseren Einfluß als Partei bei der Jugend erweitern können, daran zu erinnern, daß wir die Fragen der Arbeiterjugend und der sozialistisch orientierten Studentenschaft nach ihrer Perspektive am klarsten und ohne falsche Versprechungen beantworten können. Es ist heute notwendiger denn je, daß wir uns als die Partei der Jugend verstehen und als ihre beste Interessenvertreterin erweisen.

Genossin Hanna:

Verteidigung des Grundgesetzes und des Wahlrechts

Ein Hauptargument der Kiesinger-Regierung bei der Ankündigung der beabsichtigten 84 Grundgesetzänderungen ist, diese Änderungen und Ergänzungen seien erforderlich, um das Grundgesetz mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Die Verfassung müsse so ausgestaltet sein, daß sie den Gegebenheiten von heute angeglichen würde. Das Grundgesetz müsse verändert werden, um die Probleme des modernen Lebens lösen zu können. Natürlich ist das eine grobe Verfälschung und Irreführung. Es ist genau umgekehrt. Den herrschenden monopolistischen Kräften und ihren Vertretern in Regierung und Exekutivorganen kommt es darauf an, die antidemokratische Wirklichkeit, die sie geschaffen haben, d. h. die Herrschaft der Monopole mit der aggressiven Außen- und reaktionären Innenpolitik, mit der Aufrüstung und Militarisierung des gesamten Lebens, diese antidemokratische Wirklichkeit jetzt in Übereinstimmung zu bringen mit dem Grundgesetz. Dieselben Kräfte, die verantwortlich sind für die entstandene Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, wollen jetzt die

Verfassung so grundlegend verändern, daß sie das Instrument wird, mit dem sie — wie Hitler — auf angeblich gesetzmäßigem Wege den Verfassungsbruch und den Staatsstreich durchführen können.

Nun vollzieht sich das nicht so, daß diese 84 Grundgesetzänderungen mit einem Schlag auf der Tagesordnung stehen. Vielmehr machen sie das so: Da kommt die Finanzreform, das Stabilisierungsgesetz, das Beamten-gesetz und eine Reihe von Einzel-gesetzen, die Verfassungsänderungen beinhalten. Für die Bevölkerung ist noch gar nicht so absolut klar, daß jedes dieser Vorhaben und Gesetze Verfassungsbruch ist und schwerwiegende Folgen haben würde. Es ist schon darauf hingewiesen worden, welche Illusionen bestehen und daß man Opfer bringen müsse, wenn man Stabilisierung haben wolle. So wird z. B. von den demokratischen Kräften auch die Forderung nach einer „Finanzreform“ erhoben. Was die Kiesinger-Regierung damit beabsichtigt ist etwas ganz anderes. Wir machen uns keine Illusionen. Wir wissen es, aber wissen es die Menschen auch? Wissen sie es

von der Bildzeitung, vom Rundfunk usw.? Die sagen ihnen nicht die Wahrheit.

Wir müssen daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß wir die einzelnen Gesetze, die Zug um Zug auf die Tagesordnung gestellt werden, mit allen konkreten Einzelheiten und Auswirkungen der Öffentlichkeit bekannt machen und immer wieder zeigen, was sie in Wirklichkeit bedeuten.

Nicht die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution, nicht die Veränderungen in der Welt machen eine grundlegende Verfassungsänderung erforderlich, wie die sozialdemokratischen Minister und die Führung der SPD es begründen, sondern genau umgekehrt ist es. Es ist die aggressive Politik der herrschenden Kräfte und ihrer bisherigen Adenauer-Erhard-Kiesinger-Regierungen, die im Widerspruch zur Entwicklung in der Welt und den großen Aufgaben im Innern der Bundesrepublik steht. Natürlich gibt es neue Probleme. Es wäre falsch, das zu leugnen. Aber wie muß unsere Antwort sein? Die neuen Probleme unserer Zeit erfordern demokratische Lösungen, die Beteiligung der Volksmassen an der Politik, der Wirtschaft und der Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens. Das ist der Weg, der in der DDR — natürlich unter anderen Machtbedingungen — gegangen wird. Am Beispiel der DDR zeigt sich, daß die sozialistische Demokratie, ebenso wie die komplizierten neuen Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Entwicklung des modernen Lebens nur unter größter Beteiligung der Volksmassen gelöst werden können. Es gibt tatsächlich keinen anderen Weg. Auch nicht unter den kapitalistischen Bedingungen.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Stellung der Kommunisten zum Grundgesetz, weil immer wieder die Frage gestellt wird: meinen es die Kommunisten ehrlich, wenn sie sagen, sie stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, oder ist das nur Taktik?

Ich meine, der Kern unserer positiven, unserer bejahenden Stellung zum Grundgesetz liegt doch auch gerade darin, daß wir es nicht nur vor allen Anschlägen verteidigen, sondern daß wir um die Verwirklichung der

demokratischen Verfassungsprinzipien kämpfen. Unsere Stellung ist keine Taktik, sondern sie ergibt sich aus der Verantwortung der Kommunisten für die Bewältigung von Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. In diesem Sinne haben die Vertreter unserer Partei im Parlamentarischen Rat mehr Rechte für das Volk, bessere Garantien zur Sicherung und Verwirklichung der demokratischen Verfassungsprinzipien angestrebt. In diesem Sinne haben wir in der Folgezeit gegen jede Aushöhlung der Verfassung, jeden Abbau demokratischer Rechte gekämpft. Es entspricht der Grundlinie unseres Kampfes für die Sicherung des Friedens, daß wir die Verwirklichung der grundlegenden Verfassungsprinzipien und die Ausschöpfung aller verfassungsmäßigen Möglichkeiten für die Mitwirkung des Volkes im gesellschaftlichen Leben anstreben. Damit befinden wir uns in Übereinstimmung mit entscheidenden gewerkschaftlichen Beschlüssen.

Die Durchsetzung des Verhältnismäßigkeitswahlrechts in Deutschland als ein Ergebnis der Novemberrevolution von 1918 war eine demokratische Errungenschaft, um die die Arbeiterklasse, insbesondere die Sozialdemokratische Partei, gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften, jahrzehntelang mit vielen Opfern gekämpft hat. Ich möchte daran erinnern, daß Wahlrechtskämpfe in Deutschland immer entscheidend wichtige Kämpfe waren und zu großen Aktionen der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte führten.

Die erneute Einführung eines reaktionären Mehrheitswahlsystems widerspricht den elementaren Grundsätzen der verfassungsmäßig vorgeschriebenen parlamentarischen Ordnung. Das Mehrheitswahlrecht verstößt insbesondere gegen den Verfassungsgrundsatz der Wahlgleichheit, der allen Parteien gleiche Wettbewerbschancen einräumt und jede Monopolstellung für Parteien, wie sie durch das Mehrheitswahlsystem geschaffen würde, verbietet. Ein Mehrheitswahlrecht dient einzig und allein den herrschenden Monopolen und der CDU/CSU, die es bereits seit der Gründung der Bundesrepublik anstreben. Die Abwehr aller Anschläge auf das geltende Wahlrecht wird gegenwärtig

zu einer vorrangigen demokratischen Aufgabe. Das Verhältniswahlrecht muß jetzt verteidigt und das geplante Mehrheitswahlrecht verhindert werden. Alle Parteien, die eine konstruktive, positive Haltung zum Grundgesetz einnehmen, müssen entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung das Recht erhalten, ungehindert am politischen Leben der Bundesrepublik teilzunehmen und Kandidaten für den Wahlkampf aufzustellen.

Wir als Kommunisten sollten aber auch bei der Verteidigung des Verhältniswahlrechts nicht darauf verzichten, darauf hinzuweisen, daß schon das

geltende Wahlrecht mit der 5-Prozent-Klausel im Widerspruch zu den Verfassungsprinzipien steht, weil durch diese Sperrklausel wie auch das KPD-Verbot ganze Bevölkerungsgruppen von der politischen Willensbildung ausgeschaltet sind. Auf der Tagesordnung steht demnach nicht die weitere Einschränkung des Wahlrechts der Bevölkerung, sondern die Gewährleistung gleicher Rechte und Chancen für alle demokratischen Parteien. Das erfordert die Verhinderung eines Mehrheitswahlsystems, die Beseitigung der 5-Prozent-Klausel und die Aufhebung des KPD-Verbots.

Genosse Hubert:

Die Gewerkschaften und die Große Koalition

Auf der letzten ZK-Tagung und auch im Referat dieser ZK-Tagung ist besonders die wachsende politische Verantwortung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik unterstrichen worden. Hier wurde auch dargelegt, daß mit der Großen Koalition neue Schwierigkeiten auf die Gewerkschaften zukommen.

Diese Große Koalition, das geht aus der Gewerkschaftspresse hervor, wirft schon heute unmittelbar in die Gewerkschaften hinein. Die progressiven Kräfte im DGB orientieren sich erfreulicherweise in Richtung der wachsenden politischen Verantwortung der Gewerkschaften, der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteien und Regierung, und melden — wie Metall und Chemie — zum Beispiel Forderungen an die neue Regierung an. Das, so meine ich, ist eine ausgezeichnete Orientierung, die wir stärkstens unterstützen müssen.

In der Zeitung „Metall“ können wir dazu lesen, und hier ist faktisch das ausgedrückt, was die progressiven Kräfte innerhalb des DGB denken:

„Metall“ hat jede Regierung bisher nach ihren Taten und nicht nach ihren Worten beurteilt. Das soll so bleiben. Im Bundestag steht jetzt einer mächtigen Koalition eine schwache Opposition gegenüber. Deshalb muß der Gewerkschaftsflügel der SPD in enger Zusammenarbeit mit den Sozialausschüssen der CDU/

CSU dafür sorgen, daß die Wünsche der Arbeitnehmer — und das sind 83 Prozent aller Erwerbstätigen — und der Rentner nicht unter die Ministersessel gefegt werden, auf denen jetzt Sozialdemokraten neben christlichen Demokraten sitzen. „Metall“ wird auch die Gewerkschafter unter den Ministern immer wieder daran erinnern, daß ihre Loyalität auch ihren Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Verwaltungen zu gelten hat. Die Arbeitnehmer lassen sich nicht so leicht vom Schein der Ministerwürde blenden. Sie warten darauf, daß den Versprechungen, die in der Vergangenheit gemacht wurden, nun auch die Taten folgen.“

Ich glaube, wir sollten an diesen Artikel der Zeitung der IG Metall anknüpfen und Forderungen aus den Betrieben und den Gewerkschaftsversammlungen an die Bundestagsabgeordneten selbst und auch an die sozialdemokratischen Minister in der Regierung richten.

Die andere bisher von Leber präsentierte Gruppe im DGB, der auch die überwiegende Mehrheit des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB angehört, steht mehr oder weniger auf dem Boden der Großen Koalition. Sie argumentiert in der Öffentlichkeit so: die CDU/CSU hat die Karre in den Dreck gefahren. Jahrelange Opfer sind erforderlich, um diese Fehler der CDU wieder überwinden zu können.

In der „Welt der Arbeit“ lesen wir dann, nachdem dargestellt wird, was alles in der Gegenwart und in der Zukunft auf uns zukommt: Die entscheidende Frage wird nicht mehr lauten Steuererhöhung oder nicht, sondern nur noch: Sollen die Arbeitnehmer allein die Hauptlast tragen. — Hier wird also die Tendenz sichtbar, darauf Rücksicht zu nehmen, daß heute in der Regierung der Großen Koalition auch sozialdemokratische Minister sitzen. Diese Kräfte versuchen jetzt mit der Großen Koalition, stärkere Initiativen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Beschlüsse, die nicht mit der Konzeption des Wirtschaftsministers Schiller oder anderer sozialdemokratischer Minister übereinstimmen, nach Kräften zu bremsen.

Wo liegt die Gefahr, die mit der Großen Koalition hier neu entstanden ist, auf die wir als Partei, als Genossen, die wir in den Gewerkschaften arbeiten, achten müssen?

Wenn es in der Vergangenheit bis heute gelungen ist, die überwiegende Mehrheit im DGB auf die Seite der progressiven gewerkschaftlichen Kräfte und Beschlüsse zu bekommen, so geschah das im wesentlichen von der Position des Kampfes gegen die CDU, gegen Maßnahmen ihrer Regierung und gegen Angriffe der Monopole. Dabei wurden unterschiedliche Auffassungen zwischen DGB und SPD nur selten angesprochen, auf keinen Fall aber in der Öffentlichkeit diskutiert.

Offensichtlich ist, daß das heute nicht mehr so geht, wo die Gewerkschaften jetzt selbst solche Forderungen auch an die sozialdemokratischen Minister richten müssen. Heute muß man sich also mit dieser Frage der Unterschiedlichkeit der Position des DGB und der SPD in irgendeiner Form auseinandersetzen. Die Gefahr besteht, daß einige labile Gewerkschaften diese Auseinandersetzung mit den Problemen der SPD fürchten und sich stärker auf die Linie drängen lassen, wie sie in der Vergangenheit von Leber vertreten wurde und auch gegenwärtig noch vertreten wird.

Es gibt Genossen in diesen Gewerkschaften, denen wir helfen müssen. Solche Gewerkschaften wie ÖTV, Textil—Bekleidung, Bau—Steine—Erden

werden in großen Teilen der Bundesrepublik in unserer Arbeit sehr vernachlässigt.

Ich wollte zunächst auf diese Gefahren aufmerksam machen; denn Mitte des Jahres — der Termin ist noch nicht veröffentlicht — wird der Gewerkschaftstag der ÖTV stattfinden. Mit der Antragsstellung wird jetzt unmittelbar in den Kreisen begonnen.

Von 1967 bis 1971 sollen nach den Vorstellungen der Kiesinger-Regierung 45,9 Milliarden DM zusätzlich an Steuern aufgebracht werden. Allein die Ausgaben des Bundes sollen in der gleichen Zeit auf 97,4 Milliarden DM erhöht werden; trotz zusätzlicher Kreditaufnahme in den nächsten Jahren ist nach eigenen Angaben des Bundesfinanzministeriums noch ein Defizit von jährlich 3,7 bis 6,4 Milliarden DM offen, wofür es noch keine Lösungen gibt, auf welche Weise diese Milliarden aus der Bevölkerung herausgeholt werden sollen. Das ist das Problem, das wir mit den sozialdemokratischen Genossen diskutieren müssen.

Hier wurde richtig gesagt, das Wirtschaftswunder ist vorbei, und jetzt beginnt das Wundern. Wir werden in der Lohnbewegung auch nicht einen Schritt weiterkommen, wenn wir nicht den Angriff auf die gegenwärtigen Leistungen zurückschlagen, wenn dort ein Zurückweichen sich entwickelt, wie das in manchen Betrieben schon sichtbar wird.

Ich möchte das mit einem Beispiel deutlich machen. Viele Betriebsräte wandern heute wie vor zwei oder drei Jahren zur Direktion und begeben sich in Verhandlungen bis zu der Frage: Wie kann man diese oder jene Entlassung sozial lösen? Man sucht und sucht, nimmt den Familienvater mit mehreren Kindern heraus, hier wurden schon einige Beispiele dafür gebracht. Aber das nimmt doch kein Ende. Damit zerlöchern wir die ganze Solidarität in den Betrieben, damit führen wir die Belegschaften in einen Gegensatz zu den Betriebsräten, und es entsteht eine Gewerkschaftsfeindlichkeit in einer Situation, wo wir größte Solidarität in den Betrieben brauchen.

Der erste Weg, wenn die Direktion

ruft und ihre Pläne entwickelt, muß der zur Belegschaft sein. Die Probleme müssen dargelegt werden, wie sie die Direktion vorgebracht hat. Auch die sofortige Informierung der Gewerkschaften am Ort ist notwendig. Man muß der Belegschaft den real möglichen Ausweg zeigen und die Schuldigen an der gegenwärtigen Situation vor der Belegschaft entlarven. Anders kommen wir aus dieser Situation nicht heraus.

Der beste Schutz gegen Entlassung ist der gemeinsame Kampf der Belegschaft mit ihren Betriebsräten.

Jetzt, nachdem der Herr-im-Hause-Standpunkt der Monopole zu dieser wirtschaftlichen Situation beigetragen hat, will man Betriebsräte mitbestimmen lassen, mitbestimmen bei Entlassungen, mitbestimmen bei Lohnabbau, mitbestimmen bei Festlegung von Ur-

laub in der Winterszeit — jetzt sollen sie plötzlich „mitbestimmen“! Ich glaube, wenn wir diesen Widerspruch den Belegschaften darlegen, dann werden die Betriebsräte auch eine starke Unterstützung im Kampf gegen Entlassungen bekommen.

Gerade im Zurückschlagen des Angriffes der großen Monopole und in der aktiven Durchführung der Lohnpolitik der Gewerkschaften liegen große Möglichkeiten, an die Große Koalition aus dieser sozialen Bewegung heraus auch entsprechende politische Forderungen von Seiten der Gewerkschaften heranzutragen. Wir werden damit auch am schnellsten in den Gewerkschaften Illusionen beseitigen und die Linie der progressiven Kräfte in den Gewerkschaften weiter stärken und entwickeln können.

Genosse Ferdinand:

Zu einigen Fragen der Wirtschaft und einer demokratischen Wirtschaftspolitik

Im Referat wurde auch deutlich gemacht, daß die Wirtschaftspolitik, angesichts der neuen Entwicklung eine erhöhte Bedeutung erlangt. Die politischen und ökonomischen Mittel des Staates und die soziale Substanz der Bevölkerung werden für die Sanierung einer verfehlten Politik eingesetzt, wobei für viele Menschen das brutale Wesen des Kapitalismus sichtbar wird. Ich glaube, das sollten wir auch in unserer Propagandaarbeit mehr beachten.

Die ausschließlich nach Profit und Rüstung strebende Wirtschaftspolitik der Konzerne hat nicht nur die Entwertung der Währung weiter verstärkt und die Krise bei Kohle und Stahl vertieft, sondern hat auch die im Kapitalismus unvermeidliche zyklische Konjunkturbewegung offen zutage treten lassen.

Kiesinger sagte in seiner Regierungserklärung, der Sozialkonsum auf allen Ebenen bei den Gemeinden und auch bei den Privaten sei an der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung schuld. Balke, von der Bundesvereinigung der Unternehmer, hat auf einer Kundgebung in Godesberg von der CDU/CSU/SPD-Koalition mit fast

gleichen Worten eine „Lohnpolitik ohne Illusionen“, die Beseitigung der Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung und den Vorrang der Rüstung vor den Renten und Löhnen verlangt. Dabei setzen die Unternehmer große Hoffnungen auf Prof. Schiller, den „Marktwirtschaftler der SPD“ im Kabinett. Schützenhilfe erhielten die Vertreter dieses antisozialen Kurses leider auch durch die fünf Gutachter, die ihre Stabilisierungsrezepte unter anderem mit dem Vorschlag einer Lohnleitlinie unterstrichen. Die Löhne sollen sich nach ihrer Empfehlung der Produktivitätsentwicklung anpassen. Und diese Politik der Lohnleitlinie wurde von Kiesinger in der Regierungserklärung zur offiziellen Staatslinie erhoben.

Die Professoren haben im Wirtschaftsgutachten in vielen Thesen Tatsachen angeführt, die die Brüchigkeit ihrer politisch motivierten Lohnempfehlung nachweisen. Auf solche Argumente können wir uns im Kampf für bestimmte Forderungen stützen. So geben sie in ihrem Rückblick zur wirtschaftlichen Lage zu, daß der statistische Preisindex für die Lebenshaltung, ohne Ernährung, im zweiten und drit-

ten Vierteljahr 1966 jeweils um 4,3 Prozent höher als vor Jahresfrist lag. Die Gutachter geben auch zu, daß die Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger verstärkt worden ist. Die Lohnsteuerzahlungen lagen im ersten Halbjahr 1966 um etwa 20 Prozent über denen des Jahres 1965. Das Einkommen aus der Körperschaftsteuer der Konzerne ging zurück und erreichte nicht einmal die Höhe des Jahres 1965. Außerdem sei die Dauer der Tarifverträge immer länger geworden.

Die **zurückhaltende Lohnpolitik** der Gewerkschaften, so sagen die Gutachter, hätte den inflationären Trend in der Vergangenheit nicht abschwächen können. Sie sagen damit, daß die Gewerkschaften nicht schuld sind, wenn die Mark inflationär ausgehöhlt wird.

Die Konzernherren sprechen von hohen Kosten und „roten Zahlen“, aber sie verschweigen ihre Profite. Die Gewerkschaften haben daher allen Grund, daß sie in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Überlegungen bei ihrer aktiven Lohnpolitik bleiben. Ich habe nachgesehen, was in wenigen Tagen in der Wirtschaftspresse an Berichten über die Ertragslage der großen Konzerne im Wirtschaftsjahr 1965/66 veröffentlicht wurde:

MAN meldet eine „gute Ertragslage“. Das Unternehmen hat für 1967 den höchsten Investitionssatz nach dem Krieg vorgelegt. Der Geschäftsbericht sieht eine 18prozentige Stammdividende vor.

Trotz des „Druckes“ auf die Erträge legt die **AEG-Telefunken-Gruppe** bei einer Steigerung des Umsatzes um ungefähr 4 Prozent (28 Prozent auf den Auslandsmärkten) einen Dividenden-vorschlag von 16 Prozent vor. In den letzten 10 Monaten wurde die Belegschaft um 3100 Personen oder 2,5 Prozent verringert.

Der **Siemens-Konzern**, das zweitgrößte Unternehmen der westdeutschen Wirtschaft, wird in dem am 30. September 1966 zu Ende gegangenen Wirtschaftsjahr bei einem Mehrumsatz von 600 Millionen wieder 16 Prozent Dividende auszahlen. Das sind nur einige Tatsachen. Sie widersprechen den Argumenten der Kon-

zerne über eine Lohnpause und über eine Lohnleitlinie durch Regierung und Unternehmer.

Wie die DGB-Stellungnahme zur Großen Koalition in manchen Teilen beweist, gibt es nach der Regierungserklärung bei nicht wenigen Gewerkschaften und auch Gewerkschaften Illusionen, durch die „Versächlichung am runden Tisch“ — das ist eine These, die Schiller aufgestellt hat —, durch „mittelfristige Finanzpolitik“ und durch ein „Stabilisierungsgesetz“ könne die wirtschaftliche und politische Lage stabilisiert werden. Es fragt sich aber, wer die Kosten dieser staatsmonopolistischen Stabilisierung bezahlt. Offensichtlich sollen es ausschließlich die Arbeiter und Angestellten sein.

Eine wirkliche Stabilisierungspolitik, die auch Wachstum und Vollbeschäftigung sichert, verlegt die Akzente auf die Hebung der Kaufkraft des Volkes durch die Erfüllung gewerkschaftlicher Forderungen nach höheren Löhnen, Gehältern und Renten und auch Gemeinschaftsleistungen. Eine solche demokratische und soziale Leitlinie, das wäre ein echter Beitrag zur Ankurbelung der Produktion. Das sollten wir der Lohnleitlinie, der Linie des sozialen Abbaus, entgegensetzen.

Unsere Partei fordert in ihren Wirtschaftsvorschlägen eine Stabilisierungspolitik, die nicht ausgeht von den Profiterwartungen der Unternehmer und der Rüstungsinteressenten, sondern von den Erfordernissen der Sicherung der Vollbeschäftigung und der Erhöhung der Kaufkraft. Darum schlägt unsere Partei vor, was in allen Erklärungen der Konzerne und auch des Herrn Schiller als Tabu gilt: die sofortige Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Milliarden Mark. Es wird eine demokratische Finanzreform gefordert, die den Ländern einen höheren Anteil am Steueraufkommen garantiert.

Dazu gehört auch eine höhere Besteuerung der Einkommen der Milliardäre und Gewinne und Vermögen von Großkonzernen, die Beendigung der Waffenkäufe und der Finanzierung des schmutzigen Krieges in Vietnam. Diese Forderungen unserer Partei sind für die Diskussion mit den Mitgliedern der SPD und der Gewerkschaften von großer Aktualität.

In den Forderungen nach einer stabilen Friedenswirtschaft hat unsere Partei bei einer demokratischen Wirtschaftspolitik Vollbeschäftigung und ein „beständiges optimales Wirtschaftswachstum“ in Aussicht gestellt. Welche schweren Probleme damit aufgeworfen sind, das muß man hier auch erwähnen. Vollbeschäftigung ist auch bei hochentwickelter staatsmonopolistischer Regulierung ein schwer erreichbares Ziel, wie die Tatsachen beweisen. Wie wir in den letzten Jahren sehen konnten, steht die Arbeiterschaft in der Situation der Vollbeschäftigung in einer weit besseren politischen und sozialen Position. So können die Arbeiter mit den Gewerkschaften mehr Einfluß nehmen auf die Art und Weise, in der die Arbeit geleistet werden muß usw. Der staatsmonopolistische Kapitalismus organisiert jetzt zum Teil bewußt Arbeitslosigkeit, um den sozialen Druck zu verschärfen. Aber morgen schon kann auch diese Waffe gegen das eigene unmenschliche System schlagen, nämlich dann, wenn die Automation Hunderttausende freisetzt, wenn diese Menschen nicht zu modernen Parias in der Gesellschaft herabgewürdigt werden wollen. Hier entsteht eine neue Verantwortung für die Arbeiterbewegung, die wir bisher im allgemeinen kaum kannten.

Die Konzerne wehren sich gegen Arbeitszeitverkürzungen. Sie sind aber letztlich der Weg, um immer produktivere Arbeitsplätze auf eine wachsende Arbeiterzahl aufzuteilen. Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung, der Berufsausbildung und eine langfristige Arbeitskräfteplanung ist daher unerläßlich.

Eine zielstrebige Wachstumspolitik und auch eine Vollbeschäftigung sind möglich. Mit der Lockerung von Restriktionen allein ist jedoch nicht viel zu erreichen. Wachstum und Vollbeschäftigung erfordern Mitbestim-

mung und demokratische Planung vor allem der Investitionen. Die Investitionen und Gewinne der Konzerne müssen dabei eingeschlossen sein. Um Vollbeschäftigung und weiteres Wirtschaftswachstum zu erreichen, ist eine vorausschauende und planende Wirtschaftspolitik erforderlich; denn nur mit ihr lassen sich herangereifte und künftige Strukturprobleme wie bei Kohle und Stahl lösen. Als Instrumente demokratischer Planung schlägt unsere Partei entsprechend den gewerkschaftlichen Vorstellungen die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates und regionaler Wirtschaftsräte vor, in denen die Vertreter des arbeitenden Volkes über ihr Schicksal mitbestimmen.

Um eine demokratische Wirtschaftspolitik zu verwirklichen, braucht man aber nicht nur demokratische Instrumente; denn Instrumente ohne echte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Kapital sind auf die Dauer stumpf. Darum muß jetzt mehr denn je die Forderung nach der Schaffung öffentlichen Eigentums vor allem bei Kohle und Stahl erhoben werden.

Die Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall beim Stahlwerk Bochum haben aufgerufen, einen Arbeitsausschuß zur Erhaltung des Arbeitsplatzes und der Bochumer Wirtschaft zu gründen. Vertreter der Gewerkschaften und der betroffenen Industriezweige sowie Betriebsräte und Vertrauensleute sollen diesem Gremium angehören. Vertreter der Öffentlichkeit wurden zur Mitarbeit aufgefordert. Aufgabe dieses Ausschusses soll die Ausarbeitung eines Sofortprogramms sein, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieser gewerkschaftliche Vorschlag könnte Auftakt zu einer demokratischen Masseninitiative sein, um die Geschicke auch in der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in die eigenen Hände zu nehmen.

Genosse Horst:

Das Bauernlegen geht weiter

Die Bundesregierung will die antinationale und antisoziale Agrarpolitik verschärft fortsetzen. Zu dieser Auffassung muß man kommen, wenn man Kiesingers Forderungen in bezug

auf den forcierten Ausbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die vorgesehenen Kürzungen von Subventionen, Steuererhöhungen und andere Belastungen untersucht. Das bedeutet,

daß aus der westdeutschen Landwirtschaft weitere Milliarden DM herausgepreßt werden.

Diese Belastungen werden dazu führen, daß weitere Tausende Bauernexistenzen vernichtet werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Bauern im Rahmen der EWG wird sich weiter verschlechtern. Bis heute mußten 500 000 Bauern für die EWG-Politik der Bonner Regierung ihre Höfe aufgeben, ist die Verschuldung der westdeutschen Landwirtschaft auf 21 Milliarden DM angestiegen, führte der Existenzkampf innerhalb der EWG dazu, daß 45 Milliarden DM aus Substanzverkäufen an Grund und Boden sowie Holz von den westdeutschen Bauern für notwendige Investitionen aufgebracht werden mußten. Für eine grundsätzliche notwendige Erneuerung des verschlissenen Maschinenparks und anderer Ausrüstungen ist in Anbetracht dieser bereits gezahlten Milliardensummen, der hohen Verschuldung und der geplanten hohen Belastungen einfach kein Geld mehr vorhanden.

In der Industrie wird oft davon gesprochen, daß der Inlandsabsatz sich rückläufig bewegt. Wenn wir die Tatsache zu verzeichnen haben, daß in der Landmaschinenindustrie Kurzarbeit, Entlassungen und Stillegungen an der Tagesordnung sind, wenn die Bautätigkeit zurückgeht, dann ist dieses mit ein Spiegelbild der Existenzunsicherheit der Bauernschaft, die mit jährlich 18 Milliarden DM für Betriebsmittelkäufe als Käufer auf dem westdeutschen Markt aufgetreten ist.

Die Regierungserklärung zeigt, daß sich die Situation der westdeutschen Landwirtschaft verschlechtern wird. Hinzu kommt, daß mit der SPD als Partner der CDU/CSU keine bauernfreundliche Kraft in die Regierung eingetreten ist. Im Gegenteil. Die SPD-Führung sieht ihre Chance nicht auf dem Lande, sie will in den Städten siegen, und so triumphierte auch in der Agrarfrage die Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU.

Von den SPD-Führern wurde die große Chance vertan, die sich der SPD angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Bauern mit den Ergebnissen und Auswertungen der

CDU-Politik bietet. So werden die Bauern wieder in die Arme ihrer Feinde zurückgetrieben und die nur den Konzernherren dienenden Gräben zwischen Arbeitern und Bauern systematisch vertieft. Das zeigte sich schon bei den Wahlen in Hessen und Bayern. Und wer die Stimmung der Bauern in Niedersachsen und Schleswig-Holstein kennt, muß sehen, daß gerade in diesen Ländern, auch in Rheinland-Pfalz, sich die NPD einen großen Wahlsieg erhofft.

Das wird um so mehr der Fall sein, wenn sich die kommenden Belastungen für die Bauern auswirken werden. Es ist deshalb nicht unbedeutend, wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Rehwinkel, vor einiger Zeit erklärte, er sei für eine Einschränkung der Waffenkäufe, des Besatzerpersonals, für eine Einschränkung der eigenen Rüstung und für eine Einschränkung der Bundeswehr. Gegen die negative Agrarpolitik der CDU/CSU wandte sich auch die Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes vom 29. November 1966 und forderte mit Recht von der Regierung Voraussetzungen, damit die Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleibt, indem u. a. die Getreidepreisangleichung zumindest auf den 1. Juli 1968 verschoben wird und notwendige Preis- und Kostenregulierungen vorgenommen werden. Außerdem müßten nach Ansicht des Deutschen Bauernverbandes die vorgesehenen Kürzungen der Förderungsmittel für die Landwirtschaft im Haushalt 1967, wie Kürzung der Milchprämie, Mineralölsteuerrückerstattung, Zuschüsse für die Unfallversicherung und Mittel für Strukturmaßnahmen unterbleiben.

Diese Forderungen kommen auch den Vorstellungen entgegen, die wir als KPD in unseren Grundsätzen für eine demokratische Wirtschaftspolitik entwickelt haben. Wir halten gezielte Subventionen für notwendig, zum Beispiel dann, wenn sie die Bestrebungen der Bauern unterstützen, durch gemeinsame Produktion überlebte Produktionsmethoden zu überwinden, einen Strukturwandel auf demokratische Weise herbeizuführen, wo der Bauer Bauer bleibt und in die Lage versetzt wird, den Verbraucher immer besser mit qualitativ hochwertigen

und billigen Lebensmitteln zu versorgen.

Auf der letzten Tagung sagte der Genosse Rudolf: Schon heute wird auf den Dörfern in Richtung einer nach rechts orientierten Radikalisierung geredet. Daher müssen wir auch unsere Genossen von der SPD besser als bisher über diese Gefahr aufklären. Das können wir natürlich nur dann, wenn wir selbst entschlossen sind, auf dem flachen Lande diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Zeit, Genossen, die uns zur Verfügung steht, ist nicht unbegrenzt.

Die Ergebnisse der Wahlen in Hessen und Bayern, die Politik der Großen Koalition erfordert von jedem Kommunisten die Klärung der vor uns stehenden Fragen. Das gilt besonders für die bevorstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Unser Wirtschaftsprogramm ist dafür eine gute Grundlage. Dabei befinden wir

uns in Übereinstimmung mit vielen Forderungen des Deutschen Bauernverbandes sowie mit Forderungen, die von Bauern in der Bundesrepublik proklamiert wurden.

Wir haben gute Analysen, eine richtige Politik; was not tut, ist, daß wir sie umsetzen mit der ganzen Kraft unserer Leitungen und Grundorganisationen. Um die berechtigten Forderungen der westdeutschen Bauern zu verwirklichen, reichen jedoch Appelle und Entschließungen allein nicht aus. Die Partei muß den Bauern helfen, ihre Situation besser zu erkennen. Das bedeutet aber, daß die Partei sich in ihrer Gesamtheit mehr mit der Situation auf dem Lande beschäftigt, um die Leitungen und Grundorganisationen zu befähigen, aufklärend unter den Sozialdemokraten, den Gewerkschaftern und Bauern tätig zu sein. Das ist die erste Voraussetzung, um zu Versammlungen, Demonstrationen und Protestkundgebungen zu kommen.

Genosse Hilmar:

Die Partei stärken, unsere Anschauungen offensiv vertreten

Bei der Darlegung unserer Politik, gleich wo unsere Genossen politisch tätig sind, haben wir immer vom Boden der Beschlüsse unserer Partei auszugehen. Sie sind die Grundlage unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Für unsere Genossen in den verschiedensten Massenorganisationen ist das von besonderer Wichtigkeit, da sie tagtäglich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das Bündnis der demokratischen Kräfte praktizieren. Die Erfahrungen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lehren uns, daß eine ideologisch und an Mitgliedern starke KPD immer für die demokratischen und friedliebenden Kräfte von Vorteil war.

Unsere verstärkten Anstrengungen zur Erlangung unserer Legalität hängen mit der konstruktiven Darlegung unserer Politik zusammen. In den kommenden politischen Auseinandersetzungen müssen wir mehr denn je als Kommunisten offensiv auftreten und unser Gesicht zeigen, denn immer mehr Arbeiter wollen unsere Vorstel-

lungen für eine neue Politik kennenlernen.

In der nächsten Zeit müssen wir mehr als bisher die sozialen Bewegungen und Aktionen beachten. Führende Gewerkschaftsfunktionäre bringen in Gewerkschaftsversammlungen zum Ausdruck: „Die Zeit ist vorbei, wo wir am Verhandlungstisch Lohnerhöhungen erhandelt haben; wir müssen uns jetzt auf Kämpfe einstellen!“ Das ist eine wichtige und richtige Erkenntnis. In diesem Geiste sollten wir an der Seite unserer Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften aktiv wirken, um die Angriffe der Unternehmer zurückzuweisen. Dabei sollten wir die vielen kleineren Arbeitsniederlegungen und andere Aktionen in den Betrieben besonders beachten. Unsere Betriebsgruppen haben dabei eine verantwortliche Aufgabe und unsere Kreisleitungen sollten sich mit diesen betrieblichen Aktionen beschäftigen, sie analysieren und unserer Partei ständig neue Erfahrungen und Hinweise vermitteln.

Wenn die sozialen Kämpfe immer mehr zum Schwerpunkt unserer Tätigkeit werden, dann erfordert das auch die energische Beachtung des entsprechenden organisations-politischen Schwerpunktes: unsere Betriebsgruppen. Wir haben viele positive Beispiele, wie wir unsere Betriebsgruppen, unsere Basis in den Betrieben, ausbauen konnten. Aber offen gestanden, unsere bisherigen Bemühungen reichen noch nicht aus. In dem Maße, wie Entlassungen und Betriebsstillegungen umfangreicher werden, wird auch unser Kaderstamm davon betroffen. Darum müssen die Kreisleitungen schnell darauf achten, daß entlassene Genossen am neuen Arbeitsplatz wieder zu Betriebsgruppen erfaßt werden. Insgesamt müssen wir unsere Führungsarbeit mehr der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuwenden und stärker als bisher unsere Politik über Betriebszeitungen auf betriebliche Probleme konkretisieren.

Mit den politischen Auseinandersetzungen wachsen auch die Möglichkeiten für die Aufnahme der aktivsten politischen Kräfte in die Reihen unserer Partei. Wir haben uns mit dieser Frage auf allen ZK-Tagungen beschäftigt. Positive Ergebnisse liegen

vor. Wir verfügen heute über viele neue Positionen in Betrieben, an Universitäten und in ländlichen Gebieten. Viele Kreis- und Landesorganisationen konnten ihren Mitgliederstand ausbauen, aber andere hinken noch hinterher. Wenn wir von wachsender politischer Verantwortung unserer Partei reden, so müssen wir uns auch darüber klar sein, daß diese Verantwortung nur wahrgenommen und praktiziert werden kann mit einer zahlenmäßig starken Partei. Deswegen muß sich in unserer Partei der Grundsatz durchsetzen: Aus jeder Aktion, an der wir teilnehmen, aus jeder Bewegung, in der Kommunisten eine Rolle spielen, müssen neue Mitglieder für die Partei gewonnen werden!

In den Leitungskörperschaften sollte daher die Kontrolle über die Mitgliederwerbung verstärkt werden. Das Politbüro empfiehlt der Partei, anläßlich des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution Selbstverpflichtungen zur Werbung neuer Mitglieder einzugehen. Die ersten Grundorganisationen haben darauf bereits positiv in Zuschriften an „Freies Volk“ geantwortet. Wir sollten alle darauf achten: unsere Betriebsgruppen müssen bei der Werbung die Schwerpunkte sein.

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Wo liegen die Ursachen für die Entwicklung und die Erfolge der NPD?

Die Entwicklung des Neonazismus in der Bundesrepublik, den es übrigens nicht nur in der NPD, sondern ebenso in der CDU/CSU gibt, ist das Ergebnis des systematischen Bruchs des Potsdamer Abkommens, in dem die Schaffung wirklich demokratischer Verhältnisse und die Ausrottung der Wurzeln des Neonazismus und Militarismus festgelegt waren. Die Erfolge des Neonazismus und der NPD sind das unmittelbare Ergebnis der revanchistischen und aggressiven Politik der Führung der CDU/CSU! Wer den Staatsapparat und die Bundeswehr mit

treuen Dienern des Nazi-Staates durchsetzt, wer den Antikommunismus zur Staatsdoktrin macht, wer seit vielen Jahren der Jugend Geschichtslügen eintrichtert, wer seine Politik darauf aufbaut, daß mit der Wiederaufrüstung, mit dem Griff nach Atomwaffen, mit der Politik der Nichtanerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen es möglich sei, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren, der schafft damit den Boden, auf dem sich der Neonazismus entwickelt. Wer die KPD und andere demokratische Organisationen verboten hat, wer die Ver-

fassung zerstört und die Diktatur vorbereitet, der züchtet ihn ganz bewußt.

Nehmen wir einige Tatsachen, die stellvertretend für viele andere stehen sollen. Die NPD verkündet offen revanchistische Ziele. In ihrem „Manifest“ heißt es: „Deutschland hat Anspruch auf Gebiete, in denen das deutsche Volk seit Jahrhunderten gewachsen ist.“ Und was sagte Kiesinger, jetzt Bundeskanzler, auf dem Schlesiertreffen 1955? „Die Heimkehr von Schlesien ist ... ein Anliegen ... aller Deutschen. Schlesien gehört uns allen und wird uns weiter allen gehören.“ (Zitiert nach „Die Tat“ vom 17. 12. 1966) Ganz nebenbei gesagt: Im Lichte dieses Zitats wird auch das Wesen der sogenannten neuen Ostpolitik deutlicher, die Kiesinger gegenüber den sozialistischen Staaten angekündigt hat.

Am 16. Juli 1965 erklärte der Rechtsanwalt Dr. Peter Stöckicht, Vorstandsmitglied der NPD, im Münchener Hackerkeller: „Die NSDAP wurde ge-



gründet, um Deutschland aus der nationalen Not herauszuführen. Die NSDAP wurde von den besten deutschen Kräften getragen. Sie hatte das Ziel, Deutschland den Platz zu geben, der ihm zustünde.“ Eine ganz eindeutige Verherrlichung des Faschismus! Etwa zur gleichen Zeit konnte man in der von der Abteilung „Innere Führung“ der Bundeswehr herausgegebenen Schrift „Soldaten der Bundeswehr

— Soldaten der freien Welt“ über die Machtergreifung der Nazis 1933 folgendes lesen: „Von den Gruppen, die sich der zersetzenden Ideologie aus dem Osten entgegenstemmen und die dem Verlangen unserer Zeit nach sozialer Neuordnung auf nationaler Ebene entsprechen wollten, wurde die der Nationalsozialisten die stärkste.“ Die Logik ist offensichtlich: Wer die Jugend und die Soldaten erneut unter der Flagge des Antikommunismus mißbrauchen will, der muß den Faschisten Verdienste im Kampf gegen den Kommunismus lobend nachsagen. Und der fördert sie auch erneut! Wen wundert es, daß bei solch einer Schulungsarbeit in der Bundeswehr, die bekanntlich seit ihrer Schaffung unter Führung der CDU/CSU steht, die NPD in Garnisonsstädten besonders viele Stimmen bekommen hat? Und Bundeswehrhauptmann Roß, der Mann, der von Minister Hassel während des Landtagswahlkampfes in Bayern für die NPD freigestellt wurde und nun für die NPD in den Bayrischen Landtag einzog, gab auch offen zu, daß ihn fünf Jahre staatspolitischer Unterricht in der Bundeswehr dazu befähigt hätten, nun mit seinem NPD-Mandat fertig zu werden.

Der Vorsitzende der NPD, Thielen, bekennt sich heute ziemlich ungeniert zur faschistischen Rassentheorie, die den Nazis als Begründung für millionenfache Morde diente. Laut „Die Welt“ vom 9. 1. 1967 erklärte er: „Man ist kein Rassist, wenn man respektiert, daß Gott verschiedene Rassen geschaffen hat ... Einige Rassen sind von der Schöpfung offensichtlich etwas geringer ausgestattet, als andere.“ Aber die Voraussetzung dafür, daß die NPD nach den Verbrechen der Nazizeit mit dieser Auffassung wieder hausieren gehen kann, schufen u. a. behördlich empfohlene Schulbücher in der Bundesrepublik. Im Schulbuch „Der Gemeinde-, Staats- und Weltbürger“, verfaßt von Karl Nebelsick herausgegeben vom Verlag Rudolf Müller, Köln-Braunsfeld, 1964, heißt es auf Seite 228: „Mensch ist gleich Mensch vor dem Gesetz. Mensch ist aber nicht gleich Mensch hinsichtlich der Eigenarten der Völker, Rassen usw. und ihrer Befähigung für die Entwicklung der Kultur.“

Die Hintergründe

Es wäre unvollständig, nur diese Gründe für die Entwicklung und die Erfolge der NPD zu nennen. Notwendig ist, hinzuzufügen, daß die Entwicklung des Neonazismus und die Erfolge der NPD durch folgende weitere Faktoren begünstigt und gefördert wurden.

Die westdeutschen Monopole und die Führung der CDU/CSU haben im Interesse der Wiederherstellung und Festigung ihrer Macht und im Interesse der Wiederaufrüstung Deutschland gespalten, jeden Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands torpediert. Sie haben, um der Verwirklichung ihrer revanchistischen Ziele willen, die Bundesrepublik an den USA-Imperialismus gekettet und ihm Teile der westdeutschen Wirtschaft ausgeliefert. Das erleichtert der NPD ihre nationale Demagogie.

Die Politik der Aufrüstung, die Profügier der Monopole und die Grundwidersprüche des Monopolkapitalismus haben zu wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zu ernststen Krisenerscheinungen geführt, die nun auf die Schultern des werktätigen Volkes abgewälzt werden. Wachsende Teile der Bevölkerung werden von Existenzangst gepackt. Das hat zur Folge, daß Gruppen der Bevölkerung — vor allem aus dem Mittelstand und der Bauernschaft — auf die scheinbar antimonopolistischen Lösungen der NPD hereinfallen.

Die Tatsache, daß die rechten Führer der SPD eine Politik der Gemeinsamkeit mit der Führung der CDU/CSU betreiben und auf jede Alternative in Grundfragen der Politik verzichten haben, hat zu einer tiefen Enttäuschung bei vielen Wählern geführt

und hindert andere daran, den richtigen Ausweg zu sehen. Diese Haltung der rechten Führer der SPD erleichtert es der NPD, sich den Anschein zu geben, als sei sie in der Bundesrepublik die einzige nennenswerte oppositionelle Kraft.

Die NPD wurde von der Führung der CDU/CSU und den hinter ihr stehenden Konzernen geradezu hochgepäpelt:

- damit sie Teile der Bevölkerung, die sich aus Enttäuschung über die unsoziale und antinationale Politik der CDU/CSU von ihr abwenden, aufhängt und an das herrschende System bindet;
- damit sie als Stoßtrupp gegen die Arbeiterklasse, gegen ihre Gewerkschaften und alle demokratischen Kräfte wirkt;
- damit sie dazu beiträgt, daß die Bundeswehr eine Truppe ist, die jederzeit für imperialistische Ziele nach außen und innen eingesetzt werden kann.

Aus allem ergibt sich, daß es ein Fehler wäre, die Gefahr des Neonazismus allein in der NPD zu sehen und den Kampf gegen ihn auf die NPD zu beschränken. Wer die NPD bekämpfen will, muß zugleich die Politik der Führung der CDU/CSU bekämpfen, sonst wird den Wurzeln nicht zuleibe gegangen. Kampf gegen den Neonazismus heißt: Wir Kommunisten müssen unsere nationale Politik der antinationalen Politik der herrschenden Kreise entgegenstellen und alle demokratischen Kräfte für die Verwirklichung der nationalen Politik sammeln.

von Jupp Angenfort

Was bedeutet die Mitgliedschaft Bonns in den neuen Nuklear-Komitees der NATO?

Auf Vorschlag des Ende 1965 geschaffenen McNamara-Ausschusses beschloß die NATO-Ministerkonferenz am 14. Dezember 1966, ein „Komitee für Nuklearverteidigung“ und eine „Nukleare Planungsgruppe“ als ständige Organe der NATO einzusetzen. Damit erhielt die NATO direkte ato-

mare Planungsgremien, in die auch die Bundesregierung als ständiges Mitglied aufgenommen wurde. Was bedeutet das?

In seiner Regierungserklärung, mit der angeblich „ein entscheidender Wandel der (west-)deutschen Außenpolitik“ („Frankfurter Allgemeine“ vom

21. Januar 1967) eingeleitet und „neue Akzente“ gesetzt wurden, versuchte Kiesinger den Eindruck hervorzurufen, die neue Bundesregierung dränge nicht nach Atomwaffen. „Wir streben keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen nationalen Besitz an solchen Waffen an“, erklärte Kiesinger.¹⁾ Der neue Außenminister Brandt (SPD) fügte dem noch hinzu, in der derzeitigen Situation sei es „nicht sinnvoll, der Frage eines nuklearen Mithesitzes weiter nachzugehen.“²⁾

Die letzte NATO-Tagung machte jedoch deutlich, daß die neue Koalitionsregierung das Drängen nach Atomwaffen fortsetzt, wobei sie allerdings neue Wege einschlägt. Die aus Brandt und Schröder bestehende Bonner Delegation „verdeutlichte die (west-)deutsche Nuklearpolitik im Sinne der Regierungserklärung“, berichtete die „Welt“ vom 15. Dezember 1966. Sie verfolge das „Ziel einer partnerschaftlichen nuklearen Planung und Konsultation innerhalb eines Systems gemeinsamer Krisensteuerung“. Dabei

dränge die Bundesregierung besonders darauf, daß „Amerika den europäischen Verbündeten einen wirklichen Einfluß auf seine Entscheidungen im Falle einer Krise, Einfluß auf Streitkräfte und Nuklearwaffen, einräumen“ soll. („Die Welt“, 22. Dezember 1966) In diesem Sinne erhob Brandt auf der NATO-Tagung die Forderung nach einer „vollen Mitwirkung an der Gesamtstrategie der Alliance und an den sich daraus für uns ergebenden Fragen“. Schröder erklärte, die neue Bundesregierung wolle „durch die Mitwirkung an Richtlinien, Plänen, Programmen und Verfahren für den Einsatz nuklearer Waffen, einschließlich der strategischen, die dem Bündnis nicht unterstellt sind, in vermehrtem Maße an der Nuklearpolitik der Alliance teilnehmen“.

Die NATO-Tagung hat also gezeigt, daß die neue Koalitionsregierung keineswegs aufgehört hat, nach Atomwaffen zu drängen. Sie unternimmt im Gegenteil verstärkte Anstrengungen, an den atomaren Drücker zu gelangen.

Die nächsten Ziele des Bonner Kernwaffenstrebens

Bereits am 19. November 1966 hatte „Die Welt“ mit unverkennbarer Genauigkeit festgestellt, nunmehr scheine „ein deutsches Mitspracherecht bei der NATO-Planung gesichert“. Die Aufnahme Bonn in die Nuklear-Ausschüsse der NATO hat die Bonner Regierung ihrem Ziel, Atomwaffen in den Griff zu bekommen, einen weiteren Schritt näher gebracht.

Dabei ist schon jetzt klar zu erkennen, daß die neue Regierung sich damit keineswegs zufrieden geben will. Auf der Pariser NATO-Tagung hat Schröder deutlich gemacht, daß die Bonner Zustimmung zu den Vorschlägen des McNamara-Ausschusses „keinen Verzicht auf weitergehende praktische und konstruktive Lösungen für ein Konsultationssystem über Kernwaffeneinsatz, für eine gemeinsame Kontrolle über diese Waffen — zumindest auf deutschem Boden — und für

ein allgemeines System der Krisensteuerung durch die Alliance mit Verfahren und Organen der gemeinsamen Aktionsplanung und Entscheidung“ bedeute. („Die Welt“, 15. Dezember 1966) Die Bonner Regierung gedenkt ihre Mitgliedschaft in den NATO-Organen also auszunutzen, um ihren Einfluß auf die Entscheidung über den Kernwaffeneinsatz zu erweitern. Schröder hat das ausdrücklich hervorgehoben, als er vor Offizieren der Bundeswehr erklärte: „Für eine solche Mitwirkung bietet die Nukleare Planungsgruppe (NPG), die auf der letzten NATO-Ministerkonferenz in Paris als ständiges Organ geschaffen worden ist, eine wichtige Möglichkeit. Unser besonderes Interesse an dieser Mitwirkung ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß ein nuklearer Einsatz von deutschem Gebiet und auf deutsches Gebiet erfolgen könnte.“³⁾

In den Bemühungen der Bonner Regierung wird die Absicht deutlich, nicht nur auf die Ziel- und Einsatzplanung, sondern vor allem auch auf die Befehlsgewalt über den Atomwaffeneinsatz Einfluß zu gewinnen.

¹⁾ Bulletin der Bundesregierung, Bonn, Nr. 157, 14. 12. 1966, S. 1268

²⁾ Bulletin der Bundesregierung, Bonn, Nr. 159, 20. 12. 1966, S. 1290

³⁾ Bulletin der Bundesregierung, Bonn, Nr. 4, 13. 1. 1967, S. 30

Hier wird einer der „neuen Akzente“ deutlich sichtbar. Die frühere Bundesregierung verfolgte die Taktik, auf dem Wege über einen Mitbesitz an Kernwaffen an den atomaren Drücker zu gelangen. Die neue Bundesregierung versucht, Einfluß auf die Befehlsgewalt über den Kernwaffeneinsatz und über die im Bundesgebiet stationierten Atomsprengköpfe zu erlangen und auf diesem Wege an den atomaren Abzugshel zu gelangen. Das läuft, wie in der Presse der Bundesrepublik durchaus zutreffend festgestellt wird, auf das Ziel einer „gemeinsamen Kontrolle“ über die Kernwaffen hinaus.

Die neue Bundesregierung versucht ferner zu erreichen, daß die USA ihre in Westeuropa und in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte und Atomwaffen dem Oberbefehl der NATO unterstellen (wobei sie die von McNamara geforderte Unterstützung der USA-Aggression in Vietnam, die

Devisenausgleichszahlungen usw. als Druckmittel auszunutzen gedenkt).

Schließlich wird die Absicht deutlich, auch auf die strategischen Atomwaffen der USA Einfluß zu erhalten. Auch das wurde von Schröder auf der NATO-Tagung deutlich ausgesprochen. Die „Welt“ teilte dazu am 22. Dezember 1966 mit, daß die „strategischen Atomwaffen“ der USA „entsprechend den Vorstellungen des deutschen Verteidigungsministers in die gemeinsame Planung und Konsultation einbezogen werden sollen.“ —

Das also ist es, was unter Bonner „Nuklearpolitik im Sinne der Regierungserklärung“ zu verstehen ist: Einfluß auf die amerikanische Politik und Strategie, gemeinsame Kontrolle über Streitkräfte und Kernwaffen, vor allem über die in Westeuropa gelagerten Atomsprengköpfe und über die weitreichenden strategischen Atomwaffen der USA.

Atomwaffenstreben — Bestandteil der Bonner Aggressionspolitik

Das Auftreten der Bonner Delegation auf der NATO-Tagung machte schließlich auch klar, was vom „Entspannungs- und Verständigungs“-Gerede der neuen Bundesregierung zu halten ist. Sie bestätigte erneut, daß das Bonner Streben nach Atomwaffen ein direkter Bestandteil ihrer abenteuerlichen und gefährlichen Aggressionspolitik ist, die sich hauptsächlich gegen die DDR richtet. Deshalb sprach Schröder vor den Offizieren der Bundeswehr auch von einem Atomwaffeneinsatz „von deutschem Gebiet und auf deutsches Gebiet“.

Offenkundig sind die Anstrengungen der neuen Bundesregierung darauf gerichtet, die politischen und militärischen Voraussetzungen für die geplante Annexion der DDR zu schaffen. Das ist der Sinn nicht nur des Bonner

Atomwaffenstrebens, sondern auch der gefährlichen und abenteuerlichen Forderung nach einem „allgemeinen System der Krisensteuerung durch die Alliance mit Verfahren und Organen der gemeinsamen Aktionsplanung und Entscheidung“.

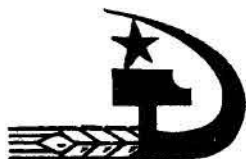
Schließlich soll die Mitgliedschaft Bonns in den Nuklear-Komitees der NATO dazu benutzt werden, den Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages und das Zustandekommen eines europäischen Sicherheitssystems zu verhindern oder zumindest zu umgehen. Kiesinger hat das in einem Gespräch mit der USA-Fernsehgeseilschaft CBS offen eingestanden, als er erklärte, die Bundesregierung werde sich in ihrer Politik „die Möglichkeit für die spätere Entwicklung einer europäischen Atommacht offenhalten“.

Was ergibt sich daraus für uns Kommunisten? Wir sollten gerade jetzt das demagogische Spannungsgerede, die Winkelzüge und Finessen der Bonner Außen- und Militärpolitik und die aggressiven Bestrebungen der Bonner Regierung und der hinter ihr stehenden Kräfte der Hochfinanz und der

Rüstungskonzerne enthüllen. Dabei sollten wir die Agitation für ein europäisches Sicherheitssystem und für den Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages fortsetzen, der auch der Bundesrepublik den Zugang zu Atomwaffen verbaut.

Von Rudi Karsten

50 Jahre Oktoberrevolution



Beschluß des ZK der KPdSU zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat einen Beschluß „Über die Vorbereitung zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ gefaßt, der in den Ausgaben der sowjetischen Presse veröffentlicht wurde.

In dem Beschluß wird die historische Bedeutung des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gewürdigt, der die Leninsche Theorie über die sozialistische Revolution bestätigt hat. Das ZK der KPdSU weist darauf, welche Auswirkungen die Oktoberrevolution auf die Entwicklung in der ganzen Welt und auf die Schaffung des sozialistischen Weltsystems hat. Gleichzeitig erinnert das ZK daran, daß die Oktoberrevolution einen Wendepunkt in der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung darstellte.

Das ZK der KPdSU hebt hervor, daß der Sowjetstaat die neuen Prinzipien der Beziehungen zwischen den Völkern, die Prinzipien der Gleichberechtigung, der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten verkündet hat und in seiner Außenpolitik praktisch verwirklicht. In dem Beschluß wird weiter auf die verstärkten Anstrengungen der KPdSU für die Geschlossenheit und die Macht

des sozialistischen Systems sowie für die Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus verwiesen.

Das ZK der KPdSU betont in diesem Zusammenhang, daß die Geschichte die Rechtllichkeit und Lebenskraft des Marxismus-Leninismus und die kommunistische Bewegung ihre Fähigkeit bewiesen haben, die Interessen der Werktätigen unbeugsam und konsequent zu vertreten. Jeder Versuch, den Marxismus-Leninismus durch pseudo-revolutionäre Phraseologie und pseudo-revolutionäre Dogmen zu ersetzen, werde unumgänglich Fiasko erleiden.

Ferner wird an die revolutionären Umwälzungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im Sowjetland erinnert. Vollständiger Sieg des Sozialismus in der UdSSR und Übergang zum Aufbau des Kommunismus stellten das wichtigste Ergebnis dieser Umgestaltungen dar. Das ZK der KPdSU legte fest, daß der 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als ein großer Feiertag der Werktätigen, als ruhmvoller Festtag aller Völker der UdSSR, als Tag des Triumphes der Ideen des Oktober, der Ideen des Kommunismus begangen werden soll.

UdSSR : 1967 1100 neue Werke

50 Jahre Sowjetmacht. Das ist Anlaß für die Wirtschaft der Sowjetunion, eine Anzahl großer Vorhaben auf dem Gebiete der Volkswirtschaft in die Tat umzusetzen. Grundlage dafür sind der gute Planstart 1967 der sowjetischen Werktätigen und die im Volkswirtschaftsplan 1967 festgelegten Kennziffern. So wird die Industrie-

produktion um 7,3 Prozent zunehmen. Die Investitionssumme von 55,8 Milliarden Rubel für die Erweiterung der Industrieproduktion ist zugleich der höchste Beitrag, der seit Bestehen der Sowjetmacht für diesen Zweck veranschlagt worden ist.

Bereits in der Neujahrsschicht schmolzen die Hüttenwerker im Eisen-

hüttenwerk Tscherepowez 200 Tonnen Eisen über den Tagesplan. Unweit der kirgisischen Hauptstadt Frunse begann die Füllung des Stausees Naimansk, der weite Flächen fruchtbaren Ackerlandes mit Wasser versorgen wird.

Der Minister für Montage- und Sonderbauwesen, F. B. Jakubowski, teilte in einem „Prawda“-Interview mit, daß im Jubiläumsjahr 1967 1100 große Industrieobjekte ihrer Bestimmung übergeben werden. Unter ihnen befinden sich riesige Hochöfen in Kriwoi Rog und Lipezk sowie im westsibirischen Hüttenwerk, Walzwerke in Karaganda und Saporoschje, Erdölraffinerien, Düngemittelfabriken und Kunstfaser-

kominate in verschiedenen Städten des Landes.

In der Belorussischen SSR erlangt das Investitionsbauwesen einen besonders hohen Stand. Gegenüber 1966 wird es um fast 25 Prozent anwachsen. Den Monteuren stehen starke technische Hilfsmittel zur Verfügung, darunter Raupenkräne mit einer Hubkraft bis zu 160 Tonnen.

Im Moskauer Fernsehzentrum Ostankino hat jetzt die Montage der Antenne auf dem 385 Meter hohen Stahlbetonturm begonnen. Die Stadt Charkow erhält eine neue U-Bahn mit einer Gesamtlänge von rund 40 Kilometern.

Sowjetische Wissenschaft im Zeichen des 50. Jahrestages

Erfolge und Pläne

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik beim Ministerrat der UdSSR, Akademienmitglied W. A. Kirillin, gewährte der „Iswestija“ das folgende Interview:

Es ist allgemein bekannt, daß die Entwicklung der Ökonomie unter den modernen Bedingungen in entscheidendem Maße von der Entwicklung der Wissenschaft und Technik beeinflußt wird. Jetzt, im fünfzigsten Jahr des Bestehens der Sowjetmacht, können wir voller Stolz sagen, daß sich unser Land zu einem im Weltmaßstab führenden Land in Wissenschaft und Technik entwickelt hat, daß das Jahr des ruhmreichen Jubiläums durch große Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft in den Haupttrichtungen des technischen Fortschritts gekennzeichnet ist.

Ich möchte mit dem Problem der Energiewirtschaft beginnen. Bekanntlich hat Wladimir Iljitsch Lenin schon von den ersten Tagen des Bestehens der Sowjetmacht an der Elektrifizierung des Landes außerordentlich große Aufmerksamkeit geschenkt und sie als Schlüssel zu einer schnellen Entwicklung der Produktivkräfte betrachtet. Unsere Energetiker setzen dieses Vermächtnis Lenins erfolgreich in die Tat um. Die Sowjetunion nimmt einen führenden Platz in der Welt im Bau

von Wasserkraftwerken ein. Die Erbauer der Wasserkraftwerke haben einen großen Weg zurückgelegt von der Errichtung des Wasserkraftwerkes am Wolchow mit einer Leistung von 80 000 kW bis zum Bau des Bratsker Wasserkraftwerkes, dessen Leistung bereits jetzt 3,8 Millionen Kilowatt übersteigt. Und zum fünfzigsten Jahrestag des Großen Oktober werden wir die größten Hydrogeneratoren der Welt mit einer Kapazität von über 500 000 kW in dem einmaligen Energiegiganten, im Krasnojarsker Wasserkraftwerk, in Betrieb nehmen.

Für die Sowjetunion mit ihren unermesslichen Weiten ist das Problem der Energieübertragung von besonderer Bedeutung. Die UdSSR steht bei der Lösung dieses Problems mit Abstand an erster Stelle. Stromleitungen für Wechselstrom mit einer Spannung von 500 000 Volt sind bereits in Betrieb. Jetzt wird der Bau einer einzigartigen Stromleitung von Konakowo nach Moskau mit einer Spannung von 750 000 Volt abgeschlossen. Die Leitung Wolgograd—Donbass wurde mit einer Spannung von 800 000 Volt für Gleich-

strom in Betrieb genommen. Gegenwärtig sind bereits Arbeiten mit dem Ziel im Gange, Ausrüstungen für eine Gleichstromübertragungslinie mit einer Spannung von 1,5 Millionen Volt zu schaffen. Die Lösung der komplizierten wissenschaftlich-technischen Probleme, die mit der Errichtung solcher Linien zusammenhängen, wird es uns erlauben, in Zukunft Elektroenergie aus Sibirien in die Industriezentren des europäischen Teils der Sowjetunion mit einem Minimum an Energieverlust zu übertragen.

Die Entwicklungsarbeiten an Turbogeneratoren für Wärmekraftwerke werden fortgesetzt. Unsere Aufgabe ist es jetzt, zum Bau von Blöcken „Kessel-Turbine“ überzugehen, zunächst mit einer Leistung von 500 000 und später 800 000 Kilowatt. In der Perspektive plant man noch größere Anlagen mit Leistungen von einer Million Kilowatt und darüber

Diese hohen Leistungen werden durch die Möglichkeiten der Technik



Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution macht sich in allen Zweigen der Technik ein starker Bedarf an neuen Materialien bemerkbar: Baustoffe, Konstruktionsmaterial, Schleifmittel u. a. Die sowjetische Wissenschaft hat schon viel getan, um dieser Nachfrage gerecht zu werden. Ich kann mich hierbei auch auf eine Mitteilung über die Entwicklung größerer Diamantkristalle beziehen, die unlängst in der „Iswestija“ veröffentlicht wurde. Das ist ein großer Erfolg für die sowjetischen Physiker. Die Vergrößerung der Abmessungen künstlicher Diamanten schafft viele neue Einsatzmöglichkeiten. Moderne, hochfeste und feuerfeste Materialien zeichnen sich vor allem durch außerordentliche Härte aus. Um sie bearbeiten zu können, sind äußerst feste synthetische Schleifmittel erforderlich.

Ich möchte auch die Erfolge der sowjetischen Wissenschaftler und Metallurgen bei der Entwicklung hoch-

und die Anforderungen der Wirtschaft möglich und notwendig. Je höher die Leistung des Blocks „Kessel-Turbine“ liegt, desto niedriger wird der Kostenaufwand für ein Wärmekraftwerk und desto billiger wird die Elektroenergie sein. Wenn man berücksichtigt, daß im Laufe des Fünfjahrplans die Kapazität der Kraftwerke in der Sowjetunion um mehr als 60 Millionen Kilowatt ansteigen soll, dann wird verständlich, warum die Erhöhung der Generatorenleistung so wichtig ist.

Hinzu kommen neue Zweige der Energetik. Die sowjetischen Wissenschaftler und Ingenieure beschäftigen sich mit der Entwicklung der Atomkraftwerke, mit der Verbesserung ihrer technisch-ökonomischen Kennziffern. Interessante Perspektiven zeichnen sich auch bei der Direktumwandlung von Wärmeenergie in elektrische Energie ab. Ich denke dabei vor allem an die wissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Lösungen zur Entwicklung hydrodynamischer Magnetgeneratoren.

fester Stähle und Legierungen für den Maschinenbau erwähnen.

Zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität — das ist in der Endkonsequenz das Wichtigste — ist die breite Entwicklung der ökonomisch-mathematischen Methoden der Planung und Leitung der Produktion durch den Einsatz elektronischer Rechenmaschinen von größter Bedeutung.

Es ist verständlich, daß Voraussetzung für die Realisierung dieser Pläne eine Produktionssteigerung bei elektronischen Rechenmaschinen ist. Gewisse Erfolge gibt es bereits. Insbesondere wurden elektronische Schnellrechner entwickelt, die in der Lage sind, etwa eine Million Rechenoperationen in der Sekunde auszuführen. Damit die Rechentechnik den ihr gebührenden Platz in der Volkswirtschaft einnehmen kann, brauchen wir Maschinen mit unterschiedlichem Speichervolumen, mit unterschiedlicher Funktionsgeschwindigkeit und mit verschiedenen Vorrichtungen für die Ein- und Ausgabe der Informa-

tionen. Die Erweiterung des „Sortiments“ an elektronischen Rechen-

★

★

★

Viel Arbeit steht bevor, um wissenschaftlich-technische Ergebnisse in der Landwirtschaft nutzen zu können.

Ich denke hierbei vor allem an die Lösung der Probleme der komplexen Mechanisierung der Feldarbeiten und der Arbeiten in der Viehwirtschaft, an die Erhöhung der Produktion von Düngemitteln. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Verbesserung der Qualität der Düngemittel. Die Forschungen auf dem Gebiet der Züchtung neuer Pflanzensorten und neuer Tierrassen sowie auf dem perspektivischen Gebiet der mikrobiologischen Futterciweißsynthese werden weitergeführt.

Auch den Gesellschaftswissenschaften messen wir große Bedeutung bei. Eine besonders wichtige Rolle bei der

★

★

★

Von Jahr zu Jahr steigt der Aufwand für die Wissenschaft, ihre materielle Basis entwickelt sich, die Anzahl der Forschungskader nimmt ständig zu. Unter diesen Bedingungen ist es wichtig, den Nutzeffekt der wissenschaftlichen Arbeit allseitig zu steigern, die Nutzung der Forschungsergebnisse in der Praxis zu verbessern.

Gegenwärtig werden Vorschläge ausgearbeitet, die das Ziel haben, die Planung und die Einschätzung der Ergebnisse in den Forschungsinstituten zu vervollkommen, sowie die Überführung der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Praxis wesentlich zu beschleunigen. Der Ministerrat der UdSSR hat kürzlich einen Beschluß über die Gründung eines Instituts für wissenschaftliche Berater in Produktionsbetrieben angenommen. Dadurch werden Bedingungen geschaffen, die es möglich machen, führende Wissenschaftler zur aktiven Teilnahme an der Arbeit in der Industrie heranzuziehen und so die Verbindung von Wissenschaft und Produktion weiter zu festigen.

Über den Erfolg einer jeden Aufgabe entscheidet nicht zuletzt die Qua-

maschinen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben für die nächste Zukunft.

weiteren Entwicklung der Gesellschaft und insbesondere ihrer materiell-technischen Basis wird die Wirtschaftswissenschaft spielen. 1967 steht den Ökonomen eine große Arbeit bei der Vervollkommnung der Planung, der Standortverteilung der Produktivkräfte, der Preisbildung und der Stimulierung der Werktätigen in Industrie und Landwirtschaft bevor.

Es ist klar, daß das eben Gesagte die Pläne zur Entwicklung der Wissenschaft und Technik für die nächsten Jahre bei weitem nicht erschöpft — das wäre in so einem kurzen Gespräch nicht möglich. Ich habe nur einige Beispiele angeführt, aus denen der Charakter und das Ausmaß der Aufgaben ersichtlich werden, die vor unserer Wissenschaft stehen.

likation der Menschen, die an ihrer Ausführung arbeiten. In unseren Forschungsinstituten arbeiten etwa 15 000 Doktoren und etwa 135 000 Kandidaten der Wissenschaft. Das ist, wie sie schon, keine geringe Zahl. Trotzdem hält das Tempo der Ausbildung hochqualifizierter Kader nicht mit dem Wachstum der Gesamtzahl der Wissenschaftler Schritt. Deshalb wird insbesondere die Ausbildung wissenschaftlicher Kader durch die Aspirantur, die zu den Hauptmethoden der Erziehung junger Wissenschaftler gehört, verstärkt.

Der sowjetische Staat hat auf allen Etappen seiner Geschichte der Entwicklung der sowjetischen Wissenschaft große Beachtung geschenkt. Wir verfügen über alles Erforderliche, um den Beitrag unserer Wissenschaft zur gemeinsamen Sache des kommunistischen Aufbaus zu vervielfachen. Und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Wissenschaftler der Sowjetunion den fünfzigsten Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution mit neuen, großen Erfolgen auf den wichtigsten Gebieten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts begehen werden.

(„Iswestija“ vom 11. November 1966)

● Im Jahre 1967 wird das Nationaleinkommen der UdSSR um 6,6 Prozent, in zwei Jahren des Planjahrhünfts um 14,5 Prozent anwachsen.

● Das geplante Wachstum der Industrieproduktion beträgt 7,3 Prozent.

● Die Elektroenergieerzeugung wird 1967 um fast 10 Prozent zunehmen und 598 Milliarden Kilowattstunden erreichen.

● Es werden 591 Millionen Tonnen Kohle, 286 Millionen Tonnen Erdöl und 160 Milliarden Kubikmeter Gas gewonnen.

● Um 5,3 Prozent wird die Stahlerzeugung, um 6 Prozent die Produktion von Walzgut gesteigert werden. Die Investitionen in der Fe-Metallurgie werden sich um fast 21 Prozent erhöhen.

● In raschem Tempo werden sich die

Nahrungsmittel- und die Leichtindustrie entwickeln, die Investitionen in diese Zweige sollen gegenüber 1966 um 11,5 Prozent anwachsen.

● Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung wird sich um 5,5 Prozent, in zwei Jahren des Planjahrhünfts um etwa 12 Prozent erhöhen.

● Der Einzelhandelsumsatz soll um 7,4 Prozent ansteigen und wird im Jahre 1967 119,8 Milliarden Rubel betragen. Das bedeutet, daß an die Bevölkerung um 8,1 Milliarden Rubel mehr Industriewaren und Lebensmittel verkauft werden als 1966.

● Im Jahre 1967 ist vorgesehen, Wohnhäuser mit insgesamt 93,4 Millionen Quadratmetern Wohnfläche zu bauen, das sind um 14 Prozent mehr als 1966. Dadurch können etwa 13 Millionen Menschen neue Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Tatsachen aus der DDR

Erfolgreiches Wirtschaftsjahr 1966

Während sich die Alarmmeldungen über Entlassungen und Produktionsrückgang in immer mehr Zweigen der Wirtschaft in der Bundesrepublik von Tag zu Tag übertreffen, war das Jahr 1966 in der DDR ein erfolgreiches Wirtschaftsjahr. Gesundes und beständiges Wachstum kennzeichnen hier die Lage. Das geht aus der Veröffentlichung der Zentralverwaltung für Statistik der DDR in ihrer Mitteilung über die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1966 hervor. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

● Das Nationaleinkommen stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent.

● Die industrielle Warenproduktion erhöhte sich bei gleichzeitig weiter verbesserter Qualität der Erzeugnisse um rund 6,5 Prozent. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie nahm um sechs Prozent zu.

● Die Selbstkosten sanken um 2,4 Prozent.

● Die Fondsrentabilität stieg gegenüber dem Vorjahr um mehr als zehn Prozent.

● Die Investitionen nahmen um sieben Prozent zu und erreichten damit eine Höhe von 18,8 Milliarden Mark. Wichtige in den Vorjahren begonnene Investvorhaben nahmen die Produktion auf – vor allem in der Chemie, der Energie und Metallurgie.

● Das staatliche Aufkommen tierischer Erzeugnisse stieg um 5,9 Prozent. Größere Erträge als 1965 auch in der pflanzlichen Produktion.

● Die Geldeinnahmen der Bevölkerung stiegen um 3,7 Prozent, das sind 2,7 Milliarden Mark.

Hauptkennziffern für 1967

	(1966 = 100)
Produziertes Nationaleinkommen	105
Fondsrentabilität der volkseigenen Industrie und des Bauwesens	117
Industrielle Warenproduktion	106
Bau- und Montageproduktion	108
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	102
Investitionen	109
Außenhandelsumsatz	107
Warenfonds	104

Große Pläne für Cottbus

Zu Beginn des neuen Jahres lenkten die Volksvertreter des Bezirkes Cottbus die Aufmerksamkeit auf die Erfüllung aller Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1967.

Der Bezirk Cottbus soll sich bis 1980/85 zum Kohle- und Energiezentrum der DDR entwickeln. Deshalb wird sich der Perspektivplan auf Grundfragen und Schwerpunkte dieser Entwicklung konzentrieren. Bereits bis zum 20. Januar mußten die Konzeptionen vor der zentralen Arbeitsgruppe verteidigt werden.

Wenn die Großkraftwerke Lübbenau und Vetschau fertiggestellt sind – der Aufbau des zweiten Energieriesen an der Spree soll bis zum VII. Parteitag der SED abgeschlossen sein –, wird ab 1967 der Aufbau des Großkraftwerkes Boxberg immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Die Abgeordneten des Kreises Weißwasser müssen hier die Bevölkerung des traditionellen Glasmacherkreises mit der neuen Entwicklung vertraut machen.

Die bereits im Aufbau befindlichen Vorhaben wie das Kombinat Schwarze Pumpe, das Chemiefaserkombinat Wilhelm-Pieck-Stadt Guben und das Herbitzwerk Schwarzheide werden zügig weitergebaut. Mit der Produktion von 3650 Tonnen qualitativ hochwertiger Dederon-Feinseide im Jahr wollen die Gubener Chemiewerker 1967 ihren Anteil leisten, um die im Volkswirtschaftsplan vorgesehene Produktionssteigerung um 13 Prozent zu erreichen. Neben dem Aufbau des Cottbuser Stadtzentrums werden in diesem Jahr etwa 5000 Neubauwohnungen in den Zentren der Kohle, Energie und Chemie gebaut.

In alter Schönheit erstanden

Für umfangreiche Restaurierungsarbeiten an historischen Bauten wurden in den drei Thüringer Bezirken Erfurt, Gera und Suhl 1966 insgesamt 870 000 Mark aus staatlichen Mitteln zur Verfügung gestellt. Die Restaurierungsarbeiten wurden unter anderem an der 1635 bis 1636 erbauten Stadtkirche in Rudolstadt abgeschlossen. Nachdem 1965 die Außenarbeiten besonders am Turm und am Dach ausgeführt waren, konnte 1966 mit den Innenarbeiten begonnen werden. Den Restauratoren gelang es, die Farbigkeit der Renaissanceornamente des 17. Jahrhunderts wiederherstellen zu lassen.

In Römhild, Kreis Meiningen, erhielt die von 1450 bis 1470 erbaute Stiftskirche ein neues Dach. Gleichzeitig wurde damit begonnen, die unwissen-

schaftliche Erneuerung des Bauwerkes im 19. Jahrhundert zu beseitigen. Die originale Ausmalung ist fast vollständig erhalten und ermöglichte eine gewissenhafte Rekonstruktion.

Die 1585 bis 1589 erbaute Kapelle des Schlosses Wilhelmsburg in Schmalkalden, Bezirk Suhl, gehört zu den frühesten protestantischen Schloßkapellen. Die Originalität der Ausstattung ist im großen und ganzen erhalten, so daß sich hier die Restaurierungsarbeiten auf die Auslegung des Untergrundes bzw. auf die Ergänzung von Fehlstellen beschränken.

100 Millionen Mark für Dresdener Zentrum

Rund 100 Millionen Mark werden 1967 für den Wiederaufbau des Dresdener Zentrums rund um die Prager Straße verausgabt. Ein elfgeschoßiger 250 Meter langer Wohnkomplex konnte bereits teilweise seinen Mietern übergeben werden. Zwei 17geschössige Punkthochhäuser ragen in der Nähe des Hauptbahnhofs empor. Ein weiteres Gebäude dieser Serie ist im Bau. Auch ein neuer Verwaltungskomplex soll dort entstehen. Wie Oberbürgermeister Gerhard Schill mitteilte, wurden im vergangenen Jahr rund 1700 Neubauwohnungen – zumeist im Stadtkern – fertiggestellt. Etwa 1800 Neubauwohnungen kommen in diesem Jahr dazu. Ferner sollen zwei große Gaststättenkomplexe und zwei große Touristenhotels entstehen.

30 Millionen Mark für Kunst und Kultur

Rund 30 Millionen Mark wurden 1966 auf den Gebieten Kunst und Kultur in der Stadt Dresden ausgegeben. Das berichtet der Stadtrat für Kultur, Dietmar Uhlemann, auf der 8. Stadtverordnetenversammlung Dresdens, die unter dem Thema „Der Beitrag unserer Stadt zur sozialistischen deutschen Nationalkultur in der DDR und die Vorbereitung der 9. Arbeiterfestspiele“ stattfand.

Jedes Jahr werden Millionen Mark für den Wiederaufbau kunsthistorischer Bauwerke und für die Erhaltung von Kunstschatzen, die in der Welt einmalig sind, zur Verfügung gestellt.

Ende 1966 gab der Dietz Verlag ein von Mitarbeitern des ZK der KPD erarbeitetes Buch mit dem Titel „KPD 1945 bis 1965 – Abriß, Dokumente, Zeittafel“ (303 Seiten) heraus, versehen mit einem Geleitwort des Ersten Sekretärs der KPD, Max Reimann.

Der Abriß gibt eine knappe Übersicht über die Grundzüge der Politik

und des Wirkens der KPD von 1945 bis 1965. Der Leser erhält bei aller Gedrängtheit des Stoffes einen Einblick in den Kampf der KPD und der anderen demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik. Dabei erleichtert die systematische Gliederung des Stoffes in drei größere und weitere kleinere Abschnitte das Studium des Buches.

Kampf um demokratischen Neuaufbau

Die Autoren schildern im ersten Abschnitt das Ringen der KPD um den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau, für ein geeintes, demokratisches Deutschland (1945–1949). Grundlage der Tätigkeit der KPD bildet in diesem Stadium der Entwicklung ihr Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945 (S. 145). Darin zog die KPD „die entscheidende Lehre: das deutsche Großkapital, schuldig an zwei Weltkriegen und am Faschismus, hat seine Unfähigkeit zur Führung der Nation bewiesen. Wenn das deutsche Volk endlich eine friedliche und demokratische Zukunft haben will, muß die Führung in die Hände der Arbeiterklasse übergehen. Das ist aber nur möglich, wenn die Einheit der Arbeiterbewegung verwirklicht wird.“ (S. 13)

Ausgehend von diesen sehr wichtigen Erkenntnissen entwickelte die KPD zahlreiche Formen der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Das Buch enthält zu diesem auch heute immer noch aktuellen Anliegen der Partei gut ausgewähltes Tatsachenmaterial und vermag anhand konkreter Aussagen die Ereignisse jener Zeit wieder lebendig in Erinnerung zu rufen. Zugleich übermitteln es uns die Erfahrungen und die Lehren aus dem Ringen um Ak-

tionseinheit der Arbeiterklasse. Die Verfasser decken das verhängnisvolle Zusammenspiel von imperialistischen Besatzungsmächten, deutscher Kapitalisten und solcher rechter SPD-Führer wie Kurt Schumacher auf, stellen es in den geschichtlichen Raum. „Deutsche Reaktion und imperialistische Westmächte suchten gemeinsam zu verhindern“, so schreiben sie, „daß im Westen Deutschlands die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen wurden. Dieser Teil Deutschlands ... schien dafür wie geschaffen, die Spitze des antisowjetischen Degens der Westmächte zu bilden. Mit seiner Hilfe sollte der Sozialismus ‚zurückgerollt‘ werden. Für die deutschen Konzernherren lag in diesem ‚Westbündnis‘ die Aussicht auf Remilitarisierung, auf Wiedererrichtung ihrer Macht, auf Revision der Ergebnisse des von ihnen verschuldeten zweiten Weltkrieges“ (S. 31). Tatsächlich nahm die Reaktion zu dieser Zeit beharrlich Kurs auf dieses Ziel. Zunächst steuerte sie die Spaltung Deutschlands an. Der Kampf um die nationale Einheit rückte in den Vordergrund des politischen Geschehens. Eindrucksvoll schildern die Verfasser das Wirken der KPD auf den verschiedenen politischen Ebenen für die Einheit der deutschen Nation.

KPD für Friedensvertrag

Der zweite Absatz des Buches ruft den Kampf der KPD gegen Remilitarisierung, für einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und de-

mokratischer Grundlage in Erinnerung (1949–1955). Kommunisten traten in diesen Jahren innerhalb und außerhalb des Parlaments immer wieder selbstlos für die Grundinteressen

unseres Volkes ein. Dabei entwickelte die KPD Vorschläge für die Verständigung der Deutschen und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Dieser Teil des Buches ist ebenso wie der vorhergehende mit gut ausgewähltem und überzeugendem Tatsachenmaterial belegt. Klar erkennbar wird die Strategie und Taktik der KPD vor allem auf den Parteitag der KPD des Jahres 1951 und 1954.

Zugleich vermittelt der Abschnitt ein anschauliches Bild von den machtvollen

Massenaktionen während der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages (1951/1952) und gegen die Pariser Verträge (1955). Die Autoren ziehen hier einige wichtige Schlußfolgerungen aus diesen Massenbewegungen für den heutigen Kampf gegen Imperialismus und Militarismus und beleuchten insbesondere einige ihrer Schwächen — so das Fehlen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Zersplitterung der demokratischen und friedliebenden Kräfte.

Ringen für Demokratie und Fortschritt

Der letzte Abschnitt behandelt das Ringen der KPD gegen Atomrüstung und Revanchepolitik, für Frieden und Verständigung der beiden deutschen Staaten, für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt in der Bundesrepublik (1956—1965). Hier gehen die Verfasser bei der Einschätzung der Ereignisse von der nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO vorhandenen neuen Lage aus. „Mit dem Eintritt der Bundesrepublik in die aggressive NATO (1955), durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1956) sowie durch das Verbot der KPD (1956) wurde die Periode abgeschlossen, in der der deutsche Imperialismus und Militarismus im Westen Deutschlands seine Macht konsolidierte. Er ging nunmehr zur offenen aggressiven Politik gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten über, forderte Atomwaffen und steigerte die revanchistische Hetze ... Damit wurde der Kampf um den Frieden, die Verhinderung eines Bruderkrieges in Deutschland, die Überwindung des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland zur entscheidenden Bedingung für die nationale Frage.“ (S. 94/95).

Der erste illegale Parteitag der KPD im Juni 1957 entwickelte in dieser Situation unter Nutzung der konkreten Vorschläge der DDR für eine Konföderation beider deutscher Staaten klare Alternativen. Die Delegiertenkonferenz der KPD 1960 unterbreitete der Öffentlichkeit wiederum ein ausführliches Programm demokratischer Reformen (S. 110/111). Und der Parteitag der KPD 1963 stand ganz im Zeichen des Kampfes für die Rettung des Friedens und der Demokratie. Der Leser

erhält gerade an dieser Stelle, nachdem er die bisherige Politik der KPD in den Grundzügen kennengelernt hat, nochmals einen konkreten Einblick in die demokratische und friedliche Zielsetzung der Kommunisten. Er erfährt näheres über die Vorstellungen der KPD zu den Beziehungen der beiden deutschen Staaten und auch über ihre Ansicht über den Weg zum Sozialismus in der Bundesrepublik. „Die KPD ist“, so lesen wir auf Seite 123, für den friedlichen Weg der sozialistischen Umwälzung. Die Möglichkeiten dafür wachsen mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus in der Welt und in Deutschland“ (vgl. auch S. 125).

Der Abriß (135 Seiten) wird durch einen Dokumentenanhang (92 Seiten) und eine ausführliche Zeittafel (62 Seiten) ergänzt.

Der Dokumentenanhang enthält Auszüge aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, die Manifestationen der Parteitage und Delegiertenkonferenzen der KPD und weitere wichtige Materialien mit programmatischem Charakter. Die Einsicht in diese Dokumente, die teils unveröffentlicht waren, wird den Einblick in die Politik der KPD vertiefen.

Die Zeittafel umfaßt den Zeitraum von 1945 bis 1965. Der Leser findet in ihr, chronologisch gegliedert, eine Vielzahl wichtiger Tatsachen aus dem Leben und Wirken der KPD und der Arbeiterklasse für Demokratie, Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt.

Hans Below

